



# HESSISCHER LANDTAG

23. 02. 2006

## 96. Sitzung

Wiesbaden, den 23. Februar 2006

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> . . . . .	6587	72. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>keine Landesbürgerschaft für den Kellereineubau am Steinberg ohne Prüfung der Wirtschaftlichkeit des Vorhabens</b>	
<i>Entgegengenommen</i> . . . . .	6587	– Drucks. 16/5320 – . . . . .	6604
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	6587	<i>Abgelehnt</i> . . . . .	6605
Axel Wintermeyer . . . . .	6587	Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	6605
<b>Mitteilung des Ministerpräsidenten</b> . . . . .	6587	81. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Zukunftsfähigkeit der Hessischen Staatsweingüter sichern</b>	
<i>Zur Kenntnis genommen und besprochen</i> . . . . .	6593	– Drucks. 16/5334 – . . . . .	6605
82. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Europaminister Riebel geht – Steuerzahler entlasten und Ministerposten jetzt streichen</b>		<i>Angenommen</i> . . . . .	6605
– Drucks. 16/5339 – . . . . .	6590	Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	6605
<i>Abgelehnt</i> . . . . .	6593	65. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (ATOMKOCH – Nein danke: „Sicherheit muss vor Profit gehen“)</b>	
Ministerpräsident Roland Koch . . . . .	6587	– Drucks. 16/5318 – . . . . .	6605
Jürgen Walter . . . . .	6588	<i>Abgehalten</i> . . . . .	6616
Tarek Al-Wazir . . . . .	6589	Ursula Hammann . . . . .	6605
Jörg-Uwe Hahn . . . . .	6590	Roger Lenhart . . . . .	6606
Dr. Christean Wagner (Lahntal) . . . . .	6591	Norbert Schmitt . . . . .	6607
Reinhard Kahl . . . . .	6593	Heinrich Heidel . . . . .	6608
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	6593	Ministerpräsident Roland Koch . . . . .	6610
63. Antrag der Fraktion der FDP betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (Mehrwertsteuererhöhung verhindern!)</b>		Jörg-Uwe Hahn . . . . .	6612
– Drucks. 16/5316 – . . . . .	6593	Tarek Al-Wazir . . . . .	6613
<i>Abgehalten</i> . . . . .	6599	Gernot Grumbach . . . . .	6614
Roland von Hunnius . . . . .	6593	Michael Boddenberg . . . . .	6615
Frank Williges . . . . .	6595	Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	6616
Sigrid Erfurth . . . . .	6596	66. Antrag der Fraktion der CDU betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (Föderalismusreform – Chancen nutzen)</b>	
Reinhard Kahl . . . . .	6597	– Drucks. 16/5319 – . . . . .	6616
Staatssekretär Dr. Walter Arnold . . . . .	6598	<i>Abgehalten</i> . . . . .	6622
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	6599	Dr. Christean Wagner (Lahntal) . . . . .	6616
64. Antrag der Fraktion der SPD betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (Gegen die Steuergeldverschwendung – kein Kellereineubau am Steinberg ohne Wirtschaftlichkeitsprüfung)</b>		Sarah Sorge . . . . .	6617
– Drucks. 16/5317 – . . . . .	6599	Nancy Faeser . . . . .	6618
<i>Abgehalten</i> . . . . .	6604	Jörg-Uwe Hahn . . . . .	6620
Christel Hoffmann . . . . .	6599	Minister Stefan Grüttner . . . . .	6621
Petra Müller-Klepper . . . . .	6600	Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	6622
Martin Häusling . . . . .	6602	27. Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Gesetzgebungskompetenz für den Justizvollzug auf Bundesebene belassen</b>	
Michael Denzin . . . . .	6603	– Drucks. 16/5149 – . . . . .	6622
Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	6603	<i>Abgelehnt</i> . . . . .	6622
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	6604	Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	6622

Seite	Seite
80. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Einigung über Föderalismusreform</b>	
– Drucks. 16/5333 – . . . . .	6622
<i>Angenommen</i> . . . . .	6622
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	6622
58. Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Neubenennung der Vertretung des Landes Hessen im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas im Europarat (KGRE)</b>	
– Drucks. 16/5299 – . . . . .	6622
<i>Angenommen</i> . . . . .	6622
46. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Neubesetzung der Vertretung des Landes Hessen im „Kongress der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften“ (KGRE)</b>	
– Drucks. 16/5285 – . . . . .	6622
<i>Angenommen hinsichtlich Entsendung von Landtagspräsident Norbert Kartmann als Mitglied</i> . . .	6622
<i>Abgelehnt hinsichtlich Entsendung der Abg. Christel Hoffmann als stellvertretendes Mitglied</i> . . . . .	6622
Frank-Peter Kaufmann . . . . .	6622
Axel Wintermeyer . . . . .	6622
Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . .	6622
56. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>künftige Feststellung der Bauherrenkosten bei Infrastrukturprojekten des Landes</b>	
– Drucks. 16/5297 – . . . . .	6623
<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i> . . . . .	6635
Dieter Posch . . . . .	6623, 6634
Mathias Wagner (Taunus) . . . . .	6625, 6628
Ruth Wagner (Darmstadt) . . . . .	6627
Hildegard Pfaff . . . . .	6628
Gottfried Milde (Griesheim) . . . . .	6631
Minister Dr. Alois Rhiel . . . . .	6632
Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . .	6635
53. Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>freiwillige Vereinbarungen für Deutsch als Schulsprache dienen der Bildung und Integration der Schüler</b>	
– Drucks. 16/5294 – . . . . .	6635
<i>Dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen</i> . . . .	6647
35. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>„Wir sind Deutschland – wir sprechen Deutsch“ – Gebrauch der deutschen Sprache in den Schulen</b>	
– Drucks. 16/5222 – . . . . .	6635
<i>Dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen</i> . . . .	6647
47. Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Mehrsprachigkeit an Schulen</b>	
– Drucks. 16/5287 – . . . . .	6635
<i>Dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen</i> . . . .	6647
Hans-Jürgen Irmer . . . . .	6635
Mathias Wagner (Taunus) . . . . .	6637
Dorothea Henzler . . . . .	6639
Heike Habermann . . . . .	6641
Ministerin Karin Wolff . . . . .	6643
Florian Rentsch . . . . .	6644, 6646
Tarek Al-Wazir . . . . .	6645
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	6647
6. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die staatliche Anerkennung von Berufsakademien und des Ingenieurgesetzes</b>	
– Drucks. 16/5286 – . . . . .	6647
<i>Nach erster Lesung dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst überwiesen</i> . . . . .	6656
Minister Udo Corts . . . . .	6647
Nicola Beer . . . . .	6648
Sarah Sorge . . . . .	6650
Michael Siebel . . . . .	6652
Hugo Klein (Freigericht) . . . . .	6653
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	6656
7. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein <b>Gesetz zur Änderung des Hessischen Forstgesetzes</b>	
– Drucks. 16/5289 – . . . . .	6656
<i>Nach erster Lesung dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz überwiesen</i> . . . . .	6661
Martin Häusling . . . . .	6656
Heinrich Heidel . . . . .	6657
Reinhard Otto . . . . .	6658
Bernhard Bender . . . . .	6660
Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	6660
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	6661
8. Große Anfrage des Abg. Heidel (FDP) und Fraktion betreffend <b>Mülltrennung vereinfachen – Haushalte entlasten, gelbe Tonne ade?</b>	
– Drucks. 16/4662 neu zu Drucks. 16/4333 – . . . .	6661
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	6661
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	6661
9. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Sicherstellung der Altenpflegeausbildung in Hessen</b>	
– Drucks. 16/4521 – . . . . .	6661
<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . .	6661
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	6661
22. Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Hessen kämpft gegen den Pflegenotstand</b>	
– Drucks. 16/5137 – . . . . .	6661
<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . .	6661
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	6661
10. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>endlich fördern statt nur fordern – Sicherstellung der Eingliederungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose in Hessen</b>	
– Drucks. 16/4643 – . . . . .	6661
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	6661
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	6661
16. Antrag der Abg. Fuhrmann, Eckhardt, Habermann, Dr. Pauly-Bender, Schäfer-Gümbel, Dr. Spies, (SPD) und Fraktion betreffend <b>Fördermöglichkeiten für Arbeitslose und Langzeitarbeitslose nutzen</b>	
– Drucks. 16/4877 – . . . . .	6661
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	6661
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	6661

Seite	Seite
11. Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Förderung der deutschen Sprache</b> – Drucks. 16/4654 – . . . . . 6661 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 6661 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6661	21. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Beschäftigung wirksam fördern – statt unsinniger Kombilohnmodelle</b> – Drucks. 16/5134 – . . . . . 6661 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 6661 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6661
19. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>deutsche Sprache als Trägerin von Kultur und Kommunikation</b> – Drucks. 16/5130 – . . . . . 6661 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 6661 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6661	68. Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Bürgergeld bringt Arbeitsmarkt in Schwung</b> – Drucks. 16/5307 – . . . . . 6661 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 6661 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6661
73. Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Bedeutung und Förderung der deutschen Sprache</b> – Drucks. 16/5321 – . . . . . 6661 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 6661 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6661	23. Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>10 Jahre Auslandsmissionen und Polizeihilfeprojekte – Würdigung der hervorragenden Arbeit der hessischen Polizei auch im Ausland</b> – Drucks. 16/5138 – . . . . . 6661 hierzu: Änderungsantrag der Fraktion der FDP – Drucks. 16/5218 – . . . . . 6661 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 6661 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6661
12. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Bodenschutzgesetz für Hessen überfällig</b> – Drucks. 16/4693 – . . . . . 6661 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 6661 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6661	24. Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Einschleppung der Vogelgrippe verhindern</b> – Drucks. 16/5140 – . . . . . 6661 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 6661 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6661
15. Antrag der Abg. Hoffmann, Becker, Bender, Grumbach, Hofmann, Pfaff (SPD) und Fraktion betreffend <b>Bodenschutz in Hessen – Hessische Landesregierung bricht Wahlversprechen</b> – Drucks. 16/4873 – . . . . . 6661 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 6661 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6661	26. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>schnelle Entscheidung für Gewinnung von Energie aus Getreideverbrennung in Hessen</b> – Drucks. 16/5147 – . . . . . 6661 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 6661 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6661
13. Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>vorbildliche Förderung der hessischen Feuerwehr durch die Landesregierung</b> – Drucks. 16/4869 – . . . . . 6661 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 6661 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6661	29. Antrag der Abg. Siebel, Gottschalck, Holzapfel, Dr. Spies (SPD) und Fraktion betreffend <b>Landtag begrüßt Servicestellen für Studienplätze</b> – Drucks. 16/5151 – . . . . . 6661 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 6661 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6661
14. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>keine Zerschlagung der Sparkassenlandschaft in Hessen</b> – Drucks. 16/4870 – . . . . . 6661 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 6661 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6661	75. Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Landtag begrüßt die Umgestaltung der ZVS zu einer Servicestelle für Studienplätze</b> – Drucks. 16/5323 – . . . . . 6661 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 6661 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6661
17. Antrag der Abg. Fuhrmann, Dr. Spies, Eckhardt, Habermann, Dr. Pauly-Bender, Schäfer-Gümbel (SPD) und Fraktion betreffend <b>gerechte Gesundheitsversorgung</b> – Drucks. 16/4878 – . . . . . 6661 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 6661 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6661	31. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Abg. Fuhrmann, Eckhardt, Habermann, Dr. Pauly-Bender, Dr. Spies, Schäfer-Gümbel (SPD) und Fraktion betreffend <b>Ladenöffnungszeiten</b> – Drucks. 16/5191 zu Drucks. 16/4876 – . . . . . 6661 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 6661 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6661
18. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Rechtsstaat schützen – keine Verwertung von Folter-Geständnissen</b> – Drucks. 16/5072 – . . . . . 6661 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 6661 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6661	33. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Sonderprogramm kommunale Brückenbauwerke im Schienenverkehr</b> – Drucks. 16/5213 – . . . . . 6661 <i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . . 6661 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6661

Seite	Seite
34. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Hessens Hochschulbau auf neue FüÙe stellen</b> – Drucks. 16/5219 – . . . . . 6661 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 6661 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6661	43. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Bewahrung des Strafvollzugs vor dem Abrutschen in einen bloÙen Verwahrverschluss</b> – Drucks. 16/5282 – . . . . . 6661 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 6661 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6661
74. Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Finanzierung des hessischen Hochschulbaus sichern</b> – Drucks. 16/5322 – . . . . . 6661 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 6661 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6661	44. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Wortbruch der Landesregierung gegenüber der Wirtschaft und der Justiz hinsichtlich der Bestandszusage der Grundbuchgerichte in Hessen</b> – Drucks. 16/5283 – . . . . . 6661 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 6661 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6661
36. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Antidiskriminierungsgesetz</b> – Drucks. 16/5228 – . . . . . 6661 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 6661 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6661	45. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Menschen in Hessen wirksam vor Feinstaub schützen</b> – Drucks. 16/5284 – . . . . . 6662 <i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zur abschließenden Beratung, federführend, und dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz, beteiligt, überwiesen</i> . . . . . 6662 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6662
49. Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend <b>keine Überschreitung der Vorgaben der EU-Richtlinien durch ein Anti-Diskriminierungsgesetz</b> – Drucks. 16/5290 – . . . . . 6661 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 6661 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6661	77. Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Hessen hat seine Hausaufgaben bei der Feinstaubreduzierung gemacht</b> – Drucks. 16/5328 – . . . . . 6662 <i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zur abschließenden Beratung, federführend, und dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz, beteiligt, überwiesen</i> . . . . . 6662 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6662
37. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Hessens Landwirtschaft muss gentechnikfrei bleiben – keine gentechnisch veränderten Organismen (GVO) auf Flächen der Staatsdomänen und domänenfiskalischem Streubesitz</b> – Drucks. 16/5242 – . . . . . 6661 <i>Dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . . 6661 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6661	51. Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>„Frühwarn-System“ fördert Einbindung der Bürger in die Gewährleistung der inneren Sicherheit – wichtiger Baustein der Prävention</b> – Drucks. 16/5292 – . . . . . 6662 <i>Dem Innenausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . . 6662 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6662
38. Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>„Von der Freiheit, Kinder zu haben“</b> – Drucks. 16/5243 – . . . . . 6661 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 6661 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6661	52. Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Unvereinbarkeit unserer Werte mit Zwangsverheiratungen</b> – Drucks. 16/5293 – . . . . . 6662 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 6662 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6662
39. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Staatsbürgerkurs als zwingende Voraussetzung für Einbürgerung</b> – Drucks. 16/5252 – . . . . . 6661 <i>Dem Innenausschuss überwiesen</i> . . . . . 6661 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6661	78. Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Zwangsheirat ächten – Opfer unterstützen – Zwangsehen vorbeugen</b> – Drucks. 16/5330 – . . . . . 6662 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 6662 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6662
40. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>verantwortungsvoller Umgang mit der Vorratsdatenspeicherung</b> – Drucks. 16/5270 – . . . . . 6661 <i>Dem Innenausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . . 6661 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6661	55. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>verbesserte Betreuung von Kindern als zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe – Elternwille berücksichtigen</b> – Drucks. 16/5296 – . . . . . 6662 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 6662 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6662
42. Antrag der Abg. Habermann, Hartmann, Dr. Reuter, Riege, Quanz, Ypsilanti (SPD) und Fraktion betreffend <b>Überprüfung der Grundschulempfehlung</b> – Drucks. 16/5281 – . . . . . 6661 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 6661 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 6661	

	Seite
57. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Winterreifenpflicht</b>	
– Drucks. 16/5298 – . . . . .	6662
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	6662
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	6662

	Seite
79. Dringlicher Antrag der Abg. Wagner (Darmstadt), Posch (FDP) und Fraktion betreffend <b>kein Ausbau der B 426 im Bereich Felsnase/Darmstadt-Eberstadt</b>	
– Drucks. 16/5331 – . . . . .	6662
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	6662
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	6662

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann  
 Vizepräsident Frank Lortz  
 Vizepräsidentin Sarah Sorge  
 Vizepräsidentin Ruth Wagner

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch  
 Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner  
 Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier  
 Minister der Justiz Jürgen Banzer  
 Kultusministerin Karin Wolff  
 Minister für Wissenschaft und Kunst Udo Corts  
 Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel  
 Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel  
 Staatssekretär Dirk Metz  
 MinDirig Wolfgang Hannappel  
 Staatssekretär Harald Lemke  
 Staatssekretär Dr. Walter Arnold  
 Staatssekretär Karl-Joachim Jacobi  
 Staatssekretär Bernd Abeln  
 Staatssekretär Karl-Winfried Seif  
 Staatssekretär Gerd Krämer

Abwesende Abgeordnete:

Ulrike Gottschalck  
 Hartmut Holzapfel  
 Silke Lautenschläger  
 Jürgen May  
 Karlheinz Weimar



(Beginn: 9.51 Uhr)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie, heiße Sie alle sehr herzlich willkommen, freue mich erneut, dass Sie da sind, und wünsche uns einen schönen dritten Beratungstag in dieser Plenarrunde.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Zur Tagesordnung: Noch offen sind die Punkte 6 bis 19, 21 bis 24, 26, 27, 29, 31, 33 bis 40, 42 bis 47, 49, 51 bis 53, 55 bis 58, 63 bis 66, 68, 72 bis 75 und 77 bis 81.

Wir tagen heute bis 18 Uhr bei einer Mittagspause von einer Stunde.

Wir beginnen mit den Aktuellen Stunden, den Tagesordnungspunkten 63, 64, 65 und 66. Die Fraktionen haben sich auf eine Redezeit von fünf Minuten je Aktuelle Stunde verständigt.

Nach Tagesordnungspunkt 64 wird Tagesordnungspunkt 72 ohne Aussprache aufgerufen, und nach Tagesordnungspunkt 66 wird Tagesordnungspunkt 27 aufgerufen. Nach der Mittagspause kommt der Setzpunkt der FDP-Fraktion, Tagesordnungspunkt 58, der zusammen mit Tagesordnungspunkt 46 aufgerufen wird. Es folgen die Tagesordnungspunkte 53, 35 und 47.

Heute fehlen entschuldigt Frau Staatsministerin Lautenschläger, deren Anwesenheit bei der kurzfristig anberaumten Sondersitzung der Gesundheitsministerkonferenz in Berlin erforderlich ist, Herr Staatsminister Jochen Riebel, der erkrankt ist, und Herr Staatsminister Karlheinz Weimar, der wegen der Finanzausschusssitzung und der Finanzministerkonferenz in Berlin weilt.

Wir haben heute einen Geburtstag zu begehen. Ich gratuliere Frau Staatsministerin Wolff sehr herzlich zu ihrem Geburtstag und spreche ihr die Glückwünsche des ganzen Hauses aus.

(Allgemeiner Beifall – Vizepräsident Frank Lortz überreicht Ministerin Karin Wolff einen Blumenstrauß.)

Meine Damen und Herren, nun zur Tagesordnung. Das Wort hat der Herr Kollege Wintermeyer.

**Axel Wintermeyer (CDU):**

Herr Vizepräsident, ich möchte darauf hinweisen, dass nach der Aktuellen Stunde zum Thema Kellerei-Neubau auch noch Tagesordnungspunkt 81 zur Abstimmung aufgerufen werden soll – das haben sie eben nicht vorgelesen – und dass bei der Aktuellen Stunde zum Thema Föderalismusreform der Tagesordnungspunkt 80 mit aufgerufen wird.

(Reinhard Kahl (SPD): Richtig!)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Da gibt es Übereinstimmung. – Gehen wir davon aus, dass ich das vorgelesen habe.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, hat sich jetzt Herr Ministerpräsident Koch zu Wort gemeldet.

**Roland Koch, Ministerpräsident:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte den Hessischen Landtag von Folgendem unterrichten – ohne dass das vonseiten der Landesregierung Auswirkungen auf die heutige Tagesordnung der Plenarsitzung hat. Aber ich denke, es ist dennoch richtig, dass das Parlament über ein Thema, das in der Öffentlichkeit erörtert wird, während das Plenum tagt, unterrichtet wird:

Herr Staatsminister Jochen Riebel, der zurzeit erkrankt ist – es kann also keine Diskussion darüber geben, ob er in Berlin ist, wo er heute Dienst hätte; leider Gottes liegt er zu Hause im Bett –, hat mich bereits vor einiger Zeit gefragt, ob er mit dem Ablauf seines 61. Lebensjahres aus dem Kabinett ausscheiden könne. Heute Morgen habe ich der Fraktion mitgeteilt, dass ich im März dieses Jahres dieser Bitte entsprechen werde.

Jochen Riebel hat seit nun mehr als 30 Jahren in unmittelbarer Führungsverantwortung im öffentlichen Dienst gearbeitet: als Bürgermeister, Oberbürgermeister, Landrat, Staatssekretär und Minister. Er hat diesem Land wirklich in vielfacher Hinsicht gedient. Daher bin ich der Auffassung, dass es dann auch angemessen und richtig ist, dass ein Regierungschef den Wunsch eines Regierungsglieds, seine berufliche Zeit am Ende anders zu organisieren, respektiert.

Das Land Hessen und auch ich persönlich, aber vor allem diese Landesregierung haben Jochen Riebel für seine Arbeit als Staatssekretär im Finanzministerium, als Chef der Staatskanzlei und für seine Mitwirkung an einer neuen Organisation und am Aufbau der Vertretung des Landes Hessen beim Bund und in Europa viel zu verdanken – eine extrem zeitaufwendige Aufgabe, in der er als Nicht-Abgeordneter gelegentlich die „Chance“ hatte, die Termine so zu setzen, dass es mit den Plenarsitzungen konkurrierte. Ich weiß, das hat manchmal Diskussionen gegeben. Aber ich will hier auch sagen: Jochen Riebel war niemals faul, sondern er war immer im Auftrag des Landes Hessen unterwegs, und er war ein guter Vertreter des Landes Hessen bei all diesen Dingen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Ich denke, deshalb hat er einen Anspruch darauf, dass ich als Regierungschef die Entscheidung wie vorgetragen treffe.

Zum Weiteren möchte ich Sie davon unterrichten, dass ich meiner Fraktion mitgeteilt habe, dass ich dann beabsichtige, kraft der mir zustehenden Kompetenz Herrn Landtagsabgeordneten und stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Fraktion Volker Hoff mit dem Amt des Staatsministers für Bundes- und Europangelegenheiten in der Staatskanzlei zum Märztermin der Plenarsitzung zu betrauen. Dann wird der Hessische Landtag darüber zu beraten und am Ende in einer Vertrauensabstimmung darüber zu befinden haben.

Deshalb: Formal kann ich den Landtag heute nicht damit befassen, aber ich glaube, es ist dennoch wichtig, Sie hier darüber zu unterrichten. Dann haben Sie – wenn der Wunsch zur Diskussion besteht – die Chance zur Diskussion, die durch meine Wortmeldung eröffnet worden ist.

Sie werden verstehen, dass ich hoffe, erwarte und zugleich auch sicher bin, dass die Fortsetzung der Arbeit von Jochen Riebel durch Volker Hoff gewährleistet ist und sich die Hessische Landesregierung auch in Zukunft in der Bundes- und Europapolitik erfolgreich darstellen wird.

Wenn Sie mir einen letzten Satz gestatten: Eine Opposition wäre schlecht ausgestattet, wenn sie nicht sofort die Chance nutzen würde, sich dazu zu äußern, ob man dieses Amt braucht. Ich bleibe dabei: Die Tatsache, dass wir in Berlin und Brüssel hochrangig vertreten werden – auf der gleichen Augenhöhe mit unseren Kollegen aus Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen –, ist für Hessen nicht unwichtig. Ob es ein Staatssekretär ist – wie das hier immer gewünscht wird – oder ein Minister, das ist hinsichtlich der banalen Frage des Geldes praktisch das Gleiche geworden, angesichts der Gehaltsverzichte der Minister in den letzten Jahren.

(Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Lesen Sie es nach. Das ist die Realität. Die Minister haben sich über Gehaltsverzichte dem angenähert. Das ist auch völlig in Ordnung. Streiten wir nicht, es ist so.

Deshalb geht es hier um die Frage, wie wir formal vertreten werden. Dazu sage ich sehr klar: Es ist ein Vorteil für das Land Hessen, in Brüssel auf der Ebene von Minister zu Minister vertreten zu werden. Übrigens gibt die baden-württembergische Verfassung eine Chance, das anders zu regeln. Dort kann man einen Staatssekretär berufen und ihn kraft Verfassung mit dem Amtstitel Minister ausstatten. So ist das dort mit dem Vertreter beim Bund geschehen.

Wir haben eine solche Regelung nicht, und ich finde, wir brauchen sie auch nicht. Wir können uns offen und klar dazu bekennen: Bei der Vertretung im Bund und in Europa geht es um Millionen Euro, um Gesetzgebungskompetenz und um Einfluss an den verschiedensten Stellen. Ich will, dass der hessische Vertreter jeweils zu der Tür des verantwortlichen Behördenleiters, zu der Tür dessen, der wichtig ist, Zutritt hat. Das ist für einen Minister einfacher. Deshalb wird Hessen auch in Zukunft durch einen Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten vertreten werden. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Meine Damen und Herren! Es gibt eine Vereinbarung, dass jetzt eine Aussprache über diese Erklärung des Ministerpräsidenten stattfindet. Wir haben eine Redezeit von zehn Minuten pro Fraktion vereinbart.

Es wird noch ein Dringlicher Antrag der SPD eingereicht; er ist noch im Verfahren.

(Reinhard Kahl (SPD): Er ist eingereicht!)

Irgendwann werden wir ihn erleben. Auf jeden Fall gehen wir jetzt in die Aussprache.

Zuerst hat sich der Vorsitzende der SPD-Fraktion zu Wort gemeldet, der Kollege Walter. Sie haben das Wort, bitte sehr.

#### **Jürgen Walter (SPD):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, Sie versuchen, diesen Vorgang, über den wir jetzt reden, als etwas völlig Normales darzustellen.

(Günter Rudolph (SPD): Weiß Gott!)

Da gibt es einen Minister – man hat fast das Gefühl, er habe die Altersstufe 65 oder 67 Jahre erreicht –, der scheidet

jetzt ganz automatisch aus dem Amt aus, weil er – wie Sie dies dargestellt haben – seit über 30 Jahren in öffentlichen Diensten unterwegs war.

Nein, Herr Ministerpräsident, dieser Vorgang heute Morgen ist alles andere als ein normaler Vorgang. Heute Morgen wird eines deutlich: in welchem Chaos Ihre Landesregierung mittlerweile zu versinken droht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, das eigentlich Bemerkenswerte ist doch, dass wir diese Information nicht in einer angekündigten Pressekonferenz mitgeteilt bekommen, sondern dass die Not bei Ihnen so groß ist, dass Sie während einer laufenden Plenarwoche morgens Ihre Fraktion zu einer Sondersitzung einladen müssen, statt das Plenum beginnen zu lassen. Unser parlamentarischer Geschäftsführer Reinhard Kahl musste Ihnen helfen, weil der eine oder andere der CDU-Kolleginnen und -Kollegen noch nicht einmal wusste, dass diese Fraktionssitzung stattfindet. Reinhard Kahl musste ihnen sagen: Nein, kein Plenum, sondern Fraktionssitzung.

Diese Aktion heute Morgen war eine Notaktion. Sie war aus der Not geboren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben zuallererst ein Kommunikationsdesaster. Der Regierungssprecher sitzt da hinten mit leicht gerötetem Kopf. Das ist komplett schief gegangen.

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also erzählt doch bitte nicht, dass es in der Politik ein normaler Vorgang ist, dass während einer Plenarsitzung in einer Sonderfraktionssitzung der Ministerpräsident den Austausch eines Ministers bekannt gibt, weil dieser angekündigt hat, irgendwann einmal aus den Diensten des Landes ausscheiden zu wollen. So etwas macht man anders, so etwas macht man nicht in einer Notsitzung an einem Vormittag.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Diese Aktion heute Morgen ist beispielhaft für das Chaos in Ihrer Regierung. Sie haben dieses Land nicht mehr im Griff.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

– Mein Gott, ihr könnt hier jetzt ein bisschen hineinrufen, aber ihr wisst doch, ihr spürt es doch auch, dass professionelles Arbeiten anders geht als das, was diese Landesregierung hier momentan macht.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Anhaltende Zurufe von der CDU)

Herr Ministerpräsident, ich glaube tatsächlich, dass dieses Chaos, das heute Morgen offenkundig wird, zum Markenzeichen Ihrer Landesregierung und auch zu Ihrem persönlichen Markenzeichen in diesem Lande Hessen wird.

Lassen Sie mich jetzt zu Minister Rhiel –

(Heiterkeit und Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Das ist vielleicht der Nächste. Ein freudscher Versprecher, Herr Rhiel. Das wird dann vielleicht in der nächsten

Plenarwoche am Mittwochnachmittag in einer Pressekonferenz erklärt werden.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber, Herr Minister Rhiel, Ihnen gestehe ich zu, es ist unstrittig, dass eine Landesregierung einen Wirtschaftsminister braucht.

Diese Frage haben wir im Bereich der Staatskanzlei immer anders diskutiert. Herr Ministerpräsident, Ihre Aussage, dass wir in Brüssel einen Minister brauchen, dass in Brüssel ein Minister auftreten muss, um auch mit den Bayern, Baden-Württembergern und den Freunden aus den anderen europäischen Ländern zu verhandeln, die teile ich. Man kann das aber anders machen, als Sie es gemacht haben.

In Ihrer Staatskanzlei gibt es zwei Minister. Beide Posten haben Sie geschaffen. In der sozialdemokratisch-grünen Regierungszeit in diesem Lande waren diese Positionen mit Staatssekretären besetzt, und trotzdem, Herr Ministerpräsident – dies versuchen Sie durch feine Rhetorik ein wenig zu verdecken –, hat für die sozialdemokratisch-grüne Landesregierung in Brüssel ein Minister agiert,

(Beifall bei der CDU)

weil, wie Sie wissen, der Justizminister, Rupert von Plottnitz, neben seinem Amt als Justizminister auch das Amt des Europaministers ausgeübt hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt kann der Herr Ministerpräsident sagen: Aber guck dir doch mal meine Runde hier an, wem soll ich denn zumuten, dass er diesen Job auch noch macht?

(Große Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An dieser Stelle, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, könnten wir auch schwerlich widersprechen und sagen, wer es denn machen könnte.

Aber jetzt wirklich zum Thema „Vorbildcharakter von Politik“. Wir haben in den vergangenen Jahren beispielsweise den Polizistinnen und Polizisten in diesem Lande dreieinhalb Stunden Mehrarbeit abverlangt. Sie streichen Stellen bei den Schulen, haben die Lehrerarbeitszeit verlängert. Sie haben die Arbeitszeit in allen Bereichen dieser Verwaltung verlängert. Unser Ansatz von Politik ist, dass zuallererst die Führungsebene mit gutem Beispiel vorangehen muss. Es gibt fachlich gesehen keinen Grund, einen Minister dieses Kabinetts, einen Fach- und Ressortminister nicht mit der zusätzlichen Verantwortung für das Ressort Europa auszustatten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, alle Ihre Argumente gehen völlig fehl. Diese Damen und Herren hätten die Möglichkeit, dieses Amt mit auszuüben, und dies würde sofort und unmittelbar zu Einsparungen für den hessischen Steuerzahler führen.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden wir in dieser Parlamentssitzung beantragen, dass dieser Kabinettsposten mit dem Ausscheiden von Minister Riebel nicht mehr besetzt wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist das Gebot des Steuerzahlers, dieses Ministeramt ersatzlos zu streichen und die Aufgabe auf einen der anderen Minister zu übertragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir zweifeln natürlich daran, dass diese Landesregierung die Kraft dazu hat, mit gutem Beispiel vorbildlich für die Steuerzahler hier zu agieren.

Was mich nun aber wirklich entsetzt, ist der Zeitpunkt, der gewählt worden ist, um dem Kollegen Hoff dieses Amt zu ermöglichen. Dieses Amt soll im März dieses Jahres besetzt werden. Wir alle wissen, dass Versorgungsansprüche für Minister erst nach zweijähriger Dienstzeit wirksam werden. Von März 2006 bis zum Termin der Abwahl dieser Landesregierung im April 2008 sind es exakt zwei Jahre. Dies war der eigentliche Grund dafür, diese Besetzung jetzt zu machen, damit Herr Kollege Hoff die Möglichkeit hat, wenn er dann abgewählt sein wird, Versorgungsbezüge zu erwirtschaften –

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

alles auf Kosten des Steuerzahlers. Deshalb meine Aufforderung, hier und heute zu erklären, dass dieses Ressort, dass dieser Ministerposten nicht mehr besetzt wird.

Abschließend, liebe Kolleginnen und Kollegen: Chaos in der Landesregierung, viele Probleme, die man nicht im Griff hat: Schule, Flughafen, Finanzen. Chaos mittlerweile auch innerhalb des Kabinetts: Notsitzungen mit der Fraktion, eilig anberaumte Pressekonferenzen. Das Chaos an diesem Beispiel macht deutlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, warum dieses Land mittlerweile wirtschaftlich absteigt – wir haben gestern darüber diskutiert –: weil diese Landesregierung, weil dieser Ministerpräsident dieses Land nicht mehr im Griff hat. Hessen hat eine bessere Regierung verdient.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Walter. – Das Wort hat der Kollege Al-Wazir, Fraktionsvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fragt seit Beginn dieser Legislaturperiode immer wieder: Wo ist Riebel?

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Axel Wintermeyer (CDU): So etwas Niederträchtiges! Wo ist Ihr Anstand? Das ist keine Art! Wenn man das mit Ihnen machen würde, würden Sie protestieren!)

Ich verstehe ja, dass die CDU-Fraktion aufgrund dieser Probleme nervös ist. Aber wo ist Riebel, fragen wir seit Beginn dieser Periode.

(Axel Wintermeyer (CDU): Er arbeitet!)

Am Anfang dieser Plenarwoche wurde gesagt: Er ist krank. – Wir wünschen ihm gute Besserung.

(Axel Wintermeyer (CDU): Wirklich?)

Gestern wurde gesagt, er hat Termine. Heute wird gesagt, er wird entlassen. Ich frage Sie einmal, Herr Ministerpräsident: Was für ein Selbstverständnis haben Sie eigentlich als Regierungschef, der sich auf eine absolute Mehrheit stützt, wenn Sie einer CDU-Fraktion, die am Dienstag Fraktionssitzung hat, die am Dienstagnachmittag und am Mittwoch den ganzen Tag hier versammelt ist und mit uns gemeinsam Plenarsitzung abhält, zumuten, am Donnerstagmorgen in der „Frankfurter Rundschau“ zu lesen, dass es eine Kabinettsumbildung gibt? Ich frage einmal die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, ob sie sich eigentlich als Abgeordnete, als Souverän in diesem Land ernst genommen fühlen,

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wenn hier eine solche Art von Regierungsführung, von Überrumpelungstaktik – etwas anderes ist es ja nicht – Platz greift. Und ich frage Sie auch, Herr Ministerpräsident, warum eigentlich jemand, der nach aus guten Gründen nicht dementierten Presseberichten vor ganz kurzer Zeit als CDU-Fraktionsvorsitzender nicht durchsetzbar war, eigentlich Minister in der Staatskanzlei werden soll.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Clemens Reif (CDU): Was geht Sie das eigentlich an?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun kann man sagen, dass der Herr Ministerpräsident in der Auswahl seiner Kabinettsmitglieder mehr oder weniger frei ist. Aber es gibt bei jeder Kabinettsumbildung am Ende in diesem Parlament – von der Verfassung des Landes Hessen vorgesehen – eine Vertrauensabstimmung. Werte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Sie haben die absolute Mehrheit in diesem Hause und damit ganz besondere Verantwortung.

(Zurufe von der CDU: Ja!)

Ich frage Sie einmal von Ihrem Selbstverständnis her: Wer regiert eigentlich dieses Land?

(Clemens Reif (CDU): Wir! – Axel Wintermeyer (CDU): Sie würden es gerne!)

Ist es in absoluter Mehrheit die Christlich Demokratische Union, oder sind es die Freunde mittelhessischer Tankstellen, meine sehr verehrten Damen und Herren?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Gibt es eigentlich noch die theoretische und praktische Möglichkeit, dass man Ministerin oder Minister in diesem Kabinett werden kann, wenn man Roland Koch nicht schon vor seiner Volljährigkeit gekannt hat?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich frage, warum das jetzt alles so schnell gehen muss. Ich zitiere jetzt einmal § 5 Ministerbezügegesetz:

Ein ehemaliges Mitglied der Landesregierung erhält vom Ende des Monats an, in dem es aus seinem Amt ausgeschieden ist, Ruhegehalt, wenn es sein Amt mindestens zwei Jahre bekleidet hat.

Sie können relativ einfach rechnen: vom 1. April 2006 bis zum 4. April 2008. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube da nicht an Zufälle.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Ministerpräsident, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat zuletzt bei der Ernennung des Justizministers Banzer beantragt, diese Kabinettsumbildung dazu zu nutzen, auf den völlig überflüssigen zweiten Ministerposten in der Staatskanzlei zu verzichten. Sie haben sich gerade eben hierhin gestellt und gesagt: Es ist wichtig, dass Hessen von einem Minister in Berlin und in Brüssel vertreten wird. – Ich stelle angesichts der Probleme, die wir mit der Präsenz des Staatsministers Riebel, der dem Parlament gegenüber verantwortlich ist, in den Plenarsitzungen des Hessischen Landtages hatten, schon einmal die Frage, ob es jetzt eigentlich besser werden kann, wenn der Staatsminister Hoff heißt und sogar noch Mitglied dieses Landtages ist. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder Sie verzichten darauf, die absolute Mehrheit bei den bisher immer als unverzichtbar gehaltenen Terminen in Berlin oder Brüssel in diesem Plenarsaal darzustellen, oder der angeblich so unverzichtbare Minister in Berlin oder Brüssel wird nicht in Berlin oder Brüssel sein, sondern hier die Hand heben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen glauben wir, dass es wirklich an der Zeit ist, auf diesen völlig überflüssigen zweiten Ministerposten in der Staatskanzlei zu verzichten. Wann, wenn nicht jetzt?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Es wäre dem Selbstverständnis dieses Hauses angemessen, wenn die CDU-Fraktion die Verantwortung, die sie hat, endlich einmal wahrnimmt, nämlich diese Regierung zu kontrollieren und nicht nur die Beschlüsse der Tankstelle nachzuvollziehen. – Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU: Oh!)

#### Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Al-Wazir. – Meine Damen und Herren, bevor wir in der Debatte weitergehen, teile ich Ihnen mit, dass der von mir bereits angekündigte Dringliche Antrag der Fraktion der SPD jetzt hier im Haus verteilt sein müsste. – Die Dringlichkeit wird von allen Seiten bejaht. Dann rufe ich **Tagesordnungspunkt 82** auf:

#### Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Europaminister Riebel geht – Steuerzahler entlasten und Ministerposten jetzt streichen – Drucks. 16/5339 –

Jetzt hat Kollege Hahn, der Fraktionsvorsitzende der FDP, das Wort.

#### Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die FDP-Fraktion im Hessischen Landtag zollt Staatsminister Jochen Riebel Respekt und Achtung für seine Leistung, die er als Staatsminister für das Land Hessen in den letzten Jahren erbracht hat.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir bedanken uns bei Jochen Riebel für die nicht nur konstruktive und fachlich fundierte, sondern auch menschlich sehr souveräne Zusammenarbeit, die wir in

der Regierungskoalition von 1999 bis 2003 gemeinsam erleben konnten.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir wissen, dass Jochen Riebel auch in der Zeit danach vieles erfolgreich für dieses Land getan hat. Deshalb bedauern wir es sehr, dass die Arbeitsleistung des Staatsministers Jochen Riebel – aber ich sage ganz bewusst: die berufliche Lebensleistung von Jochen Riebel – an Weiberfastnacht abgefeiert wird. Das hat Jochen Riebel wirklich nicht verdient.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Lachen bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können nicht ganz nachvollziehen, warum heute diese Debatte hier geführt werden muss. Wir waren uns vorhin in der Fraktion einig, dass es nicht die Schuld der Opposition ist, dass diese Debatte heute an dieser Stelle geführt wird. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man wirklich die Lebensleistung von Jochen Riebel und wenn man wirklich die Leistung des Staatsministers Jochen Riebel würdigen wollte, hätte man sicherlich ein besseres Verfahren finden können, um dieses öffentlich zu diskutieren.

(Beifall bei der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Er ist noch besser als der Metz!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Zweiten nehmen wir nach der Erklärung des Ministerpräsidenten zur Kenntnis,

(Michael Siebel (SPD): Nehmen Sie den für Metz, der ist besser! – Heiterkeit bei der SPD)

dass Roland Koch und sein Kabinett erneut die Chance verpasst haben, eine Kabinettsreform durchzuführen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben seit Beginn dieser Legislaturperiode konstant darauf hingewiesen, dass jedenfalls die Staatskanzlei am Haupte etwas zu übersättigt besetzt ist.

(Petra Fuhrmann (SPD): Richtig!)

Jedenfalls wäre mit dieser Entscheidung von heute oder nächstem Monat die Chance da, dass die Landesregierung das tut, was Sie berechtigterweise mit Unterstützung der FDP-Fraktion in diesem Hause und auch außerhalb dieses Hauses von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landes Hessen erwartet. Herr Koch, wir empfehlen Ihnen dringend, noch einmal die nächsten Tage der Besinnung zu nutzen, um sich darüber klar zu werden, ob es nicht doch besser wäre, diesen Posten nicht mehr zu besetzen. Wir als FDP-Fraktion werden uns jedenfalls in diesem Punkt dem Antrag der Sozialdemokraten anschließen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als letzte Bemerkung: Herr Ministerpräsident, sollten Sie, was zu befürchten ist, die Zeit der Besinnung nicht nutzen, um eine Kabinettsreform durchzuführen,

(Zurufe von der CDU)

und sollten Sie darauf bestehen, dass Ihre Staatskanzlei weiterhin – jedenfalls am Haupte – übersättigt besetzt ist, so wünschen wir dem dann amtierenden Minister Volker Hoff eine glückliche Hand. Bewerten werden wir seine Arbeit erst, wenn er sie begonnen hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der SPD)

### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Danke schön, Herr Kollege Hahn. – Das Wort hat der Kollege Dr. Wagner, der Fraktionsvorsitzende der CDU. – Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um etwas Aufmerksamkeit.

### **Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst einmal beim Herrn Kollegen Hahn sehr herzlich bedanken.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Günter Rudolph (SPD): Das glaube ich!)

Ich bedanke mich beim Herrn Kollegen Hahn für die noble Art, mit der er zu Beginn seiner Rede die Verdienste von Staatsminister Jochen Riebel gewürdigt hat. Ich finde, das hat Stil. Ich würde mich freuen, wenn auch die übrigen Oppositionsfraktionen diesen Stil künftig praktizieren würden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich finde, es muss auch in einer solchen kontroversen Diskussion möglich sein,

(Norbert Schmitt (SPD): Das sagt der Richtige!)

dass wir über alle Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg auch das würdigen, was im Interesse unseres Staates von Kabinettsmitgliedern geleistet worden ist. Meine Damen und Herren, ich will hinzufügen – ich sage es einmal etwas flapsig –: Kollege Riebel hat wirklich einen Knochenjob geleistet. Er hat seine 60 bis 70 Stunden pro Woche für Hessen in Berlin, in Brüssel und hier in Wiesbaden geleistet. Deshalb möchte ich mich bei ihm an dieser Stelle sehr, sehr herzlich bedanken und weise jegliche Häme aus den Kreisen der SPD oder der GRÜNEN, die heute vorgezeigt worden ist, zurück.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Zweitens. Zu der Notwendigkeit dieser Aufgabe hat der Hessische Ministerpräsident bereits alles Erforderliche gesagt. Ich will das noch einmal klar und deutlich sagen: Meine Damen und Herren, es ist ein Knochenjob, der eine ganze Frau oder einen ganzen Mann auslastet. Deshalb ist es geradezu gegen die Interessen des Landes Hessen gerichtet, eine solche Stelle streichen zu wollen. Das will ich hier betonen.

(Beifall bei der CDU)

Ich will noch etwas zu dem Vorgang, mit dem wir uns heute Morgen beschäftigen, sagen.

(Zuruf von der SPD)

– Ich stelle mich dem immer. Es wäre schön, wenn Sie auch unsere Argumente aufgreifen würden.

(Beifall bei der CDU – Reinhard Kahl (SPD): Warum eine Sondersitzung?)

Herr Kollege Walter, im Gegensatz zu Ihrer Beurteilung ist es ein ganz normaler Vorgang, dass ein Minister ausscheidet und ein neuer berufen wird.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ein ganz normaler Vorgang, den wir bei sozialdemokratisch geführten Regierungen genauso hatten und künftig, welche Farbe auch immer die Regierungen haben mögen, ebenfalls haben werden.

(Michael Siebel (SPD): Solche Vorgänge werden bei dieser Regierung immer normaler!)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Erlauben Sie eine Zwischenfrage?

**Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):**

Nein, ich möchte das hier im Zusammenhang vortragen. – Ich beschäftige mich gerade mit den Argumenten der Opposition.

(Reinhard Kahl (SPD): Ich will einmal etwas zu der Sondersitzung hören!)

Außerdem möchte ich zu dem Vorgang sagen: Herr Kollege Walter, es ist völlig normal, wenn ein Minister nach über 30-jähriger Tätigkeit im öffentlichen Dienst – im Interesse der Öffentlichkeit und im Interesse des Landes – sagt, dass er zu einem bestimmten Zeitpunkt ausscheiden möchte.

(Reinhard Kahl (SPD): Heute Morgen hat er das gesagt? – Norbert Schmitt (SPD): Während seiner Dienstreise gestern hat er das gesagt?)

Ich finde es auch normal – Sie würden nicht anders handeln –, dass der betreffende Minister dem Ministerpräsidenten sagt, er möchte aber nicht, dass dies schon ein halbes Jahr vorher kommuniziert wird; dann wäre er nämlich ein Minister auf Abruf. Sie würden genauso handeln. Insofern ist auch das ein normaler Vorgang.

Weiter ist zur Normalität des Vorgangs zu sagen, in unserer Demokratie tritt, auch angesichts unserer Medienlandschaft, niemals der Idealfall ein, den ich eben beschrieben habe, nämlich dass man im Interesse der Person und des Amtes einen Rücktritt bis kurz vor dem Termin des Ausscheidens vertraulich behandeln kann.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Deswegen ist eine Situation eingetreten, zu der es immer wieder kommen wird.

(Jürgen Walter (SPD): Die man „Chaos“ nennt!)

– Zu dem Thema Chaos sage ich gleich noch etwas. Das Stichwort Chaos werde ich, auch im Hinblick auf Ihre Person, mit besonderem Vergnügen aufgreifen.

Es ist also eine Situation eingetreten, zu der es, natürlich nicht zur Freude der Betroffenen, immer wieder kommen kann. Dann ist es aber völlig richtig, dass der Herr Ministerpräsident heute Morgen, zu Beginn der Sitzung, vor den Landtag getreten ist und über das berichtet hat, was mit Herrn Riebel schon seit längerem verabredet worden ist und nun umgesetzt werden soll. Das ist ein völlig normaler Vorgang.

(Zurufe von der SPD)

Wir wollen festhalten, dass in unserer Demokratie an einer solchen Diskussion und an dem Vorgang selbst nichts Unnormales ist.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Ich möchte noch etwas zu dem Niveau der Beiträge sagen, die von den Oppositionsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD kommen.

(Reinhard Kahl (SPD): Sagen Sie etwas zur Sondersitzung! – Zuruf von der CDU: Welches Niveau?)

Ich beschäftige mich nicht mit dem Beitrag von Herrn Al-Wazir. Dieser Beitrag hat eher zur Weiberfastnacht oder zu irgendeiner Faschingsitzung gepasst. Er hat jedoch nichts mit einer ernsthaften Diskussion in diesem Hause zu tun.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

– Nein, ich beschäftige mich nicht mit Ihren Argumenten, denn das lohnt sich nicht. Sie stecken voller Polemik und sind nur wenig sachlich.

(Lachen bei der SPD)

Sie versuchen immer wieder, den Eindruck zu erwecken, als ob der Hessische Ministerpräsident – ich greife Ihr Stichwort auf – nun sozusagen die Tankstelle bedienen würde.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das nenne ich Projektion, Herr Staatsminister a. D.!)

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen sagen, dass ich nicht zur Tankstelle gehöre.

(Lachen und demonstrativer Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist kein Geheimnis, dass der Landesvorsitzende der hessischen CDU mich gebeten hat, das, wie ich glaube, in diesem Land von seiner politischen Wertigkeit her zweitwichtigste Amt nach dem des Ministerpräsidenten zu übernehmen. Das ist doch wirklich der beste Beweis dafür –

(Unruhe)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Einen Moment, Herr Kollege. – Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um Aufmerksamkeit, damit Sie auch alles mitbekommen.

**Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):**

Ich will mich mit Herrn Al-Wazir nicht weiter beschäftigen. Ich greife das Stichwort Chaos auf. Lieber Herr Walter, wenn Sie in Ihrer gegenwärtigen –

(Unruhe)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Meine Damen und Herren, seien Sie so lieb.

**Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):**

SPD und GRÜNE erwecken mit ihrem Verhalten hier den Eindruck, als ob sie Fastnacht feiern wollten, anstatt ernsthaft Politik zu betreiben.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Ich greife das Stichwort Chaos auf. Herr Walter, dass Sie angesichts der Chaoslage, in der sich die SPD bei der Suche nach einem ordentlichen Spitzenkandidaten befindet, den Begriff „Chaos“ in die politische Diskussion einführen, finde ich wirklich sehr gewagt.

(Beifall bei der CDU)

Ich greife noch einmal das auf, was Herr Walter über sich selbst sagt: Er ist der Auffassung, dass er die SPD nicht mit dem größtmöglichen Erfolg in den nächsten Landtagswahlkampf führen kann.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Um auf ein weiteres Zitat aus Ihrem Munde zu sprechen zu kommen: Ich frage mich, warum Sie nicht schon längst als Fraktionsvorsitzender und Oppositionsführer – ein wichtiges Amt in diesem Lande – zurückgetreten sind.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Er hat nämlich wortwörtlich gesagt: Wenn ich mir die Spitzenkandidatur nicht zutrauen würde, müsste ich als Oppositionsführer zurücktreten. – Ich gebe Ihnen hiermit die Gelegenheit, Ihren Rücktritt zu erklären.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Der von der SPD eingebrachte Antrag steckt voller Populismus. Mit diesem Antrag schielen Sie im Zusammenhang mit dem Kommunalwahlkampf auf Wählerstimmen. Ich sage Ihnen schon jetzt, dass die CDU-Fraktion ihn im Interesse des Landes Hessen ablehnen wird.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Letzter Punkt. Herr Walter hat in völliger Verkennung der politischen Realität in unserem Land behauptet, der Herr Ministerpräsident habe das Land nicht im Griff.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD)

Herr Walter, aus Ihrer Sicht mag man bei inhaltlichen Kontroversen manches über den Hessischen Ministerpräsidenten sagen. Aber Sie vertreten in der gesamten Öffentlichkeit, im ganzen Land Hessen eine völlig isolierte Meinung, wenn Sie sagen, dass unser Ministerpräsident nicht führungsstark, nicht entschlossen und nicht mutig sei. Das Gegenteil ist der Fall, und das wissen auch die Bürger. Nur Herr Walter hat es noch nicht begriffen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Roland Koch hat das Land nach vorne gebracht. Er hat in vielfacher Hinsicht einen Beitrag dazu geleistet, dass dieses Land zukunftsfähig geworden ist, nachdem Rot-Grün, wie auch in Berlin, die öffentlichen Interessen gegen die Wand gefahren hat.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Das haben wir beim Wirtschaftswachstum und bei der Arbeitslosigkeit gesehen! Es ist nach unten gegangen!)

Deswegen sage ich abschließend: Erstens. Wir beschäftigen uns heute mit einem völlig normalen Vorgang.

(Zurufe von der SPD)

Zweitens. Es gibt eine hervorragende Personalentscheidung des Ministerpräsidenten, was die Nachfolge von Herrn Riebel betrifft.

(Norbert Schmitt (SPD): Werden die jetzt täglich ausgetauscht?)

Ich will einen letzten Satz sagen, um deutlich zu machen, auf welchem Niveau Sie hier diskutieren und dass Sie lediglich versuchen, Wählerstimmen zu fangen. Herr Walter – das ist wirklich unter dem Niveau einer Oppositionsfraktion –, Sie fragen, wie es mit den Versorgungsansprüchen aussehe.

(Zurufe von der SPD)

Ich frage mich, ob Sie kein anderes Argument mehr haben. Ich sage Ihnen: Ich bin dankbar, dass sich ein gestandener Mann aus der Wirtschaft, der dort erfolgreich gearbeitet und auch viel Geld verdient hat, im Interesse des Landes bereit findet, ein Amt in der Landesregierung zu übernehmen. Einen Wechsel zwischen Wirtschaft und Politik sowie zwischen Politik und Wirtschaft müsste es häufiger geben. Deswegen bin ich Volker Hoff ausdrücklich dankbar, dass er, aus der Wirtschaft kommend und auf Einkünfte verzichtend, dem Lande Hessen künftig mit seiner großen Berufserfahrung dienen will. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Dr. Wagner. – Die Aussprache ist beendet.

Herr Kollege Kahl, zur Geschäftsordnung.

#### **Reinhard Kahl (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben unseren Antrag so formuliert, dass er aus zwei Ziffern besteht. Wir wollen Ihnen nun die Möglichkeit geben, zu den einzelnen Ziffern abzustimmen.

Lassen Sie mich einen letzten Satz anfügen: Dass Herr Dr. Wagner nicht zur Tankstelle gehört, haben wir heute erkannt.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Meine Damen und Herren, wir stimmen nach Ziffern ab. – Ich lasse über den Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD, Drucks. 16/5339, Ziffer 1, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD, die GRÜNEN und die FDP. Wer ist dagegen? – Das ist die CDU.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich lasse über Ziffer 2 abstimmen. Wer ist dafür? Das sind die SPD, die GRÜNEN und die FDP. Wer ist dagegen? – Das ist die CDU. Damit ist der Dringliche Antrag mit der Mehrheit des Hauses abgelehnt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 63** auf:

**Antrag der Fraktion der FDP betreffend eine Aktuelle Stunde (Mehrwertsteuererhöhung verhindern!) – Drucks. 16/5316 –**

Das Wort hat Herr Kollege von Hunnius, FDP-Fraktion. Die Redezeit beträgt fünf Minuten je Fraktion.

#### **Roland von Hunnius (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Unruhe)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Meine Damen und Herren, seien Sie so lieb, sich jetzt wieder vernünftig zu verhalten. Seien Sie bitte friedlich, und hören Sie vor allen Dingen dem Kollegen von Hunnius, einem guten Freund von uns allen, zu.

(Beifall bei der FDP – Heiterkeit)

**Roland von Hunnius (FDP):**

Der versöhnliche Anfang stimmt mich positiv auf meine Rede ein. – Die große Koalition in Berlin hat ihre Arbeit mit einem doppelten Wahlbetrug begonnen.

(Beifall der Abg. Michael Denzin und Heinrich Heidel (FDP))

Es handelt sich um einen doppelten Wahlbetrug aus folgenden Gründen: Die SPD hat landauf, landab vor der Wahl verkündet, einer Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht zuzustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Damals ging es um eine Erhöhung um 2 Prozentpunkte.

CDU und CSU haben vor der Wahl in Gestalt ihrer Kanzlerkandidatin Angela Merkel gesagt, sie wollten die Mehrwertsteuer um 2 Prozentpunkte erhöhen, falls sie an die Macht kämen. Ferner sagten sie, das dadurch entstehende zusätzliche Aufkommen solle zur Senkung der Lohnnebenkosten eingesetzt werden.

(Beifall des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Dann haben SPD, CDU und CSU die Wahl überstanden. Dass sie sie gewonnen haben, kann man in diesem Fall wohl kaum sagen. Sie haben die Wahl überstanden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Anschließend haben sie sich für die Stimmen bedankt, die sie erhalten haben. Sie haben das dann aber völlig anders interpretiert. Die SPD hat aus dem Wahlergebnis geschlossen, dass sie legitimiert sei, einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte zuzustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Die Mitglieder der CDU und der CSU haben aus dem Wahlergebnis geschlossen, dass sie legitimiert seien, die Erhöhung bei weitem nicht nur dafür zu nutzen, die Lohnnebenkosten zu senken. Vielmehr wollen sie damit auch die Haushalte aufbessern. Das ist eindeutig Wahlbetrug.

(Beifall bei der FDP)

Beide Parteien haben sich gegenüber dem Wähler vergangen.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

– Herr Boddenberg, das stimmt. Sie können hier brüllen, so laut Sie wollen. Es bleibt dabei: Von einer Erhöhung um 3 Prozentpunkte war nie die Rede. – Herr Kollege Boddenberg, das mag Sie ärgern. Das ist Ihnen vermutlich peinlich. Ich wundere mich schon sehr, dass jemand, der wie Sie für den Mittelstand steht, für die Erhöhung der Mehrwertsteuer eintritt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Herr Kollege Boddenberg, die Erhöhung der Mehrwertsteuer verteuert die Rechnungen der Handwerker, die sie für die von ihnen erbrachten Leistungen stellen. Ich werde noch darauf zu sprechen kommen, welche Konsequenzen sich daraus ergeben.

Die Fakten sind: Zur Merkel-Steuer von 2 Prozentpunkten ist die Münte-Steuer von 1 Prozentpunkt hinzugekommen. In der Summe ergibt dies eine Erhöhung um 3 Prozentpunkte und einen Mehrwertsteuersatz von 19 %. Das sind die Fakten.

Das ist den Beteiligten natürlich ein bisschen peinlich. Man könnte jetzt sagen: Das kann damit sein Bewenden haben. – Aber inzwischen treten immer stärker sachliche Gegenargumente zutage. Es ist ein verheerender Fehler, die Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte – und damit um annähernd ein Fünftel – zu erhöhen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Michael Boddenberg (CDU): Darüber kann man streiten!)

Darin sind sich so gut wie alle Experten einig. Herr Kollege Boddenberg, da können Sie noch so den Kopf schüttern, das ist so. Sie können die Fakten nicht wegleugnen, auch wenn Sie hier die Mehrheit haben. Das ist nun einmal so.

Eine um 3 Prozentpunkte höhere Mehrwertsteuer führt zu einer zusätzlichen jährlichen Kaufkraftabschöpfung in Höhe von 24 Milliarden €. 24 Milliarden € wollen Sie jährlich dem Wirtschaftskreislauf entziehen. Diese Gelder bräuchte man aber, um den Wirtschaftskreislauf anzukurbeln.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Dabei ist die Binnenkonjunktur immer noch nicht angesprungen.

Ich will jetzt eine Aufzählung anführen, die die SPD vor der Wahl veröffentlicht hat. Inzwischen wollen Sie davon nichts mehr wissen. Diese Erhöhung wird 21,8 Millionen Rentnerinnen und Rentner belasten. Sie wird 1,8 Millionen Beamtinnen und Beamte, 5 Millionen Arbeitslose, 2 Millionen Studenten und 3,8 Millionen Selbstständige belasten. Alle diese Personen haben nichts von einer eventuell stattfindenden Senkung der Lohnnebenkosten. Sie müssen voll und ganz die Zeche zahlen.

(Beifall bei der FDP)

Alle übrigen zahlen die Zeche zumindest zum Teil. Denn sie müssen wesentlich mehr bezahlen, als sie davon profitieren.

Die Konsequenzen der steigenden Mehrwertsteuer können sein: Herr Kollege Boddenberg, entweder werden die Preise steigen. Die Folge davon wird sein, dass der Konsum sinkt. Die Folge davon wird auch sein – das wird wie das Amen in der Kirche kommen –, dass die Europäische Zentralbank den Leitzins erhöhen müssen. Das wird zu einem weiteren Abbremsen der Konjunktur führen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Faktisch gibt es kein Anspringen der Konjunktur. Das soll dann aber auch noch abgebremst werden.

Wenn die Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht über eine Erhöhung der Preise auf die Verbraucher überwältigt werden kann, dann werden die Margen der Händler und Unternehmen sinken. Sie sollten sich einmal überlegen, welche Margen es im deutschen Handel und Handwerk gibt. Wenn man von dem Umsatz des Handels und des

Handwerks 3 % abzieht, kann man feststellen, dass viele Unternehmen in der Tat unter die Nulllinie fallen werden. Das heißt, sie werden Insolvenz anmelden müssen oder sind von Insolvenz bedroht.

(Beifall bei der FDP)

Das alles kann doch nicht im Sinne des Erfinders sein. Mich wundert das schon, dass der Ökonom und Wirtschaftsminister Dr. Rhiel dieser undurchdachten und von reiner Abkassiermentalität getragenen Entscheidung zustimmen kann. Weiß er denn nicht, dass die gerade aufkeimende Konjunktur dadurch geschwächt und der Mittelstand geschädigt wird?

Mir liegen all die Reden vor, in denen gesagt wurde, der Mittelstand erhält die Arbeitsplätze, der Mittelstand schafft Ausbildungsplätze und der Mittelstand hat sichere Arbeitsplätze. Aber der Mittelstand wird doch durch solche Maßnahmen kaputtgemacht.

(Beifall bei der FDP)

### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege von Hunnius, Sie müssen zum Schluss Ihrer Rede kommen.

### **Roland von Hunnius (FDP):**

Herr Präsident, ich hätte noch viel zu sagen. Ich werde mich aber jetzt auf den Schluss meiner Rede konzentrieren.

Sie müssen dabei auch bedenken, dass wir in dem Zeitraum von 2007 bis 2009 nicht nur die Mehrbelastung durch die Mehrwertsteuererhöhung haben werden. Hinzu kommt noch die Abschaffung von Vergünstigungen, so dass sich eine Mehrbelastung in Höhe von 100 Milliarden € ergibt. Diesen 100 Milliarden € steht ein Investitionsprogramm in Höhe von 25 Milliarden € gegenüber. Im Saldo bedeutet dies also, dass sich eine Mehrbelastung von 75 Milliarden € für die deutsche Wirtschaft ergibt.

(Beifall bei der FDP)

Gibt es einen Weg, diesen Unsinn zu verhindern? Ja, den gibt es. Die Länder Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt haben sich auf Druck der FDP vorgenommen, der beabsichtigten Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht zuzustimmen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): So ist es!)

Wer die Mehrwertsteuererhöhung verhindern will, weiß, was er am 26. März 2006 zu tun hat. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege von Hunnius, vielen Dank. – Das Wort hat Herr Abg. Williges für die CDU-Fraktion.

### **Frank Williges (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege von Hunnius, ich räume ein: Wir hätten gerne heute in diesem Haus gemeinsam mit Ihnen allen eine Steuersenkung gefeiert.

(Beifall des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Aber die Lage unseres Landes stellte sich bereits im vergangenen Jahr so dar, dass keine Steuersenkungen möglich sind. Das Gegenteil ist sogar der Fall: Um die Staatsfinanzen zu stabilisieren, ist es notwendig, eine Steuererhöhung vorzunehmen.

Herr von Hunnius, ich möchte jetzt Ihren Vorwurf zurückweisen, zumindest für den Fall, dass Sie ihn gegen die Union erhoben haben. Sie behaupteten, es habe sich um Wahlbetrug gehandelt.

(Nicola Beer (FDP): Sie haben doch von einer Erhöhung um 2 Prozentpunkte und nicht um 3 Prozentpunkte gesprochen!)

Das war schon eine ungewöhnliche Maßnahme: Wir hatten bereits im vergangenen Jahr vor der Wahl angekündigt, dass die Mehrwertsteuer um – zugegebenermaßen damals angekündigt – 2 Prozentpunkte erhöht werden würde. Wie Sie alle wissen, war das Wahlergebnis so, dass in einer großen Koalition ein Kompromiss gefunden werden musste.

Nun räume ich schon ein, dass dieser Kompromiss bemerkenswert ist. Denn die Ausgangslage war doch die, dass die einen forderten, die Mehrwertsteuer solle nicht erhöht werden, und die anderen wollten eine Erhöhung um 2 Prozentpunkte. Am Ende ist dann eine Erhöhung um 3 Prozentpunkte herausgekommen.

(Nicola Beer (FDP): Wahlbetrug ist das!)

Wenn so etwas bei Tarifverhandlungen geschehen würde, würde das sicherlich das Erstaunen des Publikums hervorrufen.

Aber wir sollten doch bitte nicht so tun, als ob die Erhöhung der Mehrwertsteuer etwas vollkommen Neues, ein Novum, sei. Der Vorläufer der Mehrwertsteuer, die Warenumsatzsteuer, wurde 1916 in Deutschland eingeführt. Damals betrug der Steuersatz 1 %. Die nächsten Stufen waren 2 % und 4,5 %. Es hat immer wieder Erhöhungen gegeben.

1967 wurde die vorsteuerabzugsfähige Mehrwertsteuer eingeführt. Damals begann es mit 10 %. Sie wurde dann in Stufen in den Jahren 1977, 1979, 1983, 1992 und zuletzt im Jahre 1998 erhöht. Dies führte zu dem heute gegebenen Niveau von 16 %.

Dieser Kompromiss ist zustande gekommen, weil eine Abwägung vorgenommen werden musste. Auf der einen Seite besteht die Notwendigkeit, die Staatsfinanzen zu stabilisieren und die Lohnnebenkosten zu senken. Ein Teil des Aufkommens aus der Mehrwertsteuererhöhung wird, wie Sie wissen, zur Senkung der Lohnnebenkosten verwendet werden.

(Nicola Beer (FDP): Aber nicht alles!)

Auf der anderen Seite muss man in die Waagschale werfen, dass man weiß, dass das die anspringende Konjunktur belasten könnte. Das ist uns klar.

Wir müssen aber auch über die Grenzen unseres Landes hinausschauen. Dann werden wir sehen, dass die Anhebung der Mehrwertsteuer ein Beitrag zur Harmonisierung in der Europäischen Union ist. Wenn wir eine Mehrwertsteuer in Höhe von 19 % haben, werden wir das gleiche Niveau haben, das es in der Slowakei, in Tschechien, in den Niederlanden und auf dem Festland von Griechenland gibt. Bei meiner Recherche habe ich festgestellt, dass

man auf den griechischen Inseln nur 13 % Mehrwertsteuer bezahlen muss.

Lassen Sie mich in der gebotenen Kürze noch einmal auf die konjunkturellen Auswirkungen zu sprechen kommen. Herr von Hunnius, nicht alle Experten stehen der Erhöhung kritisch gegenüber. Zum Beispiel hat der Chefvolkswirt der Deutschen Bank eine noch stärkere Mehrwertsteuererhöhung gefordert. Er hat dies allerdings mit der Forderung verbunden, die Lohnnebenkosten müssten dann auch stärker gesenkt werden.

(Nicola Beer (FDP): Dem Bürger immer in die Tasche greifen, das ist das Einfachste!)

Aufgrund der vergangenen Erhöhungen der Mehrwertsteuer, die ich eben angesprochen habe, wissen wir, dass es nach den jeweiligen Erhöhungen zu kurzfristigen Einbrüchen, konjunkturellen Dellen, gekommen ist. Ich gehe davon aus, dass auch in diesem Fall allenfalls eine konjunkturelle Delle in den ersten beiden Quartalen des Jahres 2007 zu verzeichnen sein wird.

(Nicola Beer (FDP): Schauen Sie sich doch einmal an, was in Japan geschehen ist!)

Frau Kollegin Beer, dieser Einbruch wird aber auch durch das Vorziehen von Investition und das Vorziehen des Kaufs von Konsumgütern zum Ende des Jahres 2006 zum Teil kompensiert werden.

(Nicola Beer (FDP): Das ist dann ein Strohfeuer!)

Wir müssen auch noch etwas anderes bei der Abwägung der Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Erhöhung von Ertragssteuern ins Kalkül ziehen. Weil das Bestimmungslandprinzip Anwendung findet, ist die Erhöhung der Mehrwertsteuer für Standortentscheidungen in unserem Land unerheblich. Der Abwanderung von Arbeitsplätzen wird dadurch nicht weiterer Vorschub geleistet werden. Bei einer Erhöhung der Lohnnebenkosten wäre das aber zwangsläufig der Fall.

Lassen Sie mich abschließend noch einmal die Frage beleuchten, ob kleinere Einkommen von der Erhöhung der Mehrwertsteuer überproportional belastet werden. Ich behaupte: Das Gegenteil ist der Fall. – Es gibt Untersuchungen, z. B. des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, denen zufolge sich die Verbraucherpreise nur um 1,7 % erhöhen, wenn die Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte erhöht wird.

Lassen Sie mich auch noch Folgendes feststellen. Das wird in dieser Diskussion immer wieder vergessen. Gerade diejenigen, die nur über ein kleines Einkommen verfügen, müssen einen erheblichen Teil ihrer Aufwendungen in den Bereichen leisten, in denen entweder überhaupt keine Umsatzsteuer erhoben wird – wie etwa bei der Miete – oder in denen der abgesenkte Mehrwertsteuersatz von 7 % gilt. Das ist der Fall, wenn sie Lebensmittel einkaufen oder wenn sie den öffentlichen Personennahverkehr in Anspruch nehmen.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Williges, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

#### **Frank Williges (CDU):**

Herr Präsident, das akzeptiere ich und schließe mit dem Fazit – –

(Heiterkeit und Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche und Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Williges, ich erwarte, dass Sie das akzeptieren. Andernfalls stünde mir eine ganze Reihe an Maßnahmen zur Verfügung.

(Heiterkeit und Beifall)

Sie dürfen aber gerne ein Schlusswort sprechen.

#### **Frank Williges (CDU):**

Herr Präsident, um Sanktionen zu entgehen, möchte ich mit einem Satz schließen. Er lautet: Die Erhöhung der Mehrwertsteuer ist unerfreulich, aber leider unvermeidbar.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Frau Kollegin Erfurth, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die FDP hat sich offensichtlich vorgenommen, mit diesem Antrag einmal eine Aktuelle Stunde lang Opposition vorzuspielen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In den letzten beiden Tagen und auch an vielen Sitzungstagen davor habe ich die FDP und ganz besonders ihren verehrten Herrn Vorsitzenden, der gerade nicht im Saal ist, als selbst ernannte Regierungssprecher erlebt, gepaart mit einem für die FDP sicher schmerzlichen Verlust der Regierungsverantwortung. Die Vereinigung des ziemlich hohen Kuschelpegels und des schmerzlichen Verlustes der Regierungsmitverantwortung hat auf mich manchmal schon peinlich gewirkt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit der Mehrwertsteuererhöhung haben Sie nun ein Thema entdeckt, mit dem Sie glauben, sich als Anwalt von Verbraucherinnen und Verbrauchern und als Anwalt der sozial Schwächeren gerieren zu können. Ich frage mich allerdings, meine Damen und Herren von der FDP: Wer soll Ihnen diese Rolle ernsthaft abnehmen?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Andrea Ypsilanti (SPD): Ja! – Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Wenn es einen Preis gäbe, welche Partei in den letzten Jahren Mehrwertsteuererhöhungen am häufigsten zugestimmt hat, hätte ihn, muss ich sagen, die FDP redlich verdient.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die Mehrwertsteuer in der neuen Form wurde 1968 als Nettoallphasenumsatzsteuer mit Vorsteuerabzug – so heißt sie nämlich ganz korrekt – eingeführt. Das hat die große Koalition gemacht. In der Folgezeit wurde der Um-

satzsteuersatz fünfmal erhöht – der Kollege Williges ist darauf eingegangen –: 1978, 1979, 1983, 1993 und 1998. Jetzt dürfen Sie einmal raten, wie oft die FDP der Erhöhung zugestimmt hat.

(Norbert Schmitt (SPD): 4711, immer dabei!)

– Immer dabei; Herr Kollege Schmitt, Sie haben es gesagt. Die FDP war jedes, aber auch jedes Mal dabei, wenn es darum ging, die Umsatzsteuer zu erhöhen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Für die Chronisten unter Ihnen: Die SPD war es zweimal, die CDU dreimal. Jetzt wollen sie die Vorsprünge anscheinend aufholen.

Ich glaube, es gehört nicht viel Phantasie dazu, zu prophezeien: Wäre die FDP jetzt noch mit an der Regierung, hätte sie ihre Verbraucherschutzrolle sofort in die Kiste gepackt und mit affenartiger Geschwindigkeit das Gegenteil behauptet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn ein paar Hintertürchen haben Sie ja im Vorfeld schon einmal gesucht und vorsichtig angestoßen. Hermann Otto Solms hat in einem Interview des Deutschlandfunks am 12. Juli 1905, also noch vor der Bundestagswahl – –

(Florian Rentsch (FDP): 1905 hat Herr Solms noch nicht gelebt!)

– 2005. Entschuldigung, Herr Rentsch; das war ein Versprecher. – Am 12. Juli 2005 hat sich Herr Solms als aufrechter Streiter gegen die Mehrwertsteuererhöhung ausgesprochen, um im gleichen Interview aber am Ende zu behaupten: Na ja, scheitern soll die Regierungsbeteiligung daran aber auf keinen Fall.

(Mathias Wagner (Taurus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, toll!)

So etwas kann ich nur als real existierende Machtdialektik bezeichnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Offensichtlich ist dieses Virus aber auch hoch ansteckend; denn wie sonst kann man sich erklären, dass die SPD trotz markiger Erklärungen im Vorfeld – das kann ich Ihnen nicht ersparen – nach der Bundestagswahl ratzfatz einen Schwenk vollzogen hat und sich zur Merkel-Münte-Steuer umentschlossen hat, wie sie auch Herr von Hunnius hier beschrieben hat.

Wir von den GRÜNEN haben vor der Wahl erklärt: Wir halten die Erhöhung für kontraproduktiv. Die Begründung hierfür hat der Herr Kollege von der FDP hier gegeben; ich kann sie mir ersparen. Ich sage jetzt mit voller Überzeugung: Die Erhöhung ist nach wie vor überflüssig.

Ich möchte zum Schluss meiner Rede Ihr Augenmerk noch auf einen anderen Aspekt lenken. Allein die Erhöhung der Umsatzsteuer soll rund 20 Milliarden € bringen. Ich sage Ihnen: Wir würden diese Erhöhung nicht brauchen, wenn sich die Finanzminister der Länder endlich auf eine sinnvolle und abgestimmte Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs einigen würden. Nach Untersuchungen des Ifo-Institutes könnten 20 Milliarden € eingesammelt werden, wenn endlich die Schlupflöcher im Umsatzsteuerrecht geschlossen würden und alles das eingenommen werden würde, was dem Staat zusteht. Dann kämen wir ohne Umsatzsteuererhöhung zu einer Haushaltssanie-

rung, und das wäre auch ein Schritt in Richtung Steuererechtigkeit, die wir ja alle immer wieder anmahnen.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Erfurth, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich bin sofort fertig, Herr Präsident. – In Kürze mein Fazit: Wir brauchen keine Mehrwertsteuererhöhung. Wir brauchen aber auch keine markigen Erklärungen der FDP, die das Papier nicht wert sind, auf dem sie stehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Herr Kollege Reinhard Kahl, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Reinhard Kahl (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Unter dem schönen unpolitischen Titel „Es wird Zeit, jetzt das Richtige tun“ startet die hessische FDP ihren Kommunalwahlkampf. An der Spitze der Forderungen steht mangels kommunalpolitischer Verankerung – in den Kommunen haben Sie ja nicht viel zu sagen – die Forderung nach der Ablehnung der Mehrwertsteuererhöhung.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ist das Thema Mehrwertsteuer alles andere als ein neues Thema und vielmehr der Versuch, den FDP-Kommunalwahlkampf hierher in den Landtag zu verlegen, weiter nichts, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der FDP)

Das Lüftchen, das Sie entfachen wollen, hat Ihnen Herr Koch mit dem Chaos in der Regierung auch noch kaputtgemacht. Das ist das Ergebnis.

(Beifall bei der SPD)

Dabei wollen wir noch einmal daran erinnern – es ist ja schon gesagt worden –, dass die FDP in der Regierungsverantwortung mit der CDU/CSU für zahlreiche Steuererhöhungen, besonders bei den Verbrauchssteuern, mitverantwortlich ist.

(Michael Denzin (FDP): Und das sagt der größte Wahlbetrüger der Bundestagswahl!)

– Oh, da wird ja jemand wach.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Meine Damen und Herren, ich bitte doch, die Erregung etwas zu reduzieren, dem Kollegen Kahl wieder aufmerksam zuzuhören, alles in Ruhe zu ertragen und auch die Zwischenrufe etwas zu regeln.

**Reinhard Kahl (SPD):**

Meine Damen und Herren, man kann festhalten: Die Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 2007 wäre die erste ohne Beteiligung der FDP, und das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der SPD)

Im Koalitionsvertrag der großen Koalition ist die Mehrwertsteuererhöhung festgeschrieben, und dies wird umgesetzt. Uns als hessischer SPD ist die Zustimmung zur Erhöhung der Mehrwertsteuer wahrlich nicht leicht gefallen.

(Zuruf von der FDP: Ach ja! – Nicola Beer (FDP): Deswegen sind es jetzt 3 %!)

Wenn man sich die Koalitionsvereinbarung auf Bundesebene einmal insgesamt ansieht und bewertet, trägt sie die hessische Partei mit; denn die Deckungslücke im Bundeshaushalt ist allein durch Sparmaßnahmen nicht zu schließen, auch wenn Sie das laufend wiederholen.

(Beifall bei der SPD)

Entscheidend ist: Kürzungen und drastische Einschnitte in das soziale Netz, was Sie im Grunde genommen wollen, wird es mit der SPD nicht geben. Das ist die Botschaft.

(Beifall bei der SPD)

Steigende Staatsschulden und steigende Zinsausgaben stellen die Handlungsfähigkeit des Staates grundlegend infrage. Solide Staatsfinanzen sind auch Voraussetzung für ein stabiles Staatswachstum und verlässliche Sozialsysteme, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Daher wird auch ein Teil der Mehreinnahmen zur Senkung der Lohnzusatzkosten eingesetzt.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Kahl, der Herr Kollege Rentsch möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen.

#### **Reinhard Kahl (SPD):**

Es bleibt dabei: Gerade aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit wird der ermäßigte Mehrwertsteuersatz nicht angetastet. Wir haben in diesem Zusammenhang auch durchgesetzt, dass es keine Besteuerung auf Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge gibt.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zu Hessen. Für Hessen bedeutet das Thema 350 bis 400 Millionen € zusätzliche Einnahmen. Ohne diese Einnahmen ist Hessen wegen der katastrophalen Finanzpolitik der Regierung Koch vollständig handlungsunfähig.

(Beifall des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Fünf verfassungswidrige Haushalte, die galoppierende Verschuldung und der Verkauf von Landesvermögen in großem Stil sind die Ergebnisse Ihrer Finanzpolitik, an der die hessische FDP auch beteiligt war.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, zur Erinnerung: Für die hessische Rekordneuverschuldung von 2 Milliarden € im Jahr 2002 tragen CDU und FDP die Verantwortung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Kurz vor der Bundestagswahl hatte die FDP schon einmal eine Aktuelle Stunde zur Mehrwertsteuer beantragt. Schon damals hat sie sich mit markigen Worten gegen

eine Mehrwertsteuererhöhung ausgesprochen. Ich muss das wiederholen, was ich damals gesagt habe; auf dieses Zitat ist auch die Kollegin Erfurth eingegangen. Herr Otto Hermann Solms hat gesagt,

(Florian Rentsch (FDP): Er heißt Hermann Otto!)

an der Frage der Mehrwertsteuererhöhung würden die Liberalen die Koalition nicht scheitern lassen. Das ist die ehrliche Antwort darauf. Aber die Wählerinnen und Wähler haben sich so entschieden, dass sich diese Frage für die FDP glücklicherweise nicht stellt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der FDP)

– Sehen Sie, das ist Ihr Problem.

(Zuruf von der FDP: Wenn die SPD lügt, ist das nicht unser Problem!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich schließen, indem ich für meine Fraktion Folgendes sage. Auch Ihre jetzt gestartete Kampagne – sie heißt: hessische Kommunalwahl auch Volksabstimmung über Mehrwertsteuererhöhung – wird kläglich scheitern. Mit Ihrem Wahlergebnis werden Sie noch nicht einmal das Quorum für eine Volksabstimmung erreichen.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Schönen Dank, Herr Kollege Kahl. – Das Wort hat Herr Staatssekretär Dr. Arnold.

#### **Dr. Walter Arnold, Staatssekretär im Ministerium der Finanzen:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Hessische Landesregierung hält die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer für unverzichtbar. Auch wenn wir zu Beginn des Jahres 2006 eine gewisse tendenzielle Besserung feststellen können, bleiben die öffentlichen Haushalte nach wie vor in einer außerordentlich ernsten Lage. Trotz vielfacher Ausgabenbegrenzungen liegen die regelmäßig fließenden Einnahmen noch immer dramatisch unter den laufenden Ausgaben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum haben Sie jahrelang den Subventionsabbau toleriert?)

Daraus ist ein enormer struktureller Handlungsbedarf entstanden,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den die Landesregierung mit verursacht hat!)

den die Bundesregierung mit voller Unterstützung der Hessischen Landesregierung zielstrebig angeht. Im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD wurde vereinbart, in gemeinsamer Anstrengung die öffentlichen Finanzen wieder auf eine solide Basis zu stellen. Meine Damen und Herren, das ist eine ganz wichtige Zielsetzung dieser großen Koalition. Es wurden bereits haushaltsentlastende Maßnahmen beschlossen. Ich erinnere an die Abschaffung der Eigenheimzulage, an die Kürzung der Pendlerpauschale.

(Nicola Beer (FDP): Das 25-Milliarden-€-Packet!)

Jetzt wird in dem Haushaltsbegleitgesetz – darin ist die von der FDP kritisierte Anhebung der Mehrwertsteuer

um 3 % enthalten – ein weiterer wichtiger Schritt unter-  
nommen. Lieber Kollege von Hunnius, zu den Worten  
„doppelter Wahlbetrug“ sage ich Ihnen ganz deutlich: Die  
CDU hat vor der Bundestagswahl gesagt: 2 %.

(Nicola Beer (FDP): Ja und?)

Die SPD und die CDU/CSU haben in einem ausgewoge-  
nen Koalitionsvertrag verantwortungsvoll gegeneinander  
abgewogen, was notwendig ist. Die Erhöhung der Mehr-  
wertsteuer um 3 % ist notwendig. Ich denke, das ist auch  
deutlich geworden.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Frank-Peter  
Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich sage ausdrücklich mit Blick auf das, was Sie zum  
Mittelstand gesagt haben: Die Koalition hat auch Impulse  
für Wachstum und Beschäftigung in einem Umfang von 37  
Milliarden € vereinbart – 25 Milliarden € durch den  
Bund, die anderen 12 Milliarden € durch die Länder und  
die Gemeinden. Das ist der notwendige Mix aus Wirt-  
schaftsbelebung und entschlossener Konsolidierung.

(Beifall des Abg. Gottfried Milde (Griesheim  
(CDU))

Lieber Herr Kollege von Hunnius, das ist auch ein Zei-  
chen für den Mittelstand. Sie und ich wissen, dass die Um-  
satzsteuer, wenn eine Vorsteuerabzugsberechtigung vor-  
liegt, eigentlich nur ein Durchlaufposten für mittelständi-  
sche Unternehmen ist.

Die beschlossene Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16  
auf 19 %

(Zurufe der Abg. Roland von Hunnius und Michael  
Denzin (FDP))

dient auch der Senkung der Lohnnebenkosten bei der Ar-  
beitslosenversicherung. Das wurde bereits von Herrn  
Kahl deutlich gesagt. Ich bin deshalb der festen Überzeu-  
gung, dass die im Rahmen dieses Gesamtkonzepts vorge-  
sehene Erhöhung der Mehrwertsteuer auch mit Blick auf  
unsere Verpflichtung im Rahmen des Europäischen Stabi-  
litäts- und Wachstumspaktes notwendig und alternativ-  
los ist.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN): Das ist Quatsch! Alternativlos ist nie  
etwas!)

Alle anderen Vorschläge und Forderungen, so notwendig  
sie im Einzelnen sind und so wichtig sie auch in ihrer Be-  
deutung sind, führen nur mittelfristig, lieber Herr Kauf-  
mann, zu einer entsprechenden Entlastung.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN): Weil Sie es jahrelang blockiert haben!)

Wir brauchen unmittelbare, zeitnahe Wirkungen. Das  
heißt: Wenn wir es in Deutschland nicht schaffen, wenigs-  
tens im kommenden Jahr – nach fünf Überschreitungen in  
Folge – das Maastricht-Kriterium für das Defizit einzu-  
halten, dann werden Strafzahlungen nicht auszuschließen  
sein. In der Situation, wo das Defizit der öffentlichen  
Haushalte noch immer bei rund 54 Milliarden € liegt, der  
Schuldenstand der öffentlichen Hand insgesamt an der  
1,5-Billionen-€-Grenze liegt, halte ich es für politisch ver-  
antwortungslos, wenn man auf dringend benötigte Ein-  
nahmen verzichtet.

(Nicola Beer (FDP): Abzocke!)

Sie haben Zahlen zu Hessen genannt. Herr Kahl, die Ge-  
samtzahlen, auch für den Bund: Wir reden hier von einer

Größenordnung von 45 Milliarden € in den nächsten drei  
Jahren. Für die Länderhaushalte stehen davon in den Jah-  
ren 2007 bis 2009 jeweils jährlich knapp 7,5 Milliarden €  
zur Verfügung. Für den hessischen Landeshaushalt be-  
deutet dies Mehreinnahmen zwischen 350 und 450 Millio-  
nen €.

(Reinhard Kahl (SPD): So, wie ich es gesagt habe!)

– So, wie Sie es gesagt haben.

Ich fasse zusammen. Meine Damen und Herren, die der-  
zeitige Situation aller öffentlichen Haushalte lässt keinen  
Raum zum Verzicht auf schnell und zuverlässig wirkende  
Maßnahmen. Deswegen ist die Mehrwertsteuererhöhung  
auch aus unserer Sicht eine dringend notwendige Maß-  
nahme im Rahmen der Gesamtkonzeption. Mit einem  
solchen Bündel struktureller Maßnahmen – dazu zähle  
ich auch Einsparungen auf der Ausgabenseite, den Abbau  
von Steuervergünstigungen, die Schließung von Steuer-  
schlupflöchern – werden das Ausgabeniveau und die Fi-  
nanzierungsmöglichkeiten der öffentlichen Haushalte  
sukzessive wieder in Einklang gebracht.

Ich lade Sie deshalb alle ein, daran konstruktiv mitzuwir-  
ken – im Interesse der Zukunft Deutschlands

(Nicola Beer (FDP): Nein!)

und damit auch im Interesse der Zukunft unseres Bundes-  
landes Hessen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herzlichen Dank, Herr Staatssekretär. – Damit ist diese  
Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 64** auf:

#### **Antrag der Fraktion der SPD betreffend eine Aktuelle Stunde (Gegen die Steuergeldverschwendung – kein Kel- lereineubau am Steinberg ohne Wirtschaftlichkeitsprü- fung) – Drucks. 16/5317 –**

Ich weise darauf hin, dass wir am Ende dieser Aktuellen  
Stunde sofort über den Dringlichen Antrag der Fraktion  
der SPD, Drucks. 16/5320, abstimmen werden.

Die erste Wortmeldung kommt von Frau Kollegin Hoff-  
mann, SPD-Fraktion.

#### **Christel Hoffmann (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir beschäfti-  
gen uns heute erneut mit dem Kellereineubau der Staats-  
weingüter am Steinberg. Das ist ein völlig überflüssiges  
Prestigeobjekt des Hessischen Ministerpräsidenten,

(Beifall bei der SPD)

das brutalstmöglich gegen den Widerstand in der gesam-  
ten Region durchgesetzt werden soll. Meine Damen und  
Herren, es gibt andere Lösungen am Standort in Eltville.  
Wir hätten uns solchen Lösungen, auch mit Investitionen,  
nicht verschlossen. Ich denke, das wäre eine Möglichkeit  
gewesen, dass die Winzer zugestimmt hätten und dass es  
nicht zu diesen heftigen Auseinandersetzungen gekom-  
men wäre. Denn dass Investitionen erforderlich sind, war  
für uns keine Frage. Aber wir und viele andere in der Re-  
gion haben ganz massive Zweifel an der Wirtschaftlich-  
keit des Kellereineubaus, den die Landesregierung auf  
Gedeih und Verderb durchziehen will.

Wir haben heute auch einen Dringlichen Entschließungsantrag der CDU vorliegen. Danach sollen wir feststellen, dass keine neuen Sachverhalte vorliegen, die eine weitere parlamentarische Beratung erforderlich machen. Meine Damen und Herren, ich kann verstehen, dass der CDU-Fraktion diese Diskussion unangenehm ist. Denn – die Kolleginnen und Kollegen von außerhalb des Rheingaus werden das nicht mitbekommen – in Eltville zerlegt sich wegen des Kellereineubaus der CDU-Stadtverband gerade total.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Norbert Schmitt (SPD): Weiter so!)

Meine Damen und Herren, es sind insgesamt 15 Millionen € zu investieren. Damit wird dieses Geld der Steuerzahler ganz heftig aufs Spiel gesetzt werden. Denn Fakt ist, dass die Staatsweingüter 7,5 Millionen €, also die Hälfte dieses Betrages, aus dem Verkauf von Landesvermögen erhalten.

Gestatten Sie mir nebenbei eine Frage an die Landesregierung: Wie weit sind Sie eigentlich mit den Verkäufen, beispielsweise in Hochheim?

Die anderen 7,5 Millionen € sollen die Staatsweingüter über Kredite finanzieren. Eigene Sicherheiten, wie andere Betriebe es haben müssten, sind nicht vorhanden. Deshalb hat die Landesregierung durchaus logisch gehandelt und bereits eine Ermächtigung in den Haushaltsplan 2005 eingestellt. Ich zitiere den Haushaltsvermerk: Bis zur Höhe von 7,5 Millionen € kann die Landesregierung einstehen für Verbindlichkeiten der Staatsweingüter im Zusammenhang mit dem Neubau der Kellerei Steinberg.

Meine Damen und Herren, eine Bürgschaft geht man aber nur dann ein, wenn realistischerweise damit zu rechnen ist, dass der Bürgschaftsnehmer diese Last auch schultern kann.

(Beifall bei der SPD – Axel Wintermeyer (CDU): Berufspessimistin!)

Wir wissen, dass die Staatsweingüter hoch defizitär arbeiten. Wir fragen uns, wie das funktionieren soll. Es bestehen begründete Zweifel, dass die Staatsweingüter nach der Kreditaufnahme mit den Belastungen von Zins und Tilgung je die Gewinnschwelle erreichen können.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Wir haben Sie deswegen schon im November 2004 aufgefordert, vor weiteren Investitionen und vor weiteren Zusagen den Businessplan durch unabhängige Wirtschaftsprüfer überprüfen zu lassen. Unsere Zweifel an der Wirtschaftsfähigkeit sind in den letzten Monaten nur noch größer geworden. Wir fordern die Landesregierung daher auf, vor dieser Ermächtigung die Wirtschaftlichkeit einer Überprüfung durch unabhängige Sachverständige zu unterziehen, denn es ist fünf vor zwölf.

(Michael Denzin (FDP): Zehn nach elf!)

– Gleich elf nach elf, aber das ist dann ein anderes Kapitel, heute an Altweiberfasnacht.

(Beifall bei der SPD)

Überdenken Sie das Vorhaben. Wir bitten Sie dringend darum: Verschließen Sie sich nicht einer Überprüfung der Wirtschaftlichkeit in einer Anhörung des Landtages.

Meine Damen und Herren, ich frage mich: Was hat die CDU, was hat die Landesregierung eigentlich zu verber-

gen? Der Geschäftsführer der GmbH rechnet mit einem Baubeginn im April. Woher er diesen Optimismus nimmt, ist angesichts der Klage der Stadt Eltville unklar.

(Heinrich Heidel (FDP): Welches Jahr, hat er nicht gesagt!)

– Ich bedanke mich, Heinrich Heidel. Die Frage ist, in welchem Jahr.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin, Sie müssen langsam zum Schluss kommen.

**Christel Hoffmann (SPD):**

Klar ist jedoch, dass das Land und damit der Steuerzahler

(Michael Denzin (FDP): Sie sollten vor Baubeginn mit der Rede fertig sein!)

7,5 Millionen € zahlen muss, wenn sich das Vorhaben als unwirtschaftlich erweist und die Staatsweingüter die Zinsbelastung nicht schultern können. Damit gefährden Sie nicht nur den Kellereineubau,

(Axel Wintermeyer (CDU): Jetzt reicht es!)

Sie gefährden die Staatsweingüter insgesamt.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Denn mit einer Bürgschaft, mit der sich die Staatsweingüter übernehmen würden, treiben Sie diesen Betrieb in die Insolvenz. Wir fordern Sie auf:

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin, Sie müssen zum Schluss kommen, auch wenn es elf nach elf ist.

**Christel Hoffmann (SPD):**

Stimmen Sie einer Anhörung im Landtag zu. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat die Abg. Müller-Klepper, CDU-Fraktion.

**Petra Müller-Klepper (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! „Keine Steuergeldverschwendung bei den Staatsweingütern“ – es ist schon vermessen, dass gerade die SPD dies zum Thema macht.

(Beifall bei der CDU)

Als Sie die Verantwortung hatten, wurden Jahr für Jahr Landesmittel in Millionenhöhe in das Unternehmen gepumpt – nicht für zukunftsichernde Maßnahmen, sondern als verlorene Zuschüsse.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Das zeigt, dass Sie keine Finanzexperten, sondern Praktiker in Sachen Verschwendung von Steuergeldern sind.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der SPD: Eieiei!)

Es wäre gut gewesen, wenn Sie die Energie, die Sie bei der Bekämpfung des Kellereineubaus an den Tag legen, während Ihrer Regierungszeit aufgebracht hätten, um die Staatsweingüter wettbewerbsfähig zu machen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD): Na, na, na!)

Sie haben nichts getan. Das war eine Verschwendung von Steuergeldern. Wo war damals Ihre Umsicht in Sachen Wirtschaftlichkeit, als deren Hüter Sie sich nun darstellen? Jetzt rufen Sie als Brandstifter nach der Feuerwehr und wollen darüber hinaus noch die Einhaltung der Brandschutzbestimmungen kontrollieren.

(Beifall bei der CDU – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sehr gut! – Zurufe von der SPD)

Diese Landesregierung hat dagegen gehandelt. Sie ermöglicht dem Betrieb eine Zukunft aus eigener Kraft durch ein tragfähiges Konzept, die Umwandlung des Landesbetriebes in eine GmbH und den Neubau der unterirdischen Kellerei. Der erste Pfeiler gründet bereits. Seit der Umwandlung in eine GmbH sind die Staatsweingüter auf einem guten Weg. Die Ergebnissituation hat sich innerhalb von drei Jahren um 25 % verbessert. Der Landeszuschuss hat sich deutlich verringert, was der SPD übrigens bekannt ist.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Wie, wo, was?)

Da ist es schon heuchlerisch, wenn sich Herr Walter, der dem Aufsichtsrat angehört, über anhaltende Verluste sorgt. Die Kellerei wird die Entwicklung der letzten Jahre durch kostengünstige Betriebsbedingungen dauerhaft sichern. Die Wirtschaftlichkeit des Konzepts ist hinreichend geprüft. Das, was Sie fordern, ist längst umgesetzt.

(Zuruf von der SPD: Von wem denn? Wer hat das denn geprüft?)

Es wurde am 27. Februar 2003 eine Anhörung durchgeführt, und die Prüfung durch Sachverständige ist erfolgt. Der Businessplan der Staatsweingüter ist von der Forschungsanstalt Geisenheim, einem unabhängigen Institut mit weltweit ausgezeichnetem Ruf, geprüft worden.

(Christel Hoffmann (SPD): Ach! Die alte Geschichte! Genau das wollen wir überprüft haben!)

Und weil doppelt genäht besser hält, wurde das Darmstädter Gutachten eingeholt, das die drei Standortvarianten für die Kellerei bewertet.

(Jürgen Walter (SPD): Das ist doch keine Wirtschaftlichkeitsprüfung! – Christel Hoffmann (SPD): Sie verstehen das nicht!)

Das Ergebnis der Sachverständigen aus Kellereiwirtschaft und Bauwesen lautet: Eine umfassende Sanierung des alten Standorts verursacht deutlich höhere Kosten als der geplante Neubau. SPD und GRÜNE plädieren für die teure Variante. Das wäre eine Verschwendung von Steuergeldern.

(Christel Hoffmann (SPD): Das ist falsch!)

Der Neubau ist gegenüber der Sanierung die wirtschaftlich gebotene Lösung, um den Betrieb aus den roten Zahlen zu bringen. Das alles steht längst fest. Sie legen aber

eine alte Platte nach dem Motto auf: „Alle Jahre wieder“. Bereits in einem Antrag vom 09.11.2004 haben Sie die Wirtschaftlichkeitsprüfung gefordert, die damals auch schon vorlag.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Vor einem Jahr haben Sie das Ganze mit einem Antrag am 22. Februar wiederholt. Das Prüfungsergebnis ist Ihnen ebenso bekannt wie die positive Entwicklung der GmbH.

(Christel Hoffmann (SPD): Das ist keine Prüfung!  
– Norbert Schmitt (SPD): Es gibt doch keine positive Entwicklung!)

Doch Sie malen wider besseres Wissen das Menetekel eines hoch defizitären Betriebs an die Wand, dem durch die Modernisierung die Insolvenz drohe. Zuvor haben Sie die Mär von der steuersubventionierten Kellerei verbreitet, die falsch ist. Denn das Projekt wird zur Hälfte durch den Verkauf der Gebäude am jetzigen Standort und weiterer Liegenschaften sowie zur anderen Hälfte durch Kreditmittel ermöglicht, die von den Staatsweingütern zu refinanzieren sind.

(Christel Hoffmann (SPD): Was ist denn in Eltville los?)

Jetzt kommt die Mär vom Finanzrisiko, die ebenso falsch ist. Das Land gibt keine Bürgschaftserklärung ab, wie Sie suggerieren, sondern es dokumentiert per Patronatserklärung seine Absicht, das Weingut zahlungsunfähig

(Lachen bei der SPD)

– zahlungsfähig zu halten.

(Christel Hoffmann (SPD): Das ist doch das Gleiche!)

Dies ist kein Risiko, sondern eine Selbstverständlichkeit, da sich Grund und Boden im Besitz des Landes befinden.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist unglaublich!)

Jetzt ist der Betrieb noch defizitär, doch durch die Kellerei wird er in die Lage versetzt, sich selbst zu finanzieren und die Kreditmittel zurückzuzahlen.

(Norbert Schmitt (SPD): Wer hat Ihnen das aufgeschrieben? Das ist süß!)

Deshalb gehe ich auch davon aus, dass aufgrund der Vollziehbarkeit der Baugenehmigung der Bau schnellstmöglich beginnen wird.

Das alles ist keine Verschwendung von Steuergeldern, sondern es entlastet die Steuerzahler. Hier droht keine Insolvenz, sondern das ist eine Konsolidierung. Sie, meine Damen und Herren von der SPD, betreiben ein durchschaubares Manöver. Sie wollen das Thema ohne Rücksicht auf Verluste am Kochen halten.

(Beifall bei der CDU)

Sie instrumentalisieren es für die Kommunalwahl, die Bürgermeisterwahl in Eltville, obwohl Sie keinerlei Einfluss auf das Projekt haben. Jetzt sind die Gerichte am Zug. Es gibt keinen Handlungsbedarf. Doch Sie beginnen die Diskussion von vorn. Sie heizen die Stimmung wieder an und betreiben Parteipolitik auf dem Rücken der Winzer, der Region und eines Unternehmens.

(Beifall bei der CDU – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): So ist es! – Gegenruf der Abg. Christel Hoffmann (SPD))

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Petra Müller-Klepper (CDU):**

Ich komme zum Schluss. – Das haben die Staatsweingüter nicht verdient, und das hat die Region nicht verdient, für die der Neubau zu einer Chance werden kann. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab und legen mit unserem Entschließungsantrag ein klares Bekenntnis zur Sanierung der Staatsweingüter ab, die ein Gebot der Wirtschaftlichkeit ist. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Kollege Häusling für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich empfehle der CDU, sich in Eltville doch einmal einen Feuermelder anzuschaffen. Dann würden Sie merken, dass bei Ihnen nämlich die Hütte ganz schön brennt.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Frau Kollegin, wir würden uns hier jetzt nicht unterhalten, hätte man sich damals bei der Umwandlung der Staatsweingüter in eine GmbH darüber unterhalten, ein realistisches Zukunftskonzept auf den Tisch zu legen und eine Sanierung mit Augenmaß am Standort Eltville vorzunehmen. Ich widerspreche Ihnen heftig. Es gibt durchaus auch andere Gutachten, die sagen, der Standort Eltville wäre sehr wohl mit geringem Aufwand zu sanieren gewesen.

(Zuruf von der CDU)

Aber es geht ja um etwas ganz anderes. Wir haben es hier mit einem Lieblingsprojekt unseres Ministerpräsidenten zu tun, der jetzt wahrscheinlich den Europaminister trösten muss. Der Herr Ministerpräsident wollte sich ein Denkmal setzen. Positiv ist bei der ganzen Geschichte, dass er seine Denkmäler gleich in die Erde setzt.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Damit hätten wir kein Problem gehabt. Aber das war an einem sehr historischen Ort. Damit haben wir sehr wohl ein Problem. Es wird sich doch auf Dauer ausweisen, dass das Ganze ein Millionengrab sowohl für die Staatsweingüter als auch für den Steuerzahler wird.

Frau Kollegin, ich denke, dass Sie, wenn Sie ehrlich wären, sagen würden, dass wir uns gar nicht mehr über die geplanten 15 Millionen € unterhalten. Das Projekt wird doch für 15 Millionen € gar nicht durchzuführen sein. Allein der Umzug vom jetzigen Standort in das Kloster Eberbach und in den Neubau wird den Landwirtschaftsminister, der ansonsten an allen Ecken klamm ist, 2,6 Millionen € kosten. Dazu kommen noch Spekulationen, dass die 7,5 Millionen €, die als Kredit aufgenommen werden sollen, auch nicht reichen. Es wäre nett gewesen, wenn Sie hierzu etwas gesagt hätten. Frau Kollegin Hoffmann hat eben schon gesagt, dass die Finanzierung der anderen Hälfte über den Verkauf von Immobilien auch höchst fragwürdig ist. Das heißt, das ganze Finanzierungs-

modell steht auf so wackligen Füßen, dass Sie eigentlich ehrlich sagen müssten, dass das so nicht durchzuhalten ist. Dazu kommt noch die zeitliche Verzögerung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schwarze Zahlen wird das Staatsweingut damit in den nächsten Jahren auf keinen Fall schreiben. Das ist völlig unrealistisch. Denn mit der Finanzlast, die dem Betrieb noch aufgebürdet wird, wird es in der Region nicht möglich sein, einen wirklich gut aufgestellten Staatsbetrieb zu haben, der wirklich in die schwarzen Zahlen kommt. Das bezweifeln wir ganz ernsthaft. Das wissen auch Ihre Kollegen in Eltville. Sie verlassen das sinkende Schiff. Herr Denzin wird gleich für seine FDP hier im Landtag das Projekt energisch verteidigen. Aber gerade seine Kollegen in Eltville waren es, die die Klage mit ermöglicht haben, die die Stadt Eltville anstrebt. Insofern freue ich mich schon auf die Worte, mit denen Sie, Herr Denzin, das Projekt hier wieder verteidigen werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Minister Dietzel wird gleich hierher kommen und erklären, alles sei in Ordnung und es gebe keine Probleme. Da frage ich mich: Herr Minister, glauben Sie ernsthaft, Sie könnten im Jahr 2007 den ersten Wein da einlagern? – Das ist doch völlig unrealistisch. Haben Sie, wenn das nicht so ist, einen Plan B in der Tasche, falls sich das Projekt noch um weitere Jahre verzögert? Wo ist der denn? – Sie haben keinen Plan B.

Herr Minister Dietzel, wie ist es denn mit den Rückstellungen, die jetzt getätigt werden müssten, falls die EU aus Wettbewerbsgründen dieses ganze Projekt noch einmal kritisch betrachtet? Haben Sie für den Fall Vorsorge getroffen, dass die EU aus Wettbewerbsgründen dieses Projekt noch einmal überprüft? Herr Minister, vielleicht können Sie hier auch etwas dazu sagen, dass die Gräben in der Region immer tiefer werden. Sagen Sie doch einmal, ob die Gerüchte stimmen, dass der Geschäftsführer der Stiftung Kloster Eberbach, Herr Jacob, wegge mobbt wird und dass er demnächst an die Waldschule gehen soll.

(Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Wenn das der Fall sein sollte, dann muss man natürlich sagen, dass Sie sich bei diesem Projekt mit allen anlegen. Der Ministerpräsident will mit dem Kopf durch die Wand. Die Leute, die kritische Stimmen haben, gerade auch Herr Jacob, der diesen Umzug von vornherein kritisch betrachtet hat, werden jetzt, sozusagen als Krönung, wegge mobbt und in andere Bereiche gesteckt. Das kann wirklich nicht wahr sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Minister, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie hierzu etwas sagen könnten.

Dem Herrn Ministerpräsidenten, der durch Abwesenheit glänzt, kann man nur raten, er solle doch seine Brechstange bei diesem Projekt weglegen. Er sollte noch einmal den Dialog aufnehmen. Alle sind bereit, die Staatsweingüter zu sanieren. Da gibt es überhaupt keine Fragen. Es muss Geld in die Hand genommen werden. Aber nicht so, nicht, indem man sich mit allen anlegt, die ganze Region gegen sich aufbringt und sich nachher wundert, warum in der Region nichts vorangeht.

Sie können das Staatsweingut nicht sanieren. Das ist genauso wie beim Land Hessen, liebe CDU. Wenn Sie noch

nicht einmal das hinbekommen, dann werden Sie auch Hessen nicht in eine gute Zukunft führen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Häusling. – Das Wort hat der Abg. Denzin für die FDP-Fraktion.

**Michael Denzin (FDP):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Häusling, ich zitiere aus einem Beschluss meines Kreisverbandes von vor einem Dreivierteljahr. Da haben wir uns in der Mitgliederversammlung nur mit diesem Thema befasst. Anwesend war das von Ihnen eben angesprochene Magistratsmitglied aus Eltville. Der Beschluss ist einstimmig gefasst worden. Ich zitiere:

Die FDP begrüßt, dass mit dem Bauvorhaben der Kellerei am Steinberg eine innovative und weit über die Grenzen des Rheingaus wirkende Investitionsmaßnahme in unserer Region vorgenommen wird.

(Beifall bei der FDP)

Wenn sich Parteifreunde – aus welchen Gründen auch immer – anders erklären, als sie sich in der Abstimmung verhalten, ist das nicht von mir zu vertreten. Das werden Sie bei den GRÜNEN aber auch erleben.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es ist doch interessant, dass es bei der ersten Diskussionsrunde zum Steinberg vornehmlich um den Landschafts- und Naturschutz ging. Dieses Argument höre ich heute überhaupt nicht mehr. In der zweiten Diskussionsrunde ging es dann um die vermeintlich bessere Alternative, den alten Keller zu renovieren. Lieber Herr Häusling, 15,8 Millionen € waren die niedrigste Schätzung für die notwendigen Maßnahmen. Wenn Sie einmal dorthin fahren, gucken Sie sich die städtebauliche Situation in der Schwalbacher Straße in Eltville an. Wenn Sie dann überlegen, dass die Staatsweingüter wirtschaftlich auf einem guten Wege sind – es ist eben schon einmal gesagt worden – und noch mehr produzieren, und vor allen Dingen mehr Flaschen verkaufen müssen gegenüber dem früheren Absatz in Fässern, dann kann ich Ihnen heute schon sagen, dass eine derartige Baumaßnahme in der Schwalbacher Straße nie zu realisieren sein würde, ganz abgesehen davon, dass sie dort in der Einengung auch unsinnig wäre.

Dann kommt der berühmte Widerstand aus dem Rheingau. Ja, was haben wir denn da für einen Widerstand? Wir haben einen ehemaligen Weinbaupräsidenten, und wir haben einen Kommissionär aus Walluf,

(Zuruf der Abg. Christel Hoffmann (SPD))

die sind sehr laut und werden überall vernommen. Der Weinanbauverband, der das Organ wäre, wenn der Widerstand zu groß würde, hat in dieser Sache keinen Beschluss gefasst und wird in dieser Sache auch keinen Beschluss fassen. Wenn Sie mit dem Weinbaupräsidenten oder anderen Mitgliedern des Hauptausschusses reden, dann werden Sie feststellen, dass es eine Schimäre ist, dass an-

geblich die ganze Rheingauer Winzerschaft auf den Barrikaden ist.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich habe überhaupt keine Angst davor. Ich sollte neulich mit Herrn Expräsidenten Nägler zu einer Podiumsdiskussion kommen. Die wurde einen Tag vorher abgesagt, weil Herr Nägler offensichtlich keinen Mut oder keine Lust hatte, diese Podiumsdiskussion zu führen. Ich gehe da an die Front, und ich habe im Rheingau wegen dieses Themas noch überhaupt keine Malaisen.

(Zuruf von der FDP)

In der letzten Woche haben wir einen wunderschönen Geburtstag gefeiert. Da waren 200 Leute, und von den 200 Leuten waren vielleicht 150 Winzer. Was glauben Sie, wie schön das war? Die Stimmung war hervorragend. Das ist doch alles Humbug. Da gibt es einen Journalisten mit dem Kürzel cc, der diesen Eindruck über die Regionalpresse bugsiert. Aber das ist einer der wenigen.

Meine Damen und Herren, es ist interessant: Einmal war es der Landschaftsschutz, dann diese Kellereigeschichte an sich, und dann waren es die Defizite und die Sorgen. Meine liebe Christel Hoffmann, seit 1973 hat dieses Land bis auf zwei Ausnahmen jedes Jahr dreimal so viel Defizit abgedeckt, wie das aktuelle Defizit der Staatsweingüter im letzten Jahr betragen hat.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Herr Bökel, als Sie noch zuständiger Minister waren und den Schritt hin zum Eigenbetrieb gemacht haben, habe ich Ihnen gesagt: Die Richtung ist richtig, aber es ist zu kurz gesprungen, weil der Eigenbetrieb wirtschaftlich genauso wenig zu steuern ist, als es früher beim reinen Staatsbetrieb der Fall gewesen ist. Die Entscheidung mit der GmbH war richtig, die Entscheidung mit dem Keller ist richtig, und sie ist alternativlos.

Die Bedeutung der Staatsweingüter wird von Ihnen immer betont und nicht infrage gestellt. Aber wer die Staatsweingüter in ihrer Bedeutung für die Region und unseren hessischen Wein sieht, der kann nicht umhin, als nach vorne zu gehen und zu sagen: Das wird jetzt gemacht, und es wird zu einem guten Ende geführt. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Gerhard Bökel (SPD): Waren Sie auch bei dem Geburtstag?)

Wir unterhalten uns heute nicht zum ersten Mal über den Kellereineubau im Steinberg. Eigentlich waren wir auch davon ausgegangen, dass dies kurz vor der Kommunalwahl hier noch einmal auf die Tagesordnung kommt.

Wenn ich den Antrag der SPD anschau, dann lese ich: „Gegen Steuergeldverschwendung“. – Meine Damen und Herren, das könnten wir unterschreiben, weil wir die glei-

che Interessenlage haben. Aber damit ist auch schon Schluss mit den Gemeinsamkeiten; denn die Erreichung des Zieles haben wir uns ganz anders vorgestellt. Ich glaube, dass wir es auch erreichen werden. Denn wenn wir hier zukunftsorientierte und langfristig tragfähige Strukturen haben wollen, brauchen wir diesen Neubau der Kellerei am Steinberg. Wir sehen das auch als Zielsetzung zur Entlastung des Steuerzahlers.

Meine Damen und Herren, es ist in den Beiträgen heute Morgen schon klar geworden, dass wir die Staatsweingüter mit einer fast 900-jährigen Geschichte als Werbe- und Imagerträger mit Beispielfunktion sehen. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Aber ihnen kommt auch eine wichtige Rolle zu, wirtschaftlich erfolgreich zu sein und gleichzeitig Impulse für die Weinwirtschaft nicht nur im Rheingau, sondern auch darüber hinaus zu geben.

Deswegen auch die Entscheidungen, die in den letzten Jahren konsequent waren. Zum 1. Januar 2003 haben wir die Staatsweingüter in eine GmbH überführt. Wir brauchen eine leistungsfähige Kellertechnik, um die Wettbewerbsfähigkeit der Staatsweingüter zu fördern und auf Dauer sicherzustellen. Ich möchte auch auf das hinweisen, was eben schon angesprochen wurde: unterbliebene Investitionen in den letzten Jahren und Jahrzehnten. Die letzte durchgreifende Investition ist im Jahr 1976 vorgenommen worden. Deswegen ist die Sanierung des Standortes Eltville verworfen worden. Das wurde hier auch schon angedeutet.

Wichtig ist für einen so großen Weinverkäufer wie die Staatsweingüter, dass er zertifiziert ist. Diese Zertifizierung ist auf Dauer am Standort Eltville nicht durchzuhalten.

(Christel Hoffmann (SPD): Die Winzergenossenschaft Hallgarten kann das aber auch!)

Deswegen meine ich, dass die neue Kellerei am Steinberg entstehen soll. Wie gerade schon gesagt wurde: Grundlage war eine gutachterliche Feststellung der Firma StadtBauplan in Darmstadt. Sie sieht eine Erneuerung des Betriebshofes vor, aber danach werden nicht mehr Gebäude als heute auf dem Steinberg stehen. Das Ziel ist vor allem moderne Technik, umweltgerechte Lagerung und Wartung. Das wird uns sicher zum Erfolg führen.

Ein Architektenwettbewerb ist durchgeführt worden, mit großem Interesse aus der Region. Der Entwurf des Architektenbüros Møster hat gewonnen. Ich denke, dass er eine hervorragende Einbindung in die Landschaft hinkommen hat. Viele von Ihnen haben sich in Südtirol einmal eine ähnliche Baumaßnahme angesehen. Ich habe immer wieder gehört, dass das hervorragend gelungen ist.

Da die Finanzen wieder einmal wieder angesprochen und infrage gestellt wurden, sage ich: Das Projektsteuerungsbüro Henschel und Partner ist mit der Vorbereitung der Bauausführung bis zum Projektabschluss beauftragt worden.

Aber auch der Hessische Landtag hat sich, wie ich eben schon sagte, schon einige Male damit beschäftigt und hat die Entscheidung des Aufsichtsrats am 24. März 2004 begrüßt: erstens eine neue Kellerei, zweitens die Einrichtung einer neuen Vinothek im Kloster Eberbach, drittens die Verlegung der Geschäftsräume an den Steinberg und nach Eberbach. – Ich glaube, dass dieser gesamte Raum Kloster Eberbach/Steinberg ein zentraler Standort wird.

Zur Wirtschaftlichkeitsprüfung, die die SPD hier angesprochen hat. Diese Entscheidung stützt sich auf eine

sorgfältige und gründliche Mittel- und Langfristplanung der Forschungsanstalt Geisenheim. Die Forschungsanstalt hat die Planungen und Annahmen geprüft und bewertet und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass die Annahmen sehr realistisch sind und auf stabilen Einschätzungen basieren. Die Bewertung der Entwicklungsalternativen ist von der Forschungsanstalt Geisenheim auch untersucht worden. Ich denke, dass diese Entscheidung am Steinberg die mit Abstand risikoärmste und wirtschaftlich vorteilhafteste Variante ist und die gesamte technische Erneuerung und die Erneuerung der inneren Organisation am Standort Steinberg darstellt.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass der Standort Steinberg eine entscheidende Voraussetzung dafür ist, dass langfristig wirtschaftlich erfolgreicher gearbeitet werden kann. Deswegen möchte ich eindeutig sagen: Ein Verzicht auf die Erneuerung wird mit nachhaltigen Verlusten verbunden sein, und genau das wollen wir nicht.

Deswegen noch einmal: Die Feststellungen der Forschungsanstalt Geisenheim waren für die Landesregierung und auch für den Aufsichtsrat überzeugend,

(Christel Hoffmann (SPD): Die wollen wir überprüft haben!)

vor allem vor dem Hintergrund, dass die Forschungsanstalt einen hervorragenden Ruf genießt in Fragen Weinbau, Weinwirtschaft, Betriebswirtschaft und Marktwirtschaft. Sie ist international anerkannt. Das betrifft insbesondere die Feststellungen und Bewertungen zur Wirtschaftlichkeit von Weingütern unterschiedlicher Größenstruktur, und das nicht nur in Deutschland, sondern überregional.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Staatsminister, Sie denken an die Redezeit?

#### **Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Deswegen sind wir zu der Auffassung gekommen, dass es nicht zielführend ist, das von einem Wirtschaftsprüfer erneut überprüfen zu lassen. Die Landesregierung hat keinen Anlass, von ihrer Bereitschaft abzusehen, eine Patronatserklärung abzugeben. Im Antrag der SPD steht, dass die Staatsweingüter bereits jetzt hoch defizitär seien. – Gerade weil wir dies abschaffen wollen, wollen wir die Investitionen für die Staatsweingüter, aber auch für den gesamten Raum Rheingau.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Michael Denzin (FDP))

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herzlichen Dank, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Aussprache und kommen, wie vereinbart, zur Abstimmung über die beiden Anträge.

Zuerst kommen wir zur Abstimmung über **Tagesordnungspunkt 72:**

**Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend keine Landesbürgerschaft für den Kellereineubau am Steinberg ohne Prüfung der Wirtschaftlichkeit des Vorhabens – Drucks. 16/5320 –**

Wer diesem Dringlichen Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und GRÜNE. Gegenstimmen? – CDU und FDP. Damit ist der Dringliche Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung über **Tagesordnungspunkt 81:**

**Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend Zukunftsfähigkeit der Hessischen Staatsweingüter sichern – Drucks. 16/5334 –**

Wer diesem Dringlichen Entschließungsantrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Dagegen? – SPD und GRÜNE. Damit ist der Antrag mit Mehrheit beschlossen.

Ich rufe den nächsten Punkt der Tagesordnung auf, **Punkt 65:**

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend eine Aktuelle Stunde (ATOMKOCH Nein danke: „Sicherheit muss vor Profit gehen“) – Drucks. 16/5318 –**

Das Wort hat Frau Kollegin Hammann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Braucht die Atomwirtschaft einen Chefideologen? Wir sagen: Sie hat schon einen Chefideologen in der Person von Roland Koch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Es vergeht kein Tag, an dem nicht Aussagen von Roland Koch in den Medien zu lesen und zu hören sind, dass er neue Atomkraftwerke braucht und dass die Laufzeit der Atomkraftwerke verlängert werden muss.

Die Energiepolitik von Roland Koch kommt offensichtlich nicht ohne Atomkraft aus. Das ist eine rückwärts gewandte, eine sehr fantasielose und sehr ignorante Energiepolitik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU)

Koch ist eben kein Garant für eine zukunftsfähige, nachhaltige und umweltfreundliche Energieversorgung. Er heizt stattdessen eine unverantwortliche Kampagne für die Atomkraft an. Er ignoriert die tatsächlichen Probleme, die mit der Atomkraft einhergehen: hoch radioaktive Abfälle, die Terroranfälligkeit der Atomkraftwerke, die Abhängigkeit von importiertem Uran und die Begrenztheit des Rohstoffes Uran. Alle diese Probleme werden von Herrn Koch ausgeblendet. Er blendet außerdem aus, dass wir am Standort Biblis ein altes Atomkraftwerk haben – mit massiven Problemen, seit es ans Netz gegangen ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Horst Klee (CDU): Ihr habt in eurer Zeit nichts dagegen gemacht!)

Ich erinnere Sie an das Jahr 1987. Damals hatten wir einen Beinahe-GAU. Wir haben inzwischen weit über 740 Meldungen nach der Störfallmeldeverordnung. Dieses Atom-

kraftwerk entspricht eben nicht dem Stand von Sicherheit und Technik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU)

Hessen hat einen Umweltminister, der in der letzten Fragestunde sehr deutlich gesagt hat, er könne sich vorstellen, dass in Hessen ein Atomkraftwerk gebaut werden kann. Herr Minister Dietzel, wenn Sie sich das schon vorstellen können, wenn das Herr Ministerpräsident Koch wünscht, dann sollten Sie der Bevölkerung Ross und Reiter nennen. Dann wollen wir von Ihnen wissen: Wo soll ein neues Atomkraftwerk in Hessen gebaut werden?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Soll es in den Rheinauen gebaut werden, in Leeheim, Trebur oder im Kreis Waldeck-Frankenberg – alles Standorte, die schon einmal in der Diskussion waren?

(Zurufe von der CDU)

Wir stellen uns dieser Auseinandersetzung. Sie können sich darauf verlassen, dass die Bevölkerung die Planungen, die in Ihrem Köpfen anscheinend schon laufen, nicht hinnehmen wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich auch noch etwas in Richtung FDP-Fraktion sagen. Herr Kollege Hahn, Sie sind der Steigbügelhalter für die Atomwirtschaft. Ich erinnere Sie an die peinliche Pressekonferenz, die Sie im Januar gehalten haben. Sie wollten „neue Einschätzungen zu Biblis“ offenbaren. Was haben Sie verkauft? Kalten Kaffee.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

All das, was wir über die Sicherheitsprobleme von Biblis wussten, wussten auch Sie. Vor diesem Hintergrund haben Sie zu dieser Pressekonferenz eingeladen. Sie scheuten nicht davor zurück, Herrn Gabriel zu zitieren – und dazu auch noch falsch.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Bundesumweltminister Gabriel hatte gesagt, das Atomkraftwerk in Biblis entspreche nicht dem neuesten Stand von Sicherheit und Technik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der FDP)

Sie hatten die Dreistigkeit, ein Ultimatum zu setzen. Sie forderten Umweltminister Gabriel auf, bis zum 18. Januar, Highnoon, zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das war eine Majestätsbeleidigung, nicht wahr?)

Herr Hahn, ich glaube, Sie sind da ein bisschen zu hoch geflogen.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Hahn, danach haben Sie folgende Äußerung von sich gegeben: FDP fordert den Rücktritt von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel.

(Demonstrativer Beifall bei der FDP)

– Da klatschen Sie ganz alleine. Sie haben überhaupt keinen Grund, eine solche Forderung zu erheben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kommen wir zur zweiten Nachricht: Die FDP fordert von RWE einen Antrag auf Verlängerung der Laufzeit von Biblis A und Biblis B. – Der Kollege Hahn und die Kollegen von der FDP ignorieren, was in Biblis bisher vorgefallen ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie schließen die Augen davor, dass dort ein altes Atomkraftwerk steht und dass es schon längst Alternativen gibt, die umzusetzen sind – auch von dieser Landesregierung.

Herr Kollege Hahn, ich empfehle Ihnen, Nachhilfe bei Ihren rheinland-pfälzischen Kollegen zu nehmen, die sich ganz offen dafür ausgesprochen haben, Biblis vom Netz zu nehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der FDP)

Ihre Kollegen sind vernünftiger. Ihre Kollegen sehen die Problematik, die mit diesem Atomkraftwerk einhergeht. Sie fordern – im Gegensatz zu Ihnen, Herr Hahn –, Biblis bis zum Jahr 2008 abzuschalten. Ihr Kollege Reinhold Hohn – nicht Hahn, vielleicht ist das der Grund – sagt,

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das war ein Faschingscherz à la Hammann!)

Sicherheit gehe vor Profit. Er hat damit unseren grünen Slogan übernommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin, Sie müssen zum Schluss kommen.

#### **Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich komme zum Schluss. – Ich zitiere abschließend FDP-Parteivize Pinkwart. Er kritisiert den hessischen Fraktionschef mit folgenden Worten:

Der Hahn kräht mittlerweile zu allem und zu jedem, aber immer seltener zum Nutzen der gesamten Partei.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Kollege Lenhart für die CDU-Fraktion.

#### **Roger Lenhart (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema Kernkraft scheint uns nun in jeder Sitzung dieses Hauses zu begleiten. Das ist deshalb gut, weil sich dadurch kontinuierlich aufzeigen lässt, dass die Gründungsmythologie der GRÜNEN ganz einfach nicht mehr haltbar ist, und weil sich daran aufzeigen lässt, dass sich auch die SPD ver-

abschiedet hat, ein kompetenter Gesprächspartner in der Energiepolitik zu sein.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die energiepolitische Welt dreht sich rasend schnell, aber Sie von Rot-Grün in Hessen bekommen das einfach nicht mit oder wollen es nicht wahrhaben.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Schmitt (SPD): Wer sich so aufpumpt, der braucht ein Sicherheitsventil!)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Meine Damen und Herren, bitte seien Sie so lieb.

#### **Roger Lenhart (CDU):**

Herr Al-Wazir, es gibt ja auch die politische Ebene Europa. Dort gibt es Sozialdemokraten, die diese Entwicklung nicht nur beobachtet, sondern auch den Mut gefasst haben, ihre Beobachtungen in einem Diskussionspapier niederzuschreiben. Sie haben darin formuliert, dass sich in der Energiepolitik die Wirklichkeit zunehmend von bestimmten Vorstellungen verabschiedet und dass es gewisse politische Kreise gibt, die diese Tatsachen einfach nicht zur Kenntnis nehmen, wenn sie nicht in ihr vorgefasstes Konzept passen. Recht haben diese Politiker.

Bei den rot-grünen Positionen wird einfach ignoriert, dass man einmal zu einer nüchternen Bestandsaufnahme kommen muss und zwischen Wille und Vorstellung und der Realität nach der Öffnung des europäischen Energiemarktes die Schere völlig auseinander geht.

Wir stehen vor einer riesigen Herausforderung, was die Energiepolitik betrifft. Auf europäischer Seite hat der dafür zuständige Kommissar Andris Piebalgs die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Energiepolitik ganz oben auf die Tagesordnung zu setzen und wichtige Richtungsentscheidungen zu treffen. Er hat gesagt, hohe Energiepreise, Energieknappheit und Versorgungssicherheit seien drei wesentliche Herausforderungen, denen man sich in Europa stellen müsse. Hierbei seien mehrgliedrige Strategien zu verfolgen.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rot-Grün will den weltweit drastisch steigenden Energiebedarf einfach negieren. Sie verbarrikadieren sich hinter Ihrer Ideologie. Ich fordere Sie auf, endlich einmal Ihre Scheuklappen abzulegen, sonst verabschieden Sie sich wirklich aus der Diskussion.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Sie sind der Atomideologe! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Energiepolitik ist auch Standortpolitik. Wir haben keinen Gewinn in Sachen Nachhaltigkeit, wenn wir energieintensive Unternehmen durch hohe Energiepreise außer Landes treiben. Das ignorieren Sie einfach. Das, was Sie als Alternativen anbieten, ist unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten wie auch unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit nicht tragfähig.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist der Punkt, wo Sie ideologisch sind! – Norbert Schmitt (SPD): Haben Sie schon einmal etwas

von Atommüll gehört? – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Herr Schmitt, Herr Al-Wazir, ich kann Ihre Probleme ja verstehen. Die Welt entwickelt sich, aber Ihre persönlichen Einstellungen entwickeln sich nicht weiter, sodass Ihre Positionen im 21. Jahrhundert nicht mehr haltbar sind.

(Beifall bei der CDU – Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie machen eine Politik von vorgestern! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben dringend Korrekturen an Ihrer Position vorzunehmen, denn so ist die künftige Energiepolitik in unserem Lande nicht zu gestalten.

Ich habe in der Vergangenheit immer wieder die Entwicklungen in der Welt aufgezeigt, um die Ernsthaftigkeit unserer Bemühungen zu unterstreichen. Deshalb brauche ich nichts zu wiederholen, sondern kann Neues einbringen. Die Türkei hat jetzt bekannt gegeben, dass im Jahre 2007 der erste Kernkraftmeiler in diesem Land gebaut werden soll. Die Zielstellung ist, bis 2017 drei neue Kraftwerke zu bauen.

(Norbert Schmitt (SPD): Wollen Sie sich vielleicht noch am Iran orientieren? – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wollen die Probleme von Fall zu Fall lösen. Wir brauchen aber ein Konzept und vor allen Dingen eine offene und vorbehaltlose Diskussion.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihr Problem ist, dass Sie Lösungsansätze, die Ihnen nicht passen, in der Diskussion überhaupt nicht zulassen.

Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit sind in einem engen Abhängigkeitsverhältnis zu sehen – im Rahmen einer rivalisierenden Weltwirtschaft. Deshalb ist es richtig, nicht nur über die Verlängerung der Laufzeiten der KKW nachzudenken. Dabei darf es aber keine Abstriche in der Sicherheit geben. Das haben wir immer gesagt. Deshalb ist es nicht nachvollziehbar, warum das vonseiten der GRÜNEN immer wieder infrage gestellt wird. Gleichzeitig ist es aber auch richtig, die Option des Baus neuer Kernkraftwerke vorbehaltlos und offen zu diskutieren – konsequenterweise auch der dritten und vierten Generation.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Wo denn?)

Insoweit sollten wir die ideologischen Barrikaden endlich überwinden und hier in einen offenen Dialog über die Zukunft eintreten.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Lenhart. – Das Wort hat der Kollege Norbert Schmitt, SPD-Fraktion.

#### **Norbert Schmitt (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sicherheit muss vor Profit gehen, meint die FDP in Rheinland-Pfalz zu der Forderung nach einer Verlängerung der Restlauf-

zeit des KKW Biblis. Ich finde, die FDP in Rheinland-Pfalz hat Recht. Sie unterscheidet sich damit deutlich von der FDP hier in Hessen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Eine Übertragung von Reststrommengen auf Biblis A kommt nicht in Betracht, sagte Reinhold Hohn, umweltpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag. Er unterscheidet sich damit deutlich von den Quasi-Umweltpolitikern der hessischen FDP. Hohn nannte es „geradezu widersinnig“, Produktionskapazitäten von modernen Anlagen mit höherem Sicherheitsstandard auf ältere Anlagen mit schlechterem Sicherheitsstandard zu übertragen.

Recht hat er. Es ist unsinnig, das unsicherste, älteste, anfälligste und am wenigsten gegen einen Flugzeugabsturz gesicherte Atomkraftwerk – Biblis A – über die im Atomkompromiss vereinbarten Zeiten hinaus laufen zu lassen. Das aber ist Ihre Position.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Genau so ist es. Das ist widersinnig. Der Kollege von der FDP aus Rheinland-Pfalz hat Recht. Das ist widersinnig.

Das ist aber nicht nur widersinnig, sondern auch widerrechtlich.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

– Herr Kollege Reif, hören Sie zu. In der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Kollegin Hamann betreffend Störungen im Atomkraftwerk Biblis hat die Landesregierung im Oktober letzten Jahres auf Frage 8 ausgeführt:

Eine Übertragung von Strommengen aus dem stillgelegten KKW Mülheim-Kärlich ist für Biblis A nicht erlaubt.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Hört, hört!)

Nicht erlaubt – das war die Antwort der Landesregierung am 17.10.2005. Jetzt aber sagt RWE: Na ja, vielleicht wollen wir doch eine Übertragung von Mülheim-Kärlich auf Biblis beantragen. – Und schwups vertreten der Ministerpräsident und der Umweltminister auf einmal die Auffassung, das sei rechtlich möglich. Meine Damen und Herren, da wird wieder einmal klar, wer in Deutschland die Interessen der Atomenergiewirtschaft vertritt: Das ist die Hessen-CDU. Diesen Titel haben Sie unbestreitbar verdient. Wenn die Atomwirtschaft mit den Fingern schnippt, wird schnell einmal eine klare rechtliche Position gebeugt. Das ist das Interessante an dieser Debatte.

Meine Damen und Herren, noch im Oktober gab es die Antwort der Landesregierung – die wird auch im Kabinett verabschiedet –, in der davon gesprochen wurde, eine solche Übertragung sei „nicht erlaubt“. Jetzt aber wird ihr das Wort geredet – gegen das Recht, das ist völlig klar.

(Beifall der Abg. Andrea Ypsilanti (SPD))

Aus diesem Vorgang wird noch etwas deutlich: Schließenie Verträge mit unsoliden Geschäftspartnern.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Allerdings!)

Am 14. Juni 2000 hat RWE den Atomkompromiss unterschrieben. In der Anlage 2 dieses Kompromisses – ich habe das hier, ich kann es hochhalten – ist klar beschrieben, dass Biblis A ab dem 01.01.2000 bis zur Stilllegung

maximal 62 Terawattstunden Strom produzieren darf. Diese Vereinbarung hat auch Eingang in das Atomgesetz gefunden. Sie ist von Herrn Kuhn von RWE unterschrieben worden. Meine Damen und Herren, das zur Frage solider Geschäftspartner.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Hört, hört!)

Sie betreiben eine ebenso unsolide Vertragspolitik, wie sie das Atomkraftwerk unsolide betreiben. Das ist doch die entscheidende Frage.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich würde ja noch verstehen, dass die ihre Interessen vertreten. Aber schlimm ist doch, dass die Landesregierung bereit ist, an dieser Stelle jetzt auch noch das Recht zu beugen, und sagt,

(Petra Fuhrmann (SPD): Richtig!)

eine Übertragung von Laufzeiten auf Biblis A ist möglich. Ich glaube, das ist der eigentliche Kern der Auseinandersetzung.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Ja!)

Das ist der Skandal. Und das zeigt auch, wie der Ministerpräsident an dieser Stelle denkt: Wenn die Atomwirtschaft nur sagt, sie hat einen bestimmten Wunsch, dann wird hier schon gesprungen. Das ist doch eigentlich das Schlimme an dieser Situation.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass Herr Koch mittelfristig den Bau neuer Atomkraftwerke für denkbar hält, sich aber in die Büsche schlägt, wenn es um die Standortfrage geht, finde ich besonders pikant. Herr Koch, das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen. Herr Koch, wir fragen Sie: Wohin soll denn Ihr neues Atomkraftwerk? Nach Hofheim? Nach Eschborn? Nach Frankenberg – dort war einmal der Bau einer Wiederaufbereitungsanlage angedacht? Nach Trebur? Nach Leeheim? Herr Lenhart, Sie haben eben doch große Töne gespuckt! Soll das Endlager in die Rhön? Oder bauen wir es im Odenwald, dort haben wir Granit? Sagen Sie doch endlich einmal, wie Sie die Standortfragen an diesem Punkt lösen wollen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Schmitt, Sie müssen zum Schluss kommen.

#### **Norbert Schmitt (SPD):**

Der Mann spuckt große Töne. Aber ihm gelingt nicht einmal ein Kellereibau im Rheingau. Dann soll er besser die Finger davon lassen und nicht über den Neubau und über Genehmigungsverfahren von Atomkraftwerken reden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen sage ich: Es wird bei dem Atomausstieg bleiben. Es wird keine Übertragung von Laufzeiten auf Biblis A geben.

(Michael Denzin (FDP): Wie war das mit dem Thema Mehrwertsteuer?)

Das wird der Umweltminister Sigmar Gabriel nicht zulassen. Wir brauchen nicht den Ausstieg, wir brauchen den Einstieg in erneuerbare Energien,

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

so, wie wir das gemeinsam unter Rot-Grün vereinbart haben. Das ist die Zukunftsgestaltung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Das ist das Richtige für die Zukunft – nicht die Atomwirtschaft, die ins Technikmuseum gehört. Franz Alt hat doch Recht, gerade wenn man den Beitrag von Herrn Lenhart jetzt gehört hat.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege, ich habe auch Recht: Ihre Redezeit ist beendet.

#### **Norbert Schmitt (SPD):**

Anscheinend haben manche hier das Brett vor der Sonne, das haben wir wieder gesehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Heinrich Heidel, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

#### **Heinrich Heidel (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vorab will ich eines sagen: Für die FDP-Fraktion ist klar – das wiederhole ich zum zigsten Male hier –: Es gibt für uns keinen Sicherheitsrabatt für Biblis.

(Beifall bei der FDP)

Wir stehen für die höchsten Sicherheitsstandards, die bei diesem Kernkraftwerk möglich sind. Wir waren es, die mit durchgesetzt haben, dass seit 1999 in Biblis mehr als 50 sicherheitsrelevante Maßnahmen durchgeführt worden sind.

(Beifall bei der FDP)

Da habe ich die Worte der Roten und der GRÜNEN unter dem vorherigen Umweltminister in diesem Hessenlande vermisst – denn die haben das verhindert.

(Zuruf des Abg. Michael Denzin (FDP))

Wenn der Quasilautsprecher der SPD, der Kollege Schmitt, sich hier hinstellt

(Reinhard Kahl (SPD): Er hat eine gute Rede gehalten! Eine sehr gute Rede!)

und der quasi großen Koalition auch in diesem Landtag deutlich machen will, dass die SPD mit ihrem Bundesumweltminister Gabriel

(Reinhard Kahl (SPD): Auch ein sehr guter Mann!)

alles Mögliche dafür tun wird, damit Biblis vom Netz geht, dann frage ich Sie, Herr Kollege Schmitt, ganz deutlich – und dazu muss auch etwas gesagt werden –: Wenn Biblis heute nicht mehr sicher ist, dann muss es Bundesumweltminister Gabriel noch heute abschalten lassen. Das ist doch die Konsequenz daraus.

(Beifall bei der FDP)

Oder aber, das ist genauso konsequent, wie Sie, Herr Kollege Schmitt, bei dem Thema Mehrwertsteuer argumentiert haben. Ich sage es Ihnen: Sie wollten keine Mehrwertsteuererhöhung. In Vöhl gibt es einen Anschlagkasten der SPD, in dem noch das Plakat hängt: „2 % ist Merkel-Steuer!“

(Beifall bei der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Das ist aus historischen Gründen so gemacht worden!)

Herzlichen Glückwunsch, gute Verrichtung. Sie haben es geschafft, daraus 3 % zu machen.

(Jürgen Walter (SPD): Wir haben 2 % verhindert! – Reinhard Kahl (SPD): Herr Kollege Heidel, wie war das mit den Sparkassen?)

Lassen Sie mich noch ein Wort zu dem Thema Störmeldungen sagen. Herr Kollege Schmitt, Sie wissen aus der Ausschussarbeit ganz genau, um welche Meldungen es sich dabei handelt.

(Norbert Schmitt (SPD): Ich habe da zum Teil vorsichtiger argumentiert als von Hunnius!)

Selbstverständlich sind das Störfallmeldungen. Aber Sie wissen, in welche Kategorien all diese Meldungen gehören. Ich finde es richtig und wichtig, dass öffentlich gemacht wird, was in Biblis passiert. Ich finde, die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, zu erfahren, wenn es in Biblis Störfälle gibt, gleich welcher Art die sind.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber die Landesregierung muss ihre Konsequenzen daraus ziehen!)

Daraus aber einen Brei zu machen, das finde ich falsch. Aber eigentlich passt das in das Bild – Herr Kollege Al-Wazir –, nach dem die GRÜNEN Politik machen. Sie wollen immer wieder die Angst der Menschen schüren: Bärbel Höhn sagt die Fußballweltmeisterschaften ab.

(Beifall bei der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Quatsch! – Gegenruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist wirklich Quatsch!)

Das ist doch die Politik. Das muss doch einmal gesagt werden dürfen. Sie schüren immer wieder die Angst der Menschen und wollen sich dann als Heilsbringer für diese Nation aufspielen.

(Beifall bei der FDP)

Das gelingt Ihnen aber zunehmend weniger. Ich will das ganz simpel an dem Beispiel Energiemix deutlich machen. Für die FDP-Fraktion in diesem Hause habe ich von Anfang an vertreten dürfen, dass wir für einen Energiemix stehen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau!)

Dies war bei den GRÜNEN doch sehr umstritten.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Dazu gehört auch die Kernkraft!)

Gestern habe ich noch einmal in den Unterlagen zum Thema Getreideverbrennung nachgesehen: „Getreideverbrennung – nein danke“ in Hessen, in Berlin: „Getreideverbrennung – ja.“

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Um Gottes willen, Herr Heidel! Ihr Energiemix besteht aus Getreideverbrennung und heißer Luft!)

– Lieber Kornkraft als Kernkraft, so kann ich durchaus argumentieren.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall sowie Zurufe)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Wer würde dem widersprechen? – Der Kollege Heidel hat das Wort.

#### **Heinrich Heidel (FDP):**

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, da wird doch Ihre scheinheilige Politik vorgeführt. Warum gehen Sie nicht offen auf diesen gesamten Bereich der nachwachsenden Rohstoffe zu? Nein, Sie brauchen ein Feindbild. Sie brauchen etwas, wo Sie Ängste schüren können, um damit Politik zu betreiben. Das wird Ihnen nicht gelingen.

(Beifall bei der FDP)

Als Letztes, weil es angesprochen worden ist: Ich habe die Rede des Kollegen Hohn aus Rheinland-Pfalz hier, die er im Landtag gehalten hat. Ich könnte sie Ihnen vortragen.

(Norbert Schmitt (SPD): Genau!)

Der Kollege Hohn stimmt insofern mit uns überein: kein Sicherheitsrabatt, ein Energiemix. Zum Dritten werden wir mit dem Kollegen Hohn in Biblis

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein klares Wort sprechen!)

ein Gespräch führen.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden ihm alle Informationen, die wir haben, zugänglich machen.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Heidel, Sie müssen langsam zum Schluss kommen.

#### **Heinrich Heidel (FDP):**

Ich denke, dann können wir offen mit den Kollegen aus Rheinland-Pfalz über dieses Thema diskutieren – aber nicht so.

(Beifall bei der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Nach drei Korn denkt er schon ganz anders!)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Ministerpräsident Koch.

**Roland Koch, Ministerpräsident:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Da Sie mich schon in der Überschrift verewigt haben, habe ich mit dem Kollegen Dietzel abgesprochen, dass an diesem Tag ich die Chance habe, hier Stellung zu nehmen. Sie wissen – und daraus brauchen wir auch keinen Hehl zu machen –, was meine persönliche Geschichte in diesem Hause angeht, übrigens auch die Ihres Altgurus Joschka Fischer, dass sie sich in wesentlichen Teilen in der Auseinandersetzung über dieses Thema in den Achtzigerjahren bis heute abgespielt hat. Ich gebe zu, ich hatte gedacht, dass es eigentlich nach den Diskussionen, die wir dazu in den Neunzigerjahren hatten, schwierig sein würde, noch einmal in die alte Diskussion zurückzukommen, weil ich glaubte, dass die Entwicklung in vielen anderen Teilen der Welt nicht so eindeutig sein würde, wie sie sich heute zeigt.

(Norbert Schmitt (SPD): Iran!)

Denn das ist doch, glaube ich, eine sehr spannende Frage. Die GRÜNEN, so wie sie die Sozialdemokraten gedrängt haben, denn Sie sind ja sozusagen politisch gesehen Getriebene, wenn also einer über den Standort von Kernkraftwerken – –

(Zurufe von der SPD)

– Die Einzigen, die einen potenziellen Kernkraftwerksstandort in Hessen jemals ausgewiesen haben, sind Sozialdemokraten. Dort gibt es den Standort Biblis. Damals waren keine Christdemokraten in der Verantwortung. Insofern ist die Frage, wer hier wen getrieben hat und welche Erkenntnisunterschiede sind, schon nicht ganz unbedeutend.

(Norbert Schmitt (SPD): Das stimmt! – Petra Fuhrmann (SPD): Das ist doch uralt!)

Deshalb denke ich, es lohnt sich nach wie vor, einfach ein paar nüchterne Zahlen am Anfang der Analyse zu haben, damit man weiß, warum wir zu unterschiedlichen Schlüssen kommen.

Eine Zahl – nur eine, aber eine nicht unwichtige –: Der Stromverbrauch ist in Deutschland 50 % des gesamten nationalen Energieverbrauchs. Der größte industrielle Stromverbraucher verbraucht 20 % dieser gesamten Energie; das ist die chemische Industrie. Die chemische Industrie hat gestern hier eine Rolle gespielt im Vortrag der Sozialdemokraten zu der Frage „Wirtschaftliche Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit von chemischer Industrie in diesem Lande“ – zu Recht, weil in keinem anderen Land der Bundesrepublik Deutschland die chemische Industrie einen so hohen Wertschöpfungsgrad und einen so hohen Anteil am Bruttoinlandsprodukt hat wie bei uns. Vor ein paar Wochen haben wir hier miteinander diskutiert, dass eine der Wettbewerbsschwierigkeiten von Opel im Vergleich zu dem schwedischen Produktionsbetrieb war, dass die Energiekosten prinzipiell um 40 % pro Einheit höher sind als in Schweden. Das heißt, wir reden hier über ein Problem vom Preis unter heutigen Bedingungen.

Da streite ich mit den Kollegen der GRÜNEN, weil diese immer der Auffassung waren, je höher der Energiepreis ist, desto besser ist es, denn dann verwenden die Leute weniger davon. Nur, wenn die chemische Industrie weniger Strom verwendet, wird sie am Ende nicht mehr in der Bundesrepublik Deutschland produzieren, weil sie im Vergleich zu allen anderen Teilen der Welt am Anschlag ist.

(Beifall bei der CDU)

Wir – und das macht die Verantwortung des Hessischen Landtages und der hessischen Politik so besonders – haben in unserem Lande durch Entscheidungen, die wiederum die sozialdemokratischen Kollegen getroffen haben, die ich aber nicht kritisiere – so einfach kann man sich nicht wegdrücken –,

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Mit den Liberalen zusammen!)

mit den Liberalen zusammen, aber auch mit uns – –

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wir waren in der Koalition!)

Man kann doch nicht sagen, uns interessieren jetzt nur diejenigen, die heute auf der anderen Seite sind. Sie haben eine Entscheidung getroffen, dass 60 % der Stromproduktion des industriestarken Bundeslandes Hessen aus Kernkraft kommt.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Richtig!)

Das kann ich, wenn ich heute als Regierung oder als Parlament die Zukunftsaussichten dieses Landes beurteile, nicht vollständig ignorieren.

Als Drittes muss ich es einordnen in einen Gesamtzusammenhang – und nur diese drei Zahlen seien noch gesagt –: Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland, grobe Größenordnung, denn das reicht für unsere Debatte, 120.000 MW installierte Leistung über Stromproduktion, quer durch die Republik. Wir wissen, dass wir in den nächsten Jahren einige Kraftwerke haben, unabhängig von Kernenergie, die wir gern austauschen und abschalten wollen, auch weil sie zu alt und emissionsmäßig nicht in Ordnung sind.

Nach Ihrem Plan kommen die Kernkraftwerke in dem Ausstiegsszenario dazu. Wenn man das addiert, muss man innerhalb von etwa 15 Jahren, von heute aus gerechnet, zwischen 40.000 und 50.000 MW von den 120.000 MW ersetzen. Und dieses geht von der Basis aus – sonst kommen wir damit nicht hin –, dass Sie es schaffen, dass wir es schaffen – wir haben das Ziel ja genauso übernommen, Sie haben es früher formuliert, auch das kein Streit –, 20 % mit dem, was man im weitesten Sinne regenerativ nennt, von traditionellem Wasser bis zu dem Korn, das aus meiner Sicht korrekterweise verbrannt werden sollte, dazuzunehmen.

(Zuruf: Das kriegen Sie aber nicht hin!)

Das ist eine Menge Zeug, und wir wissen, was es bedeutet, zu diesen 20 % zu kommen.

Das ist für Hessen eine große Herausforderung. Wir denken, dass wir das schaffen, und ich unterstelle, dass es andere auch schaffen. Ich akzeptiere also diese Zahl, aber es ist eine Zahl, die teuren Strom bedeutet. Es ist unvermeidlich, dass dieser Strom teuer ist, und es ist nicht möglich, über 20 % hinaus zu kommen, in einer gegebenen Zeit, in der Sie die Kraftwerke abschalten wollen. Das betrifft uns Hessen, denn bei uns schalten sie 60 % ab. Deshalb stellt sich die Frage: Wie geht das dann? Ich finde, da müssten wir in den letzten Monaten sensibel geworden sein.

Ich finde deshalb, man muss die Frage mitbeantworten: Was ist Grundlast? Wir reden auf theoretischer Ebene, viele Bürger verstehen das im Einzelnen nicht mehr. Wer weiß schon, was Grundlast, Mittellast und Spitzenlast ist? Hier im Parlament aber hat keiner das Recht, diese Aus-

rede zu haben. Deshalb frage ich Sie: Woher wollen Sie denn die Grundlast nehmen? Mehr Steinkohle? Mehr Braunkohle? Oder wollen Sie etwa sagen, wir fangen auch noch an, Strom in nennenswerten Prozentzahlen in der Grundlast aus Gas herzustellen? Wir machen schon immer Strom aus Gas – in der Spitzenlast. Das ist auch sehr vernünftig. Aber wollen wir in der Grundlast Strom aus Gas machen? Dann müssen Sie erklären, wie Sie eine Versorgungssicherheit schon innerhalb Europas herstellen wollen. Diese Frage müssen Sie dann unbedingt beantworten.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Das hat RWE selbst überlegt!)

Sie gehen damit in eine Technologie, bei der Sie wissen, dass einer der Hauptstromlieferanten auf absehbare Zeit diesen Strom mindestens so politisch einsetzt, wie wir das an einer anderen Stelle mit dem Erdöl haben, weshalb wir mit Erdöl in der Grundlast extrem vorsichtig sind. Es gab immer einen strategischen Grund, warum man Heizöl als eine Grundlast für Kraftwerke in nennenswertem Umfang auch politisch nicht wollte: weil man die Abhängigkeit von Zulieferungen an dieser Stelle vermeiden wollte, im Verhältnis zu Grundlasten, die man über eine lange Zeit national kontrollieren kann. Bei Uran haben Sie immer einen Vorrat von ein paar Jahren, genauso wie Sie bei Steinkohle immer einen Vorrat von ein paar Jahren haben, genauso wie Sie bei der Braunkohle in Deutschland in den nächsten Jahrzehnten einen Vorrat von ein paar Jahren haben.

Sie müssen entscheiden, ob Sie bereit sind, zur Einhaltung Ihres Zieles dazu zu kommen, dass hier bei uns in der Stromproduktion am nächsten Tag das Licht ausgeht, dass wir uns von internationalen politischen Dingen abhängig machen, wie es der Fall ist, wenn die Ukraine kein Öl mehr bekommt und Weißrussland bekommt es weiterhin, weil der eine politisch genehm ist und der andere nicht. Sie müssen überlegen, ob wir das wollen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb sage ich Ihnen: Sie können auf dem Hintergrund der 120.000 MW, auf dem Hintergrund der 60 % Produktion im Land als strategische Lücke, selbst wenn ich unterschreibe, dass wir die 20 % hinbekommen, aber Ihnen sage, mehr kriegen Sie in der gegebenen Zeit nicht hin, nicht schlüssig erklären, wo Sie überhaupt technisch, ohne große Risiken, den Strom herbekommen. Und Sie können es überhaupt nicht erklären, wenn Sie dann noch über die Frage CO<sub>2</sub> nachdenken. Jede Lösung, die Sie dabei vorschlagen, wird einen erheblich höheren CO<sub>2</sub>-Ausstoß zur Folge haben, als wir eigentlich in unserem nationalen Interesse verkraften können.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Vor diesem Hintergrund nur eine zweite Bemerkung – dies ist ja eine kurze Debatte. Sie haben damals als GRÜNE gesagt: Das ist ein Weg, wir sind der Vorreiter, die Welt wird diesen Weg gehen. – Jetzt muss man sich doch einmal nüchtern anschauen, was in der Welt passiert. Unter den großen zehn Industrieländern der Welt – nur um diese zehn würde ich mich an dieser Stelle kümmern, weil die anderen für mich kein Vergleich sind – gibt es nur ein Land, das kein Kraftwerk in Planung oder Bau hat. Das ist die Bundesrepublik Deutschland. Das muss man einmal nüchtern sehen. Das heißt, alle anderen haben einen anderen Weg nach Nachdenken und Kenntnis ihrer Position eingeschlagen.

Sie finden wahrscheinlich kein besonders euphorisches Volk an dieser Stelle. Sie bauen nicht nur den modernsten Reaktor, sondern denken auch schon darüber nach, einen weiteren zu bauen. Die Kollegen in den Niederlanden, in dieser Frage ganz sicher nicht unsensibel, haben über alle Parteien hinweg einstimmig beschlossen, die Laufzeit für ihren Reaktor, den sie haben, von 40 Jahren auf 60 Jahre heraufzusetzen. Wir sehen auch die Diskussion in den Vereinigten Staaten.

Wir wissen – das sehen Sie in den Weltenergiereports –, wir müssen ein nachhaltiges Interesse daran haben, dass die Chinesen in die Kernkraft einsteigen. Denn wenn sie das mit den besten fossilen Techniken machen, werden die Chinesen in jedem Jahr zusätzlich mehr an CO<sub>2</sub> ausstoßen, als der gesamte Rest der Welt nach dem derzeitigen Programm einsparen kann. Das ist die Relation, und dazu gibt es an dieser Stelle strategisch keine Alternative. Deshalb werden sie es auch tun, so wie die Vereinigten Staaten, so wie die Franzosen. Wir werden am Ende die Frage, was ist CO<sub>2</sub>-Ausstoß und was ist der Preis von Energie, haben. Sie haben den Blick einseitig auf den CO<sub>2</sub>-Ausstoß gerichtet, und schon damit werden Sie im Augenblick intellektuell nicht mehr fertig. Aber wenn Sie noch den Preis dazunehmen, dann wird diese Veranstaltung undenkbar.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb ist der dritte Teil: Wir in der Hessischen Landesregierung werben für das, was wir vor uns stehen haben. Das wissen wir, und das akzeptieren wir auch, weil es mit den Notwendigkeiten der nächsten Jahre durchaus vereinbar ist. Wir werden uns für die Diskussion noch einige Jahre Zeit nehmen müssen: Gibt es einen Grund, auch mit neuen Kraftwerken hierher zu kommen? Ich werde Ihr Spiel nicht mitmachen. Behaupten Sie doch in Zukunft, ich hätte Eschborn gemeint. Dann haben Sie es einfacher. Ich werde aber Ihr Spiel nicht mitmachen, jetzt irgendwo einen neuen Ort zu haben und dort diese Emotionen zu haben. Ich weiß, dass es diese Emotionen überall gibt. Wir müssen uns als Volk gemeinsam überlegen, was wir dort organisieren wollen und was nicht. Ich glaube nur, dass wir uns dafür Zeit verschaffen sollten. Deshalb halte ich es für richtig, im Rahmen dessen, was dort verabredet worden ist, auch die Verabredung möglich zu machen, die Austausche so zu haben, dass unsere beiden Kraftwerke nicht in einen Nachteil geraten und dass deshalb Biblis A und Biblis B so lange betrieben werden können, wie es im Rahmen von Vereinbarungen möglich ist.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Ich weiß, dass es im Augenblick nicht mehr gibt. Die CDU/CSU-Fraktion – das wissen Sie – wäre gern dazu gekommen, den Atomkonsens, wie er heißt – mit uns war das nie ein Konsens –, den Sie dort getroffen haben, zu verändern. Aber das ist mit den Sozialdemokraten nicht möglich. Es gibt viele andere Dinge in der großen Koalition, die gehen auch nicht so, wie wir sie wollen. Das ist der Fall, das ist in Ordnung.

Nur, Herr Kollege Schmitt, eines ist auch klar: In dem Atomkonsens steht, dass nicht von Mülheim-Kärlich auf Biblis A übertragen werden kann – kein Streit. Allerdings kann von anderen Kraftwerken übertragen werden, nämlich z. B. von Gundremmingen. Von Gundremmingen B und C kann übertragen werden, das ist nämlich in der Hand von RWE. Das muss dann von denen genehmigt werden, die dafür zuständig sind.

(Norbert Schmitt (SPD): Anlage 2!)

Ohne eine Genehmigung geht es nicht. Deshalb werden wir über die Frage sprechen, wie weit es geht. Ich sage klar: Wenn die RWE bereit ist, weiter Geld für Sicherheitsnachrüstungen zu investieren – wenn sie das Werk weiter betreiben wollen, müssen sie Geld da hineinstecken, das ist auch in Ordnung so –, wenn die übrigen Sicherheitsbedingungen von den internationalen Kommissionen ordentlich geprüft sind und dem deutschen Recht entsprechen, dann ist es im hessischen Interesse, dass nicht vorzeitig Strom abgeschaltet wird, bevor irgendjemand weiß, wie er auf vernünftige, ökologische und preiswerte Weise an anderer Stelle erzeugt werden kann.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Zweitens. Ich erwarte von der Bundesregierung, dass sie als einziges Land der Welt nicht vollständig aus der Forschung für Kerntechnik ausscheidet.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir sind im Augenblick in einer Situation, in der an der so genannten vierten Generation kerntechnischer Anlagen international erforscht wird, und Deutschland ist das einzige der großen Industrieländer der Welt, das zum gegenwärtigen Zeitpunkt wegen der rot-grünen Vorgängerregierung mit allen Folgen für die Wissenschaft nichts dazu beiträgt. Praktisch kann im Augenblick kein Lehrstuhl für Kernphysik in Deutschland mit Deutschen besetzt werden, weil dieser Markt für irgendjemanden, der forscht, nicht mehr interessant ist. Das ist eine Bedingung, die wir nicht hinnehmen können. Deshalb erwarte ich von der Bundesregierung, dass sie wieder in die Forschung einsteigt, um zu beweisen, was im Rest der Welt geforscht wird, und uns Chancen am Wissen zu geben, anstatt kerntechnologisch den Anschluss zu verlieren, was uns an dieser Stelle immer betreffen wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich erwarte, dass wir darüber reden, was an modernen Forschungsansätzen in diesem Lande möglich ist, Stichwort: Transmutation. Das ist auch wieder ein Wort, das außerhalb des Landtages noch schwieriger zu erklären ist als hier. Aber wenn in der Kernforschungsanlage in Karlsruhe deutsche Wissenschaftler auf Wege kommen, wie die Strahlung von Atomabfall von bisher Zehntausenden von Jahren auf eine Größenordnung von 60 bis 100 Jahren reduziert werden kann, und das im kleinen Maßstab bereits funktioniert, ist das eine Verpflichtung. Ich sage: Da müssten auch die GRÜNEN mitgehen. Dies ist eine Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass wir möglichst schnell technologisch erforschen, ob es wirklich geht. Ich sehe dafür Chancen, um es für den Abfall zu machen, der bisher angefallen ist. Aber dann gibt es auch nicht mehr die Moraldiskussion um den Abfall, der in Zukunft entsteht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, da geht es um Forschung und Entwicklung und die Chancen, die die deutsche Industrie hat.

Ich schließe. Mir macht Sorge, dass wir am Ende eine Diskussion bekommen, wie sie einmal in Österreich war, unter dem Motto: Solange gewährleistet ist, dass an unserer Landesgrenze Kernkraftwerke stehen, die uns mit sicherem Strom versorgen, ist es besser, dass wir behaupten können, wir hätten damit nichts zu tun.

Das ist eine gefährliche Diskussion. Wer im Augenblick sieht, wie die deutschen Energiekonzerne Kontrakte mit genau diesem Ziel machen – vernünftigerweise, weil das

die einzige Chance ist, wenigstens ihre Betriebswirtschaft in Ordnung zu halten –, der begeht einen doppelten Fehler. Der gibt das Wissen, das wir mit der Produktivität, die dahinter steht, haben könnten, außer Landes und aus der Hand. Er vernichtet an dieser Stelle Chancen für deutsche Arbeitnehmer.

(Beifall des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Zugleich gibt er unseren Nachbarländern eine Chance, an jedem einzelnen Cent unserer wirtschaftlichen Wertschöpfung zusätzlich zu verdienen und Wettbewerbsnachteile für die Bundesrepublik Deutschland zu erzielen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich werde die GRÜNEN dabei nicht überzeugen. Das weiß ich wohl. Aber ich glaube, dass wir in der Bevölkerung die Verpflichtung haben, eine Diskussion zu führen, in der die Regeln der Mathematik, die Regeln unseres Wissens und unser Interesse an wirtschaftlichem Wachstum nicht völlig außer Kraft gesetzt werden. Die GRÜNEN waren immer skeptisch ob dieses wirtschaftlichen Wachstums. Sie waren immer skeptisch ob der Mobilität. Sie waren immer skeptisch, ob wir Reststrom in jeder Menge brauchen und ob der preisgünstig sein soll. Das sind die prinzipiellen Fragen. Wer die bejaht, muss auch die Pflicht wahrnehmen, in andere Länder zu schauen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dauerhaft auf der Autobahn zu fahren und sich zu wundern, dass alle, die einem entgegenkommen, Geisterfahrer sind, ist ein Verhalten, das auch etwas mit Wahrnehmungsverlusten zu tun hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Das stimmt!)

Sie haben sich geirrt. Sie haben geglaubt, die anderen Länder der Welt steigen aus. In Wahrheit nehmen alle unserer Mitwettbewerber diese Option auf höchstem wissenschaftlichen Stand für die Zukunft wahr.

(Norbert Schmitt (SPD): Es werden mehr stillgelegt, als ans Netz kommen!)

Die Frage ist, ob wir verantworten können, die Einzigen zu sein, die aussteigen, weil Sie glauben, Sie hätten die Weisheit mit Löffeln gefressen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Wir haben uns auf eine zweite Runde geeinigt. Das Wort hat der Kollege Hahn, Vorsitzender der FDP-Fraktion.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, der stellt wieder Windräder in Biblis auf!)

#### **Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Sie davon in Kenntnis setzen, dass wir in der Debatte über den Atomstandort Biblis eine neue Sachlage haben. Vor wenigen Minuten hat der Betriebsleiter von Biblis, Herr Dr. Lauer, mich – aber jedenfalls auch den Kollegen Dr. Wagner – mit folgendem Fax informiert:

Sehr geehrter Herr Hahn, heute hat der Vorstandsvorsitzende der RWE AG, Herr Harry Roels, im Rahmen der Bilanzpressekonferenz die Öffentlichkeit darüber informiert, dass RWE die vorhandenen gesetzlich abgesicherten Möglichkeiten zur Übertragung von Strommengen in Anspruch nehmen wird. Den Antrag für eine Übertragung der Reststrommengen auf den Block A des Kernkraftwerks Biblis wird RWE im zweiten Quartal dieses Jahres stellen. Im Interesse unserer über 700 Mitarbeiter am Standort würden wir uns eine zügige Entscheidung aus dem Prüfungsprozess von Bundesumweltministerium, Bundeswirtschaftsministerium und Bundeskanzleramt wünschen, der gemäß Gesetz notwendig ist.

Die FDP-Fraktion in diesem Hause – Frau Kollegin Hammann, Sie haben etwas sehr despektierlich über eine Art von Pressekonferenz von uns geredet – fühlt sich darin bestätigt, dass unsere Forderung richtig war, nämlich RWE aufzufordern, diesen Antrag zu stellen.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind sehr zufrieden, dass der Meinungsbildungsprozess innerhalb des RWE-Konzerns heute mit dieser Aussage des Vorstandsvorsitzenden zu Ende gebracht wurde. Jetzt ist es an der Politik, es ist an der Bundesregierung, der großen Koalition in Berlin, nach Recht und Gesetz dafür Sorge zu tragen, dass der Produktionsstandort Biblis mit seinen mehr als 700 Mitarbeitern in Hessen weiterhin gesichert ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wir sollten es jetzt lassen, diese Scheindebatte zu führen, wie es Frau Kollegin Hammann hier versucht zu führen und andere schon wochenlang versucht haben zu führen. Ab jetzt ist jedem hier im Hause klar, dass man sich entscheiden muss: Ist man dafür, dass in einem sicheren Kernkraftwerk weiterhin 700 Hessinnen und Hessen einen sicheren Arbeitsplatz haben,

(Norbert Schmitt (SPD): Was sagt Ihr Kollege Hohn dazu?)

oder ist man aus ideologischen Gründen dafür, dass dieses abgebaut wird? – Herr Kollege Schmitt, wir haben in der sozialliberalen Koalition – Heinz Herbert Karry war damals der zuständige Mann in unserer Fraktion –

(Gerhard Bökel (SPD): Sie haben damals noch in die Hose geschissen und waren noch gar nicht dabei!)

mit Ihnen dafür gestritten und gearbeitet, dass der Standort Biblis durchgesetzt wurde. Wir werden jetzt mit allem dafür kämpfen, dass dieser Standort bestehen bleibt. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Al-Wazir, Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ministerpräsident wollte, dass man sich nach den

Regeln der Mathematik, des wirtschaftlichen Wachstums und der Arbeitsplätze mit dem Thema auseinandersetzt. Herr Ministerpräsident, das tun wir gerne.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Und der Energieversorgung!)

Erstes Stichwort: Arbeitsplatz und Biblis. Herr Kollege Hahn, ein Blick zu den abgeschalteten Reaktoren könnte Ihnen deutlich machen, dass es nicht darum geht, dass im Jahre 2008 von einem Tag auf den anderen hier 700 Leute ihre Arbeit verlieren.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Aber diese Arbeit!)

Wenn Sie sich ein bisschen mit der Sache beschäftigen würden, würden Sie wissen, dass wir mindestens noch für 20 Jahre, weil diese Technik so gefährlich ist, genau diese Personenzahl beim Abbau nach der Abschaltung beschäftigen müssen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist eine tolle Logik!)

Zweitens stelle ich fest, dass im Jahre 2005 allein in der Bundesrepublik Deutschland 160.000 Menschen direkt im Bereich erneuerbare Energien beschäftigt waren.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist die Chance!)

Das sind mehr als bei Atomenergie und Steinkohle zusammen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen: Kommen Sie bitte nicht mit Arbeitsplatzargumenten.

(Zurufe von der CDU)

Wenn das Argument Subvention kommt, stelle ich fest, dass die Ölrechnung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 2005 um 40 % höher war als im Jahre 2004. Dieses Geld wird entweder an Gasprom, an Russland, an die Vereinigten Arabischen Emirate, an Norwegen oder Großbritannien überwiesen, und bei den erneuerbaren Energien bleibt es hier. So viel zur Frage der Mathematik, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, weiterhin ist es sehr auffällig, dass Sie immer nur über die Frage der Energiegewinnung reden, aber nicht über die Frage der Energieeinsparung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage Ihnen: Unsere günstigste, beste und im Land vorhandene Energieressource ist die Energieeinsparung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das fängt beim Standby-Betrieb, d. h. beim roten Lämpchen am Fernseher, an und hört bei der Wärmedämmung von Altbauten auf.

(Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Auch das sorgt für Arbeitsplätze hier im Land.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Ministerpräsident, ich finde es sehr spannend, wenn Sie immer darüber reden, was Sie hier als umweltpolitischer Sprecher angefangen haben, dass Sie damals noch die Auffassung hatten, den Klimawandel gebe es nicht.

(Widerspruch des Ministerpräsidenten Roland Koch)

– Entschuldigung, Herr Lippold war der Vorsitzende der Enquetekommission, als erstmals darüber geredet wurde. Jetzt, wenn es Ihnen in den Kram passt, kommt auf einmal die CO<sub>2</sub>-Debatte. Das fällt mir auf.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Ministerpräsident, deswegen ist – da wird es wirklich für alle Menschen in diesem Land sehr interessant – sehr spannend, dass Sie hier erstmals unwiderruflich und unmissverständlich gesagt haben, dass Sie dafür sind, dass von Grundremmingen auf Biblis Strommengen übertragen werden. Das heißt – das müssen alle wissen, die mit der Sache vielleicht nicht so vertraut sind –, dass Sie gerade gesagt haben, dass aus Ihrer Sicht von einem Atomkraftwerk, das z. B. gegen Flugzeugabstürze gesichert ist, Strommengen auf ein Atomkraftwerk übertragen werden sollen, das gegen Flugzeugabstürze nicht gesichert ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das kann doch nicht wahr sein. Sie machen sich hier zum Büttel von RWE, und Sie beweisen, dass Ihnen Profit vor Sicherheit geht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Reiner Zynismus!)

Herr Koch, wo gibt es in der Welt ein Endlager? Sagen Sie es uns.

(Zurufe von der CDU – Gegenrufe von der SPD)

– Wann haben die GRÜNEN das verhindert? Herr Dr. Lennert, hören Sie doch auf. Sagen Sie uns: Wo, weltweit?

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident, wo sollen denn die neuen Atomkraftwerke gebaut werden? Sagen Sie es uns. Nennen Sie uns den Standort in Hessen oder in einem anderen Teil Deutschlands. Ich glaube, alle sind gespannt darauf, das zu hören.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Deshalb sage ich Ihnen: Wenn hier irgendwelche Leute Ideologen sind, dann sind es diejenigen, die noch immer nicht begriffen haben, dass die Atomkraft von gestern ist. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Grumbach, SPD-Fraktion.

#### **Gernot Grumbach (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde es ganz spannend, mitzuerleben, wie der Euphemismus wieder in die deutsche Sprache Einzug hält. Wenn es um die Endlagerung geht, wird von 10.000 Jahren gesprochen. Wir sprechen aber über 500.000 Jahre. Das will ich einfach einmal sagen, weil das die Art und Weise ist, wie darüber geredet wird. Es wird gesagt, dass es völlig unproblematisch sei, ein Kernkraftwerk wie Gundremmingen kürzer und eines wie Biblis A länger zu betreiben.

Es redet keiner darüber, dass man nach der Debatte darüber, wie Kraftwerke ausgestaltet worden sind – von Gundremmingen bis zu den Konvoikraftwerken –, trotz der Einwände all derer, die die Sicherheitsvorkehrungen kritisiert haben, angefangen hat, neue Kraftwerke zu bauen. Das ist blanker Euphemismus.

(Beifall bei der SPD)

Das Netteste ist aber die Frage nach der Versorgungssicherheit. Es wird darüber geredet, wie schrecklich es sei, dass uns Gas und Öl entzogen werden. Hat irgendeiner von denen, die darüber reden, einmal gefragt, woher das Uran kommt?

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU: Ja!)

– Dann werden Sie feststellen, dass zwei Drittel der Uranproduktion genau aus der Ecke kommen, die Sie, wie Sie gerade gesagt haben, fürchten. Genau das ist Ihre Blindheit.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin für den wissenschaftlichen Fortschritt, und ich bin auch sehr dafür, dass jeder seine kleinen Experimente machen darf.

(Zuruf von der CDU: Davon merkt man nichts!)

Ich habe mich im Zuge meines Studiums der Germanistik sehr lange mit esoterischen Schriften des Mittelalters beschäftigt.

(Lachen bei der CDU – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das merkt man!)

Eines der wichtigsten Elemente dieser esoterischen Schriften ist die Suche nach dem Stein der Weisen. Das lateinische Wort für die Suche heißt „Transmutation“. Ich finde es sehr spannend, zu beobachten, wie dieses Wort Ende des 20. Jahrhunderts in einem wissenschaftlichen Experiment wieder auftaucht, bei dem man versucht – ich habe es zufällig nachgelesen –, unter sehr präzisen Außenbedingungen etwas zu schaffen, was man in der normalen Umwelt überhaupt nicht auf die Reihe bekommt.

Lesen Sie, bitte schön, den Aufsatz, auf den sich alle beziehen, bevor Sie darüber reden. So etwas einfach in die Welt zu setzen, können wir uns nämlich nicht leisten. Auch das ist eine Form von Euphemismus.

Bei dem nächsten Punkt geht es um die spannende Frage, dass alle dazubauen. Ist irgendjemandem schon einmal aufgefallen, dass, wenn alle dazubauen, die Nutzungsdauer von Kernkraftwerken nicht verlängert, sondern verkürzt wird? Ist Ihnen schon einmal aufgefallen, dass die Debatte darüber, wie lange Atomkraftwerke laufen – ob 40 Jahre oder länger –, davon abhängt, wie viele dazugebaut werden, und dass zehn Kernkraftwerke mehr auf der Welt faktisch bedeuten, dass die Nutzungsdauer des einzelnen um ein halbes Jahr verkürzt wird?

In der Debatte, die Sie führen, geht es also darum, eine Übergangsenergie mit hohen Kosten auszubauen, ohne dafür die Versorgungssicherheit zu bekommen, die Sie haben. Das ist schlicht verantwortungslos.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Nette daran ist, dass Sie einfach an dem Weltbild festhalten, dass Europa, die Vereinigten Staaten und noch ein paar andere die Länder in der Welt sind, denen es gut geht,

(Ministerpräsident Roland Koch: China, Indien, Südkorea!)

während sich in den anderen Ländern nichts ändert. Wenn nämlich alle Länder diesen Weg einschlagen würden – was sie nicht einmal können, weil ihnen die Investitionsmittel fehlen –, würde dieses Weltmodell nicht mehr funktionieren.

Wer ein Weltmodell, zu dem die Nutzung von Kernkraftwerken gehört, propagiert, sagt im Kern: Wir wollen die Spaltung der Welt in Arm und Reich fortsetzen, weil wir keine Technologie entwickeln, die auch für die Armen langfristig erreichbar ist. – Das ist ein zynischer Eurozentrismus. Ich glaube, das müssen Sie sich einmal sagen lassen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Dann kommt das berühmte ökonomische Argument – das netteste von allen. Ich finde es immer spannend, wenn ökonomisch argumentierende Politiker den Grundsatz der Ökonomie nicht beherzigen, der da lautet,

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Der Esoteriker Grumbach!)

– machen Sie nur weiter –, dass man versuchen muss, mit knappen Mitteln möglichst viel zu erreichen. Wenn es sich bei diesen knappen Mitteln um Geld handelt und Sie feststellen, dass Sie für jeden Euro, den Sie in Kernkraftwerke stecken, das Fünf- bis Zehnfache herausbekämen, wenn Sie ihn in andere Energieerzeuger investierten, erkennen Sie, dass die Entscheidung für die Kernkraft unökonomisch ist und Sie damit weniger statt mehr Arbeitsplätze schaffen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit Verlaub: Allein mit den Investitionsmitteln, die nötig wären, um Biblis A und Biblis B halbwegs auf den Stand von Gundremmingen zu bringen, könnten Sie jeden in Biblis Beschäftigten mit einer Rente, die in der Höhe der eines Ministerialrats entspricht, in Pension gehen lassen. Ich sage das Ihnen jetzt einmal so. Das ist Ökonomie. Wir haben im Saarland darüber diskutiert.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Oskar Lafontaine!)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Grumbach, Sie müssen zum Ende kommen.

#### **Gernot Grumbach (SPD):**

Keine Frage, ich bin in der Lage, Leute zu kritisieren, die ich besser kenne als Sie. Das ist nicht mein Problem. – Im

Saarland wurden im Zusammenhang mit Arbed Saarstahl Milliarden von DM in eine veraltete Produktion investiert und dem Fortschritt auf diese Weise die volkswirtschaftlichen Mittel entzogen. Das ist Ihre Politik. Sie stecken die Mittel in das Alte, statt den Fortschritt zu finanzieren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Boddenberg, CDU-Fraktion.

#### **Michael Boddenberg (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich glaube, dass wir hier im Nachgang zu der gestrigen Debatte noch einmal eine grundsätzliche Frage erörtern müssen: Wie diskutieren wir über ein solches Thema? Machen wir eine vollständige Debatte, oder veranstalten wir eine Debatte in Teilauszügen, wie Sie das an verschiedenen Stellen immer wieder versuchen?

Wir haben während des letzten Plenums über die Kerntechnologie und die Energiegewinnung gesprochen. Ich habe Sie schon damals aufgefordert, auch zu sagen – das gehört zur Risiko- und Folgenabwägung –, dass wir durch den Ausstieg, den Rot-Grün beschlossen hat, eine jährliche CO<sub>2</sub>-Mehrbelastung in Höhe von 18 Millionen t haben werden.

(Gernot Grumbach (SPD): Nur wenn Sie nichts tun!)

– Ich will das nur an dem Beispiel festmachen, Herr Grumbach. – Es geht in die gleiche Richtung. So versuchen Sie das immer.

Gestern und heute Morgen haben wir über den Flughafen diskutiert. Wenn Sie über Ticona reden, sagen Sie, dass das hohe Risikopotenziale für die Zukunft birgt. Sie lassen aber aus, dass bereits heute gleich hohe oder sogar noch höhere Risiken bestehen, weil die Flugrouten über das Ticona-Gelände verlaufen.

Was die Verlagerung des Kurzstreckenverkehrs auf die Schiene anbelangt, reden Sie immer davon, dass eine neue Landebahn für den Frankfurter Flughafen bedeutet, dass größere Waldflächen gerodet werden müssen. Sie sagen aber nicht, dass die ICE-Trasse von Köln nach Frankfurt, die Sie ausdrücklich befürworten, eine dreimal so große Fläche beansprucht hat, die ebenfalls gerodet werden musste.

Wir müssen aufpassen, dass wir nicht mit Hysterie an das Thema herangehen – schon gar nicht mit einseitig forcierter Hysterie –, sondern die Risiken und Chancen an jeder Stelle sorgfältig abwägen.

Ich habe hier eine Liste vorliegen. Wir sammeln hin und wieder, was die grünen Politiker landauf, landab sagen. So wichtig sind Sie uns denn doch; das will ich nicht verhehlen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind wir?)

Auf dieser Liste sind mehrere hundert Projekte verzeichnet, bei denen die GRÜNEN gegen irgendetwas sind. Das beginnt bei den Autobahnanbindungen in Nordhessen.

Sie freuen sich gerade wieder darüber, dass es dem BUND gelungen ist, im Zusammenhang mit der A 44 etwas zu verzögern. Weiter geht es mit der A 49. In Mittelhessen geht es um die Bundesstraße 3a. Sie sind immer gegen irgendetwas, ohne zu sagen, wo die Alternative ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich nenne Ihnen Beispiele. Allein aus Gießen werden mir 16 lokale Projekte gemeldet, gegen die die GRÜNEN irgendetwas einzuwenden haben. Sie sagen den Menschen, die im Osten Frankfurts wohnen, nicht, welche Folgen es hat, dass sie sich seit Jahren gegen den Bau des Riederwaldtunnels sträuben. Sie sagen ihnen nicht, dass das zu einer höheren Schadstoffbelastung in der Stadt führt und dass das in der Verantwortung der GRÜNEN liegt.

(Beifall bei der CDU)

Sie sagen auch an anderer Stelle nicht, worin die Alternativen bestehen. Ich gehe noch einmal auf das Thema Verkehr ein. Sie erklären den Menschen seit Jahren, dass man eigentlich gar nicht fliegen muss, weil man den ganzen Verkehr auch über die Straße bzw. über die Schiene abwickeln kann. Sie sagen den Menschen, dass wir keine Autobahnen mehr brauchen, weil der Güterverkehr besser über die Schiene abzuwickeln ist.

(Reinhard Kahl (SPD): Wissen Sie, wie das Thema der Aktuellen Stunde heißt? Was redet der denn da? – Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie sagen den Menschen aber nicht, dass wir Güterverkehr in einer Größenordnung von 300 Millionen t über die Straßen abwickeln, während derzeit nur 3 Millionen t über die Schiene abgewickelt werden.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das glaubt Ihnen doch niemand mehr! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind Sie jetzt ein rollendes Atomkraftwerk? Worüber reden Sie eigentlich?)

Dann sagen Sie den Menschen bitte auch, dass Sie den Umfang des Schienennetzes in Deutschland verfünf- oder versechsfachen müssen, um das aufzufangen, was Sie nicht auf der Straße haben wollen.

(Beifall bei der CDU)

Aber Sie wollen auch die Schiene nicht. Sie sind doch wiederum diejenigen, die bei dem Bau der mittelhessischen ICE-Trasse Nein rufen. Es darf nicht sein, dass Sie immer nur Nein rufen. Hin und wieder müssen Sie auch sagen, was Sie wollen und, vor allem, welche Folgen es hat, dass Sie so oft Nein gerufen haben.

Man könnte sich ja über die Entwicklung an anderer Stelle freuen. Ich komme noch einmal auf die grundsätzliche Frage Ihrer Technologiefeindlichkeit zurück. Ich freue mich manchmal, wenn ich darüber lese, dass deutsche Technologie in anderen Teilen der Welt eingesetzt wird. Gott sei Dank ist das auch bei der Kerntechnologie nach wie vor der Fall. Aber wer weiß, wie lange das noch so ist.

Eine Überschrift, wonach die Chinesen die zweite Transrapidstrecke planen, stimmt mich jedoch nachdenklich. Uns alle muss sie nachdenklich stimmen. Das ist nämlich wieder einmal ein Beleg dafür, dass die rot-grüne Verhinderungspolitik dafür sorgt, dass andere Länder prosperie-

ren, während wir in Deutschland weiterhin über 5 Millionen Arbeitslose reden.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Genau das ist der Zusammenhang!)

Sie haben sieben Jahre lang nur darüber geredet, jedoch kein Jota dazu beigetragen, dieses Problem zu beseitigen. – Danke.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer regiert dieses Land?)

### Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Boddenberg, vielen Dank. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen zu dieser Aktuellen Stunde vor. Damit ist Tagesordnungspunkt 65 behandelt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 66** auf:

### Antrag der Fraktion der CDU betreffend eine Aktuelle Stunde (Föderalismusreform – Chancen nutzen) – Drucks. 16/5319 –

Ich erteile dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Herrn Dr. Wagner, das Wort.

### Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das föderale Staatsprinzip der Bundesrepublik Deutschland ist fester Bestandteil unserer demokratischen Grundordnung.

(Beifall der Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU) und Michael Denzin (FDP))

Die vertikale Gewaltenteilung zwischen dem Bund und den Ländern ist eine Garantie für die Begrenzung der Macht und die Kontrolle der Macht.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP))

Sie ist auch ein klarer Ausdruck dafür, dass die Mütter und Väter des Grundgesetzes dem Zentralstaat eine klare Absage erteilt haben.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP))

Aufgrund der historischen Erfahrung sind wir davon überzeugt, dass das föderale Prinzip gegenüber dem Zentralstaat eindeutige Vorteile hat.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP))

Ich muss aber auch Folgendes feststellen: Es ist im Laufe der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu Fehlentwicklungen gekommen. Dies betrifft die Gesetzgebung und Änderungen der Grundgesetzes. Das reicht bis hin zu der Situation, dass es zum Schluss auch zu wechselseitigen Blockaden gekommen ist. Dann stand der Ebene der Länder auf der einen Seite die Ebene des Bundes auf der anderen Seite gegenüber.

Es war daher dringend notwendig, dass sich die Parteien und Fraktionen des Bundestags, aber auch des Bundesrats und der Länder darüber verständigten, die Fehlentwicklungen dieses an und für sich vernünftigen Systems zu korrigieren. Ich sage es noch einmal: Vom Grundsatz her hat das föderale System im internationalen Vergleich erhebliche Vorteile.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP))

Deswegen wollen wir das föderale System auch beibehalten.

Wir müssen aber auch selbstkritisch feststellen, dass es zu Fehlentwicklungen gekommen ist. Das muss jetzt korrigiert werden. Ich bin deshalb sehr froh, dass sich die große Koalition in Berlin darauf verständigt hat, viele der notwendigen Korrekturen vorzunehmen. Ich möchte hierbei die Neuordnung der Gesetzgebungsbefugnisse mit dem Ziel nennen, den Ländern mehr Entscheidungen zu überlassen. Ich möchte auch die vorgesehene deutliche Reduzierung der Zahl der zustimmungspflichtigen Gesetze nennen.

Ich will auch noch Folgendes hinzufügen, weil ich selbst Mitglied des Bundesrats und auch des Vermittlungsausschusses war: Es ist dringend erforderlich, dass diejenigen, die vom Wähler im Bundestag mit einer Mehrheit ausgestattet wurden, ihre eigenen politischen Programme dann auch durchsetzen können. Das entspricht dem Demokratieprinzip. Sie sollten nicht von einer anderen Kammer darin behindert werden können. Da geht es um eine Grundsatzfrage. Im Verlauf der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist dieses wechselseitige Geschehen unter parteipolitisch unterschiedlichen Vorzeichen erfolgt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum hat dann die Regierung, der Sie angehörten, so viel blockiert?)

– Soweit die GRÜNEN im Bundesrat vertreten waren, haben sie sich dort auch nicht besser als die Vertreter der anderen Parteien verhalten.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege, wir sind immer besser als die anderen!)

Das müssen wir vom Grundsatz her hinsichtlich der Frage des effizienten Regierens und der Regierbarkeit eines Staates sehen.

Ich möchte auch die Reduzierung der Gemeinschaftsaufgaben mit dem Ziel anführen, dass die Verantwortlichkeiten klar zugeordnet werden können. Die Länder sollen mehr Autonomie beim Verwaltungshandeln und eine bessere Einbindung in die Entscheidungsprozesse auf der Ebene der Europäischen Union erhalten.

Ich freue mich, dass insbesondere diejenigen Punkte, die die Hessische Landesregierung in dem gesamten Diskussionsprozess immer wieder angemahnt hat, Berücksichtigung gefunden haben. Unsere Forderung war, dass es zu klaren Regelungen in der Bildungspolitik, also hinsichtlich der Schulen und auch der Hochschulen, kommt. Hier ist jetzt vorgesehen, dass die einzelnen Bundesländer klar die Verantwortung tragen.

(Beifall der Abg. Axel Wintermeyer und Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Diese neuen Strukturen werden Wettbewerb schaffen. Genau das wollen wir.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP))

Wir wollen einen Föderalismus des Wettbewerbs.

(Beifall der Abg. Axel Wintermeyer und Gottfried Milde (Griesheim) (CDU) sowie des Abg. Michael Denzin (FDP))

Wir wollen, dass es zu einem Wettbewerb zwischen den einzelnen Bundesländern auf den Sektoren kommt, für

die sie zuständig sind. Dort muss es einen Wettbewerb um die beste Form der Förderung des Wohls der Bürger geben. Das betrifft z. B. die Bildungspolitik. Ich finde, das ist ein ganz spannendes Thema.

Ich begrüße ebenfalls ausdrücklich, dass die Länder mehr Verantwortung beim Strafvollzug, im Presserecht, beim Ladenschlussrecht und auch beim Beamtenrecht erhalten sollen. Dabei will ich klar und deutlich sagen, dass wir beim Beamtenrecht natürlich an die klaren und vernünftigen Vorgaben des Grundgesetzes gebunden sind. Ich finde es aber richtig, dass es in Zukunft hier von Land zu Land – ich sage es jetzt einmal untechnisch – unterschiedliche tarifliche Verabredungen geben können soll.

Als jemand, der die Interessen eines Landes zu vertreten hat, will ich aber auch klar und deutlich sagen: Der Bund wird künftig im Gegenzug Gesetze erlassen können, ohne bei jeder einzelnen Entscheidung zuvor die Zustimmung des Bundesrats einholen zu müssen.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Dr. Wagner, Sie müssen langsam zum Schluss kommen.

#### **Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):**

Damit wird es zu einer klaren Abgrenzung der politischen Zuständigkeiten kommen.

Ich komme zu meinen letzten Sätzen. Ich bin froh, dass es zu einer Verabredung hinsichtlich dieser weit reichenden Reform des Grundgesetzes in Bezug auf den Föderalismus gekommen ist. Ich bin auch sehr froh darüber, dass ein weiterer Bereich, zu dem noch keine Regelungen gefunden werden konnten, nach Verabschiedung dieser Reform offenbar einvernehmlich angegangen werden soll. Ich meine den Länderfinanzausgleich. Da haben wir noch eine riesige Aufgabe vor uns.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Michael Denzin (FDP))

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Dr. Wagner, vielen Dank. – Das Wort hat Frau Kollegin Sarah Sorge für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Vielen Dank. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dr. Wagner, „Föderalismusreform – Chancen nutzen“ lautet der Titel dieser Aktuellen Stunde. Dazu sage ich eindeutig: Ja, wir sollten die damit verbundenen Chancen nutzen, und zwar die Chance zur Nachbesserung. Denn das ist dringend nötig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es besteht Konsens darüber, dass wir eine Reform des Föderalismus brauchen. Eine Reform des Föderalismus ist sicherlich eine der wichtigsten Reformen, damit die notwendigen Weichenstellungen für eine gute Zukunft unseres Landes vorgenommen werden können. Das darf beim Kompetenzgerangel zwischen dem Bund und den Ländern nicht aus den Augen verloren werden.

Eine der wichtigsten Aufgaben für eine gute Zukunft dieser Gesellschaft – ich denke, darüber sind wir uns auch einig, wenn wir keine Sonntagsreden halten – besteht darin, eine gerechte Teilhabe aller an Bildung zu ermöglichen, und zwar von Anfang an. Außerdem muss die Qualität der Bildung und der Wissenschaft und der Forschung verbessert werden. Denn Bildung ist unsere Zukunftsressource Nummer eins und daher von zentraler Bedeutung für die zukünftige Entwicklung unseres Wohlstandes, der Beschäftigung, für das Mithalten im Wettbewerb und für die Innovationsfähigkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein gerechter Zugang zur Bildung für alle, also unabhängig vom familiären Hintergrund, ist – ich will es jetzt nicht zu pathetisch machen – auch entscheidend für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

(Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Unsere Schulen und Hochschulen werden aber dieser für die Zukunft des Landes so wichtigen Aufgabe nicht in ausreichendem Umfang gerecht. Auch da sind wir uns doch sicherlich einig. Die Schulen schöpfen die Bildungsreserven nicht effizient genug aus. Sie fördern nicht gerecht und reagieren nicht flexibel genug auf neue Herausforderungen.

Auch die Hochschulen sind eher strukturkonservativ. Es ist auch kein Geheimnis, dass sie unterfinanziert sind. Sie müssen immer mehr Studierende mit verhältnismäßig immer weniger Mitteln ausbilden.

Das alles sind bundesweite und keine länderspezifischen Probleme. Der pure Menschenverstand sagt einem doch, dass es dann wirklich absurd ist, dass in Zukunft Dinge unmöglich sein sollen, die derzeitig alle einhellig loben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Bevölkerung steigt die Zustimmung zur Ganztagschule stetig. Eine bundesweit angelegte Initiative wie das Ganztagschulprogramm – da ist der Bund an der Finanzierung beteiligt – wird nach dem bisherigen Verhandlungsergebnis künftig nicht mehr möglich sein. Wenn der Ausbau der Ganztagsbetreuung und der Ganztagschulen aber von der Finanzkraft der einzelnen Länder abhängen würde, würde das im Klartext bedeuten, dass solche wichtigen Projekte in Zukunft nicht mehr ausreichend finanziert würden. Wir fordern schon seit langem einen Ausbau des hessischen Ganztagschulprogramms. Das haben wir beispielsweise bei der Diskussion um den Ausbau der G 8 besprochen. Aber das ist lange noch nicht in Sicht, obwohl diese Förderung bitter nötig wäre.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das allein beweist doch schon, dass solche großen Strukturprogramme ohne Hilfe des Bundes nur schwer initiiert werden können.

Genauso verhält es sich mit dem Tagesbetriebsausbaugesetz und dem Exzellenzprogramm für die Hochschulen. Hier wurden wichtige Impulse gegeben. Nach In-Kraft-Treten der vorgesehenen Föderalismusreform wäre das dann aber verboten.

Es ist sinnvoll, dass Wettbewerbssituationen entstehen. Herr Dr. Wagner, das wird in Ihrem Dringlichen Entschließungsantrag gepriesen. Außerdem haben Sie das ja auch mündlich vorgetragen. Es ist richtig, wenn es um einen Wettbewerb um den bestmöglichen Weg und um ei-

nen Wettbewerb hinsichtlich der Innovationen geht. Dem Bund soll aber jetzt verwehrt werden, sich gemeinsam mit den Ländern den wichtigsten Fragen für eine gute Zukunft zu stellen. Er soll gerade den weniger finanzkräftigen Ländern keine Anschubfinanzierung für eine bessere Bildung, eine bessere Betreuung oder den Ausbau der Studienplätze mehr geben. Dabei geht es aber nicht um Wettbewerb. Vielmehr ist das eine Investition in die Köpfe unserer Kinder, mit der wir sie für den internationalen Wettbewerb fit machen können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit dieser Reform des Föderalismus würden Sie dem ganzen Land Steine in den Weg legen. Es wird dann Schwierigkeiten haben, die Aufgaben zu bewältigen, die für eine gute Zukunft erledigt werden müssen. Sie tun das, weil Sie in der großen Koalition schnell einen Kuhhandel hinbekommen wollten. Sie wollen handlungsfähig wirken.

Das ist aber geradezu pervers. Denn zahlreiche Personen haben den einzigen positiven Aspekt einer großen Koalition darin gesehen, dass es endlich zu einem klugen und vernünftigen Kompromiss bei der Reform des Föderalismus kommen würde. Sie führen hier aber einen Machtkampf auf Kosten der Kinder und der jungen Leute dieses Landes. Wir stehen aber vor sehr vielen wichtigen Herausforderungen. Das betrifft gerade auch den Bildungsbereich. Diese Föderalismusreform wird aber gerade die großen und wichtigsten Projekte, die es anzuschieben gilt, im Keim ersticken.

Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen der CDU und der SPD, man hört bereits zahlreiche Stimmen aus den Ländern und insbesondere auch aus der SPD-Bundestagsfraktion zu diesem Thema. Ich möchte Sie zu diesem Thema wirklich eindringlich bitten: Denken Sie noch einmal nach. Nehmen Sie sich noch ein wenig Zeit. Geben Sie sich einen Ruck. Bessern Sie die Reform des Föderalismus im Interesse der Bildung und der Ressource Nummer eins für die Zukunft unserer Gesellschaft noch einmal nach. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Sorge. – Das Wort hat die Frau Kollegin Nancy Faeser, SPD-Fraktion.

Hast du die Schere weggelassen? Der Schlips des amtierenden Präsidenten darf nach § 155 der Geschäftsordnung nicht abgeschnitten werden.

(Heiterkeit)

#### **Nancy Faeser (SPD):**

Herr Präsident, ich bitte um Vorlage dieses Abschnitts der Geschäftsordnung. Er ist mir bislang nicht bekannt.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Das zwischen dem Bund und den Ländern ausgehandelte Paket zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung ist ausdrücklich zu begrüßen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Eine Neuordnung der Gesetzgebungszuständigkeiten des Bundes und der Länder ist dringend erforderlich. Das betrifft vor allem die Bereiche, in denen der Bundesrat bis-

lang wichtige Reformprojekte blockieren konnte. Insofern ist der ausgehandelte Kompromiss hoch zu werten.

Meine Damen und Herren, Ausgangspunkt für die Reform – das ist schon gesagt worden – waren insbesondere das nicht durchschaubare Kompetenzgeflecht, fehlende Transparenz der Entscheidungen und nicht mehr zeitgerechte Finanzströme. Außerdem gab es zahlreiche Fälle, in denen die Länder durch eine faktische Umgehung ihrer Mitbestimmung ihrer Mitwirkungsmöglichkeiten beraubt wurden, obwohl die zu regelnden Sachverhalte die Ländereinteressen tangierten.

(Beifall bei der SPD)

Aber damit wir uns richtig verstehen: Mir fielen ad hoc viele Beispiele ein, in denen die ehemalige Opposition im Bundestag über den Bundesrat wichtige Reformprojekte blockiert hat, die sie in den Medien immer eingefordert hatte. Dennoch ist dies kein Problem einer parteipolitischen Auseinandersetzung, und ich will dies daran heute auch nicht festmachen.

Fest steht, dass die Transparenz politischer Entscheidungen infolge der Reformmöglichkeit unseres Landes in der Vergangenheit oftmals auf der Strecke geblieben ist. Wir begrüßen deshalb die längst überfällige Föderalismusreform mit einem klaren Bekenntnis auch von unserer Seite zur föderalen Struktur in der Bundesrepublik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Leider haben sich die Länder – das muss auch gesagt werden – in der Vergangenheit mit Geld locken lassen und wesentliche originäre Kompetenzen abgegeben.

(Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Dies betraf eine Reihe von Aufgaben – das sage ich als Abgeordnete mit Selbstbewusstsein –, die wir auch selbstständig hätten regeln können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des Abg. Volker Hoff (CDU) und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Uns allen ist klar, dass der nun von der Bundesregierung wieder aufgegriffene Prozess eine Kompromisslösung ist, Frau Kollegin Sorge. Deswegen gibt es zu einzelnen Inhalten auch nach wie vor unterschiedliche Meinungen und Auffassungen. Die nun ausgehandelte Föderalismusreform ist mit mehr als 40 Einzelteilen die umfangreichste Grundgesetzänderung seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Die Änderungen sind zwar ein guter Anfang; dennoch hat die „FAZ“ nicht Unrecht, wenn sie schreibt, dass die jetzige Reform etwas für verfassungsrechtliche und parlamentarische Feinschmecker, aber keine sättigende Hausmannskost sei.

Im Entschließungsantrag von CDU und FDP wird die Absicht begrüßt, weiter über die Finanzverfassung zu verhandeln. Das, meine Damen und Herren, ist uns, der SPD-Fraktion, zu wenig. Es bedarf auch einer umfangreichen Neustrukturierung der Finanzströme der Länder.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Michael Denzin (FDP))

Außerdem sollte – da gebe ich der Kollegin Sarah Sorge Recht – Qualität tatsächlich vor Beschleunigung stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das muss an dieser Stelle gesagt werden. Damit ist kein Verschieben auf die lange Bank gemeint. Erforderlich ist

dennoch ein bedachtes Vorgehen. Auch wenn man Zeiträume einhält, darf man kein Denkverbot erteilen. Das gilt vor allem für das Einhalten von parlamentarischen Schritten. Da sehe ich Sie, meine Damen und Herren von der CDU, an; es betrifft mehr den Bundestag. Es geht nämlich immerhin um umfassende Änderungen des Grundgesetzes. Ein Erfolg sollte auch an dieser Stelle nicht erzwungen werden. Es kann nicht sein, dass man sofort als Blockierer gilt, wenn aus fachlicher Sicht Zweifel angemeldet werden. Es gibt ein paar Bereiche, auf die ich kurz eingehen möchte, so wie es mein Fraktionsvorsitzender in der letzten Rede bereits getan hat.

Noch nicht angesprochen wurde der Umweltbereich, und zwar die Genehmigung von Industrieanlagen. Ich denke, da muss gemeinsam – da nehme ich die Wirtschaft mit dem BDI mit herein – gesagt werden, dass es sicher sinnvoll ist, die Genehmigung großer Anlagen einheitlich zu regeln. Wir sind hier nämlich an das Europarecht gebunden, und da kann es nicht sein, dass man in Kleinstaaterei verfällt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich kurz auch etwas zur Hochschulbildung sagen. Auch ich vertrete die Auffassung, dass man nicht einerseits auf der Europaebene versucht, beim Hochschulzugang und beim Hochschulabschluss zu einer Harmonisierung zu kommen, und auf der anderen Seite dazu übergeht, dass in den Ländern eigene Regelungen geschaffen werden. Das passt nicht zusammen. Wenn man harmonisiert, dann vollständig.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Faeser, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Nancy Faeser (SPD):**

Ich komme zum Schluss, möchte aber noch ein kurzes Beispiel hervorheben; das ist der Justizvollzug. Auch hier gibt es keinerlei fachliche Gründe, das auf die Länderebene zu verlagern. Das muss an dieser Stelle gesagt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das wird bundeseinheitlich von Wissenschaftlern und von allen Bediensteten im Land Hessen, die mit Justizvollzug zu tun haben, so gesehen. Ein solcher Eingriff in staatliche Maßnahmen ist sonst nirgendwo zu betrachten. Deshalb sollte das einheitlich mit der gesamten Kriminalpolitik geregelt werden. Denn wenn man ein einheitliches Strafrecht hat, muss man auch einen einheitlichen Strafvollzug betreiben.

Dennoch, meine Damen und Herren, ein klares Bekenntnis zur Föderalismusreform. Aber angesichts der umfangreichen Änderungen ist auch Kritik angebracht. Wir bitten Sie um Unterstützung unseres Antrags. Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat, Herr Kollege Hahn, im Übrigen einstimmig zugestimmt. Ich bitte auch Sie um Unterstützung. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Ich bedanke mich. – Das Wort hat der Kollege Hahn, der Vorsitzende der FDP-Fraktion.

**Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Otto Graf Lambsdorff hat schon vor vielen Jahren gesagt, dass die Föderalismusreform die Mutter aller Reformen ist. Deshalb begrüßen wir als FDP-Landtagsfraktion genauso wie unsere Kollegen in allen anderen Landtagen und im Deutschen Bundestag die Einigung, die die große Koalition nunmehr gemeinsam mit der FDP in Berlin gefunden hat. Wir gehen davon aus, dass ein sauberes Genehmigungsverfahren mit entsprechenden Anhörungen durchgeführt wird, in dem noch einmal all das erörtert werden kann, was Frau Kollegin Faeser und Frau Kollegin Sorge dargelegt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind schon stolz darauf, dass unser Staatsaufbau dank der vielen Vorarbeit, die in der Föderalismuskommission und anderswo geleistet wurde, nun endlich neu justiert wird. Es war die erste große Koalition Ende der Sechzigerjahre, die mit dem Unsinn begonnen hat, Gemeinschaftsaufgaben und eine Gemeinschaftsfinanzierung einzurichten.

(Beifall bei der FDP)

Das war ein Durcheinander, das in den letzten Jahrzehnten zu einer immer weiter gehenden Vermischung der Ebenen und einer kollektiven Unzuständigkeit – das ist unser Lieblingswort in diesem Zusammenhang – geführt hat. Diese kollektive Unzuständigkeit wird jetzt wieder gelöst. Derjenige, auf dessen Ebene eine Entscheidung zu treffen ist, darf sie in aller, aller Regel auch ganz alleine treffen, und er kann sie auch ganz alleine treffen. Ein Bundestagsabgeordneter muss doch in den letzten Jahren schier irre geworden sein, wenn er wusste, dass 60 % seiner Entscheidungen, die natürlich immer Koalitionsentscheidungen im Deutschen Bundestag waren, letztlich nicht von ihm in der Koalition beschlossen wurden, sondern über den Bundesrat in den Vermittlungsausschuss gekommen sind, woraufhin eine irgendwie geartete Entscheidung getroffen wurde.

Ich sage das sehr bewusst, weil ich weiß, dass nicht nur in meiner Bundestagsfraktion, sondern auch in den Bundestagsfraktionen von Ihnen allen jetzt wieder die Diskussion hochkommt: Wir wollen doch jetzt noch einmal überlegen, ob wir unseren Beitrag zur Zweidrittelmehrheit im Bundestag leisten. Jeder Bundestagsabgeordnete muss wissen: Nach der Föderalismusreform hat er persönlich wieder mehr, und zwar entscheidend mehr, zu sagen. In einer Demokratie ist es auch richtig, dass die gewählten Volksvertreter eine Entscheidung treffen und nicht eine Einigung in Nachtsitzungen des Vermittlungsausschusses – oder wo auch immer – herbeigeführt wird.

(Beifall bei der FDP)

Eine zweite Bemerkung. Ihre Ausführungen, Frau Kollegin Sorge, zu dem Thema Hochschule usw. geben mir Anlass zu der Sorge, dass Sie sehr wenig mutig sind. Um es etwas brutaler zu sagen: Sie vertrauen nicht darauf, dass Landtagsabgeordnete genauso klug sein können wie die Bundesregierung.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Ziemlich arrogant!)

Wir Liberale vertrauen darauf, dass Landtagsabgeordnete mindestens genauso klug sind wie die Bundesregierung

(Beifall bei der FDP)

und dass wir die Aufgaben, die wir erfüllen müssen, selbstständig erfüllen können.

(Michael Siebel (SPD): Das lässt sich dem Handeln dieser Regierung nicht entnehmen! – Weitere Zuerufe – Unruhe)

Wir brauchen – darauf hat Frau Abg. Faeser hingewiesen – als Landtagsabgeordnete kein Scheckbuch, um das zu machen, was wir für unser Land für richtig halten.

Deshalb darf es das nicht geben, was meine ehemalige Generalsekretärin vor einigen Tagen gefordert hat, nämlich dass dem Bund jetzt wieder eine Zuständigkeit – sozusagen eine Rückwärtszuständigkeit – im Bereich der Hochschule und des Hochschulbaus gegeben wird.

(Michael Siebel (SPD): Die hat es begriffen, Herr Hahn!)

Wenn es eine Geldfrage ist, antworte ich: jawohl. Wenn die Aufgabe des Hochschulbaus nunmehr wieder auf der Länderebene ressortiert, wo sie im Übrigen bis zum Jahr 1969 auch gelegen hat, muss das Geld, das der Bund in den letzten Jahrzehnten für diese Aufgabe erhalten hat, den Ländern natürlich im Verhältnis 1 : 1 zur Verfügung gestellt werden.

(Michael Siebel (SPD): Ist das der Fall, Herr Hahn?)

Das wäre die Logik, meine sehr verehrten Damen und Herren: parteiübergreifend Ebenen organisieren. Ich vertraue darauf, dass die Landtagsabgeordneten – sie können ja einmal eine andere politische Auffassung als die Bundesregierung haben; das ist in einer Demokratie auch gut so – selbst wissen, was in ihrem Land richtig und was falsch ist.

Eine Bemerkung zum Justizvollzug. Liebe Kollegin Faeser, ich mache vieles gemeinsam mit meinem Fraktionsvorsitzenden-Kollegen Wolfgang Kubicki; aber in manchen Dingen stimme ich mit ihm nicht überein.

(Nancy Faeser (SPD): Offensichtlich!)

So ist das in der Frage des Justizvollzugs. Ich frage Sie ganz dezidiert zurück, was denn eigentlich bei den Eingriffswirkungen auf Personen der Unterschied zwischen dem Justizvollzug und dem Polizeirecht ist.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Ein sehr guter Hinweis!)

Beim Polizeirecht sind wir der Auffassung, dass es Ländersache ist. Da kämpfen wir alle wie die Löwen und Löwinnen darum, dass das tatsächlich Ländersache ist und bleibt.

(Nancy Faeser (SPD): Das ist ein ständiger Eingriff ins Grundgesetz! Das ist etwas völlig anderes! Das ist wirklich absurd! Damit stehen Sie in der Fachwelt völlig allein!)

Sie sagen: Der Justizvollzug darf nicht auf Länderebene ressortiert sein. Diese Logik ist mir schlicht fremd.

Eine letzte Bemerkung – ich sage das sehr deutlich und nicht nur in meiner Funktion als Vorsitzender dieser Fraktion, sondern auch als Sprecher der Vorsitzenden aller Landtagsfraktionen und der Bundestagsfraktion –: Die FDP wird dem Kompromiss zustimmen. Aber die FDP wird dem Kompromiss unter der einen Bedingung zustimmen, dass es die verbindliche, belastbare Verabredung zwischen der großen Koalition in Berlin einerseits und der FDP andererseits gibt, dass in einem zweiten Schritt, noch beginnend in diesem Jahr, die Reform der

Bund-Länder-Finanzbeziehung in Angriff genommen wird.

Wenn diese Bedingung nicht erfüllt wird, scheitert die gesamte Reform. Ich bin mir aber sehr sicher, dass die Union und die SPD wissen, was sie tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

### Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Hahn. – Das Wort hat Herr Staatsminister Stefan Grüttner.

### Stefan Grüttner, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, man kann an dieser Stelle noch einmal daran erinnern, dass die Föderalismusdiskussion und die Entflechtung von Bundes- und Länderaufgaben eine Initiative gewesen ist, die von den Ländern ausgegangen ist. Der Prozess dauert mittlerweile mehr als zwei Jahre. Wir gehen davon aus, dass er mit dem Beginn eines Gesetzgebungsverfahrens im Frühjahr dieses Jahres zu einem guten Abschluss kommt.

Die Föderalismusdiskussion hat das Ziel, Bundes- und Landeskompetenzen zu entflechten, aber insbesondere auch Gestaltungsspielräume für die Landespolitik, insbesondere die Landesgesetzgebung zu erhalten. Deswegen war es auch ein klares Ziel der Hessischen Landesregierung, an dieser Stelle verantwortlich mitzuarbeiten und den Versuch zu unternehmen, genau diese Gestaltungsmöglichkeiten für die Länder zu bekommen. Deswegen wird die Landesregierung den Reformgesetzen im Bundesrat uneingeschränkt zustimmen. Wir gehen davon aus, dass auch die Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestages diesen Reformgesetzen zustimmen.

Kritik, insbesondere an den Positionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ist auch heute wieder von dieser Stelle zu äußern, denn letztendlich sind ausschließlich wieder Anregungen im Hinblick auf mehr Zentralismus gemacht worden,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

zentralistische Positionen bei der Umweltgesetzgebung und zentralistische Positionen im Verbraucherschutz, in Angelegenheiten der Europäischen Union und der Bildungspolitik. Gegenstand dieser Reformbemühungen ist aber ein anderer Ansatzpunkt gewesen, nämlich die Entflechtung der Kompetenzen von Bund und Ländern in der Bundesgesetzgebung auf der Grundlage der Neuordnung von Sachmaterien von Bund und Ländern, nicht aber lediglich eine Erweiterung der Kompetenzen der Bundesgesetzgebung. Es ist daher auch kein Zufall, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN keine wesentlichen Chancen für die Landespolitik sieht, die sich aus der Föderalismusreform ergeben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, die größte Chance, die sich Ihnen bietet, besteht darin, dass Sie mit Erfolg auf die lähmende Inflexibilität der Gesetzgebung der letzten Jahre

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie überhaupt zugehört? – Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer schreibt Ihnen Ihre Rede?)

– nein, ich habe Ihnen schon zugehört, Frau Sorge, ich komme auch noch darauf – die Grundstrukturen unseres Gemeinwesens auf eine politische Agenda gesetzt haben. – Ich komme schon noch darauf.

Die Föderalismusreform ist in dem Sinne nicht abgeschlossen, sondern sie ist ein weiter gehender Prozess. Dem ersten Schritt müssen weitere folgen. Wir müssen nämlich wieder die Fähigkeit gewinnen, in eigener Verantwortung zu entscheiden, mit welchen Schwerpunkten, aber auch mit welchen Methoden wir das Land nach vorne bringen und zukunftsfähig gestalten können. Deswegen bieten auch die jetzt verabredeten Reformgesetze vielfältige Chancen für die Landespolitik. Wir werden mit dem Föderalismusgrundsatz Ernst machen, dass ein Land selbst bestimmen können muss, wie beispielsweise sein öffentlicher Dienst modern und leistungsgerecht geordnet und auch finanziert wird.

(Beifall der Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU) und Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Die Landesregierung wird alle Entwicklungspotenziale im Bereich von Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungspolitik nutzen.

Ich will an der Stelle auch auf den Justizvollzug eingehen.

(Nancy Faeser (SPD): Da bin ich gespannt!)

Ich glaube, dass der Kollege Hahn das richtig gesagt hat. Föderalismus und die Zuordnung von eigenen Kompetenzen bedeutet auch die Übernahme von eigenen, neuen Verantwortlichkeiten.

(Nancy Faeser (SPD): Es gibt keinen fachlichen Grund dafür!)

Man darf keine Angst vor diesen Verantwortlichkeiten haben, sondern man muss die Chancen, die sich aus diesen neuen Verantwortlichkeiten ergeben, intensiv nutzen, um mehr Eigenständigkeit und mehr Autonomie, mehr Möglichkeiten der Gestaltung auf Landesebene zu erreichen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Nancy Faeser (SPD): Sie nutzen das populistisch! Das ist völlig falsch! Das sieht die gesamte Fachwelt anders!)

Man darf nicht dann, wenn man Verantwortlichkeiten bekommt, den Kopf in den Sand stecken oder aber nach dem Bund rufen, weil man sich diesen Verantwortlichkeiten entziehen will. Das ist der entscheidende Punkt im Rahmen der Föderalismusdiskussion.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP) – Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Deswegen werden wir die Wiederherstellung der Eigenständigkeit der Länder bei Verwaltungsverfahren und Behördenorganisation bei der Ausübung von Bundesrecht nutzen, und wir werden auch den bundesgesetzlichen Bestand kritisch zu durchforsten haben, um auf den Abbau bürokratischer Genehmigungs- und Bewilligungsverfahren zu drängen. Das bedarf dann keiner Bundsratsinitiative mehr, soweit das Land im Wege der neuen Abweichungsgesetzgebung selbst neues Recht erlassen kann.

Die konkreten Auswirkungen der Föderalismusreform werden sich, da bin ich sicher, erst in einigen Jahren zeigen. Gleichwohl ist die Landesregierung zuversichtlich, dass die Erweiterung der Gestaltungsmöglichkeiten der Länder und die Entflechtung der Gesetzgebungskompetenzen von Bund und Ländern der richtige Weg ist, politischen Innovationen Raum zu geben und damit auch die

notwendige Modernisierung unseres Landes voranzubringen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Minister Grüttner. – Meine Damen und Herren, nachdem die Debatte beendet ist, kommen wir zur Abstimmung über die beiden Anträge. Wir stimmen zuerst über **Tagesordnungspunkt 27** ab, Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Gesetzgebungskompetenz für den Justizvollzug auf Bundesebene belassen, Drucks. 16/5149. Wer stimmt zu? – SPD und GRÜNE. Dagegen? – CDU und FDP. Damit ist der Entschließungsantrag abgelehnt.

Damit kommen wir zur Abstimmung über **Tagesordnungspunkt 80:**

#### **Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Einigung über Föderalismusreform – Drucks. 16/5333 –**

Wer stimmt zu? – CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltung? – SPD. Damit ist der Dringliche Entschließungsantrag angenommen.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Vormittagsdebatte. Ich erlaube mir einen Hinweis zum Nachdenken: In § 32 unserer Geschäftsordnung, Aktuelle Stunde, heißt es in Abs. 7: „Die Aussprache in der Aktuellen Stunde dauert höchstens sechzig Minuten.“ Wir haben 160 Minuten für die Aktuelle Stunde benötigt. Dies mag jeder mitnehmen.

Ich unterbreche die Sitzung. Wir treffen uns um 14.15 Uhr wieder.

(Unterbrechung von 13.07 bis 14.20 Uhr)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Meine Damen und Herren, ich hoffe, Sie hatten eine angenehme Mittagspause. Wir treten jetzt wieder in die Tagesordnung ein und kommen zu **Tagesordnungspunkt 58:**

#### **Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Neubenennung der Vertretung des Landes Hessen im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas im Europarat (KGRE) – Drucks. 16/5299 –**

gemeinsam mit **Tagesordnungspunkt 46:**

#### **Antrag der Fraktion der SPD betreffend Neubesetzung der Vertretung des Landes Hessen im „Kongress der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften“ (KGRE) – Drucks. 16/5285 –**

Hier ist keine Aussprache vorgesehen. Wir müssen uns über das Verfahren einigen, weil hier zwei Anträge zu Personalvorschlägen sind und Herr Kartmann in beiden genannt wird. Deswegen gehe ich nicht davon aus, dass wir darüber zweimal abstimmen müssen. Gibt es da Vorschläge zum Verfahren? – Herr Kaufmann.

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, ich schlage vor, dass wir einfach so vorgehen, dass wir zunächst entscheiden, wer unser Vertreter sein soll. Da gibt es nur einen Vorschlag, der von verschiede-

nen Seiten gemacht wurde. Dann sollten wir als Zweites entscheiden, wer die Stellvertretung übernehmen soll. Da gibt es zwei Vorschläge. Über diese kann man alternativ abstimmen. Da wird sich eine Mehrheit finden – nehme ich an.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Wintermeyer, bitte.

#### **Axel Wintermeyer (CDU):**

Frau Vizepräsidentin, wir haben damit keine Probleme, wenn wir das entsprechend getrennt behandeln, also zuerst über den Vertreter und dann über den Stellvertreter abstimmen.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Gut, dann lasse ich darüber abstimmen. Wer dem Vorschlag, den Herrn Präsidenten des Landtags, Norbert Kartmann, als Mitglied für den KGRE vorzuschlagen bzw. die Landesregierung zu bitten, diesen vorzuschlagen, die Zustimmung gibt, bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Haus. Also gibt es auch keine Gegenstimmen. Dann ist der Personalvorschlag hiermit angenommen.

Dann kommen wir zur Entscheidung über das stellvertretende Mitglied für den KGRE. Da gibt es den Personalvorschlag der CDU und der FDP, Frau Dorothea Henzler vorzuschlagen, und den Personalvorschlag der SPD, Frau Christel Hoffmann als stellvertretendes Mitglied vorzuschlagen. Darüber lasse ich jetzt alternativ abstimmen, wenn dem keiner widerspricht. Wer ist für den Vorschlag der CDU und der FDP, Frau Dorothea Henzler vorzuschlagen? – Das sind die Fraktionen der CDU und der FDP. Wer ist für den Vorschlag der SPD, Frau Christel Hoffmann vorzuschlagen? – Das ist die SPD-Fraktion. Enthaltungen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Damit ist Frau Henzler als Vorschlag für das stellvertretende Mitglied gewählt. Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Mir liegt nach § 88 Abs. 1 der Geschäftsordnung eine Wortmeldung des Kollegen Kaufmann zur Begründung der Abstimmung vor. Herr Kaufmann, Sie haben fünf Minuten Redezeit.

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gemäß § 88 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung gebe ich namens meiner Fraktion die folgende Erklärung zu unserem Abstimmungsverhalten ab:

Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas ist gewiss nicht das überragende Machtzentrum in der europäischen Politik, sondern eher eine Plattform für Kontakte und Beziehungen zwischen den politischen Ebenen unterhalb der Nationalstaaten, also eine Plattform für Kommunikation und zum Austausch von Positionen.

Das legt es nahe, ich will eher sagen, das macht es eigentlich selbstverständlich, dass es bei der Benennung unserer Repräsentanten nicht nach der parteipolitischen Orientierung, sondern nach der Fähigkeit zur Repräsentation des gesamten Hauses gehen sollte. Es wäre doch zu schön

gewesen, wenn es in der Tat noch Gelegenheiten gäbe, die zeigen, dass Parteizugehörigkeit nicht immer und überall das entscheidende Auswahlkriterium ist.

Schon im Vorfeld der soeben getroffenen Entscheidung mussten wir allerdings erfahren, dass das seitens der Mehrheitsfraktion leider nicht so gesehen wurde, sondern dass vielmehr wieder einmal eine Kuschelbeziehung mit ihrem Lieblingskoalitionspartner, der FDP, gepflegt werden sollte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Vielleicht trägt deshalb der Beschlussvorschlag Drucks. 16/5299 nicht ohne Hintersinn das Datum des 14. Februar, des Tags für Verliebte.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb kam die CDU auch auf die Idee – offensichtlich ohne Rücksprache mit der Betroffenen –, die Personalauswahl für die blau-gelben Kolleginnen und Kollegen gleich einmal mit zu entscheiden – nach dem Motto: Liebling, lass mal, das erledige ich schon für dich.

Niemand bestreitet, dass die Mehrheit auch in Fragen der Personalauswahl in diesem Hause entscheidet. Mehrheit ist dabei übrigens keineswegs mit Klugheit gleichzusetzen.

(Clemens Reif (CDU): Erklären Sie doch einmal Ihr Abstimmungsverhalten!)

Die Mehrheit hat es offensichtlich auch nicht nötig, über Fraktionsgrenzen hinweg zu einer Verständigung zu kommen, was in diesem Fall auch für das Ansehen unseres Parlaments nach unserer Auffassung deutlich besser gewesen wäre.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was ich gerade gesagt habe, ist die Erklärung, warum wir uns bei den eben erfolgten Abstimmungen über das stellvertretende Mitglied der Stimme enthalten haben. Wir zeigen durch unser Abstimmungsverhalten, dass wir uns als Landtag durchaus von unserem Präsidenten gut vertreten sehen. Wir zeigen zugleich, dass die Auswahl des stellvertretenden Mitglieds des KGRE entlang von machtpolitischen Überlegungen von uns nicht mitgemacht wird. Eine Gelegenheit, in den KGRE eine Vertretung, die den gesamten Landtag repräsentiert, zu entsenden, wurde damit leider verpasst.

Darüber hinaus widert es einen schon an, wieder einmal zu erleben, wie eine Fraktion, die sich angeblich selbst eine Oppositionsrolle gewählt hat, de facto so eng mit der Regierungsfraktion verbandelt ist, dass sie bei jeder Personalentscheidung quasi automatisch berücksichtigt wird. Aber das ist eigentlich auch nichts Neues für die FDP, deren Existenzgrund im Wesentlichen schon immer das persönliche Wohlergehen ihrer Mitglieder und insbesondere die Postenverteilung war.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kaufmann. – Wir kommen jetzt zu **Tagesordnungspunkt 56:**

### **Antrag der Fraktion der FDP betreffend künftige Feststellung der Bauherrenkosten bei Infrastrukturprojekten des Landes – Drucks. 16/5297 –**

Hier sind 15 Minuten Redezeit vorgesehen. Das ist der Setzpunkt der FDP. Deswegen hat als Erster Herr Kollege Posch für die FDP-Fraktion das Wort.

**Dieter Posch (FDP):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, die FDP-Fraktion legt Ihnen heute einen Antrag vor, der zu der besonderen Spezies der Anträge gehört, von denen man nicht die Hoffnung aufgibt, dass man für sie eine breite Mehrheit findet.

(Beifall bei der FDP)

Der Antrag lautet, dass die Landesregierung gebeten wird, künftig bei allen Infrastrukturvorhaben die so genannten Bauherrenkosten separat auszuweisen, und in einem ersten Schritt wollen wir erreichen, dass die Verkehrsprojekte des Bundesverkehrswegeplanes entsprechend behandelt werden.

Erlauben Sie mir einen Hinweis, wie es zu diesem Antrag gekommen ist. Denn man könnte normalerweise der Auffassung sein, es müsste jederzeit abrufbar sein, wie hoch die Verwaltungskosten für bestimmte Akte sind. Das ist nicht der Fall.

Wir sind auf diese Frage gestoßen im Zusammenhang mit der Arbeit der Kommission, deren Leitung mir der Ministerpräsident übertragen hat, als es darum ging, Genehmigungsverfahren nach Möglichkeit zu beschleunigen. In der Diskussion, die wir mit Fachleuten geführt haben, stand im Vordergrund: Warum dauern Genehmigungsverfahren für Infrastrukturprojekte der Straße, der Luft und der Schiene so lange? Warum haben wir uns daran gewöhnt, dass 20 oder 30 Jahre dauernde Verfahren keine Seltenheit mehr sind? Dabei muss man redlicherweise versuchen, genau zu definieren, was eigentlich die Verfahrensdauer ist. Ist der Beginn die Idee, eine Infrastrukturmaßnahme zu realisieren, oder ist der Beginn der erste tatsächlich relevante Verfahrensschritt?

Gleichwohl, egal wie man das definiert, ist es so. Der Rechnungshof von Rheinland-Pfalz hat vor wenigen Jahren eine Untersuchung erarbeitet, aus der hervorgeht, dass Bundes- und Landesstraßen heute eine 15- bzw. 20-jährige Planungsdauer haben und diese Zeiten keine Seltenheit mehr sind. In diesem Zusammenhang sind wir auf die Frage gestoßen, was uns eigentlich das verwaltungsrechtliche Verfahren kostet. Wir sind zwar in der Lage, wenn es um eine Straßen- oder Schienenausbaumaßnahme geht, die Investitionsvolumina zu benennen. Wir sind in der Lage, die Ingenieurleistungen zu beziffern. Aber wir sind nicht in der Lage, zu beziffern, wie hoch die reinen administrativen Kosten sowohl beim Vorhabens-träger als auch beim jeweiligen Antragsteller tatsächlich sind.

(Beifall bei der FDP)

Was fällt darunter? Wir haben das in unserem Antrag am Beispiel der Vorplanung einmal aufgelistet: die Vorbereitung und Durchführung von Diskussionen oder Anhörungen, Besprechungen auf unterschiedlichsten Ebenen, der Erörterungstermin – Gegenstand vieler Diskussionen im Zusammenhang mit dem Ausbau des Frankfurter Flughafens, gerade in der letzten Zeit –, die Vorlageberichte, die

erstellt werden müssten, um die Planfeststellungsbehörde in die Lage zu versetzen, die entsprechenden Entscheidungen vorzubereiten und abzufassen, und die Ausfertigung der Planfeststellungsbeschlüsse selbst.

Wir haben uns daran gewöhnt, dass gesagt wird, ein Planfeststellungsbeschluss habe 300, 400 bis 500 Seiten. Aber was uns die Herstellung dieser 300 bis 500 Seiten kostet, das wissen wir bis zum heutigen Tage nicht. Ich glaube, es gibt Gründe, dies zu erfahren. Deswegen lassen Sie mich auf diese Gründe kommen.

Wenn wir die Landesregierung fragen, auf welche Höhe sich diese administrativen Kosten belaufen könnten, kriegen wir zur Antwort: Das sind etwa zwischen 10 und 15 %, wobei bei Bundesstraßenbaumaßnahmen hinzukommt, dass wir lediglich 3 % vom Bund als dem eigentlichen Straßenbaulastträger erstattet bekommen. Dass führt dazu, dass wir unsere eigenen Mittel auch für derartige Zwecke verwenden müssen.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Bei diesen Diskussionen kann man feststellen, dass es Maßnahmen gibt – ich will einige nennen –, bei denen ich ziemlich sicher bin, dass dieser Ansatz zwischen 10 und 15 % nicht stimmt. Wir haben beispielsweise herausgefunden, dass bei einer kleinen südhessischen Kreisstraße, an Baden-Württemberg angrenzend, mit einer Länge von 2 km in dem Investitionsvolumen von 1,2 Millionen € nach Schätzungen 0,8 Millionen € Verwaltungskosten beinhaltet sind.

Meine Damen und Herren, das sind fast 80 %. Jetzt kann man natürlich sagen: Ja, ja, das sind Ausreißer. – Das kann man sagen. Wenn ich die Investitionssumme insgesamt in Relation zu den Kosten setze, dann sind 10 % manchmal auch nicht so viel. Bei einem Milliardenprojekt wie dem Frankfurter Flughafen sind 10 % gar nicht so viel. Deswegen sind wir zu der Überzeugung gekommen, dass die prozentuale Betrachtungsweise das reale Problem nicht richtig wiedergibt.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen gerade wissen, warum diese Kosten zustande kommen. Ich sage sehr deutlich, es gibt keinen Anlass zu der Vermutung, dass die Beamten faul seien. Ganz im Gegenteil, es gibt eher Anlass zu der Annahme, dass das Regelwerk, das dem Planungsvorhaben zugrunde liegt, so kompliziert ist, dass dieser erhebliche Verwaltungsaufwand entsteht.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb hat dieser Antrag mehr oder weniger den Sinn, zu ermitteln, welches Regelwerk einen solch immensen Aufwand im Hinblick auf die Verwaltungskosten bewirkt. Ich sage das an dieser Stelle sehr deutlich: Natürlich ist das eine Vielzahl insbesondere umweltrelevanter Bestimmungen, die zu diesen Mehraufwendungen führen.

Wenn ich beispielsweise bei der A 44 zur Kenntnis nehme, dass uns die Verlängerung eines Tunnels um 800 m Zusatzkosten in Höhe von 30 Millionen € ins Haus bringt, dann wehre ich mich mit diesem Antrag nicht dagegen, ob das richtig ist, sondern es geht bei diesem Antrag darum, zu ermitteln, ob das auch wirklich auf diese Art und Weise durchgeführt werden muss.

(Beifall bei der FDP)

Es geht also nicht darum – für diejenigen, die sich mit diesem Vorhaben kritisch auseinandersetzen –, Standards zu

verändern, sondern auf der Grundlage dieser Mengenanalyse, was uns das kostet, festzustellen, wo man Verfahren straffen könnte, um etwas zu verändern.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich sage das einmal etwas flapsig: Wenn es darum geht, in diesem Lande Engagement zu beschneiden, könnten wir uns manche Spardiskussionen sparen, wenn wir bei dem bürokratischen Aufwand in der Tat das machen würden, was geboten ist, nämlich den Aufwand als solchen zurückzudrehen, ohne die Standards zu ändern. Dann könnten wir uns so manche Diskussionen hier im Hause, die für manche Betroffenen in der Tat bitter ist, wirklich sparen.

Meine Damen und Herren, wenn ich hören muss, dass gestern oder am vorgestrigen Tage in Verbindung mit der A 4, obwohl für einen Streckenabschnitt bereits eine Grundsatzentscheidung getroffen worden ist, erneut geklagt wird und es hier nicht um die Frage des Rechthabens geht, sondern nach meiner Einschätzung lediglich Machtpositionen dargestellt werden sollen, dann ist es berechtigt, zu fragen, was uns das kostet.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, das ist der Hintergrund, warum wir einen solchen Antrag stellen. Wir wollen dies ermitteln, um dann gemeinsam darüber nachzudenken, wie wir hier Abhilfe schaffen können. Es geht also bei diesem Antrag – wenn er so oder in anderer Weise realisiert wird; dazu werde ich gleich noch etwas sagen – im Ergebnis darum, bei Verwaltungsverfahren das Einsparpotenzial zu ermitteln, festzustellen, ob es dort überhaupt ein Einsparpotenzial gibt – die Indizien sprechen dafür –, eine Ursachenforschung zu betreiben, wie man Verfahren zusammenführen kann, ohne die materiell-rechtlichen Inhalte zu beschneiden, damit sowohl zur zeitlichen Verkürzung als auch zu Einsparungen zu kommen und bei der Gelegenheit auch darüber nachzudenken, welche gesetzlichen Vorschriften es tatsächlich gibt, die hier einer Änderung zugeführt werden könnten.

Meine Damen und Herren, zu dem Ergebnis, das ich Ihnen vorgetragen habe, kommen nicht nur die hessische Landesverwaltung, sondern auch die Verwaltungen in anderen Bundesländern. Auch dort ist die Lage so, wie ich sie hier beschrieben habe: Eine Ausweisung der Bauherrenkosten erfolgt nicht.

In dem Zusammenhang bin ich natürlich gefragt worden: Wird das nicht bedeuten, dass man zusätzlichen bürokratischen Aufwand erzeugt, um die Kosten zu ermitteln? Um das zu verhindern, verzichten wir bewusst darauf, nachträglich zu ermitteln, weil dann der Aufwand in der Tat unvermeidbar groß wäre. Wir wollen vielmehr erreichen, dass das bei neuen Maßnahmen exemplarisch realisiert wird. Deshalb bitte ich ergänzend darum, dass wir im zuständigen Ausschuss bei der Behandlung des Antrags unter Zuhilfenahme des Fach- und Sachverständigen der Landesregierung darüber diskutieren, wie man das praktikabel handhaben kann. Das Ziel ist für uns eindeutig und klar, aber wir wollen es nicht dadurch erreichen, dass wir zusätzlichen bürokratischen Aufwand erzeugen. Deshalb haben wir zunächst vorgeschlagen, dies nur bei Infrastrukturvorhaben aus dem Bereich des Bundesverkehrswegeplans zu tun.

Wenn seitens der Fachleute gesagt wird, dass man an der Stelle auch selektiv vorgehen kann, dann sind wir in die-

ser Frage durchaus offen, weil es darum geht, dieses Verfahren im Haushaltsplan langfristig zu verankern.

Ich fasse zusammen. Ich hoffe, dass Sie diesem Ansinnen zustimmen, auch wenn es sich um eine sehr dröge und trockene Materie handelt, denn das hat letztendlich eine große politische Bedeutung. Wenn es uns nämlich gelingt, Haushaltsmittel zu sparen, dann haben wir die Möglichkeit, diese entweder zu nutzen, um die Verschuldung zurückzuführen – das würde der Haushalter meiner Fraktion sagen –, oder sie für andere Vorhaben zweckentsprechend zu verwenden. Das ist der tiefere Sinn dieses Ansinnens.

(Beifall bei der FDP)

Der zweite Punkt betrifft die Frage, wie wir diese Vorhaben beschleunigen und kostengünstiger gestalten können.

Lassen Sie mich abschließend Folgendes sagen. Ich glaube, dass die Frage der Beschleunigung und der Kosteneffizienz bei der Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen, bei denen das Land oder eine staatliche Stelle als Vorhabensträger fungiert, eine sehr große Bedeutung hat und dass es dort Potenziale gibt, die wir heben müssen. Ich will an dieser Stelle nicht die Diskussion über die Sinnhaftigkeit des Erörterungstermins für den Ausbau des Frankfurter Flughafens ansprechen. Aber wir müssen uns natürlich fragen, ob es vertretbar ist, bei einem solchen Vorhaben ca. 7 Millionen € für die Durchführung des Verfahrens zur Verfügung zu stellen, oder ob es nicht günstigere Möglichkeiten gäbe.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Das sind zwei Problemkreise. Herr Kaufmann, da gebe ich Ihnen Recht.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sind 2 Promille!)

– Schönen Dank für diesen Hinweis. Das Thema „Promille“ ist für mich nicht entscheidend, sondern ich will wirklich die absoluten Beträge wissen. Ich will wissen: Warum fallen in Einzelfällen Verwaltungskosten in Höhe von 60 bis 70 % der Gesamtkosten an? Das hat doch nicht die Ursache, dass die Beamten Däumchen drehen, sondern es gibt gesetzliche Grundlagen, die die Administration letztlich dazu veranlassen, genau diesen Verwaltungsaufwand zu erbringen.

Darüber sollten wir diskutieren. Ich hätte also die Bitte, dass wir das im Ausschuss gemeinsam vertieft beraten, um einen praktikablen Weg zur Lösung dieses Problems zu finden.

(Beifall bei der FDP)

### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Posch. – Als nächster Redner hat Herr Wagner für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

### **Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die FDP-Fraktion hat in dieser Woche ein neues Instrument der Opposition entdeckt.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Was jetzt? Sind wir Opposition, oder nicht? Das klingt bei euch sonst immer anders! Sie müssen sagen, was Sache ist, Herr Kollege!)

– Herr Hahn, ich wollte Sie erst einmal sprechen lassen, denn anscheinend haben Sie ansonsten nicht viel zu sagen. Wenn Sie fertig sind, kann ich meine Ausführungen fortsetzen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das war schwach!)

Die FDP-Fraktion hat ein neues Instrument der Opposition entdeckt, nämlich das Berichtswesen. Gestern haben wir uns damit beschäftigt, dass die FDP-Opposition kraftvoll einen Bericht zum Landeswohlfahrtsverband eingefordert hat. Jetzt fordert die FDP-Fraktion kraftvoll Berichte über Verwaltungskosten ein, die beim Straßenbau entstehen. Sie fordern immer mehr Berichte. Man kann die Landesverwaltung sich auch mit sich selbst beschäftigen lassen, Herr Kollege Posch.

(Florian Rentsch (FDP): Das sagt der Richtige!)

Ich fände es aber sehr viel besser, wenn sich die Landesverwaltung beim Bau von Infrastrukturprojekten damit beschäftigen würde, sauber zu planen und die Interessen der Menschen, der Natur und der Umwelt zu berücksichtigen, statt sich damit zu beschäftigen, für Sie irgendwelche Berichte über Kosten zusammenzutragen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der FDP)

Herr Kollege Posch, sagen Sie es doch ganz offen: Es geht um etwas ganz anderes. Sie haben eine Kampagne vom Stapel gelassen, in der Sie sagen: „Das, was wir im Moment im Planungs- und im Baurecht an Bürgerbeteiligung und an Abwägung von Natur- und Umweltbelangen betreiben, halten wir für übertrieben.“ Darum geht es im Wesentlichen. Lassen Sie uns doch diese Debatte führen, aber beschäftigen Sie die Landesverwaltung nicht damit, für Sie irgendwelche Berichte zusammenzutragen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Debatte lohnt sich, Herr Kollege Posch, denn die Kosten, die im Moment für Abwägungen und Anhörungen bei Bauverfahren entstehen, werden – entgegen dem Eindruck, den Sie zu erzeugen versuchen – nicht von einem Geheimbund der Kammolche verursacht, sondern sie beruhen allesamt auf Gesetzen – übrigens zumeist Gesetzen, denen auch die FDP zugestimmt hat. Das muss man an dieser Stelle sagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern sollten Sie den Menschen und den Umweltverbänden nicht vorwerfen, dass sie Rechte wahrnehmen, die die FDP teilweise mit geschaffen hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir über die lange Dauer von Planungs- und Bauzeiten reden, dann müssen wir uns doch einmal anschauen, woran das liegt.

(Michael Boddenberg (CDU): Meistens an den GRÜNEN!)

– Danke, Herr Kollege Boddenberg, dass Sie den GRÜNEN eine so entscheidende Rolle in diesen Verfahren beimessen. – Nein, Herr Kollege Boddenberg, es liegt nicht daran, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Rechte wahrnehmen. Es liegt nicht daran, dass Umwelt- und Naturschutzverbände ihre Rechte wahrnehmen. Es liegt in

aller Regel daran, dass diese Landesregierung nicht willens und nicht in der Lage ist, gesetzeskonform zu planen. Das ist der wirkliche Grund, warum sich die Vorhaben verzögern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Posch, ich finde es sehr mutig, was Sie hier beantragen. Ich fände es nämlich sehr interessant, einmal zu erfahren, welche Kosten dadurch verursacht wurden, dass Sie mit den Planungen zur A 44, die Sie als Verkehrsminister zu verantworten hatten, gescheitert sind. Aber was könnten wir mit dem Ergebnis tun? Sollen wir Ihnen diese Kosten in Rechnung stellen? Sollen wir die Kosten der FDP in Rechnung stellen? Das zeigt doch, dass Ihr Ansatz überhaupt nicht weiterführt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es war doch Ihr Fehler, Herr Kollege Posch, dass Sie bei der Planung der A 44 nicht sauber gearbeitet haben, dass FFH-Gebiete nicht ausgewiesen wurden und dass deshalb Gerichte – und nicht etwa Geheimbünde der Kammolche – feststellen mussten, dass Ihre Planungen nicht gesetzeskonform waren. Das sind die Gründe für lange Planungszeiten in unserem Land.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein anderes Beispiel ist die Planung der Landebahn am Frankfurter Flughafen. Die sollte mit einem Federstrich im Landesentwicklungsplan festgeschrieben werden. Die Stadt Flörsheim hat – unter einem CDU-Bürgermeister – dagegen geklagt, und sie hat Recht bekommen. Das ist einer der Gründe, warum derartige Vorhaben in unserem Land so lange dauern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das hat einen einzigen Tag gekostet! So ein Unsinn!)

Weitere Beispiele dafür, dass die Landesregierung nicht willens und nicht in der Lage ist, sauber zu planen: Schauen wir uns den Regionalplan Südhessen an. Auch hier sind Sie mit Ihren Festlegungen zum Frankfurter Flughafen gescheitert. Darin liegen die eigentlichen Gründe für verzögerte Planungen. Ich könnte die Liste der Beispiele endlos fortsetzen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Posch, Sie sprechen hier immer davon, ein Planungsverfahren dauere insgesamt 30 Jahre. Das ist schlicht Unsinn. Das, was teilweise 30 Jahre dauert, sind die politischen Prozesse. Das liegt daran, dass die Verkehrspolitik von der CDU, der FDP und manchmal auch von den Freunden von der SPD nach dem Prinzip gemacht wird: Jedem Abgeordneten seine Straße, unabhängig davon, ob diese Straße machbar und finanzierbar ist. – Damit weckt man Erwartungen, die in der Tat 30 Jahre lang nicht erfüllt werden können. Das liegt aber nicht an den Umweltverbänden, das liegt nicht an den Bürgerinnen und Bürgern, die ihre Rechte wahrnehmen, sondern daran, dass Sie billigen Applaus für Spatenstiche haben wollen, Herr Kollege Posch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU und der FDP)

Sie haben die Verkehrsprojekte des Bundes angesprochen. Herr Kollege Posch, wie sah der Bundesverkehrswegeplan vor der Regierungszeit von Rot-Grün aus? Da galt doch das Prinzip: Wir schreiben in diesen Plan alles hinein, damit jeder Abgeordnete in seinem Wahlkreis sa-

gen kann, er habe etwas getan. – Finanziert war keines dieser Projekte.

(Zuruf des Ministers Dr. Alois Rhiel)

– Danke, Herr Minister, für die Präzisierung: Es war wenig von dem, was vor Rot-Grün im Bundesverkehrswegeplan stand, wirklich finanziert.

Man darf sich nicht wundern, wenn Bauprojekte nicht umgesetzt werden können, weil es für sie keine Finanzierung gibt. Herr Kollege Posch, auch das sind Gründe für die langen Planungszeiten in unserem Lande.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wollen jetzt die Bürgerrechte und die Rechte von Umwelt- und Naturschutzverbänden im Planungsverfahren einschränken. Darum geht es eigentlich. Ich sage: Diese Rechte sind aus gutem Grund im Planungsrecht verankert. Denn nach wie vor werden in unserem Land, in der Bundesrepublik Deutschland, an jedem Tag 93 ha an Fläche für Siedlungs- oder Verkehrsprojekte verbraucht, 93 ha jeden Tag – das entspricht 120 Fußballfeldern. Deshalb ist es richtig, dass wir mit Natur sensibel umgehen, anstatt zuerst den Bagger zu bestellen und erst dann nachzudenken, Herr Posch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Herr Kollege Posch, Sie müssen ja nicht mir glauben, wie wichtig der Sachverstand bei Verkehrsprojekten ist.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wir glauben Ihnen alles, denn Sie sind der Ausbund des Sachverstandes!)

– Herr Hahn, geht es wieder?

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Sie sind der Ausbund des Sachverstandes!)

– Herr Hahn sagt, ich sei der Ausbund des Sachverstandes.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gut, da hat er Recht!)

Herr Hahn, ich bedanke mich dafür – ein wahrer Satz an diesem Tag.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Hahn, das kommt so überraschend. Ich bedanke mich also.

Aber eigentlich wollte ich mit dem Kollegen Posch weiterreden. Sie müssen ja nicht uns, den GRÜNEN, glauben, wie wichtig es ist, Sachverstand bei Planungen zu berücksichtigen, die Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern vor Ort bei Planungen zu berücksichtigen, die richtigen Hinweise von Umwelt- und Naturschutzverbänden zu berücksichtigen. Herr Kollege Posch, Sie können in dieser Frage einfach das vertrauensvolle Gespräch mit Ihrer Kollegin Ruth Wagner führen.

Wir lesen nämlich im „Ried-Echo“ vom 21. Februar: „FDP will Ausbau im Landtag stoppen“. Da geht es um die B 426 in Darmstadt. Wir lesen in diesem Artikel von Frau Kollegin Wagner – ich zitiere –:

Die FDP-Fraktion wird im Hessischen Landtag beantragen, die Planung zum Ausbau der B 426 im Eberstädter Mühlthal sofort zu beenden.

Ich zitiere weiter Wagner – gemeint ist die geschätzte Kollegin Ruth Wagner; also nicht der grüne Wagner, die FDP-Wagner ist gemeint –:

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Die Daniela, das ist die mit den Krückstöcken!)

Wagner bedauerte, dass über nunmehr 13 Jahre hinweg die Planung des Ausbaus betrieben wurde, ohne dass, wie sie sagte, „irgendein Abgeordneter, irgendein Landrat oder ein Oberbürgermeister davon wusste“.

Sehen Sie, Herr Kollege Posch, deshalb ist es so wichtig, dass der Sachverstand von kundigen Bürgerinnen und Bürgern bei den Planungsverfahren einbezogen wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Weiter führt die Kollegin Wagner völlig richtig aus, ich zitiere:

Es gebe einfach zu viele Straßenbauvorhaben in Hessen, als dass die Politik darüber informiert sein könne.

Sehr richtig, Frau Kollegin Wagner – deshalb sind die Hinweise der Umwelt- und Naturschutzverbände so wichtig, was mit Straßenbauvorhaben passieren könnte und welchen Eingriff sie teilweise in die Natur darstellen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Ach nee!)

Frau Kollegin Wagner, sehr richtig. Sie sind auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP), bereits vor den Sitzreihen der Abgeordneten stehend, auf dem Weg, die Sitzungsleitung zu übernehmen)

– Was schreien Sie denn mit mir? Ich bin doch Ihrer Meinung. Sie müssen doch mit dem Kollegen Posch schreien.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Frau Kollegin Wagner, wir haben nicht nur denselben Namen, wir haben in dieser Frage auch dieselbe Meinung.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Kollegin Wagner sagt – –

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Entschuldigen Sie mich bitte, Herr Wagner. – Frau Kollegin Wagner, darf ich Sie bitten, wenn Sie sich an dieser munteren Debatte beteiligen wollen, doch wenigstens Platz zu nehmen. Das wäre mir sehr lieb.

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ansonsten habe ich nichts gegen eine muntere Debatte, solange der Redner noch zu Wort kommt. – Herr Wagner, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Wagner?

#### **Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Auch wenn sie hier praktisch sprungbereit steht,

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

möchte ich ihr die Gelegenheit geben, auf ihrem Platz Luft zu holen,

(Allgemeine Heiterkeit)

um die Debatte dann mit einer Kurzintervention zu bereichern. Sie können dann ja sagen, dass Sie mit mir der gleichen Meinung sind. Das wäre ein sehr guter Beitrag.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Gerhard Bökel (SPD): Dann macht es doch jetzt gemeinsam da vorne!)

Zur Bedeutung des Planungsrechtes und zum Thema Straßenfehlplanungen führt die Kollegin Wagner weiter aus – ich zitiere nochmals aus dem „Ried-Echo“, und ich muss wirklich sagen, Frau Kollegin Wagner, so schön habe ich das noch nie ausgedrückt, aber künftig werde ich Ihre Formulierung übernehmen –:

Wir können die Vernunft doch nicht bürgerschaftlichen Initiativen überlassen.

Richtig, Frau Kollegin Wagner, und deshalb dürfen wir ihre Rechte im Planungsverfahren auch nicht einschränken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, was die Kollegin Wagner für die Felsnase in Darmstadt – so nennt man dieses Verkehrsprojekt – richtig erkannt hat, das gilt auch für andere Verkehrsprojekte in Hessen.

Frau Kollegin Wagner hat mittlerweile neben Herrn Posch Platz genommen. Erklären Sie es ihm einfach noch einmal, dann können Sie Ihren Antrag zurückziehen.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Wagner. – Jetzt hat sich Frau Wagner zu einer Kurzintervention zu Wort gemeldet. Sie haben zwei Minuten Redezeit. Bitte.

(Gerhard Bökel (SPD): Jetzt muss der Wagner von der CDU aber auch etwas sagen!)

#### **Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP):**

Also lieber Herr Namensvetter Mathias

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hallo, Ruth!)

– hallo –, erstens war ich auf dem Weg, um Ihre Kollegin bei der Sitzungsleitung abzulösen. Leider wird sie dort jetzt noch etwas länger arbeiten müssen, weil ich hierher gehen musste.

(Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP) – Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens darf ich Ihnen sagen: Alle die angesprochenen Ämter, alle die an dem Verfahren zu Beteiligten haben in diesem Verfahren nicht das getan, was Sie eben ange-

mahnt haben. Weder die Naturschutzbehörde noch der Forst der Stadt Darmstadt und des Landkreises, noch das RP, noch der GRÜNE Feuchtinger, Fraktionsvorsitzender und früher zuständiger Dezernent in der Stadt,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da war der noch gar nicht im Amt! – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

haben das so gesehen. 13 Jahre Planung – keine Entscheidung, drei verschiedene, zurückgezogene Planungen. Im letzten Planfeststellungsverfahren, verabschiedet am 13. Januar: keine Stellungnahme der Abgeordneten und auch des Stadtrats. Möglicherweise – so ganz genau weiß ich das nicht, es könnte sein – hat er etwas gewusst. Auch der Minister hat geschwiegen. Mein Lieber, der Magistrat hat zugestimmt, der wird von SPD und GRÜNEN getragen, und Sie haben im Stadtparlament mit der Mehrheit von SPD und GRÜNEN verhindert, dass Vernunft obsiegt – was ich will. Das ist die Lage.

(Beifall bei der FDP)

Zum Ende fällt Ihnen wahrscheinlich nichts mehr ein: Gestern hat sich der Magistrat – verehrter Herr Namensvetter, immer noch bestehend aus der Mehrheit von SPD und GRÜNEN – meiner Haltung angeschlossen,

(Gerhard Bökel (SPD): Ja!)

nachzulesen im heutigen „Darmstädter Echo“. Jetzt frage ich Sie, wer der Dumme ist, Sie oder ich.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Wagner. – Jetzt hat Herr Wagner die Möglichkeit zu einer Antwort, zwei Minuten Redezeit.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Kollegin Wagner, wir sollten uns zunächst einmal darauf einigen, dass Dummheit oder nicht Dummheit keine parlamentarische Kategorie ist. Ich glaube, darauf können wir uns schon gleich einmal einigen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Ich möchte auch nicht den Versuch unternehmen, mit Ihnen in eine Konkurrenz um Posten im Darmstädter Stadtparlament zu treten. Das waren die wesentlichen Bestandteile Ihrer Rede.

(Widerspruch der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Aber ich möchte einmal darauf hinweisen, wie Sie hier über Planungseinrichtungen und über Ämter des Landes Hessen geredet haben und darüber, ob sie ihre Aufgaben machen oder nicht. Wenn das der Kollege Kaufmann beim Thema Flughafen gemacht hätte, möchte ich nicht wissen, was da vonseiten Ihrer Fraktion los gewesen wäre.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Kollegin Wagner, so weit gehen GRÜNE meistens nicht, wie Sie hier die Arbeit von Landesbehörden abqualifiziert haben.

Es kann sein, dass Landesbehörden manchmal Fehler machen. Es kann sein, dass Planungen von Landesseite manchmal nicht richtig betrieben werden. Frau Kollegin Wagner, das möchte ich Ihnen zugestehen. Deshalb ist es so wichtig, dass es derart engagierte Bürgerinnen und Bürger wie Sie gibt, Frau Kollegin Wagner. Deshalb ist es wichtig, dass es so engagierte Naturschutzverbände gibt, die darauf hinweisen.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Frau Kollegin Wagner, aber dann darf man eben deren Rechte nicht einschränken, sondern man muss sie weiter zu Wort kommen lassen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank. – Jetzt, wieder regulär in der Debatte, hat Frau Kollegin Pfaff für die SPD-Fraktion für 15 Minuten das Wort.

#### **Hildegard Pfaff (SPD):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Kompliment, Frau Kollegin Wagner! Sie haben es tatsächlich geschafft, Ihren Dringlichen Antrag, der auf der Tagesordnung ganz hinten steht, nun doch noch hier im Plenum zu thematisieren.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, entgegen der ausgedruckten Tagesordnung sind die Verkehrspolitiker überraschenderweise nun doch noch zu einem Setzpunkt zum Thema Ausweisung von Bauherrenkosten gekommen. Allerdings verwundert schon der neue FDP-Setzpunkt ein wenig: ein klassisches verwaltungstechnisches Thema. Ich sage an dieser Stelle auch: Ich hätte nicht gedacht, dass dieses überaus trockene Thema derart humorvolle Züge entwickeln könnte, wie das hier eben geschehen ist.

Natürlich liegt es mir fern, zu behaupten, das Thema sei von geringer Bedeutung oder interessiere uns nicht. Natürlich ist es eine wichtige Frage, aber mit Verlaub: Die Not der FDP muss schon groß sein, wenn Sie angesichts zahlloser Probleme in unserem Land, auf deren Lösung die Menschen warten,

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

ausgerechnet einem Verwaltungsthema in diesem Plenum oberste Priorität einräumen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist gerade einmal drei Monate her, da wurde der Tagesordnungspunkt „Einfacher planen, schneller bauen – Zukunft sichern“ hier in einer sehr ausführlichen Debatte behandelt. Dieses Mal kommt das Thema in einem anderen Gewande daher, nämlich unter dem Titel „Kostentransparenz“.

Das kann man so tun, selbstverständlich, keine Frage. Aber der Sachverhalt und die Argumente haben sich gegenüber der November-Debatte kaum verändert, zumindest nicht bei uns.

Auch damals wurden von der FDP die Erfassung und die Ausweisung von Planungskosten eingefordert. Diese Forderung erscheint auf den ersten Blick durchaus vernünftig und nachvollziehbar.

Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Wer wollte allen Ernstes etwas dagegen haben, wenn die Landesregierung aufgefordert wird, künftig die vollständigen Kosten für die Planung und Genehmigung von Verkehrsmaßnahmen auszuweisen? Doch wohl niemand. Wir nicht, meine Damen und Herren. Im Gegenteil: Im Rahmen des Bürokratieabbaus in der Wirtschaft sind wir mitten in dem Prozess, Konzepte zur Bürokratiekostenfolgenabschätzung zu entwickeln. Ich verweise dazu auf die Studie des Institutes für Wirtschafts- und Politikforschung, aber auch auf die Niederlande, die ein Standardkostenmodell zum Abbau der Bürokratiekosten entwickelt haben.

Was für die Wirtschaft gilt, das muss doch auch für die öffentliche Hand gelten, insbesondere nachdem die Landesregierung die neue Verwaltungssteuerung mit der Kosten-/Leistungsrechnung eingeführt hat. Laut Regierungsprogramm verfolgt sie mit Nachdruck, wie ich gelesen habe, das Ziel, bis Ende des Jahres 2008 die neue Verwaltungssteuerung flächendeckend einzuführen. Mit der unvorstellbaren Summe von rund 500 Millionen € hat sie dafür das Softwareprogramm R3 von der Firma SAP eingekauft. Wir sehen das nach wie vor sehr kritisch, wie Sie wissen, meine Damen und Herren, und haben die hohen Kosten immer moniert.

Vor diesem Hintergrund erwarten wir geradezu von der Landesregierung, dass sie in absehbarer Zeit auf der Grundlage dieses Systems in der Lage ist, die konkreten Planungskosten von der Vorplanung bis zum Erlass des Planfeststellungsbeschlusses für größere Maßnahmen oder Bundesprojekte auszuweisen. Dafür bedürfte es eigentlich aus meiner Sicht keines Antrages. Das ist verwaltungstechnisches Alltagsgeschäft.

(Zustimmung bei der SPD)

Wenn das SAP nicht leisten kann, dann ist das Geld in den Sand gesetzt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die pauschalen Stückkosten, die der Haushalt 2006 für Planung und Bau von Landes- und Bundesstraßen pro Streckenkilometer ausweist, stellen mich jedenfalls nicht zufrieden. Der Haushalt weist Stückkosten von rund 247.000 € für Planung und Bau von einem Kilometer Landesstraßen und rund 73.000 € für einen Streckenkilometer Bundesstraße aus. Dieser Pauschbetrag für einen Kilometer Straße, egal ob Brücke, ob Tunnel oder einfache Fahrbahn, entspricht eben nicht der Realität – Herr Kollege Posch, Sie haben das soeben hier sehr ausführlich deutlich gemacht –, weil die Kosten für unterschiedliche Maßnahmen selbstverständlich auch unterschiedlich hoch sind und nicht zuletzt die topographischen, aber insbesondere auch die natur-schutzfachlichen Gegebenheiten hier eine Rolle spielen.

Herr Minister Rhiel – wenn Sie vielleicht so freundlich wären und Aufmerksamkeit zeigen könnten –, hier muss Ihre Verwaltung noch schwer nachbessern. Ansonsten ist das SAP-Projekt nicht zu rechtfertigen.

(Beifall bei der SPD)

Das Anliegen des Antrages kommt, wie ich bereits sagte, sehr nachvollziehbar daher. Aber, Herr Kollege Posch, es ist eigentlich nur ein Nebenkriegsschauplatz, den Sie hier eröffnet haben, den man auch thematisieren muss. Aber Ihr Kernanliegen ist ein ganz anderes. Die Überschrift Ihrer Presseerklärung zum Antrag entlarvt Sie an dieser Stelle. Ich zitiere:

Was kostet den Bauherrn die Umsiedlung von Fledermäusen?

Im Text habe ich gelesen, die Forderung nach Kostenausweisung sei „nicht nur ein Beitrag zur Transparenz des Mitteleinsatzes, sondern auch zur Klarheit über die Kosten, die beispielsweise dem Land bei einer Umsiedlung von Fledermäusen, Kammmolchen oder der Errichtung eines Gründaches entstehen“.

Ich frage Sie allen Ernstes: Wann und wo wurden in Hessen in großem Stil solche Umsiedlungen vorgenommen? Allenfalls in Einzelfällen. Mir sind solche Umsiedlungen jedenfalls nicht bekannt.

Im Übrigen: Die Kammmolche an der A 49 haben bekanntlich zur Verlegung der Trasse geführt, und – man höre und staune – damit können die Baukosten um rund 40 Millionen € abgesenkt werden.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Auf Kosten der Nachtruhe von Menschen!)

Damit haben sich die Planungskosten in Höhe von 50 Millionen € fast amortisiert.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Hahn, ich darf Ihnen an dieser Stelle sagen: Ich gehöre zu denen, die den Menschen wesentlich näher stehen als den Kammmolchen, um hier keine Missverständnisse aufkommen zu lassen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist aber in Stadtallendorf anders!)

An dieser Stelle möchte ich ganz klar zum Ausdruck bringen: Auch wir halten die Verkürzung von Planungs- und Genehmigungsverfahren für Infrastrukturprojekte für eine eminent wichtige Aufgabe, die wir mit aller Ernsthaftigkeit dringend angehen müssen. Planungszeiträume – Sie haben es gesagt, Herr Kollege Posch – von 20 bis 30 Jahren sind nicht mehr vermittelbar. Vor allem sind die Menschen vor Ort, die auf eine Ortsumgehung warten, nicht mehr bereit, so lange Planungszeiträume hinzunehmen.

Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass oftmals gerade betroffene Anwohner oder auch Bürgerinitiativen aufgrund ihrer Partikularinteressen, die sie über das Allgemeinwohl stellen, Maßnahmen über Jahre hinweg blockieren. Ich habe es deshalb sehr begrüßt, dass die Regierung Schröder bereits im Mai 2005, zu einem Zeitpunkt, als die Posch-Kommission in Hessen nur Ankündigungen vorgenommen hat, einen Gesetzentwurf zur Beschleunigung der Planungsverfahren vorgelegt hat. Leider – das muss ich an dieser Stelle auch feststellen – ist dieser Gesetzentwurf am Widerstand der GRÜNEN in Berlin gescheitert.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aha!)

Mittlerweile hat die große Koalition einen neuen Gesetzentwurf vorgelegt. Nach zahlreichen Gesprächen mit den Ländern sind viele positive Anregungen aus den Bundesländern aufgenommen worden, und ich gehe davon aus,

dass über den Bundesrat noch weitere positive Verbesserungen am Ende aufgenommen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei der Beschleunigung der Verfahren setzen wir nicht auf Stimmungsmache, sondern wir wollen eine Verkürzung der Verfahren erreichen, ohne die Beteiligungsrechte und ohne den Umweltschutz einzuschränken. Damit soll nicht zuletzt auch der Anteil der Planungskosten an den gesamten Investitionskosten spürbar reduziert werden.

Dass dies möglich ist, hat bereits das Planungsbeschleunigungsgesetz gezeigt, das seit 1991 in den neuen Bundesländern hilft.

(Michael Denzin (FDP): Ja!)

Herr Kollege Denzin, ich will an dieser Stelle gar nicht verhehlen, dass die SPD im Bundestag 1991 davon noch nicht so ganz überzeugt war. Dem ist so. Aber inzwischen hat sich dieses Gesetz bewährt.

(Zustimmung des Abg. Michael Denzin (FDP))

In den vergangenen 14 Jahren konnten die Planungszeiträume in den fünf neuen Bundesländern rekordverdächtig verkürzt werden. Neue Verkehrswege, für jeden erkennbar, für jeden sichtbar, wenn man die neuen Bundesländer bereist, konnten auf der Grundlage dieses Gesetzes in wenigen Jahren vom ersten Entwurf zur Baureife geführt werden. Allein die Begrenzung des Rechtsweges auf eine Instanz ersparte dort im Schnitt zwei Jahre. Selbst bei Großprojekten wie dem Ausbau der Autobahn A 14 zwischen Dresden und tschechischer Grenze waren es trotz mehr als 2.500 Einwendungen pro Abschnitt – pro Abschnitt, meine Damen und Herren – nur etwas mehr als drei Jahre.

Das ist übrigens nicht meine Bewertung, das ist die Bewertung des Verkehrsministers des Freistaates Sachsen, der als Zeuge an dieser Stelle sicher unverdächtig ist.

Das Gesetz ist ein gutes Beispiel für Bürokratieabbau und für Kostenreduzierung, für Beschleunigung, die wir dringend benötigen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Der neue Entwurf basiert auf folgenden Eckpunkten:

Wie Sie alle wissen, beträgt die Geltungsdauer des Planfeststellungsbeschlusses heute fünf Jahre; sie soll künftig auf zehn Jahre mit einer Verlängerungsoption auf 15 Jahre ausgedehnt werden.

Es wird analog zum Ostgesetz die Eininstanzlichkeit allein beim Bundesverwaltungsgericht für Bundesverkehrsprojekte eingeführt. Auf Erörterungstermine – das Thema hat uns in diesem Plenum sehr beschäftigt – innerhalb des Anhörungsverfahrens kann künftig verzichtet werden, wenn keine Einwendungen vorliegen. Es sollen Erleichterungen zur Ermittlung von betroffenen Grundstückseigentümern geschaffen werden.

Zudem sollen Vorbereitungen für Vorarbeiten zur Bau durchführung künftig rechtlich verbessert werden. Das heißt, nach dem Erlass des Planfeststellungsbeschlusses soll eine gesetzliche Duldungspflicht in bestimmten Fällen Untersuchungen auf dem Grundstück eines klagenden Eigentümers ermöglichen. Das ist wieder ein überaus wichtiger Punkt für unser eigenes Flughafenverfahren.

(Beifall bei der SPD)

Nicht zuletzt nenne ich die Einführung von Ausschlussfristen für neue Einwendungen und Stellungnahmen nach

Ablauf der Auslegung der Pläne im Rahmen von Erörterungsterminen, was ja bislang möglich war, also die so genannten formellen und materiellen Präklusionsfristen.

Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt: Mit dem, was bisher schon vorliegt, werden wir einen guten Weg beschreiten können. Ich bin auch überzeugt, dass das eine oder andere noch dazukommen wird.

Zweck von Planungsverfahren ist es doch gerade, mit verfassungsrechtlichen Garantien einen Ausgleich zwischen Interessen und Nutzungsmöglichkeiten zu schaffen. Deshalb darf man das Kind nicht mit dem Bade ausschütten und von dem einen Extrem nicht in das andere fallen. Übrigens habe ich den Eindruck, das Verbandsklagerecht scheint für die FDP die Wurzel allen Übels zu sein.

(Dieter Posch (FDP): Wo steht denn das?)

Man muss es schon als Ironie des Schicksals bezeichnen, dass ausgerechnet auf Betreiben der FDP das Verbandsklagerecht im Jahre 1980 in Hessen eingeführt wurde.

(Nicola Beer (FDP): Eben!)

Ich erinnere mich übrigens an Freidemokraten wie Otto Wilke, der als Mitglied dieses Hauses nicht nur den Anspruch der FDP als eine Rechtsstaatspartei,

(Norbert Schmitt (SPD): Das waren noch Freidemokraten!)

sondern auch den Anspruch als eine Bürgerrechtspartei damit verbunden hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Nicola Beer (FDP): Aber die FDP hat das Bürgerrecht eingeführt! Was ist vom Gerichtshof aufgehoben worden?)

Herr Kollege Posch, ich erinnere Sie daran, dass der Bau stopp an der A 44 durch das Bundesverwaltungsgericht nur deshalb verhängt werden konnte, weil das Gericht massive Verfahrensfehler festgestellt hat.

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Es tut mir Leid.

**Hildegard Pfaff (SPD):**

Ich komme gleich zum Ende. Gestatten Sie mir noch einige wenige Abschlussätze.

Meine Damen und Herren, für die Verzögerung der Bauarbeiten von nunmehr fast vier Jahren haben die Menschen dort oben kein Verständnis, ich auch nicht.

(Beifall bei der SPD)

Sie geht aber nicht auf das Konto von langen Planungszeiten, sondern auf Planungsfehler aus der Vergangenheit. – Abschließender Satz. Daran wird deutlich, welche zentrale Bedeutung ein rechtsstaatlich einwandfreies Verfahren hat,

(Beifall bei der SPD)

und ich habe den Eindruck, aus diesen Fehlern hat die Landesregierung zumindest bei dem Flughafenverfahren noch nichts gelernt. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Wir sind etwas gnädig verfahren: zwei Minuten Redezeit mehr. – Herr Kollege Milde, für die Fraktion der CDU haben Sie das Wort.

**Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt habe ich gerade für Frau Kollegin Henzler eine Wortmeldung abgegeben, ich lobe noch Herrn Posch. Ich merke, dass die Schlachtordnung wieder in Ordnung ist.

Zu Frau Pfaff muss ich sagen: Ich habe mir bei dem Thema wirklich Gedanken gemacht. Als ich gelesen habe, dass die FDP die künftige Feststellung der Bauherrenkosten bei Infrastrukturprojekten des Landes zum Setzpunkt gewählt hat, habe ich überlegt, ob das der Beitrag zur Weiberfastnacht ist. Ich muss sagen, dass die Kollegin Wagner und Mathias Wagner alles dafür getan haben, um aus dem Thema etwas herauszuholen. Es war ein bisschen an der Spaßgrenze dabei.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Axel Wintermeyer (CDU): Gleich kommt noch unser Wagner!)

Aber zur Sache zurück. In der Tat ist es so, dass der Antrag, wie ihn die FDP gestellt hat, einen Hintergrund hat, den wir nicht auf die leichte Schulter nehmen dürfen, denn die Transparenz von Kosten ist eine Frage, mit der man sich grundsätzlich beschäftigen muss. Dafür haben wir nun mit SAP ein System gefunden, worum uns die ganze Republik beneidet und das von dieser Seite vehement bekämpft wird.

Frau Pfaff, ich sage gleich: Sie haben etwas verwechselt. Es wurde nicht für 500 Millionen € eine Software von SAP gekauft, sondern es wurde für 50 Millionen € eine Software gekauft. Alles andere sind IT-Kosten, die Sie zusammengerechnet haben und die das Land sowieso hat.

(Widerspruch des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Ich denke, wir müssten auch hier ein bisschen zur Sache kommen. Wir können zwischendurch auch ein paar Späße machen. Aber grundsätzlich habe ich mit dem Antrag, den Herr Posch gestellt und wohl begründet hat, wirklich kein Problem.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP))

Allerdings muss man sagen: Ganz so, wie es dargestellt wurde,

(Nicola Beer (FDP): Er muss das gleich wieder einschränken!)

dass alle Kosten aus der Luft gegriffen und geschätzt werden, ist es nun auch nicht. Es gab bisher schon relativ genaue Kostenaufstellungen. Übrigens wird schon seit dem 01.01.2005 dafür SAP, nämlich das Modul Projektsysteme, eingesetzt. Das ist heute ist für die im Antrag angeführten Planungskosten nicht möglich. Es ist schon richtig, dass man sich einmal Gedanken macht – Herr Posch hat es auf den Punkt gebracht –, nicht nur wie hoch insgesamt die Verwaltungskosten sind, sondern auch wie hoch die in den einzelnen Projekten sind.

Man muss sich einmal Gedanken machen, wenn in dem einen Projekt die Verwaltungskosten 60 % ausmachen und in anderen nur 20 %, was bei dem einen Projekt falsch gelaufen ist. Frau Pfaff, das würden Sie zu Hause wahrscheinlich auch machen. Wenn Sie versuchen, in Ihrem

Haushalt irgendetwas einzusparen, machen Sie sich doch als Allererstes einmal Gedanken, wo Kosten entstehen, warum bei dem einen mehr Kosten als bei dem anderen entstehen, um abwägen zu können, wo Sie etwas einsparen können.

(Gerhard Bökel (SPD): Sie müssen erst einmal ein Beschleunigungsgesetz für den Haushalt machen!)

Letztlich ist das nichts anderes als das, was die FDP von der Landesregierung verlangt. Ich muss sagen: Wir sind auf einem sehr guten Weg, diese Kosten zu ermitteln. Natürlich muss, was angesprochen wurde, auch nachgearbeitet werden, weil SAP noch gar nicht so weit ist, das alles machen zu können. Natürlich ist es genau dafür da und wird auch dafür eingesetzt.

(Gerhard Bökel (SPD): Das kann man mit einer Kartei auch machen! – Reinhard Kahl (SPD): Ob das funktioniert, Herr Kollege?)

Es muss uns vor allen Dingen klarmachen, dass der Anteil der Planungs- und Verwaltungskosten insgesamt sinken muss. Das muss doch in unser aller Interesse sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dass der Kollege Wagner eine große Anzahl von Bürgerrechten aufgeführt hat, die in der Verwaltung notwendig sind – –

(Reinhard Kahl (SPD): Zur Stützung von Bürgern!)

Ich hätte nicht daran gedacht, als ich diesen schönen Antrag gelesen habe, dass die GRÜNEN hier über Bürgerrechte diskutieren werden. In diesem Fall, den Sie mit der Felsnase in Darmstadt dargestellt haben, was eigentlich erst später ein Thema werden sollte, ist es gerade so gewesen, dass die Naturschutzverbände, die Umweltschutzverbände im Planungsverfahren dabei und alle dafür waren. Es ist die Kollegin Wagner, die heute dagegen ist.

(Gerhard Bökel (SPD): Das ist ein unglaublicher Vorgang!)

Aber die Rechte der Umweltverbände sind wahrscheinlich in aller Form berücksichtigt worden. Deswegen hat es 13 Jahre gedauert. Den Streit hätte man vor fünf Jahren führen können.

(Beifall des Abg. Roland von Hunnius (FDP) – Gerhard Bökel (SPD): Investitionshemmnisse!)

Erst war ich ein bisschen erschrocken, als ich den Antrag gelesen habe. Wir müssen aufpassen, dass es am Ende nicht dazu führt, dass der Verwaltungskostenanteil, der errechnet wird, zusätzlich von irgendeiner Seite erstattet wird.

(Gerhard Bökel (SPD): Ich kenne mich im Mühlthal aus!)

Es darf für die Bürger am Ende nicht teurer werden, sondern muss günstiger werden.

Frau Pfaff hat ein paar Punkte vorgelesen, die als Vorschläge aus der Posch-Kommission kamen und teilweise jetzt von der Regierung in Berlin umgesetzt werden. Ich will ein paar Punkte nennen. Natürlich ist die Vereinfachung und Beschleunigung des deutschen Planungsrechts weltweit inzwischen ein anerkanntes Thema. Kein Mensch kann wahrlich behaupten, dass wir in Deutschland in einer Phase sind, wo Planungen so schnell laufen, dass wir uns bei jeder Autobahn freuen, dass sie nach zwei

Jahren fertig ist. Es gibt ganz wenige Ausnahmen in Deutschland, aber es gibt viel zu wenige.

Deswegen ist es richtig, dass die Raumordnungsverfahren dauerhaft wegfallen und durch landesplanerische Stellungnahmen ersetzt werden. Es ist auch richtig, das Abweichungsverfahren gleichzeitig mit dem Planfeststellungsverfahren durchzuführen. Es ist auch richtig, dass die Frage, ob Erörterungstermine – Sie haben das vorgeschlagen, es kommt aus der Kommission heraus – durchgeführt werden müssen oder nicht, im Ermessen der Anhörungsbehörde liegen soll. Es ist auch richtig, dass ein Erörterungstermin nur dann notwendig sein soll, wenn vorher überhaupt entsprechende Einwände vorgetragen worden sind. Wenn sie vorher nicht vorgetragen worden sind, braucht man auch keinen Erörterungstermin.

Es ist auch richtig, Kriterien zur Feststellung der Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung festzulegen. Das ist einer der wesentlichen Punkte, die Herr Posch in seiner Kommission vorgeschlagen hat. Ich erspare mir, diese ganzen Kriterien aufzuführen. Aber wenn diese Kriterien nicht erfüllt sind, warum soll dann noch eine zusätzliche Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden? – Gleichzeitig finde ich es zumindest nachdenkenswert, dass die Möglichkeit eingeräumt wird, anstelle von Planungsfeststellungsverfahren Planungsgenehmigungen mit Umweltverträglichkeitsprüfungen für das gesamte Bundesgebiet durchzuführen.

Meine Damen und Herren, was Sie angesprochen haben und was inzwischen auf den Weg gebracht wurde, ist, dass die Geltungsdauer von Planungsfeststellungsbeschlüssen heute nur fünf Jahre beträgt und optional auf 15 Jahre erweitert werden kann. Das ist sicherlich der richtige Weg. – Kurzum, ich muss sagen: Der Antrag läuft bei uns offene Türen ein. Wir werden an diesem Thema weiterarbeiten müssen. Wir sind dankbar, dass wir SAP haben, um diese Möglichkeiten überhaupt nutzen zu können. Es wird Zeit, dass die SPD auf den gleichen Weg kommt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Meine Damen und Herren, nun hat Herr Staatsminister Rhiel das Wort.

#### **Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte hat einen größeren Bogen genommen und einen größeren Radius umfasst als das, was ursprünglich in dem Antrag intendiert ist. Das, was von allen Seiten gesagt worden ist, kann man zusammengefasst unterstreichen, dass nämlich die Planungsverfahren zügiger gehen sollen, dass die Maßnahmen schneller realisiert werden sollen und dass die Rechte aller Betroffenen eingehalten werden sollen.

Meine Damen und Herren, so weit, so gut. Im konkreten Fall stoßen sich diese Ideale sehr oft an der konkreten Wirklichkeit. Dass wir mit SAP jetzt eine neue Möglichkeit haben, mit vertiefter Transparenz in diese Aufwand-Nutzen-Analyse einzusteigen, ist unbestritten. Nur hat die Straßenverkehrsverwaltung – das gilt schon seit den Neunzigerjahren – immer wieder versucht, mit den schon gegebenen Möglichkeiten Transparenz in die Kosten-

struktur zu bringen, um die einzelnen Phasen des Planungs- und Realisierungsablaufs dazustellen und um deutlich zu machen, wo die jeweiligen Kostenverursacher sind.

Von daher ist es richtig, wie Herr Posch gesagt hat, dass das nicht unbedingt und vor allem nicht vom Kern her in der Verantwortung der Verwaltung liegt. Vielmehr hat sich die Verwaltung an das zu halten, was Recht und Gesetz ist. Für Recht und Gesetz sorgen vor allem die Parlamente, so auch der Hessische Landtag.

Deshalb ist der eben formulierte Appell, das Planungsrecht zu vereinfachen, auch ein Appell an Sie, dass Sie mit den Möglichkeiten des Landtags, aber auch unter Einflussnahme auf die Bundesebene versuchen, die Komplexität zu reduzieren, ohne jedoch von einer konkreten Wirklichkeit zu abstrahieren; denn alle Beteiligungsrechte sollen aufrechterhalten werden, sofern sie dem Sinn einer solchen Abwägungsentscheidung gerecht werden.

Damit sind wir mitten im Thema. Frau Pfaff hat zu Recht gesagt, dass wir schneller werden sowie die Planung vereinfachen und beschleunigen müssen. In der Tat hatten wir in Deutschland, vor allem in den neuen Bundesländern, viele Beispiele dafür, dass das beschleunigte Planungsverfahren umgesetzt wird. Aber in Hessen hat die frühere Landesregierung – Herr Klemm ist jetzt nicht anwesend – das bei der A 44 ganz bewusst nicht in Anspruch genommen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist ganz bewusst gesagt worden: Wir wollen dieses Verfahren nicht. – Sie haben es schnöde abgewiesen und stattdessen den komplexeren Zusammenhang gewählt, mit all den Konsequenzen, die wir, bis hin zu der Entscheidung des BUND vom gestrigen Tag, zu tragen haben. Der BUND hat einerseits immer wieder Nachbesserungen gefordert – die auch erfüllt worden sind –, andererseits noch einmal geklagt und damit für den Aufschub einer Maßnahme gesorgt, deren erster Abschnitt schon umgesetzt worden ist. In der „HNA“ können Sie nachlesen, dass ein örtlicher Vertreter des nordhessischen BUND gesagt hat: Irgendwann muss auch einmal Schluss sein mit den Klagen.

(Beifall bei der CDU)

Das sagt ein prominentes BUND-Mitglied. Erstens seien die Aussichten nicht vielversprechend. Was er da sagt, ist sehr realistisch. Zweitens sagt er, sie hätten schon viel erreicht, da das Land die FFH-Schutzgebiete ausgewiesen habe.

Damit sind wir beim Kern des Problems. Der Gesetzgeber muss sich die Frage stellen: Kann ein solches Blockieren nicht um der Sache, sondern um ideologischer Grundpositionen willen durchgesetzt und erlaubt werden?

Deswegen hat die Hessische Landesregierung zu Recht am 10. März im Bundesrat auf der Basis dessen, was Herr Posch und die Kommission erarbeitet haben, einen Antrag betreffend Planungsvereinfachung und Planungsbeschleunigung eingebracht. Der erste Fachausschuss hat gestern darüber beraten. Eine breite Mehrheit trägt diese Initiative.

Ich denke, mit der Vorlage zur Planungsbeschleunigung, die vor allem auf dem aufbaut, was in den neuen Bundesländern gegolten hat, wird die Bundesregierung dann zu einer Verbesserung dieses Vorschlags beitragen, ganz im

Sinne der Position Hessens, die hier eben in breiter Übereinstimmung formuliert worden ist.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Relativ breiter Übereinstimmung!)

– Relativ breiter Übereinstimmung; wenn Sie sich unbedingt ausklammern wollen. – Aber ich habe immer von den Beteiligungsrechten der Betroffenen gesprochen. Insofern sind wir uns in dem Punkt einig. Es stellt sich nur die Frage nach dem Wie.

Ich sagte eben, dass die Transparenz wichtig ist. Deshalb darf ich feststellen, dass die hessische Straßenbauverwaltung, übrigens als einer der ersten Bereiche innerhalb der hessischen Landesverwaltung, bereits Ende der Neunzigerjahre begonnen hat, den Personalaufwand verursachergerecht zu erfassen. Dieser Aufwand unserer Verwaltung wurde den einzelnen Leistungsphasen der Projektentwicklung, also Vorentwurf, Raumordnungsverfahren, Planfeststellungsverfahren, zugeordnet, um sowohl für eigene Leistungen als auch für Fremdleistungen, z. B. von Ingenieuren, erste verwertbare Kalkulationsansätze zu erhalten.

Dem Einführungsprozess der neuen Verwaltungssteuerung ist also die HSVV frühzeitig entgegengekommen. Wie ich bereits sagte, liegen den Kalkulationsansätzen zum einen die Kosten für verwaltungsinterne und externe Ingenieurleistungen zugrunde. Zum anderen werden die übrigen Kosten des Landes für die Aufgaben als Bauherr – wir machen das stellvertretend für den Bund – in den einzelnen Projektphasen erfasst.

Die Leistungsansätze werden dann auf der Basis der nachkalkulierten Maßnahmen regelmäßig überprüft und aktualisiert. Übrigens macht das die Privatwirtschaft genauso, um herauszufinden, ob sie kostendeckende Preise kalkuliert hat. Die Leistungsansätze werden also im Rahmen der Nachkalkulation regelmäßig überprüft und aktualisiert.

Dadurch können, etwa bei künftigen Planungsschritten, geänderte Rahmenbedingungen Berücksichtigung finden. Dies sind z. B. neue rechtliche Vorgaben – also genau das, worüber diskutiert worden ist –: Rechtsfolgekosten für FFH-Untersuchungen, Untersuchungen zum Vogelschutz oder Sonderuntersuchungen, wenn eine Planung erneut gestartet werden muss oder zusätzliche Auflagen, beispielsweise durch Gerichtsentscheidungen, auf uns zukommen. Aber diese Nachkalkulation und -bewertung ist auch wichtig, um die Prozess- und Arbeitsabläufe in der Projektabwicklung ständig zu optimieren.

So kann man, wie in allen anderen Bereichen, gemäß der Grenznutzentheorie fragen: Was bedeutet eine zusätzliche Einheit Aufwand, in Kosten dargestellt, im Verhältnis zu dem Nutzen, den man natürlich nicht immer nur wertmäßig, sondern zum Teil auch ideell, als eine so genannte qualitative Nutzeneinheit, bewerten muss?

Im Rahmen der mittelfristigen Programmsteuerung weist die HSVV in einem Investitionsprogramm schon heute nicht nur die Baukosten, sondern auch die zur Projektumsetzung erforderlichen Kosten für Dienstleistungen aus. Hierbei handelt es sich vor allem um die Kosten interner und externer Leistungen, sowohl aus der Ingenieurphase als auch aus der allgemeinen Verwaltungsphase.

Das heißt, für einzelne – ich betone: einzelne – Infrastrukturprojekte existieren realitätsnahe Kostenansätze, getrennt nach tatsächlichen Verwaltungskosten, einschließlich der internen und externen Ingenieurleistungen, und

reinen Baukosten. Ebenso können Aussagen über den künftigen Kostenverlauf der Projekte in den einzelnen Projektphasen getroffen werden.

Ich habe „realitätsnah“ gesagt. Das heißt, es geht nicht um die exakten Kosten; denn zu den anteiligen Kosten der einzelnen Projektphasen kann heute noch keine definitive Aussage gemacht werden. Auch in Zukunft wird das schwierig sein, weil eine allgemeine Aussage darüber, welchen Anteil die Planungskosten an den gesamten Projektkosten haben, sehr stark – das ist das Wesentliche – von dem Umfang einer Maßnahme abhängt. Betragen sie z. B. bei einer Maßnahme im Umfang von 20 Millionen € 7 %, so können die Kosten bei einer kleinen Maßnahme bereits einen Anteil von 32 % ausmachen. Deswegen dürfen wir nicht nur eine prozentuale Größe ermitteln, sondern wir müssen auch immer – Herr Posch, Sie haben es gesagt – von einer absoluten Größe ausgehen.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP))

Deswegen brauchen wir eine Konkretisierung. Damit sind wir bei dem Stichwort SAP. SAP hilft uns tatsächlich; denn bereits seit dem 1. Januar 2005 sind wir mit dem SAP-Modul Projektsystem (PS) – so heißt es genau – ein Stück weiter auf dem Weg, diese Präzisierung zu erreichen. Hiermit werden jetzt alle Bauprojekte ab 2005 erfasst. Es besteht Übereinstimmung darin, nicht rückwirkend zu handeln, sondern nach vorne zu schauen. Wie Frau Pfaff eben schon gesagt hat, nehmen wir alle größeren Projekte, nämlich ab 50.000 €, auf. Das ist auch sinnvoll.

Dabei ist nun eine genaue Differenzierung nach verschiedenen Kostenarten möglich. Ich nenne die wichtigsten Kostenarten: reine Baukosten, externe Ingenieurleistungen, andere Fremdleistungen, interne Leistungen – also die Arbeitszeit –, Gemeinkosten nach dem Umlageverfahren sowie die Kosten anderer Verwaltungen.

Wir sind also gemeinsam mit Ihnen auf dem Weg, den Wunsch, den Sie formuliert haben, umzusetzen. Mit diesem SAP-Modul können wir nämlich einen wesentlichen Schritt in Richtung Erhöhung der Kostentransparenz machen. Auch die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Infrastrukturfinanzierung nach der neuen Verwaltungssteuerung, die bis November 2006 vorliegen werden, werden diese Möglichkeit weiter verbessern.

(Beifall bei der CDU)

– Herr Boddenberg hat applaudiert; dabei wollte ich nun die Kosten und den Umgang mit ihnen nennen: Kostenauswertung, Kostenplanung und Kostenreduzierung.

Was noch offen und nicht einfach ist und womit wir erst begonnen haben: Wir nehmen nicht nur die Verwaltungskosten und die Gemeinkosten aus der HSVV hinzu, sondern wir beziehen auch die Kosten ein, die in den Behörden verursacht werden.

(Gerhard Bökel (SPD): Im Parlament!)

Herr Posch, das bereitet uns einige Mühe. Das ist die größte Herausforderung. Beispielsweise geht es um die Kosten innerhalb eines Regierungspräsidiums und um die Umlage der Kosten eines Ministers als Gemeinkostenumlage für ein spezifisches Projekt. Auch das gehört dazu, wenn man präzise sein will.

(Gerhard Bökel (SPD): Deswegen dürfen Sie nicht so lange reden! Das wird alles eingerechnet!)

– Genau, aber es ist ein wichtiges Thema, und im Zusammenhang mit einer Kosten-Nutzen-Rechnung ist es vielleicht ganz sinnvoll, darüber zu reden.

Wie Sie gewünscht haben, komme ich zum Fazit. Die bisherige, seit Ende der Neunzigerjahre realisierte Kostenerfassung wird durch den Einsatz moderner IT-Systeme weiter optimiert. Der Grundstein für realistische Prognosen der Bauherrenkosten – der unsrigen wie der des Bundes –, für effizientes Controlling während der Projektentwicklung und für die abschließende Nachkalkulation wird damit gelegt.

Damit wird bei jedem laufenden Projekt deutlich werden, welche Kosten durch welche Verfahrensschritte verursacht wurden und welche rechtlichen Normen im Verfahren für welchen Aufwand verantwortlich sind. Das wird die Transparenz verbessern und einen Beitrag zu jeder Entscheidungsfindung leisten. Aufgrund dieser Transparenz werden noch realistischere Entscheidungen getroffen werden können. Das zu erreichen ist unsere Aufgabe.  
– Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dieter Posch (FDP))

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Posch hat noch einmal für die Fraktion der FDP das Wort.

(Gerhard Bökel (SPD): Wir müssen die Debatten jetzt ein wenig beschleunigen! Das wird jetzt alles berechnet! Das geht alles vom Budget ab!)

#### **Dieter Posch (FDP):**

Herr Kollege Bökel, hätten Sie dafür gesorgt, dass hier zur Sache gesprochen wird, hätte ich jetzt keine Veranlassung, das eine oder andere richtig zu stellen.

(Gerhard Bökel (SPD): Jetzt nicht mit Ausreden kommen!)

Es ist Karneval.

(Gerhard Bökel (SPD): Nein, das ist ernst!)

Im Karneval werden viele lustige Sachen gesagt. Aber das, was hier teilweise gesagt wurde, ist alles andere als lustig. Ich will deswegen noch einmal auf ein paar Punkte eingehen.

Herr Kollege Wagner, wir haben hier darüber diskutiert, wie man abschätzen kann, welche Folgen Gesetze haben. Im Vorhinein prüfen wir, welche Folgen eine gesetzliche Vorschrift haben wird.

Hier geht es aber um etwas Weitergehendes. Es geht nämlich darum, darüber nachzudenken und nachzufragen, welche Folgen ein Gesetz tatsächlich gehabt hat. Wenn sich zeigt, dass der verursachte bürokratische Aufwand unverträglich ist, dann muss man im Nachgang zum Erlass dieses Gesetzes darüber nachdenken, ob man etwas verändern muss. Das ist der entscheidende Punkt.

Sie haben das aber zum Anlass genommen, in einer bestimmten Art und Weise über die Bürgerbeteiligung heranzuziehen. Ich kann Ihnen nur raten, sich mit dem Thema zu befassen. Ich habe in dieser Diskussion zu dem Thema Rechte der Bürger, zu dem Thema Einwendungen und zu der Frage, ob da irgendein Recht zurückgeschnitten wird, nicht einen einzigen Satz gesagt.

(Beifall bei der Abgeordneten der FDP)

Ich habe gesagt: Wir wollen das untersuchen. – Wenn wir dann zu dem Ergebnis kommen, dass wir das Gesetz ändern wollen, dann ist es angebracht, darüber zu diskutieren, ob man die Bürgerrechte beschneidet oder nicht. Diese Diskussion ist aber nicht berechtigt, wenn man darüber spricht, ob man die Kosten ermitteln will.

(Beifall bei der Abgeordneten der FDP)

Sie haben sich mit dem Thema nicht befasst, nutzen es aber, um zu polemisieren.

(Norbert Schmitt (SPD): Na, na, na!)

Ich möchte jetzt auf die Aussagen der Frau Kollegin Pfaff zu sprechen kommen. Frau Pfaff, Sie wissen, dass ich Sie sehr schätze. Ich weiß, dass Sie sich in die Thematik sehr intensiv eingearbeitet haben. Aber das, was Sie zum Thema des Ausbaus der A 44 gesagt haben, kann ich Ihnen beim besten Willen so nicht durchgehen lassen.

(Beifall der Abg. Michael Denzin (FDP) und Gottfried Milde (Griesheim) (CDU) – Norbert Schmitt (SPD): Na, na, na!)

Sie sind mehrere Jahre lang mit dem Finger über die Landkarte gefahren und haben nach einer Trasse gesucht. Sie haben darüber diskutiert, ob dort eine Autobahn gebaut werden soll oder ob man das mit Ortsumgehungen machen kann. Dadurch haben wir Zeit verloren. Dadurch hat sich der lange Planungszeitraum ergeben, den wir jetzt gemeinsam beklagen. Sehr verehrte Frau Pfaff, seien Sie bitte ein bisschen redlicher.

(Petra Fuhrmann (SPD): Ihre Rede war sehr redlich!)

Sie haben mich auf das Thema Verbandsklage angesprochen. Habe ich heute etwas zur Verbandsklage gesagt?

(Hildegard Pfaff (SPD): Herr Kollege, heute haben Sie das nicht!)

– Sie haben also prognostische Fähigkeiten.

(Hildegard Pfaff (SPD): Nein, das war heute ein neues Thema!)

Sind Sie davon ausgegangen, dass ich im Zusammenhang mit der Ermittlung der Kosten eines Verwaltungsverfahrens etwas zu der Verbandsklage denke, aber nicht sage?

Zu einem anderen Zeitpunkt werden Sie vielleicht vernommen haben, dass ich gesagt habe: Die Verbandsklage ist im europäischen Recht in unterschiedlichen Rechtsbereichen mittlerweile so verankert, dass es kaum Möglichkeiten gibt, die Verbandsklage in einer Art und Weise zurückzuschneiden, wie das mancher für möglich hält. – Es geht darum, das flexibel zu gestalten. Wir sollten aber bitte nicht etwas diskutieren, was nicht Gegenstand des heute behandelten Themas ist.

(Beifall bei der FDP)

Frau Pfaff, das ist schon interessant: Erst haben Sie gesagt, es handele sich um ein Thema, bei dem es um Technik in der Verwaltung gehe, das sei eigentlich gar nicht so wichtig, das könne man nachrangig behandeln. Dann haben Sie sich aber über alle möglichen Dinge aufgeregt, die dort passiert oder nicht passiert sind.

Das ist eine schwierige Materie. Ich glaube, die Ausführungen des Herrn Ministers Rhiel haben das deutlich gemacht. Es ist gar nicht so einfach, die entstandenen Kosten zu ermitteln.

Ich habe aus einem anderen Grund gesagt: Wir müssen darüber diskutieren. – Ich will nicht ermitteln, wie hoch die Kosten sind, die dadurch entstanden sind, dass sich die Gemeindevertreter irgendwann damit befasst haben. Ich will das auch nicht für die Behörden, obwohl dabei natürlich auch Kosten entstehen. Darüber sollten wir uns noch einmal unterhalten.

Ich möchte noch auf ein anderes Stichwort zu sprechen kommen. Wir haben das zum Anlass genommen, uns etwas vorzuhalten. Sie sollten aber eines bedenken: Es kommt immer wieder einmal zu Verfahrensfehlern. Gestern haben wir darüber gesprochen, dass sich die Rechtsprechung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs zum Thema Akteneinsicht geändert hat. Ich finde es aber schief, dass man sich da etwas gegenseitig vorwirft. Die Mitarbeiter haben damals ihre Aufgaben gemacht. Es gab unterschiedliche Rechtsauffassungen. Das hat zu unterschiedlichen Interpretationen und dann zu der entsprechenden Entscheidung geführt.

Das kann also weiß Gott nicht der Weg sein, wie man solche Auseinandersetzungen führen sollte. Ich möchte deswegen in diesem Zusammenhang noch einmal auf die Frage des Ausbaus der A 44 zu sprechen kommen. Herr Kollege Wagner, ich habe Ihnen das eben im Zwiegespräch schon einmal gesagt: Anfang der Neunzigerjahre ging es um die Umsetzung der Vogelschutz- und der FFH-Richtlinien. Damals kam es während des Raumordnungsverfahrens und des nachfolgenden und darauf basierenden Planfeststellungsverfahrens zu Fehleinschätzungen. Das kann man doch nicht wegdiskutieren. Aber machen Sie es sich doch nicht so einfach, jetzt deswegen irgendjemandem eine Schelle um den Hals hängen zu wollen. Dazu sind die Themen und die Materie viel zu komplex.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Deswegen möchte ich auf Folgendes zurückkommen: Sie nutzen das, um abzulenken. Sie befassen sich nicht mit dem Thema. Sie befassen sich weder mit der Beschleunigung noch mit den Kosten.

Ich bedanke mich bei all denen, die sich mit dem Thema ernsthaft auseinander gesetzt haben. Ich hoffe, dass wir zu einer Lösung kommen, die wirklich zu einer Beschleunigung und zum Kostensparen beiträgt. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Meine Damen und Herren, mir liegen zu Tagesordnungspunkt 56 keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Beifall des Abg. Reinhard Kahl (SPD) – Axel Wintermeyer (CDU): Schade!)

– Es hat sich niemand mehr zu Wort gemeldet. Herr Wintermeyer, wollen Sie noch?

(Heiterkeit des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Der Antrag der Fraktion der FDP betreffend künftige Feststellung der Bauherrenkosten bei Infrastrukturprojekten des Landes, Drucks. 16/5297, soll vereinbarungsgemäß dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen werden.

(Axel Wintermeyer (CDU): Ja!)

Meine Damen und Herren, damit kommen wir zu einer verbundenen Debatte über drei Anträge. Es handelt sich um die Anträge unter den Tagesordnungspunkten 53, 35 und 47. Ich rufe zunächst **Tagesordnungspunkt 53** auf:

**Antrag der Fraktion der CDU betreffend freiwillige Vereinbarungen für Deutsch als Schulsprache dienen der Bildung und Integration der Schüler – Drucks. 16/5294 –**

Ebenfalls aufgerufen wird **Tagesordnungspunkt 35:**

**Antrag der Fraktion der FDP betreffend „Wir sind Deutschland – wir sprechen Deutsch“ – Gebrauch der deutschen Sprache in den Schulen – Drucks. 16/5222 –**

Ebenso rufe ich **Tagesordnungspunkt 47** auf:

**Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Mehrsprachigkeit an Schulen – Drucks. 16/5287 –**

Die Redezeit beträgt zehn Minuten je Fraktion. Erster Redner ist Herr Kollege Irmer. Er spricht für die Fraktion der CDU.

#### **Hans-Jürgen Irmer (CDU):**

Verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Ergebnisse der PISA-Studie müssen für vieles herhalten. Die Ergebnisse der PISA-Studie geben uns gute Hinweise auf das, was zu ändern ist.

Ein Ergebnis der PISA-Studie stand etwas weniger im Licht. Das ist nicht so deutlich herausgekommen, obwohl man es nachlesen kann. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen. Dort wird sinngemäß ausgesagt, dass in Klassen mit einem hohen Ausländeranteil, also mit einem Ausländeranteil von 20 % und mehr, signifikante Leistungseinbrüche zu verzeichnen sind. Das hat mit Ausländerfeindlichkeit überhaupt nichts zu tun. Der Begriff Ausländer wird hier in folgendem Sinne verwandt: Es geht um den Prozentsatz junger Menschen, die einen Migrationshintergrund haben, also der deutschen Sprache nicht perfekt mächtig sind.

Ich meine, man muss das deswegen auch bei diesen Tagesordnungspunkten thematisieren. Wir brauchen uns nämlich über das eine oder andere Ergebnis der PISA-Studie nicht zu wundern.

Ich glaube, dass das deutsche Schulsystem in seiner Gesamtheit im internationalen Vergleich gar nicht so schlecht dasteht.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das sehe ich auch so!)

Wenn man das einmal herausrechnet, sehen die Ergebnisse nämlich völlig anders aus. Das war der eine Aspekt.

Ich komme zum zweiten Aspekt. Von 75 % der 15 Jahre alten Türken, die in Deutschland geboren wurden, spricht ein Drittel Deutsch.

(Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

– Frau Pfaff, Sie können gerne etwas sagen, wenn ich mit meiner Rede fertig bin. Sie können dann etwas dazu sagen, ob das richtig oder falsch ist. Das ist ganz einfach.

(Norbert Schmitt (SPD): Zwischenrufe sind durchaus parlamentarisch!)

In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ können Sie nachlesen, dass 50 % der Türken, die hier geboren sind, nicht die Kompetenzstufe 1 erreichen. Kompetenzstufe 1

bedeutet, dass die Lesefähigkeit ungenügend ist. Sinnerfassendes Lesen ist dann nicht möglich.

Wenn ich das aber nicht kann, habe ich wenige Möglichkeiten, mich zu informieren. Das führt zu dem Ergebnis, dass auch die Chancen, eine angemessene Bildung zu erzielen, entsprechend reduziert sind. Wenn mir aber aufgrund der sprachlichen Defizite die Chance fehlt, zu einer angemessenen Bildung zu kommen, habe ich natürlich auch entsprechend schlechte Möglichkeiten, eine angemessene berufliche Qualifikation zu erwerben. Ohne eine angemessene berufliche Qualifikation besteht natürlich auch keine Chance, am gesellschaftlichen Leben angemessen zu partizipieren. Man hat dann keine Perspektive und auch nicht Chance, ein angemessenes Selbstwertgefühl zu entwickeln. Man ist dann im Prinzip der Gefahr ausgesetzt, in eine Art Außenseiterrolle zu gelangen und dort zu verharren.

Da aber jeder Mensch Selbstbestätigung und Anerkennung benötigt, besteht dann natürlich die Gefahr, dass man sich Anerkennung dort sucht, wo wir als Mitglieder dieser Gesellschaft gemeinschaftlich nicht wollen, dass sie gesucht wird. Ich meine damit den Bereich, der sich – um das klar zu sagen – zumindest teilweise außerhalb der Legalität befindet.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): So ist es leider!)

Wir laufen also Gefahr, dass wir sich hier Parallelgesellschaften entwickeln lassen, die wir, so glaube ich, alle gemeinschaftlich nicht wollen. Deshalb müssen wir unseren Teil dazu beitragen, dass dies nicht geschieht. Wir müssen uns nicht nur um die jungen Leute bemühen. Vielmehr müssen wir ausländische Eltern überzeugen bzw. sie dafür gewinnen, die deutsche Sprache zu lernen.

Die Problematik besteht doch darin: Die Kinder sind morgens in der Schule. Mittags kommen sie nach Hause und befinden sich in einer Art „Getto“. Dort sprechen sie ihre Heimatsprache. Im Elternhaus tun sie das auch. Sie haben also im Grunde genommen keine Chance, die deutsche Sprache in dem Umfang zu erlernen, wie es eigentlich sinnvoll wäre.

Ich habe in den letzten Jahren eine Reihe von Gesprächen mit Schulleitern geführt, die an Schulen tätig sind, an denen es einen extrem hohen Ausländeranteil gibt.

(Zuruf der Abg. Heike Habermann (SPD))

– Sie können da Schulen aus Offenbach oder Wetzlar anführen. Man kann da aber auch andere Regionen nennen. Ich will das jetzt gar nicht lokalisieren.

Die grundlegende Problematik ist im Grunde doch immer die gleiche. Die Schulleiter sagen mir in aller Offenheit: In der Regel haben wir Probleme mit den türkischen Schülern. – Das ergibt sich aufgrund ihrer Zahl. Zu Hause sehen sie türkisches Fernsehen. Der Obst- und Gemüseladen, in dem sie einkaufen, befindet sich im Besitz eines türkischen Bürgers. Sie haben einen türkischen Arzt und einen türkischen Friseur. Im Kindergarten sind die türkischen Kinder in der Mehrzahl. Das heißt, sie sprechen auch dort überwiegend Türkisch. Auf dem Schulhof sind sie ebenfalls in der Mehrzahl. Das heißt, sie sprechen auch dort Türkisch. Deutsch brauchen sie eigentlich nur dann, wenn sie im Unterricht sitzen und Fachunterricht haben.

Das aber ist im Grunde genommen zu wenig. Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen, das uns auch Anlass zur Sorge gibt. Es gab vor kurzem in Berlin einen Sprachtest bei

7.500 fünfjährigen ausländischen Kindern. 56,5 % der getesteten Kinder ausländischer Nationalität, also mit Migrationshintergrund, haben keine ausreichenden Deutschkenntnisse, die es ihnen erlauben würden, anschließend am Deutschunterricht oder überhaupt am Grundschulunterricht erfolgreich mitwirken zu können.

Wenn darüber hinaus die Ausbildungsquote von Jugendlichen mit Migrationshintergrund innerhalb der letzten zehn Jahre von 44 % im Jahr 1994 auf 25 % im Jahr 2004 gesunken ist, ist dies eine Tatsache, die uns mit großer Sorge erfüllen muss. Wir dürfen nicht zusehen, wie im Grunde genommen ein Bildungsproletariat mit dramatischen Folgen für die Gesellschaft heranwächst.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb machen wir in Hessen das, was wir hier können. Wir haben in diesem Bundesland, um das einmal deutlich zu sagen, rund 1.000 Lehrerstellen für Sprachförderung in unterschiedlichster Form. Wir haben Deutsch-Vorkurse eingerichtet, die auf Ihrer Seite politisch heftig umstritten waren und die heute ein Erfolgsmodell sind. Wir mussten uns von Ihnen vorhalten lassen, das sei eine Zwangsgermanisierung. Sie haben viel zu lange an der Fiktion des muttersprachlichen Unterrichts festgehalten. Wie aber wollen Sie muttersprachlichen Unterricht garantieren und gewährleisten, wenn Sie in einer Schule 20, 25 oder 30 Nationen haben?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das heißt, wir brauchen Deutsch als Verkehrssprache, Deutsch zur Verständigung, Deutsch zur Kommunikation, zum Abbau von Vorurteilen und zur Information.

(Beifall des Abg. Rüdiger Hermanns (CDU))

Meine Damen und Herren, was war eigentlich an der Herbert-Hoover-Realschule in Berlin-Wedding los? Warum hat es dort eine Vereinbarung gegeben? Das muss doch Hintergründe haben. Fakt ist zunächst einmal: 90 % der Schüler dort sind keine deutschen Muttersprachler. Wenn Sie nachlesen, was vor Ort gesagt wird, können Sie feststellen: Es hat in der Vergangenheit – auch aufgrund einer fehlenden Verkehrssprache – erhebliche Schwierigkeiten im Umgang miteinander gegeben. Daraufhin haben die Schulleitung, die Schulkonferenz, die Eltern und die Schüler einstimmig beschlossen: Wir machen eine Schulordnung. Wir wollen – das wollten auch die Schüler – auf dem Schulgelände grundsätzlich Deutsch sprechen.

Daran hat sich niemand gestört. Das Ganze ist schon einhalb Jahre alt. Erst die türkische Tageszeitung „Hürriyet“ hat das aufgegriffen. Dann kam der Türkische Bund und hat das kritisiert. Natürlich kam dann die Heulboje der Nation, Claudia Roth,

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sehr richtig! – Widerspruch bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

und erklärte, Schulhöfe seien keine Kasernenhöfe. Der Kollege Marco Pighetti hat am 7. Februar im „Wiesbadener Tagblatt“ erklärt, das sei der falsche, weil unpraktikable Weg; es könne schließlich nicht kontrolliert werden. Nadeem Elyas, der ehemalige Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland, sprach sogar von Sprachterror und Zwangsgermanisierung.

Das ist alles völliger Blödsinn. Hören Sie doch einfach einmal, was die Schüler – sie sind alle etwa 15 Jahre alt – selbst sagen. Ich will Ihnen nur vier Zitate bringen. Samir aus Bosnien erklärt: „Wir müssen uns ja irgendwie verste-

hen. Ich verstehe halt nicht, was geredet wird, wenn die Arabisch sprechen. Es sind da 30 bis 40 Nationalitäten.“ Asad aus Pakistan sagt: „Wenn wir eine Lehrstelle wollen, müssen wir gut Deutsch sprechen.“ Ja, selbstverständlich; da hat er doch völlig Recht. Shoa aus Palästina sagt: „Wenn wir nicht Deutsch sprechen, fühlen sich andere ausgegrenzt, weil sie nicht verstehen, was wir sagen.“ Und Jennifer erklärt: „Wenn mehr Deutsch gesprochen wird, wächst auch das Niveau an und in der Schule.“ Deshalb sagen wir: Wenn sie das vor Ort selber wollen, lasst es sie doch machen. Das ist doch eine prima Geschichte.

(Lothar Quanz (SPD): Wer hindert sie denn?)

Wir wollen doch gar keinen Zwang, meine Damen und Herren. Wir wollen es fördern, lieber Herr Kollege Quanz.

(Lothar Quanz (SPD): Wer hindert denn die Schulen? Was soll denn das?)

Wir bekommen auch Unterstützung. Der Landeselternbeirat hat am 23. Februar erklärt, Deutsch als Schulsprache sei wünschenswert.

(Lothar Quanz (SPD): Eine solche Selbstverständlichkeit!)

Der Berliner Schulsenator Böger, SPD, hat gesagt – das finde ich hervorragend –: Jawohl, das ist eine gute Geschichte. – Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse hat das Gleiche gesagt. So könnte man auch noch einige andere zitieren; ich will es aus Zeitgründen nicht machen.

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Kollege, ich möchte Sie fragen, ob Sie eine Zwischenfrage von Frau Habermann zulassen.

#### **Hans-Jürgen Irmer (CDU):**

Wenn ich am Ende noch Zeit habe, gerne.

(Zuruf von der CDU: Auf Deutsch!)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Sie sind schon fast am Ende, verehrter Kollege.

#### **Hans-Jürgen Irmer (CDU):**

Was machen wir heute? Wir versuchen, etwas noch zu reparieren, was in dieser Republik über viele Jahre parteiübergreifend falsch gelaufen ist. Ich möchte zum Abschluss zwei Zitate bringen. Gerhard Schmid, Oberschulrat in Kreuzberg – so war in der „Welt“ am 30. Januar dieses Jahres nachzulesen –, hat gesagt:

Zwei Jahrzehnte verfehlter Integrationspolitik – das schreibt Schmid, der außerdem schulpolitischer Sprecher der Berliner CDU ist, sowohl der Union als auch Rot-Grün zu. Als wir in Berlin regiert haben, ist da auch nichts unternommen worden. Wir hatten ja auch Angst, als rechtsradikal verschrien zu werden.

So weit Herr Schmid.

Ich zitiere Johannes Rau, den Altbundespräsidenten, der im Mai 2000 vor falsch verstandener Ausländerfreundlichkeit warnte. Er warnte, die Konflikte zu leugnen, und

erklärte: Es ist kein Zeichen von Ausländerfeindlichkeit, wenn Lehrer und Schulleiter darauf achten, dass in der Schule Deutsch gesprochen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dem ist nichts hinzuzufügen, meine Damen und Herren.

(Lothar Quanz (SPD): Wo ist das Problem?)

Wir wollen das Bewusstsein dafür schärfen, dass die Notwendigkeit besteht, und wir appellieren an die Schulgemeinden, das zu machen, was in Berlin großartig läuft.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Gerechterweise werden wir jetzt allen anderen Rednern eine Minute zusätzlich schenken. Herr Mathias Wagner, Sie haben für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(Dorothea Henzler (FDP): Das war unser Antrag!)

– Es gibt auch einen Antrag von den GRÜNEN. Herr Wagner muss nachher eine Beisitzerfunktion hier übernehmen. Deshalb hat er darum gebeten, zuerst an die Reihe zu kommen.

#### **Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Irmer, Sie haben in Ihrer Rede gesagt, es gehe um den Abbau von Vorurteilen. Ich stelle fest: Sie haben dazu mit Ihrer Rede absolut keinen Beitrag geleistet. Wir haben in der Fraktion vorher darüber gesprochen, was denn von Ihnen hier vorgetragen wird. Ich hätte es wirklich nicht für möglich gehalten – so habe ich in der Fraktion argumentiert –, dass Sie das Thema allein auf Menschen mit türkischstämmiger Herkunft reduzieren. Ich hatte das wirklich nicht für möglich gehalten. Das zeigt: Ihnen geht es überhaupt nicht um die Sache, sondern Sie wollen Vorurteile schüren, Herr Kollege Irmer. Darum geht es Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die CDU – die FDP auch – sagt und will, dass wir anregen, dass an allen Schulen in Hessen eine vergleichbare Vereinbarung wie an einer Berliner Schule getroffen wird. Da lohnt es sich, glaube ich, sich einmal anzuschauen, was die Herbert-Hoover-Realschule in Berlin eigentlich gemacht hat.

In der Schule haben vor gut einem Jahr Lehrerinnen, Lehrer, Schülerinnen, Schüler und Eltern in einem Dialog gesagt, dass sie eine Vereinbarung treffen, dass auf dem Schulhof Deutsch gesprochen wird. Dazu haben sie keine landesweiten Hinweise der CDU, der FDP oder von sonst irgendwelchen Politikern gebraucht. Im März 2005 hat auch keine Politikerin und keinen Politiker interessiert, dass die Schule das gemacht hat, sondern die Schule hat es in ihrer Eigenständigkeit, in ihrer eigenen Verantwortung, im Dialog der Schulgemeinde gemacht, und das ist auch der richtige Weg, dieses Thema zu handhaben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen einfach so, wie es die Berliner Schule gemacht hat, darauf vertrauen, dass an den Schulen mit diesem Thema verantwortlich umgegangen wird.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Genau!)

Was wir nicht brauchen, ist, dass wir das Thema jetzt politisch ausschlichten und versuchen, es politisch hochzuziehen und alle hessischen Schulen mit einer solchen Debatte zu überziehen. Das brauchen wir nicht. Wir sprechen in diesem Hause zu Recht gern, oft und viel über die selbstständige Schule. Dann muss man diese selbstständigen Schulen auch einmal ihre Arbeit machen lassen. Man muss ihnen vertrauen, und man muss ihnen etwas vertrauen. Deshalb braucht es da keine Appelle von CDU und FDP.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Warum es gut ist, dass sich die Politik aus dem heraushält, was an den Schulen in diesem Punkt gemacht wird, zeigt schon das Beispiel der Herbert-Hoover-Realschule. Denn dort wird mit der Vereinbarung ganz vernünftig umgegangen. Ich zitiere aus einem Interview mit der Leiterin der Schule in der „Tageszeitung“ vom 24. Januar 2006. In dem Artikel heißt es: Penibel durchgesetzt wird das Verbot nicht, und es gibt auch keine Strafen. In der Pause, räumt Steinkamp – das ist die Schulleiterin – ein, werde nicht nur Deutsch gesprochen. Wenn ein Lehrer an einer Gruppe vorbeigeht, die Türkisch spricht, sagt er, sie sollen Deutsch sprechen, berichtet Steinkamp. Wenn der Lehrer weitergeht, wird auch hier wieder Türkisch gesprochen und wahrscheinlich andere Sprachen auch. – So vernünftig geht die Schule damit um. Deshalb taugt es überhaupt nichts, mit diesem Thema parteipolitische Süppchen kochen zu wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Welchen Sinn soll es denn haben, an über 2.000 Schulen in unserem Land jetzt eine solche Debatte anzuzetteln? Welchen Sinn soll das denn an all den vielen Schulen machen, die überhaupt kein Problem mit der Umgangssprache auf den Schulhöfen haben? Welchen Sinn soll das an all den Schulen machen, die einen relativ geringen Migrantanteil haben? Welchen Sinn soll es vor allem an all den Schulen machen, die jetzt schon gesagt haben, sie halten die Debatte für unnötig und überflüssig? Weshalb sollen wir damit über 2.000 Schulen in unserem Land beschäftigen? Meine Damen und Herren, das frage ich Sie allen Ernstes.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Irmer, da lohnt auch einmal ein Blick auf die Zahlen, um zu sehen, warum es so unsinnig ist, alle Schulen damit überziehen zu wollen. Wir haben an den Schulen in Hessen bei den bis zu 15-Jährigen einen Migrantanteil – ich nenne die Zahl aus der PISA-Studie – von 30,4 %.

In der Erhebung der PISA-Studie wird gesagt, dass von diesen 30,4 % 46 % deutschsprachig sind. Weitere 37,2 % sind mehrsprachig, beherrschen also die deutsche wie ihre Heimatsprache in gleichem Umfang. Allein 12,3 % werden als fremdsprachig eingestuft. Um diese Personen geht es, um 12,3 %. Sie wollen über 2.000 Schulen in Hessen damit überziehen, eine solche Debatte zu führen. Das zeigt: Da spielen ganz andere Motive eine Rolle.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Es ist doch völlig unbestritten, dass die Beherrschung der deutschen Sprache die entscheidende Voraussetzung für den Bildungserfolg ist. Das bestreitet niemand im Haus.

Aber dafür, ob die Schülerinnen und Schüler wirklich Deutsch können und ob sie wirklich in der Schule erfolgreich sind, Herr Kollege Irmer, sind die sechs Stunden Unterricht und das, was in diesem Unterricht passiert, sehr viel entscheidender als die 40 Minuten auf dem Schulhof in den beiden großen Pausen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Bei dem, was im Unterricht passiert, haben wir in der Tat in Hessen einen großen Nachholbedarf. Herr Kollege Irmer, ich erinnere daran, dass es die CDU-geführte Regierung war, die die Stunden für den muttersprachlichen Unterricht reduziert hat. Das gehört dann auch dazu. Ich erinnere daran, dass uns die PISA-Studie zeigt, dass es auch in Hessen viel zu wenig gelingt, Unterschiede in der sozialen und in der geographischen Herkunft der Schülerinnen und Schüler auszugleichen. Herr Kollege Irmer, deshalb haben wir alle Hausaufgaben im Unterricht zu machen und sollten keine Scheindebatten über Pflichtsprachen auf dem Schulhof führen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Axel Wintermeyer (CDU): Notwendigkeit!)

Herr Kollege Irmer, Sie haben viel über Herkunft gesprochen. Aufgrund Ihres Weltbildes haben Sie sehr viel über türkische Herkunft gesprochen.

(Axel Wintermeyer (CDU): Multikulti ist out! Das hat sich erledigt!)

– Herr Kollege Wintermeyer, das hat doch gar nichts mit Multikulti zu tun. – Herkunft ist in unserem Bildungssystem leider sehr wichtig. Aber es ist vor allem die soziale Herkunft, Herr Kollege Irmer, die über den Bildungserfolg entscheidet. Wir lassen es Ihnen nicht durchgehen, dass das eklatante Versagen unseres Schulsystems beim Ausgleich unterschiedlicher sozialer Startbedingungen darauf reduziert wird, dass es ein Migrantproblem sei. Herr Kollege Irmer, das lassen wir Ihnen nicht durchgehen. Das wird dem Thema absolut nicht gerecht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sie haben überhaupt nicht zugehört!)

Noch ein Wort zur FDP, die sagt: „Wir sind Deutschland – wir sprechen Deutsch“. Dem zweiten Teil der Überschrift Ihres Antrages kann ich vielleicht noch etwas Humoriges abgewinnen, dass es quasi ein Remake des Films von Gerhard Polt „Man spricht Deutsch“ sein soll, mit Jörg-Uwe Hahn in der Rolle von Gerhard Polt, mit Ruth Wagner in der Rolle von Gisela Schneeberger und Florian Rentsch als den quengeligen Heinz-Rüdiger. Dem kann ich vielleicht noch etwas Lustiges abgewinnen. Aber bei dem ersten Teil Ihres Antrages „Wir sind Deutschland“, da sollten Sie aufpassen.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Peinlich!)

Sie haben es sicher nicht gewusst, und Sie haben es sicher nicht gewollt, aber ich rate Ihnen: Geben Sie im Internet einmal „wir-sind-deutschland.de“ ein, und schauen Sie, auf welcher Seite Sie landen. Sie landen auf einer Seite der NPD. Das haben Sie mit Sicherheit nicht gewollt, aber das zeigt, dass wir in diesen Fragen sensibel sein müssen und dass wir die Grenzen nicht verwischen dürfen, sondern dass wir die Grenzen aufrechterhalten und gucken müssen, wie wir mit Sprache in dieser Frage umgehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Im Wiesbadener Stadtparlament, also in diesem Hause, stimmt die CDU bei diesem Thema sogar mit den Republikanern. Sie stimmt nicht nur mit den Republikanern, sondern sie hat nur mit den Stimmen der Republikaner eine Mehrheit dafür bekommen, dass jetzt alle Wiesbadener Schulen über dieses Thema reden müssen. Meine Damen und Herren, ich finde, wir müssen aufpassen, dass die Grenzen bei diesem Thema nicht unklar werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Irmer, Sie haben viel über Defizite gesprochen. Nein, Sie haben eigentlich nur über Defizite gesprochen. Aber wir müssen, wenn wir über Mehrsprachigkeit an unseren Schulen sprechen, auch über die Chancen sprechen. Mehrsprachigkeit, die Fähigkeit, die deutsche Sprache zu sprechen und eine weitere und noch mehr, ist in einer globalisierten Welt eine Chance, ist ein Reichtum. Das ist doch etwas, wozu wir Schülerinnen und Schüler ermutigen müssten, und nichts, was wir verbieten müssten oder was wir Schülerinnen und Schülern abgewöhnen sollten. Meine Damen und Herren, das ist doch die richtige Herangehensweise.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte mit einem Zitat der heutigen Bundesbildungsministerin Annette Schavan schließen. Als sie das gesagt hat, war sie Präsidentin der Kultusministerkonferenz. Sie sagte im Jahre 2001 – ich zitiere –:

Unterschiedliche Sprachen und Dialekte machen die Vielfalt Europas aus. Zwei Drittel der Menschen in Europa sprechen zwei Sprachen. Wir leben in einer kulturell vielfältigen Gesellschaft in Deutschland. Die Migrantinnen und Migranten verfügen durch ihre Mehrsprachigkeit über Zukunftspotenzial, das wichtig ist für unsere offene und mobile europäische Gesellschaft.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, die Redezeit ist zu Ende.

**Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, ich bin gleich fertig.

Europa ist stark nicht nur durch seine wirtschaftlichen Erfolge, sondern durch die Vielfalt seiner Kulturen und Sprachen.

Deshalb müssen wir dieser Vielfalt auch gerecht werden und dürfen unsere Schulen nicht mit populistischen Debatten überziehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Kollegin Henzler für die FDP-Fraktion.

**Dorothea Henzler (FDP):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jetzt bin ich dem Kollegen Wagner sogar sehr dankbar, dass er vor mir gesprochen hat. Dann kann ich auch noch auf ihn eingehen.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP))

Der „Spiegel“ titelte in einer aktuellen Ausgabe als Überschrift: „Die Berliner Herbert-Hoover-Realschule übt Integration – und verursacht einen Skandal“. Mit diesem Titel bringt der „Spiegel“ die Sache auf den Punkt. Eine Schule hat sich vor einem Jahr selbst die Regelung auferlegt, dass zukünftig auf dem Schulgelände ausschließlich Deutsch gesprochen werden soll. Die Schule liegt im Berliner Problembezirk Wedding. Sie hat einen Ausländeranteil von 93 %. In dieser Schule sind Kinder aus über 20 Nationen.

Am 28. Februar 2005 beschlossen Lehrer, Eltern und Schüler, dass in der Schule künftig nur noch Deutsch gesprochen wird, weil eine Verständigung untereinander sonst nicht möglich gewesen wäre.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): So ist es!)

Es handelt sich um eine freiwillige Vereinbarung der Schulgemeinde, eine Geste, der bei Nichteinhaltung keine Sanktionen folgten. Ein Jahr lang lebte die Schule gut und erfolgreich mit dieser Vereinbarung, bis die Zeitung „Hürriyet“ am 19. Januar dieses Jahres den Tatbestand aufgreift und sich darüber entrüstet. Dann wurde das Thema von Politikern zum Politikum gemacht.

(Beifall bei der FDP)

Lieber Herr Kollege Wagner, es waren insbesondere Politiker der GRÜNEN, die das zum Politikum gemacht haben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Sich dann hierhin zu stellen und zu sagen, wir würden das politisieren, ist eine glatte Unverschämtheit.

Die Entrüstung kam nämlich von einem grünen Lokalpolitiker, der eine Rechtfertigung der Schule verlangte. Als dann der Schulsenator, SPD, die Schule verteidigt, legte Herr Mutlu noch einmal nach.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Ich darf Ihnen jetzt zitieren:

Die Zeitung unterstellt der Hoover-Schule eine „Verbotsmentalität“, „die Hass und Diskriminierung fördert“. Unter der Überschrift „Unvorstellbare Praxis gegen Migranten in Europa“ lässt Mutlu sich zitieren: „Es ist kein Zufall, dass es nach dem gegen Muslime gerichteten Gewissenstest und dem Wunsch, das Zuwanderungsrecht zu verschärfen, jetzt im Bundesland Berlin ein Verbot gibt, die Muttersprache zu sprechen.“

Dann wurden türkische Organisationen auf den Plan gerufen.

Doch wie können die Kritiker erklären, dass die vermeintlichen Opfer freiwillig mitmachen? Turgut Hüner, der Vorsitzende des türkischen Elternvereins weiß nur eine Erklärung: Sie müssen wohl hinters Licht geführt worden“ sein. Er muss zwar zugeben, dass ihm keine Klagen von Eltern oder

Schülern bekannt sind: „Ich spreche aber für die Eltern, die sich noch beschweren werden.“

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): So macht man das! – Heiterkeit des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Dann kommt es zu der Situation, dass ein Junge aus dieser Schule interviewt und zitiert wird.

Vom „Weser-Kurier“ bis hin zur „al-Dschasira“ wurde die Frage leidenschaftlich diskutiert.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

In dem Drama, das um die Deutschpflicht an seiner Schule inszeniert wurde, fiel Asad Suleman eine ungewöhnliche Rolle zu: Er musste sein Bekenntnis zur deutschen Sprache gegen eine geschlossene Front der Ablehnung verteidigen. Verkehrte Welt: Ein Migrantenkind – Asads Eltern kommen aus Pakistan – stand unerschütterlich gegen seine selbst ernannten Fürsprecher von den GRÜNEN und von den türkischen Verbänden. Asad verteidigte Mal um Mal die Hausordnung seiner Schule, in der festgelegt ist, dass jederzeit Deutsch zu sprechen sei, in den Pausen ebenso wie im Unterricht und auf Klassenfahrten.

Da frage ich: Wo leben wir eigentlich?

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ein Gutes hatte das Ganze. Es hat eine bundesweite Debatte über Deutsch als Schulhofsprache ausgelöst. Die FDP ist der Auffassung, dass das positive Vorbild der Herbert-Hoover-Schule auch in Hessen Schule machen sollte und freiwillige Vereinbarungen zur Verwendung der deutschen Sprache auf dem Schulgelände an möglichst vielen Schulen angeregt werden sollen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Es geht dabei auch nicht um alle Schulen. Aber es können sich durchaus alle Schulen einmal mit dem Thema Deutsch als Muttersprache befassen.

Die FDP hat als erste Fraktion diesen Antrag eingebracht. Wir haben auch den etwas provokanten Titel bewusst gewählt: „Wir sind Deutschland – wir sprechen Deutsch“. Natürlich habe ich dabei überhaupt nicht an die Internetseite der NPD gedacht, sondern an die Reklame von Bundeskanzler Schröder in der ehemaligen Regierung: „Du bist Deutschland.“ Wir hätten auch sagen können: Du bist Deutschland – du sprichst Deutsch. – Wir haben es aber andersherum gesagt.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Wir haben diesen Titel gewählt, um deutlich zu machen, dass das Verwenden und Beherrschen der deutschen Sprache Grundvoraussetzung für ein erfolgreiches Leben in Deutschland ist, und um damit um Akzeptanz für Deutsch auf dem Schulhof zu werben. Die Verwendung der Landessprache in den Schulen sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Die Realität ist leider eine andere, wie vermehrte Probleme gerade in so genannten Brennpunktschulen zeigen. Der FDP geht es überhaupt nicht um die Einführung einer Deutschpflicht an den Schulen. Ich betone: Es muss sich um freiwillige Vereinbarungen zwischen Eltern, Schülern und Lehrern han-

deln, damit diese Regelung von allen auch wirklich innerlich akzeptiert wird. Auch Sanktionen ergeben keinen Sinn. Sie erhöhen nämlich nicht die Akzeptanz. Die Schulgemeinde soll sich über die Notwendigkeit des Sprechens einer gemeinsamen Sprache, die alle verstehen können, bewusst werden. Darüber sollte im Unterricht, auf Elternabenden und in der Schulkonferenz diskutiert werden.

Die Landesregierung kann und muss dabei einen Anstoß an alle Schulen geben, damit solche freiwilligen Vereinbarungen an möglichst vielen Schulen getroffen werden können. Darüber hinaus sollten nach Meinung der FDP solche oder ähnliche Vereinbarungen auch in Jugendeinrichtungen, die von Sozialarbeitern betreut werden, getroffen werden. Denn auch dort treffen Jugendliche unterschiedlicher Nationalitäten aufeinander, und auch dort können Freundschaften nur geschlossen werden, wenn eine reibungslose Verständigung der jungen Menschen funktioniert.

Nur dann, wenn alle die gleiche Sprache sprechen, können sie miteinander und nicht nur übereinander oder aneinander vorbei reden.

(Beifall bei der FDP)

Wenn alle Schüler, Lehrer und Eltern ausschließlich Deutsch sprechen – –

(Die Rednerin wendet sich an die Minister.)

Ich weiß, Sie sprechen auch Deutsch, aber Sie sprechen ein bisschen zu laut.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Mein lieber Faschingsprinz, hier hast du noch nicht das Wort. Hier hast du nämlich noch nicht das Parlament erobert.

Wenn alle Schüler, Lehrer und Eltern ausschließlich Deutsch auf dem Schulgelände, auf Klassenfahrten und im gesamten öffentlichen Leben sprechen, wird die Kommunikation erleichtert, Missverständnisse werden vermieden, aus Nichtverstehen resultierende Aggressionen werden verhindert, und alle üben den Gebrauch der Sprache, die als offizielle Heimat- oder Amtssprache in Hessen gesprochen wird. Dies trägt bei allen zu einer Verbreiterung des Wortschatzes bei und fördert die Integration. Sprache lernt man eben in erster Linie durch das Sprechen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Jawohl!)

Gerade angesichts des vorgestrigen Tages der Muttersprache, der für Deutschland auch gezeigt hat, dass der Wortschatz der jungen Menschen immer kleiner wird und dass selbst deutsche Schüler nicht mehr in der Lage sind, ein Verb richtig zu konjugieren, muss als Forderung ein verstärkter Gebrauch der deutschen Sprache erhoben werden. Die aktuellen Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung in Wiesbaden haben gezeigt, dass jedes vierte Kind Defizite beim Sprechen aufweist und viele deutsche Kinder nicht über einen altersgemäßen Wortschatz verfügen.

(Beifall bei der FDP)

Der ständige Gebrauch der deutschen Sprache im Alltag und auf dem Schulhof hilft somit allen Kindern – deutschen Kindern und Kindern mit Migrationshintergrund. Begleitend ist natürlich auch eine Intensivierung des Deutschunterrichts in der Schule wichtig, wie der Deutsche Lehrerverband gerade gefordert hat. Allerdings muss auf eine richtige Verwendung der deutschen Spra-

che nicht ausschließlich im Deutschunterricht, sondern auch in allen anderen Fächern und darüber hinaus im Umgang miteinander Wert gelegt werden.

Eine Forderung nach freiwilligen Vereinbarungen für Deutsch bedeutet aber nicht im Umkehrschluss, dass die FDP die Muttersprache für Migrantenkinder verbieten will. Wir Liberalen sind aber der Auffassung, dass Schüler mit Migrationshintergrund in Deutschland nur dann eine Chance auf beruflichen Erfolg haben, wenn sie die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen. Dieses Vermögen ist der Problempunkt für ausländische Kinder im deutschen Schulsystem schlechthin. Das zeigt leider die große Zahl der Schulversager mit Migrationshintergrund. Jeder Dritte verlässt die Schule ohne Abschluss.

Uns ist durchaus bewusst, dass die Muttersprache auch für das Erlernen weiterer Sprachen von zentraler Bedeutung ist. Aber wir sind der Auffassung, dass die Muttersprache von Migranten in den Familien gelernt und angewendet werden sollte – auch in den jeweiligen Kulturvereinen und den jeweiligen Kirchen. Darüber hinaus muss es aber ein klares Bekenntnis zu Deutsch als öffentlicher Sprache geben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Auch die CDU setzt sich für freiwillige Vereinbarungen für Deutsch als Schulsprache ein. Allerdings waren wir mit unserem Antrag eine Woche schneller. Netterweise haben Sie ihn dann zum Setzpunkt gemacht. Wir fordern ausdrücklich die Einbeziehung der Jugendeinrichtungen, da wir auch da den Gebrauch der deutschen Sprache für sehr wichtig halten. Der Fraktionsvorsitzende der CDU hat schon angeboten, dass man sich eventuell auf einen gemeinsamen Antrag verständigen könnte. Das wäre sehr schön. Denn die in dem CDU-Antrag genannten Maßnahmen, die wir noch gemeinsam auf den Weg gebracht haben, unterstützen wir voll und ganz.

(Beifall bei der FDP)

Den Antrag der GRÜNEN werden wir ablehnen. Er lässt wieder einmal keine klare Linie erkennen. Die GRÜNEN scheinen wieder einmal zwischen der Notwendigkeit des Deutschlernens und dem undifferenzierten Festhalten an der Muttersprache hin- und hergerissen zu sein.

Ich habe die Klingel gehört. Darf ich nur ganz kurz noch ein Zitat vortragen? – Prof. Esser hat gesagt:

Wer keine Kontakte hat, lernt die Sprache nicht. Wer die Sprache nicht beherrscht, kann nur schwer Kontakt aufnehmen. Wichtig ist für den Beruf eigentlich nur die Zweitsprache, also das Deutsch. Hier gilt: je früher, desto besser. Bilinguale Programme oder die Förderung der Muttersprache schaden bestenfalls nicht. Sie nutzen aber auch nichts. Denn Sprache ist zwar nicht alles, aber ohne Sprache ist alles nichts.

Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

(Anhaltender Beifall bei der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Kollegin Habermann für die Fraktion der SPD.

#### **Heike Habermann (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Henzler, ich will mit einem Ihrer letzten Argumente beginnen, über das wir uns wahrscheinlich auch alle einig sind. Ein erfolgreicher Bildungserwerb in unserem Land ist an den Erwerb der deutschen Sprache gekoppelt. Für alle hier lebenden Menschen ist die Beherrschung der deutschen Sprache die Grundlage für eine Teilhabe an der Gesellschaft und für eine erfolgreiche Berufsperspektive. Deshalb ist es selbstverständlich, dass die Unterrichtssprache mit Ausnahme eines guten Fremdsprachenunterrichts an deutschen Schulen Deutsch ist.

Dazu aber bedarf es keiner Anträge und Appelle. Dieser Aufgabe haben sich alle Schulen mit einem hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund ohnehin gewidmet. Darüber hinaus sollte es der Verantwortung der Schulen und Schulgemeinden überlassen bleiben, ob sie für den Umgang der Zweisprachigkeit ihrer Schüler und Schülerinnen weitere Regelungen treffen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vorgaben und Initiativen des Landes, Deutsch auf den Schulhöfen während der Pausen oder auf Klassenfahrten als Pflichtsprache einzuführen, sind deshalb unnötig und falsch.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

– Herr Irmer, es lohnt sich, sich etwas differenzierter mit dem Konzept der Hoover-Schule in Berlin zu beschäftigen. Denn dann wird sehr schnell deutlich, dass der Tenor Ihrer Anträge letztlich an der Sache vorbeigeht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die oft zitierte Schulordnung stand dort am Ende der systematischen Entwicklung eines Schulkonzepts zur Deutschförderung. Das begann dort schon im Jahr 2000. Die Schule selbst nennt sich inzwischen Schwerpunktschule für Deutsch mit erweitertem Nachmittagsprogramm. Das geht folgendermaßen ab: Mit der Aufnahme an der Hoover-Schule werden Spracheingangstests durchgeführt, und aufbauend auf den Ergebnissen werden Kleingruppen von 16 Schülern eingerichtet, die zwei zusätzliche Deutschförderstunden in der Woche erhalten. Dies geschieht nach einem individuellen Förderansatz, der bewusst auf heterogene Leistungsgruppen setzt. Deutschschwache und deutschstarke Schüler werden in einer Gruppe zusammengestellt. Hier liegt nämlich das eigentliche Geheimnis der verbesserten Deutschleistungen der Berliner Realschüler – zwei zusätzliche Deutschstunden und ein individuelles Förderkonzept, für das die Schule auch die notwendigen Lehrerstunden zur Verfügung stellen kann.

Die Regelung der Schulordnung, auf die sich die Anträge von FDP und CDU beziehen, wurde erst vor einem Jahr beschlossen und ergänzt lediglich ein pädagogisches Angebot, das auf die Förderung des einzelnen Kindes setzt. Nicht wegen der Deutschpflicht sprechen die Kinder besser Deutsch, sondern deshalb, weil ihnen zusätzliche Angebote die Möglichkeit geben, sich besser in der Unterrichtssprache zu bewegen.

(Beifall bei der SPD)

Hier sieht die SPD-Fraktion den eigentlichen Handlungsauftrag an die Politik in Hessen. Richtig wäre es, die Lehrerzuweisung nach sozialen Indikatoren wie Migrantenanteil, Sozialhilfedichte oder Arbeitslosenquote konsequent zu verstärken. Richtig wäre es auch, durch eine bes-

sere Ausstattung der Vorschuleinrichtungen früher mit der Förderung zu beginnen. Durch die Einführung eines verbindlichen und für die Eltern gebührenfreien Vorschuljahres können alle Kinder früher mit einem ganzheitlichen Förderkonzept erreicht werden. Dazu gehört die Sprachförderung. Dazu gehören aber auch alle Aspekte der Persönlichkeits- und Lernentwicklung eines Kindes. Denn die Bildungsbenachteiligung eines Viertels unserer Kinder hat nicht isoliert etwas mit der Sprachbeherrschung und mit dem Migrationshintergrund zu tun. Förderung muss den Erwerb und den Umgang mit der deutschen Sprache beinhalten, aber darf sich nicht darauf beschränken. Deshalb sind Vorlaufkurse allein als Konzept gegen ungleiche Bildungschancen zu kurz gegriffen.

(Beifall bei der SPD)

Die Herbert-Hoover-Schule in Berlin ist ein Beispiel dafür, dass individuelle Fördereinsätze nicht nur vor dem Schuleintritt nötig sind, sondern die Schullaufbahn jedes Kindes begleiten und ergänzen müssen. Dazu bedarf es auch der notwendigen Ressourcen. Wenn Schulgemeinden zusätzlich in einem demokratischen Prozess Regelungen über den Gebrauch der deutschen Sprache im Schulhof erarbeiten, sollte die Politik ihnen dies nicht verbieten.

Politik sollte aber durch entsprechende Anträge nicht den Anschein erwecken, dass sich aus der individuellen Regelung der Berliner Hoover-Schule ein Problemlösungsmodell für sprachliche Integration ableiten lässt.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb können wir als SPD-Fraktion uns der am 26.01. in der „Frankfurter Rundschau“ veröffentlichten ersten Stellungnahme aus dem Hessischen Kultusministerium inhaltlich voll anschließen. Dort sagte Tanja Schruttker, Sprecherin von Kultusministerin Karin Wolff, sie gehe davon aus, „dass unsere Lehrerinnen und Lehrer es auch ohne bürokratische Maßnahmen schaffen, gute Sprachkenntnisse zu vermitteln“. Darauf folgt ein Satz über die Vorlaufkurse. Den lasse ich weg.

(Zuruf der Ministerin Karin Wolff)

Dann kommt: Man werde „keiner Schule Steine in den Weg legen, die ein Deutschgebot für sich beschließen wolle“. – Genau das ist es, was wir sagen. Offensichtlich hat das Kultusministerium zu diesem Zeitpunkt Ende Januar noch keinen Handlungsbedarf gesehen, wie er jetzt im Antrag der CDU zum Ausdruck kommt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Anträge, während der Pausen Deutschpflicht auf dem Schulhof einzufordern, spiegeln ohnehin nicht die Realität an den hessischen Schulen wider. In meiner Heimatstadt Offenbach gibt es viele Schulen mit über 80 % Kindern mit Migrationshintergrund. Das ist keine Seltenheit. In den Pausen wird dort auf dem Schulhof Deutsch gesprochen, weil die Vielfalt der Herkunftssprachen ohnehin Deutsch als Kommunikationsmittel erfordert. Die Verordnung einer Pflichtsprache ist deswegen total unnötig.

Außerdem ist es falsch, den Kindern zu signalisieren, dass sie ihre Sprachentwicklung gefährden, wenn sie sich außerhalb des Unterrichts in ihrer Muttersprache unterhalten.

### **Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Boddenberg?

### **Heike Habermann (SPD):**

Das geht von meiner Redezeit ab. Herr Irmer hat auch keine Zwischenfrage von mir zugelassen.

(Axel Wintermeyer (CDU): Oh!)

Der Umgang mit der Mehrsprachigkeit ihrer Schülerinnen und Schüler stellt Schulen vor hohe Anforderungen, doch Zwei- und Mehrsprachigkeit ist ein wertvolles Potenzial für die Kinder und für unsere gesamte Gesellschaft. Nicht umsonst wird in allen Bundesländern der Beginn der Vermittlung der ersten Fremdsprache Schritt für Schritt in die Grundschulzeit gelegt.

(Beifall der Abg. Andrea Ypsilanti (SPD))

Der Erwerb von Fremdsprachen hat berechtigterweise eine Aufwertung erfahren. Deshalb darf von politisch Verantwortlichen nicht der Eindruck hinterlassen werden, dass der Gebrauch bestimmter Sprachen wie z. B. Türkisch ein Integrationshindernis darstellt.

Wir müssen auch die Herkunftssprachen fördern. Herr Irmer, ich wollte Sie vorhin etwas fragen, als Sie Frau Goldacker zitiert haben. Sie haben das nicht zu Ende zitiert; denn sie hat auch gesagt, dass der Gebrauch der Muttersprache und der muttersprachliche Unterricht verstärkt werden müssen. Das haben Sie natürlich bewusst weggelassen.

Meine Damen und Herren, der Fraktionsvorsitzende der CDU und der bildungspolitische Sprecher Hans-Jürgen Irmer schießen in einer Presseerklärung vom 09.02. weit über das Ziel hinaus, indem sie ihren Antrag begründen. Dort sagen sie:

Wir wollen, dass in den Schulen und auf den Pausenhöfen Deutsch gesprochen wird. Nur so kann die Verbesserung der Sprachfähigkeit und somit die Integration ausländischer Schüler erreicht werden ...

Meine Damen und Herren, im Umkehrschluss heißt das: Wenn die Deutschpflicht auf dem Schulhof nicht freiwillig vereinbart wird, beeinträchtigt das die Integrationschancen der Kinder. Ich denke, solche Konsektivsätze sind geeignet, Emotionen zu schüren und die Diskussion zu polarisieren.

Herr Irmer, Sie haben vorhin einmal wieder versucht, als Wolf das Schafskostüm anzuziehen. Aber Sie haben wieder den Reißverschluss nicht zugemacht, und das hat man bei Ihrem Beitrag sehr gut gemerkt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Meine Damen und Herren, ohne Zweifel ist die deutsche Sprache ein Werkzeug zur Integration. Dass die Verpflichtung, sie auf dem Schulhof zu sprechen, keine Integrationsmaßnahme per se ist, habe ich gerade erläutert. Ludwig Eckinger, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung, nennt Deutschpflicht auf dem Schulhof gar eine bizarre Integrationsmaßnahme. Das bayerische Kultusministerium warnt vor einer Deutschpflicht als Einschränkung der Persönlichkeitsrechte.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Heike Habermann (SPD):**

Ich komme sofort zum Ende, Herr Präsident. – Um Integrationsprozesse für Kinder mit Migrationshintergrund besser gelingen zu lassen, brauchen wir die Anträge von CDU und FDP nicht, sondern wir brauchen Maßnahmen im Bereich der frühkindlichen Bildung und in der Schule, die individuelle Förderkonzepte zulassen. Deswegen lehnen wir die Anträge von CDU und FDP ab.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Axel Wintermeyer (CDU): Oh!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Kultusministerin Wolff.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie baut man eine Debatte zu einem Thema auf, bei dem man merkt, dass man in der Gesellschaft den Anschluss verloren hat?

(Beifall bei der CDU und der FDP – Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was?)

Man baue einen Popanz auf, schlage ordentlich drauf, setze noch die Antragsteller unter Rechtsverdacht und verschleierte damit, dass das, was man damit verlangt, sich schlicht überholt hat und die Gesellschaft auf einem neuen Bewusstseinsstand angekommen ist.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn hier gesagt wird, es sollen Schulen mit einer Pflichtsprache zwanghaft überzogen werden, und das solle verordnet werden, dann kann ich das in beiden Anträgen nicht erkennen.

(Heike Habermann (SPD): Das hat auch niemand gesagt!)

– Das haben beide Redner gesagt, so übellaunig, wie sie zum Teil waren. – Das ist genau das, was beide Anträge nicht wollen. Sie gehen sehr bewusst davon aus, dass wir in Berlin eine Schule haben, die eine Erziehungsvereinbarung geschlossen hat, die ein Schulprogramm erarbeitet hat. Sie hat gesagt: Im Rahmen dessen, was wir über das Schulprogramm mit unseren Jugendlichen erreichen wollen, ist es richtig und wichtig, dass wir vereinbaren, dass in unserer Schule Deutsch gesprochen wird, und zwar nicht nur im Unterricht, sondern auch auf dem Schulhof.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich finde, das ist sehr lobenswert. Herr Wagner, man kann sich auch nicht damit herausreden,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber die haben die Politik dafür nicht gebraucht!)

dass man die Zahl derer kleinrechnet, die es möglicherweise betreffen könnte. Wir haben doch unsere Erfahrungen aus dem Bereich, für den Vorlaufkurse empfohlen werden. Wir wissen sehr genau, dass es ungefähr die

Hälfte der künftigen Schüler nicht deutscher Herkunft betrifft, dass ihnen dringend ein Vorlaufkurs empfohlen wird. Wir wissen selbstverständlich, dass es nach PISA Schülerinnen und Schüler in unterschiedlichen Kategorien gibt. Das sagt aber letztlich nicht aus, wie viele davon, ob sie mehrsprachig oder einsprachig erzogen sind, tatsächlich gut Deutsch sprechen können. Darum geht es letztlich.

Wir haben aus PISA die Aufgabenstellung mitbekommen, damit umzugehen, dass insbesondere Kinder und Jugendliche der zweiten und dritten Generation, die aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien kommen, große Schwierigkeiten haben. Dort sind die Sprachschwierigkeiten am größten.

Meine Damen und Herren, es hilft nichts, solche Sachverhalte zu ignorieren und zu leugnen, sondern man muss sie offensiv angehen und damit auf den verschiedensten Wegen umgehen, also auch mit der Frage, wie das außerhalb des Unterrichts aussieht.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich denke durchaus, dass sich insgesamt in der Bevölkerung, wenn auch nicht in diesem Landtag, in der Diskussion um den Berliner Schulhof ein Paradigmenwechsel ergeben hat, dass sich eine positive Bewusstseinsveränderung insoweit ergeben hat, dass die Bedeutung der Sprache, und zwar die Bedeutung der Landessprache, in den Vordergrund gestellt wird, damit Kinder eine Chance des Bildungszugangs im wahrsten Sinne des Wortes und des Bildungserfolges haben, und damit auch Chancen auf eine Ausbildung in einem Beruf und, damit verbunden, die Chance auf Teilhabe an dieser Gesellschaft.

Meine Damen und Herren, dass diese Diskussion nun besser möglich ist, dass sie produktiver und konstruktiver in der Gesellschaft geführt wird, das halte ich für einen außerordentlichen Gewinn.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das ist auch deswegen zu spüren, weil wir in Hessen daran beteiligt waren, dass sich eine solche Diskussion entwickelt. Frau Kollegin Henzler und Herr Irmer haben es angesprochen, wie wir bereits in den letzten vier oder fünf Jahren dieses Thema bearbeitet haben und damit auch die Gewichtung der Landessprache für den Bildungserfolg von Kindern in den Vordergrund gestellt haben.

Da erinnert sich mancher natürlich nicht so gerne an seine früheren Reden. Es erinnert sich mancher nicht so gerne daran, wie die Diskussion war, als wir am Anfang über die Vorlaufkurse diskutiert haben. Es erinnert sich mancher nicht so gerne daran – der Begriff „Zwangsgermanisierung“ ist gefallen –, dass dies in einen Gegensatz mit anderen Unterrichtsformen gebracht worden ist und dass immer noch behauptet worden ist, zwei Stunden am Nachmittag einmal in der Woche würden im Grunde reichen, und man müsse durch Gruppenbildung und Mischung der Klassen erreichen, dass die Kinder Deutsch lernen. – Wir wissen aus den vergangenen Jahrzehnten, dass dies nicht erfolgreich gewesen ist, dass Kinder und Jugendliche damit nicht zum Erfolg, nicht zum Abschluss gekommen sind. Ich sage, dass alle diejenigen, die dies noch heute romantisch verklären, es billigend in Kauf genommen haben. Aber das darf in Zukunft nicht mehr so sein. Dafür tragen wir Gewähr.

Meine Damen und Herren, ich will schon noch einmal deutlich machen: Als wir die Vorlaufkurse eingeführt ha-

ben, gab es in diesem Hause eine aggressive polemische Auseinandersetzung darum. Als wir an dieser Stelle gefragt haben, ob denn Einschulung in die erste Klasse sein kann ohne Sprachkenntnisse, gab es eine äußerst polemische Auseinandersetzung in diesem Hause. Es gibt eine Lehrgewerkschaft, die kriegt heute noch Pickel im Gesicht, wenn sie im Kultusministerium diesem Satz auf dem Flur begegnet: Kein Kind kommt in die erste Klasse, ohne Deutsch zu können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das war eine andere Eingangssituation, als wir sie heute in der allgemeinen gesellschaftlichen Diskussion haben. Da ist sehr viel geschehen: eine gesetzliche Ordnung, die ermöglicht hat, dass wir durch frühere Anmeldung Sprachkurse anbieten konnten, und die eine Hoffnung auf Erfolg, d. h. nachhaltige Wirkung, gibt. Auf dieser Basis haben wir diese Kurse angeboten, und es sind mittlerweile deutlich über 700 Kurse im Lande Hessen.

Ich darf auch feststellen, weil hier wieder die übellaunigen Bemerkungen kamen, ob genug Geld und ob genug Kurse da seien, dass sich in den Jahren der unionsgeführten Regierung, mit und ohne FDP, die Zahl der Kurse in diesem Feld und der Schüler darin verdoppelt hat.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, da hat inzwischen mancher im Bereich der Wissenschaft genauer nachgedacht, ob die Beherrschung der Muttersprache tatsächlich Voraussetzung sei, um die Landessprache lernen zu können. Es gibt neue Erkenntnisse, die ich für außerordentlich differenziert, zielführend und auch hilfreich halte, zumal sich die Wirklichkeit anders abspielt. Denn viele der Kinder und Jugendlichen, um die es geht, haben die doppelte Halbsprachigkeit und nicht die Chance, sich in einer Sprache schon sehr sicher zu bewegen. Deswegen wollen wir bewusst, dass sie sich in der Landessprache sehr sicher bewegen.

Meine Damen und Herren, in den letzten Jahren sind weitere Maßnahmen durchgeführt worden. An den Vorlaufkursen haben mittlerweile 22.000 Kinder teilgenommen. Diese Kurse waren sehr segensreich. Darüber hinaus sind über diese Maßnahmen viele Mütter erreicht worden, viele Erzieherinnen sind fortgebildet worden, und es hat Formen der Kooperation gegeben, die äußerst wirksam waren, z. B. mit der Hertie-Stiftung Aktivitäten im Rahmen des Modellprojekts „Frühstart“, Maßnahmen im Bereich der START-Programme für begabte Kinder aus Migrationsfamilien und das Programm „Deutsch & PC“, das evaluiert worden ist und dessen Erfolg überhaupt nicht bestritten werden kann, das vielen jungen Menschen geholfen hat. Viele andere Beispiele sind im Antrag genannt.

Ich will noch einmal deutlich machen, dass die Tatsache, dass wir rund 45 Millionen € im Jahr für die Förderung von Migranten zur Verfügung stellen – für Vorlaufkurse, für Sprachkurse, für zusätzliche Stellen an Schulen mit einem hohen Ausländeranteil –, in der gegenwärtigen haushaltspolitischen Lage eine außerordentliche Leistung dieses Hauses und dieses Landes ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin der Meinung, dass es wichtig wäre, wenn wir Verbindlichkeit und Freiwilligkeit in ein sinnvolles Miteinander brächten. Die Vorlaufkurse bewegen sich ganz scharf an der Grenze der Verbindlichkeit in unserem Schulwesen, weil wir auch bezüglich der Aufnahme in die erste

Klasse eine gesetzliche Lösung geschaffen haben.

Auf der anderen Seite ist es ein hoher zusätzlicher Gewinn, wenn es in den Schulen intern zu Vereinbarungen kommt, wie Eltern, Schüler und Lehrer gemeinsam zu Beschlüssen kommen und auch gemeinsam die Verantwortung dafür tragen, dass diese Beschlüsse im Schulalltag konkret umgesetzt werden. Dafür kann es keine Anweisung von oben geben, hierbei wäre eine Anweisung von oben sogar ausgesprochen hinderlich.

Es kann aber Anregungen geben. Es kann auf der Basis einer solchen Anregung, die der Landtag jetzt wohl beschließen wird, dazu kommen, dass an den Schulen genauer darüber nachgedacht wird, ob die Tatsache – wie ich für viele Schulen vermute –, dass so viele Kinder verschiedener Nationalitäten an einer Schule sind, dazu führt, dass dort vermehrt Deutsch gesprochen wird. Wir haben andererseits gehört, dass das, was sich an Fehl- und Gewaltverhalten an dieser Berliner Schule gezeigt hat, dann gebrochen werden kann, wenn man sich nicht mehr hinter der eigenen fremden Sprache verstecken und wenn man nicht mehr in der eigenen Sprachgruppe abgekapselt Slogans gegen die Angehörigen einer anderen Sprachgruppe formulieren kann. Ich glaube, dass dies in Verbindung miteinander gesehen werden muss. Es gibt also eine klare Weisung im Blick auf die Vorlaufkurse, aber freie Vereinbarungen, welche Sprachen in der Freizeit, in den Pausen, an den Schulen verwendet werden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kollegin, die Redezeit der Fraktionen ist abgelaufen.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Meine Damen und Herren, das ist ein Aspekt, der an dieser Schule in Berlin zu großen Erfolgen geführt hat, der zu mehr Selbstbewusstsein geführt hat – Frau Kollegin Henzler hat eben den Schulsprecher zitiert –, zu einem Selbstbewusstsein, das deutlich macht: Die Schüler haben dabei etwas gelernt, sie sind vorbereitet für ihre persönliche Zukunft, sie sind vorbereitet auf Integration und Teilhabe an dieser Gesellschaft. Das ist das Anliegen. Daran kann keiner vorbeireden.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat der Abg. Rentsch.

**Florian Rentsch (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich vorab eine Anmerkung zu der Rede des Kollegen Wagner machen, die wir eben vernehmen konnten, und zu dem, was wir von den GRÜNEN in den letzten drei Tagen offenbart bekommen haben.

Kollege Wagner, Sie haben sich vorhin das dritte Mal in dieser Woche als Fastnachtsredner versucht. Ich muss ganz ehrlich sagen, wenn man sich als Fastnachtsredner versucht und an großen Vorbildern misst, z. B. an Ernst Neger aus Mainz, dann sollte man wissen,

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass diese es schaffen, ein Thema polemisch herüberzubringen, aber trotzdem Inhalte transportieren. Das haben Sie in dieser Woche leider vermissen lassen, Herr Kollege Wagner.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Bezüglich des Stils muss ich sagen: Man kann in dieser Debatte absolut unterschiedlicher Meinung sein.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Hören Sie sich das erst einmal an. – Man kann zwar unterschiedlicher Meinung sein – auch die Kollegin Habermann hat eine Meinung vorgetragen, die mit der meinen nicht deckungsgleich ist –, aber nur noch Polemik zu betreiben, nur noch Angriffe zu starten, das wird diesem Thema nicht gerecht, und das ist auch kein ordentlicher parlamentarischer Stil.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Was dieser Vergleich mit Gerhard Polt sollte, weiß ich nicht, aber er war auch nicht witzig. Wir sollten versuchen, zur Debatte zurückzukommen. Die anderen Kollegen haben wenigstens versucht, über das Thema zu diskutieren.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, worum geht es bei diesem Thema? An dieser Berliner Schule war das Problem vorhanden, dass kein Dialog zwischen verschiedenen Schülergruppen auf der einen Seite und den Lehrern auf der anderen Seite mehr möglich war. Kollegin Henzler hat das ausgeführt. Man hat versucht, wieder einen Dialog herzustellen, weil man Ausgrenzungen vermeiden und verhindern wollte, dass sich Schüler absondern und in der Schulgemeinschaft nicht mehr zu Hause sind. Darum ging es.

Wir wollen eine Basis der Kommunikation haben. Eine solche Basis ist eine gemeinsame Sprache. Dass dies in Deutschland natürlich Deutsch ist, liegt auf der Hand.

(Beifall bei der FDP)

Diesen Dialog wollen wir herstellen. Es ist natürlich klar, dass das nicht an jeder Schule ein Thema ist. Deshalb hat die FDP-Fraktion gesagt: Wir setzen auf freiwillige Vorstöße, aber wir wollen auf jeden Fall, dass diese Diskussion an den Schulen aufgenommen wird, dass darüber diskutiert wird, ob es möglicherweise ein Problem gibt.

Das Erfolgsrezept in Berlin war, dass an dieser Schule sowohl vonseiten der Lehrerschaft als auch vonseiten der Schüler erkannt wurde, dass es ein Problem gibt. Kommunikationsprobleme gehen doch zumeist nicht von einer Seite aus. Genau diese Diskussion wollen wir anregen, Herr Kollege Al-Wazir. Wenn man nicht über dieses Thema diskutiert, wird man es gar nicht auf die Tagesordnung nehmen können. Deshalb ist es wichtig, diese Diskussion auf jeden Fall anzustoßen.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist auch erstaunlich, was der Landeselternbeirat in dieser Woche gesagt hat. Der stellvertretende Vorsitzende appellierte an die Politiker aller Parteien, sich in der Landtagsdebatte nicht gegenseitige Schuldvorwürfe zu machen, sondern die Notwendigkeit der Förderung der deutschen Sprache auch außerhalb des Unterrichts zu sehen.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das haben wir in dieser Debatte zu tun versucht. Es sind teilweise Sachargumente ausgetauscht worden. Das kann man allerdings für die GRÜNEN in dieser Debatte keinesfalls sagen, weil sie wirklich immer wieder versuchen, mit ihrer Ideologieklatzche die Debatte kaputtzumachen.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich muss ganz ehrlich sagen, so lassen wir nicht mit uns umgehen. Da kann sich die Kollegin Schulz-Asche gerne aufregen.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich rege mich überhaupt nicht auf!)

Ich finde es ungehörig, was hier passiert ist, und es ist der Sache absolut nicht angemessen, weil dieses Thema wirklich wichtig ist.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist peinlich!)

Wir plädieren dafür, dass wir zum Thema zurückkehren, dass wir über die Frage diskutieren, ob es an den Schulen in Hessen ein Problem gibt. Ich sage, es gibt an vielen Schulen das Problem, dass es keine gemeinsame Kommunikationsbasis gibt. Deshalb ist die Anregung der FDP-Fraktion völlig richtig. Meine Damen und Herren, überlegen Sie sich, ob Sie nicht zur Sachpolitik zurückkehren wollen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat der Abg. Al-Wazir.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich stelle fest, dass der Beitrag des Kollegen Rentsch erst recht kein Beitrag zur Sachdiskussion war.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lieber Kollege Rentsch, wenn man Mitglied einer Fraktion ist, die – der Kollege Wagner hat es gesagt – sicher unbewusst in dem Titel ihres Antrags die Homepage einer NPD-Zeitung genannt hat, und zweitens Stadtverordneter ist, der in diesem Saal in dieser Frage mit den Republikanern gestimmt hat, dann sollte man nicht auf einem hohen Ross sitzen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Moralapostel! Internetseite? Aber hallo!)

– Das hat überhaupt nichts mit einem Moralapostel zu tun, Herr Kollege Hahn.

Zur Sache.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Sie können sich setzen, denn zur Sache haben Sie nichts zu sagen! – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

– Haben Sie sich beruhigt? Danke schön. – Frau Wolff, Sie haben auf die Diskussion um die Vorlaufkurse hingewiesen, die wir vor Jahren geführt haben. Ich möchte die als Beispiel nehmen. Da ist nämlich im Vorfeld genau dasselbe passiert, was bei dieser Diskussion geschehen ist. Wir haben von Anfang an eine reine Defizitdiskussion ge-

führt. Wenn Sie sich einmal ein bisschen neben sich stellen, zur Diskussion um das Schulgesetz zurückgehen und sich dann die Frage stellen, wie damals diskutiert worden ist, dann sehen Sie, dass damals das Problem war, dass – quasi als Überschrift – gesagt worden ist: Nur der, der Deutsch kann, kommt in die erste Klasse. – Das heißt, es ist vor allem darüber diskutiert worden, wie man verhindert, dass die Einschulung in die erste Klasse funktioniert. Es ist aber nicht darüber nachgedacht worden, wie man fördert, sondern es ist eher darüber nachgedacht worden: Was tun wir – –

(Lebhafte Zurufe von der CDU und der FDP)

– Entschuldigung, ich versuche gerade, einen Beitrag zur Sache zu leisten. Offensichtlich ist die CDU-Fraktion aber nicht in der Lage, zuzuhören.

(Lebhafte Zurufe von der CDU und der FDP)

Ich fahre fort: Es wurde nicht darüber nachgedacht, wie gefördert wird, sondern es wurde vor allem darüber nachgedacht, wie man mit denen umgeht, die sich verweigern. Die Erfahrung ist aber doch, Frau Kultusministerin:

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Als die Angebote da waren, nämlich die Vorlaufkurse, ist das, worüber wir uns vorher auseinander gesetzt hatten, nämlich über Parallelgesellschaften, über Verweigerungshaltungen, überhaupt kein Thema mehr gewesen. Fast 100 % derjenigen, denen dieses Angebot gemacht worden ist, haben nämlich dieses Angebot angenommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU und der FDP)

Das ist der Punkt, über den wir reden. In Berlin hat sich eine Schule auf den Weg gemacht. Diese Schule braucht weder Skandalgeschrei auf der einen Seite noch Hurra-Geschrei auf der anderen Seite. Die Schule muss das machen können, was für diese Schule das Richtige ist. Das ist genau der Punkt, um den es geht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU und der FDP)

Es fällt schon auf – –

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Auch wir brauchen kein Geschrei!)

– Entschuldigung, wenn Sie nicht dauernd dazwischenbrüllen würden, dann könnte ich ruhiger reden, Herr Kollege Müller.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Ich sage Ihnen aus meiner ganz persönlichen Erfahrung: Ich war einmal zwei Jahre auf einer Schule – –

(Lachen bei der CDU und der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das physikalische Gesetz „Actio gleich Reactio“ gilt in diesem Parlament nicht. Insofern müssen Sie es ertragen, aber er darf reden. – Sie haben das Wort.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich war einmal zwei Jahre lang auf einer Schule, in der die Unterrichtssprache nicht Deutsch war.

(Volker Hoff (CDU): Dafür waren Sie dann länger auf der Uni! – Gegenruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD): Oh Mann, das ist ein Niveau!)

– Mein Gott, mein Gott, das ist wirklich ein Niveau, dagegen ist Fastnacht etwas Hochstehendes.

(Zurufe)

In dieser Schule war die Unterrichtssprache Englisch. Die Schülerschaft war hochgradig gemischt, über alle Nationen hinweg. Auf dem Schulhof habe ich Englisch, Deutsch und Arabisch geredet. Alle anderen Leute haben die unterschiedlichsten Sprachen benutzt. Ich sage Ihnen, warum das dort überhaupt kein Problem war: Das waren Oberschicht- und Diplomatenkinder. Das genau ist der Unterschied.

Deswegen kommen wir am Ende, wenn wir uns über solche Dinge auseinander setzen, wieder genau an den Punkt: Wie ist die soziale Herkunft der Schülerinnen und Schüler? Wie ist die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler? Was passiert nicht nur in 40 Minuten Pause, sondern was passiert in den sechs oder acht Stunden Unterricht? – Herr Irmer, darüber haben Sie recht wenig geredet, und das genau ist das Problem.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen sage ich – –

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Ihre Redezeit ist zu Ende.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, ich komme zum Schluss, letzter Satz. – Wenn wir uns wirklich ernsthaft mit der Sache beschäftigen wollen, wenn wir das ernst meinen, was die Kultusministerin zur Frage der Selbstständigkeit von Schulen gesagt hat, dann sollten wir als Politik uns aus diesem Punkt heraushalten und die Schulen das tun lassen, was für sie das Richtige ist – sei es in der einen oder der anderen Richtung. Aber solche Anträge, wie sie zu diesem Punkt gestellt worden sind, brauchen wir wirklich nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das müssen Sie uns schon überlassen!)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Zu einer Kurzintervention hat Herr Kollege Rentsch das Wort.

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Al-Wazir, um nur drei Punkte darzustellen.

Erstens war es ein GRÜNER in Berlin, der diese Debatte hochgezogen hat.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Das disqualifiziert Sie. – Das zum Thema Meinungsfreiheit.

Zweitens. Die FDP lässt sich sicherlich nicht von Radikalen in eine Ecke stellen. Wenn wir Überschriften für einen Antrag wählen, dann tun wir das nach dem Motto der Meinungsfreiheit, ohne abzustimmen, ob das mit Radikalen von links oder von rechts kongruent geht.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, insofern also: Disqualifizierungen durch Überschriften sind wirklich niveaulos.

(Beifall bei der FDP)

Drittens. Herr Kollege Al-Wazir, das ärgert mich schon wirklich: Wenn Sie hier als Beispiel nehmen, dass die FDP in diesem Rathaus – und das ist richtig – bei dem Antrag, den sie selbst gestellt hat, Zustimmung von den „Republikanern“ erhält, dann weiß ich nicht, ob Sie deswegen den Antrag kritisieren sollten. Er hat ungefähr den gleichen Inhalt wie der Antrag, den wir hier gestellt haben.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Es geht um den Inhalt!)

Dann müssen Sie aber auch erwähnen, dass die GRÜNEN eine oder zwei Sitzungen zuvor beim Thema Baumschutzsatzung gemeinsam mit den „Republikanern“ abgestimmt haben.

(Zurufe von der FDP und der CDU)

Dann müssen Sie auch erklären, warum die GRÜNEN in den letzten Monaten bei mindestens 20 Abstimmungen mit der Linken Liste, der kommunistischen Plattform, in Wiesbaden gemeinsam abgestimmt haben. Herr Kollege Al-Wazir, man sollte also sehr vorsichtig sein, wenn man in den Wald hineinruft – wenn man nicht genau weiß, wo sich die Bäume befinden.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb sage ich Ihnen: Ich bin gerne bereit, mit Ihnen über Sachargumente zu streiten – auch wenn Sie hier nur wenige genannt haben. Aber das Ganze hier nur über Hohn und Polemik aufzubauen, wird – das kann ich nur wiederholen – der Sache wirklich nicht gerecht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Dann halte ich fest: Inklusive des Entschließungsantrags unter Tagesordnungspunkt 47 werden die Anträge unter den Tagesordnungspunkten 53 und 35 dem Kulturpolitischen Ausschuss zur weiteren Beratung überwiesen. – Dem wird nicht widersprochen. Dann verfahren wir so.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

#### **Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die staatliche Anerkennung von Berufsakademien und des Ingenieurgesetzes – Drucks. 16/5286 –**

Die Redezeit beträgt zehn Minuten pro Fraktion. Zur Einbringung erteile ich Herrn Staatsminister Corts das Wort.

#### **Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir noch Gelegenheit haben –

(Unruhe)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Einen Augenblick, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, es ist nicht laut, aber unruhig. Das ist aber genauso störend.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, es ist unruhig und laut!)

#### **Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

Ich freue mich, dass wir noch die Gelegenheit haben. Herr Siebel sagt, wir warten ja schon zwei Tage lang, aber immerhin ist es jetzt so weit.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Eine schwere Geburt, Herr Minister!)

Die Landesregierung hat am 13. Februar 2006 den vom Ministerium für Wissenschaft und Kunst vorgelegten Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über die staatliche Anerkennung von Berufsakademien und des Ingenieurgesetzes gebilligt und die Einbringung ins Parlament beschlossen.

Mit der Novellierung des Gesetzes soll den bisherigen Erfahrungen und der veränderten bildungspolitischen Situation Rechnung getragen werden. In diesem Zusammenhang möchte ich aus dem Regierungsprogramm zitieren:

Wir unterstützen den Aufbau von Berufsakademien. Als Alternative zum Hochschulstudium und zur Berufsausbildung im dualen System vermitteln die Berufsakademien eine praxisorientierte, wirtschaftsnahe und zugleich wissenschaftsbezogene Ausbildung im tertiären Sektor. Die Abschlüsse an Berufsakademien werden den Abschlüssen an einer FH gleichgestellt.

Wir werden prüfen, inwieweit in eng begrenztem Rahmen auch eine staatliche Förderung von Berufsakademien möglich ist.

Meine Damen und Herren, bevor ich im Einzelnen auf die Gesetzesnovelle und darauf, was wir verändern werden, eingehe, möchte ich einige grundsätzliche Bemerkungen machen.

Sie wissen sehr genau, dass die Berufsakademie in Hessen bisher keine große Tradition hatte. Vielmehr hat sie eine große Tradition in Baden-Württemberg – dort ist es im Prinzip der Renner geworden. Mit der ersten Regierung Koch/Wagner wurde das im Jahre 2001 als ein möglicher Bildungsgang eingeführt.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das ist von den Unternehmen sehr positiv aufgenommen worden. Aber die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass es notwendig ist, einige Dinge zu verändern.

Im Fachhochschulsektor haben wir einiges geändert. Sie kennen alle das Studium plus in Gießen-Friedberg. Aber das reicht nicht aus. Wir sind der Auffassung, dass wir diesen Weg gehen wollen, um weitere Ausbildungschancen

zu bieten und dem dualen Weg weiteren Wettbewerb zu eröffnen.

Zu diesem Wettbewerb gehören einmal die Universitäten, zum Zweiten aber auch die Fachhochschulen und zum Dritten die Berufsakademien. Bislang sind die Berufsakademien ohne staatliche Beihilfe entstanden. Deswegen sind wir der Auffassung – um in einen Wettbewerb, beispielsweise mit Baden-Württemberg, zu kommen; und da muss man darauf hinweisen, dass viele Ausbildungskapazitäten, die zurzeit in Baden-Württemberg angeboten werden, von hessischen Unternehmen erbracht werden –, dass wir uns daran in irgendeiner Art und Weise beteiligen und eine Initiative dazu anschieben sollten.

In der nächsten Zeit werden wir in den verschiedenen Lesungen über die einzelnen Punkte diskutieren. Deswegen will ich heute einfach die wichtigsten Punkte hervorheben, auf die wir abstellen wollen.

Sie wissen sehr wohl, dass wir einige Berufsakademien haben: in Bad Wildungen, Rodgau, Bad Homburg usw. Aber das wollen wir noch ausbauen. Deswegen möchte ich Ihnen jetzt die wichtigsten Novellierungspunkte vortragen, über die ich mit Ihnen in eine Diskussion eintreten möchte. Folgendes soll neu geregelt werden.

Erstens. Berufsakademien bleiben besondere Bildungseinrichtungen des tertiären Bereichs in nicht staatlicher Trägerschaft. Eine ausdrückliche Abgrenzung gegenüber Hochschulen erfolgt nicht mehr.

Zweitens. Die bisherigen Anforderungen an die Genehmigung von Studiengängen werden zugunsten der Akademien erleichtert. So gilt z. B. die Genehmigung für die Einführung eines Studiengangs und für Studien- und Prüfungsordnungen durch den Nachweis einer Akkreditierung – wie bei den anderen auch – als erteilt. Die Genehmigungspflicht für die Einstellung von Studiengängen entfällt.

Drittens – ein sehr sensibler Punkt, weil schwierig zu finanzieren –: Grundsätzlich sollen 40 % des Lehrbetriebs an den Akademien von hauptberuflichen Lehrkräften durchgeführt werden. Auf dieses Quorum können aber auch solche Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen und Universitäten angerechnet werden, die längerfristig in Nebentätigkeit an einer Berufsakademie lehren. Des Weiteren wird für hauptamtliche Lehrkräfte die Möglichkeit zur Verleihung des Professorentitels geschaffen.

(Nicola Beer (FDP): Das ist der beste Gag!)

Das ist nicht ganz unwichtig, um den Bedarf richtig zu decken.

Viertens. Im Gesetz wird sowohl die Regelung für die berufsrechtliche Gleichstellung des Berufsakademiediploms mit dem Fachhochschuldiplom – was lange gefordert wurde und was immer ein Manko war, auch im Wettbewerb mit Baden-Württemberg – als auch die hochschulrechtliche Gleichstellung der Bachelor-Abschlüsse mit Bachelor-Abschlüssen von Hochschulen zur Herstellung der Rechtssicherheit der Studierenden aufgenommen. Durch diese Gleichstellung werden sowohl das Regierungsprogramm wie auch der entsprechende Beschluss der Kultusministerkonferenz umgesetzt.

Fünftens. Im Gesetz wird eine englische Bezeichnung für Berufsakademien festgelegt: „University of Cooperative Education“, wie überall in Deutschland. Hierdurch wird eine einheitliche englischsprachige Bezeichnung erreicht.

Sechstens. Waren die Berufsakademien bisher ausdrücklich von einer staatlichen Finanzierung ausgeschlossen, so wird durch die Novellierung jetzt eine staatliche Förderung der Akademien ermöglicht. Das heißt, die Vorgabe aus dem Regierungsprogramm, die ich vorhin zitiert habe, wird nun erfüllt.

(Nicola Beer (FDP): Das ist wohl das Wichtigste!)

Diese Mittel wollen wir nicht den anderen Hochschulen entziehen – dafür gibt es ja einen Hochschulpakt –, sondern es soll ein eigener, zusätzlicher Mittelbedarf ausgewiesen werden.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo kommt der her?)

Durch diese Neuregelung wird den Berufsakademien ein mehrfach artikulierter Wunsch, auch staatliche Finanzierung erhalten zu können, erfüllt.

Meine Damen und Herren, mit dieser Novelle schlägt die Landesregierung dem Landtag eine neue Etappe in der Entwicklung der Berufsakademien in Hessen vor. Ohne Preisgabe ihrer spezifischen Struktur, die meines Erachtens den Praxistest bestanden hat, werden die Berufsakademien besser in das tertiäre System integriert. So bilden die Einrichtungen auf gleicher Augenhöhe mit den Hochschulen aus und werden damit gleichermaßen für die Wirtschaft wie für die Studierenden attraktiver.

Die Landesregierung sieht in den Berufsakademien einen wichtigen Akteur im hessischen Bildungswesen. Wir stehen in den nächsten Jahren vor wachsenden Studierendenzahlen. Wir wissen, dass wir mehr und vor allem gut qualifizierte Absolventinnen und Absolventen des tertiären Systems brauchen, auch bei den Berufsakademien. Dazu soll diese Gesetzesnovelle aus unserer Sicht einen Beitrag leisten. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Kollegin Beer, und damit wird die Aussprache eröffnet. Bitte schön.

#### **Nicola Beer (FDP):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Einrichtungen der berufspraktischen Ausbildung mit erhöhter theoretischer Unterweisung leisten die Berufsakademien einen wichtigen und sehr guten Beitrag im Bildungsbereich.

Sie kommen vor allem mit ihren auf spezielle Wirtschaftsbranchen abgestimmten Ausbildungsprogrammen den Unternehmen entgegen, mit denen sie zusammenarbeiten. Diese Unternehmen könnten meist ihre Vorstellungen direkt in die Curricula und damit in die Ausbildungsinhalte umsetzen und schätzen, dass die Absolventen aufgrund ihrer Praxisphasen, die sie in ihren Betrieben machen, nach ihrem Abschluss unmittelbar einsetzbar sind.

Die FDP unterstützt – und hat dies auch in der Vergangenheit stets getan – die Berufsakademien daher als weitere, von den Fachhochschulen und Universitäten zu unterscheidende Angebote mit eigenständigem Profil. Dies bedeutet aber auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir uns jeder Gleichmacherei und Nivellierung im Bildungsbereich entgegenstemmen.

(Beifall bei der FDP)

Wir tun dies im Schulbereich, wenn es um den Erhalt der Vielfalt im dreigliedrigen Schulsystem geht, ergänzt durch kooperative und integrierte Gesamtschulen, und wissen hier die CDU häufig an unserer Seite.

Herr Minister, wir tun dies aber auch im tertiären Bereich, wo wir für den Erhalt der Vielfalt, bestehend aus Universitäten und Fachhochschulen sowie Berufsakademien, kämpfen und dieses System daher der Gleichmacherei entgegenstellen werden, die die CDU nunmehr in Hessen plant.

(Beifall bei der FDP)

Diese Gleichmacherei des vorliegenden Gesetzentwurfs ist die Sozialdemokratisierung der CDU in der Hochschulpolitik.

(Beifall bei der FDP – Lachen bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die vorgelegte Novelle geht weit über das Notwendige, vor allem über das Sinnvolle hinaus. Umzusetzen ist nämlich nach der entsprechenden Beschlussfassung der Kultusministerkonferenz lediglich die berufsrechtliche Gleichstellung akkreditierter Bachelor-Abschlüsse von Berufsakademien. Das heißt, es geht allein darum, zu gewährleisten, dass akkreditierte Bachelor-Abschlüsse denselben Zugang zu weiterführenden Studien wie etwa den Master-Programmen oder auch zum öffentlichen Dienst bieten, egal ob dieser Bachelor-Abschluss an einer Berufsakademie, an einer Fachhochschule oder an einer Universität erworben wurde.

(Zustimmung bei der FDP)

Es ist aber falsch, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn die CDU mit dem hier vorliegenden Gesetzentwurf nun die Gleichstellung der Berufsakademien als Hochschule, die Gleichstellung der sonstigen nicht akkreditierten Diplome, die Gleichstellung bei den Professorentiteln und den Einstieg in die Gleichstellung bei der Finanzierung betreibt.

(Beifall bei der FDP)

Dreh- und Angelpunkt ist dabei, dass die CDU entgegen der Beschlussfassung der Kultusministerkonferenz die Abgrenzung zwischen Hochschulen auf der einen Seite und Berufsakademien auf der anderen Seite abschaffen will, und zwar einfach dadurch, indem sie den Satz „Sie“ – also die Berufsakademien – „sind keine Hochschulen“ streicht und die Berufsakademien als „Universities“ statt als „Academies“ bezeichnet.

Der Gedankenfehler, den Sie dabei machen, Herr Minister, liegt auf der Hand: Nur weil die Berufsakademie mit dem Bachelor-Abschluss denselben Zugang, z. B. zum Master-Studium, vermittelt, ist sie keine Hochschule. Das wäre, als ob man die Meisterschule, weil der Meistertitel genauso wie das Abitur die Möglichkeit des Zugangs zum Studium eröffnet, nun als Gymnasium bezeichnen wollte.

Nein, wer Hochschule werden will, der muss die entsprechenden Anforderungen erfüllen, und wer diese Anforderungen erfüllt, der bekommt dann auch in Hessen die Genehmigung als Fachhochschule oder Universität. Herr Minister, Sie haben das Beispiel Studium plus selbst genannt. Man könnte hier auch, wenn man die Universitäten ansprechen will, die Hochschule für Bankwirtschaft nennen.

Die weiteren Punkte des Gesetzes, die Sie angesprochen haben, sind dann abgeleitete Fehler dieses soeben dargestellten Kardinalfehlers.

Erster Punkt: Zusammen mit dem akkreditierten Bachelor auch die nicht akkreditierten Diplome mit Hochschulabschlüssen gleichstellen zu wollen entbehrt jeder Logik. Sachgerecht ist es vielmehr so, wie wir es bislang geregelt haben: Das Diplom einer Berufsakademie vermittelt den Anspruch darauf, nach zwei Semestern Studium an einer Fachhochschule auch das Fachhochschuldiplom zu erhalten. Herr Minister, Sie behalten diese Regelung in Ihrem Gesetzentwurf zwar bei, aber sie ist letztendlich nur auf dem Papier beibehalten, denn sie wird zukünftig keinen Anwendungsbereich mehr haben, wenn die Gleichstellung des Berufsakademiediploms mit dem Fachhochschuldiplom bereits vorgenommen worden ist.

Falsch und zudem auch widersprüchlich ist die Verleihung des Professorentitels für hauptberuflich an der Berufsakademie Tätige aufgrund ihrer Beschäftigung.

(Beifall bei der FDP)

Denn, Herr Minister, entweder liegen die Qualifikationen für einen Professorentitel nach dem Hochschulgesetz wirklich vor, dann ist dieser, und zwar gegebenenfalls eben in Form der Privatdozentur, nach § 32 Abs. 2 Hessisches Hochschulgesetz auf dem normalen Weg zu verleihen, dann aber auf Dauer und nicht auf Zeit. Oder – andere Möglichkeit – die Qualifikation für eine Professur ist nicht gegeben, dann brauchen wir auch keinen Berufsakademieprofessor light, zumal der Wegfall eines Professorentitels aufgrund des Wechsels der anstellenden Einrichtung dem deutschen Rechtssystem fremd ist. Ich warte schon auf die ersten Briefe der Professoren, die Sie auf Zeit ernannt haben und die dann nach Ausscheiden aus der Berufsakademie ihren Titel gern behalten möchten. Es sind schließlich Visitenkarten gedruckt.

Problematisch ist in diesem Zusammenhang aber auch die geplante Anrechnung von an der Hochschule hauptberuflich tätigen Professoren, die dann mit Nebentätigkeitsurlaubnis des Landes an Berufsakademien unterrichten, als so genannte hauptberufliche Berufsakademieprofessoren. Meines Erachtens ist nicht einsichtig, wie man an zwei Einrichtungen gleichzeitig hauptberuflich vollumfänglich tätig sein können soll. Eine Einrichtung, sei es die Hochschule, sei es die Berufsakademie, muss da zu kurz kommen.

Herr Minister, ich bin ausgesprochen gespannt auf die Diskussion mit dem Landesrechnungshof zu diesem Thema und vor allem zu der Frage, ob er denn meint, dass diese Regelung mit den §§ 78 ff. des Hessischen Beamtengesetzes überhaupt vereinbar ist.

Eine ganz besondere Schiefelage bekommt der vorliegende Gesetzentwurf aber durch die Streichung des Finanzierungsverbotes der Berufsakademien aus Landesmitteln und – das ist eben der Knackpunkt – durch die Absicht, die Berufsakademien in den nächsten Hochschulpakt aufzunehmen.

Es ist schon erstaunlich, Herr Minister, dass gerade die CDU in der heutigen Zeit neue direkte Subventionstatbestände für erfolgreiche private Unternehmen einführt, zumal die indirekte Subvention durch die Anrechnung der Hochschulprofessoren, die an den Berufsakademien unterrichten und für die die Berufsakademien die Kosten der Gesundheitsfürsorge und der Altersfürsorge sparen – denn diese trägt das Land –, schon sehr erheblich ist.

Vor allem aber, Herr Minister Corts, haben Sie doch überhaupt kein Geld, das Sie an weitere Einrichtungen verteilen könnten. Die Hochschulen in diesem Land sind be-

reits unterfinanziert, auch wenn Sie versuchen, das durch den geltenden Hochschulpakt zu verschleiern.

(Beifall bei der FDP)

Sie müssen aber auch noch – das sehen wir, wenn wir in den Aufstellungsbeschluss des Finanzministers für das Jahr 2007 blicken – mit Ihrem Haus einen Einsparbetrag im hohen zweistelligen Millionenbereich für das nächste Jahr vorlegen. Wenn ich dann auch noch sehe, dass die Berufsakademien überhaupt keine Hochschulen sind, dann ist doch klar, dass sie nicht in den Hochschulpakt gehören.

Zumindest aber, Herr Corts, müssen Sie sich die Frage gefallen lassen, wieso die Berufsakademien an dieser Stelle zukünftig anders behandelt werden sollen als die privaten Fachhochschulen und Universitäten.

(Beifall bei der FDP)

Ich finde es schade, dass Sie diesen gestern Abend beim parlamentarischen Abend des Privathochschulverbandes nicht erklärt haben, warum Sie diese auf die Ersatzschulfinanzierung verweisen, während Sie demnächst die Berufsakademien in den Hochschulpakt aufnehmen möchten.

Für ärgerlich halte ich es auch, Herr Minister, dass Sie die Novellierung des Berufsakademiengesetzes vorgelegt haben, bevor Sie Ihrer Pflicht nach dem Berufsakademiengesetz nachgekommen sind, dem Hessischen Landtag im Abstand von vier Jahren über die Entwicklung der Berufsakademien in Hessen zu berichten. Dieser Bericht ist mehr als ein halbes Jahr überfällig und erst aufgrund unseres Nachbohrens von Ihnen nun eilig erstellt und heute Mittag verteilt worden.

Fazit, meine Damen und Herren: Der vorliegende Gesetzentwurf verabschiedet sich von einer profilierten Vielfalt von Bildungseinrichtungen im tertiären Bereich und setzt auf Finanzierung der Gleichmacherei. Ich hoffe sehr, Herr Minister, dass Sie und die CDU-Fraktion sich im Laufe des Anhörungsverfahrens davon überzeugen lassen, sich mehr am Vorbild des Beispiels in Niedersachsen zu orientieren. Das dortige Berufakademiegesetz sieht nur die berufsrechtliche Gleichstellung akkreditierter Abschlüsse, nicht aber die Gleichstellung der Berufsakademie als Hochschule vor. Es gibt dort keine Finanzierung oder staatliche Beteiligung und auch keine fragwürdigen Professorentitel. Wenn sie das nicht täten, würden sie auf den Widerstand der FDP-Fraktion treffen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Abg. Sorge für die Fraktion der GRÜNEN.

#### **Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor ungefähr viereinhalb Jahren haben wir das Berufsakademiengesetz in großer Einigkeit beschlossen. In der Diskussion über das Berufsakademiengesetz im Jahr 2001 war allerdings Konsens unter allen Fraktionen, insbesondere auch bei der damaligen Ministerin, dass die staatliche Anerkennung der Berufsakademien nicht zu einer staatlichen Finanzierung der Berufsakademien führen darf.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Auch war Konsens, dass die Berufsakademien das Spektrum der dualen Ausbildung erfreulich ergänzen, dass sie aber ganz explizit ein Angebot neben den Hochschulen sind und eben keine den Hochschulen gleichgestellte Einrichtung.

Durch den anderen Auftrag, der sehr viel näher an der Praxis und sehr viel näher an den Betrieben ist, gibt es natürlich Theoriedefizite in der Ausbildung. Zudem haben die Berufsakademien keinen Forschungsauftrag. Daher wurden auch im Berufsakademiengesetz ganz bewusst keine Hochschulgrade und keine Professorentitel vergeben. – So viel zur damaligen Einigkeit.

Jetzt haben wir hier auf den ersten Blick ein eher unauffällig und harmlos aussehendes Gesetz vorliegen, in dem vermeintlich nur kleine Änderungen enthalten sind. Das stimmt aber nicht, meine Damen und Herren. Genau das Gegenteil ist der Fall.

Dieses Gesetz wird erhebliche Auswirkungen auf die hessischen Hochschulen haben, und es geht in allen Punkten genau in die entgegengesetzte Richtung, die eigentlich nötig wäre. Wir brauchen nämlich mehr Studierende. Wir brauchen aber auch eine deutliche Qualitätsverbesserung in der Hochschulausbildung, und wir brauchen natürlich auch mehr Autonomie, mehr Flexibilität und Wettbewerb unter den Hochschulen, um gute Ideen und gute Leute zu gewinnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Dieses Berufsakademiengesetz ist in diesem Sinn absolut kontraproduktiv.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Sehr richtig!)

Es setzt eine erweiterte betriebliche Ausbildung mit einer Hochschulausbildung gleich. Das wird Qualitätseinbußen zur Folge haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Meine Damen und Herren, es tritt genau denen gegen das Schienbein, die sich in den letzten Jahren ganz hervorragend entwickelt haben – den Fachhochschulen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Es ist absurd – ich verstehe nicht, woher Ihre Motivation kommt –, Berufsakademien und Fachhochschulen gleichsetzen zu wollen. Berufsakademien sind nämlich eine sinnvolle Ergänzung der Ausbildung im tertiären Bereich. Sie sind aber keine wissenschaftliche Einrichtung – sie forschen nicht. Sie mit einer Hochschulausbildung gleichsetzen zu wollen ist in der heutigen Zeit von Exzellenz und Konkurrenz um die besten Köpfe unverständlich und geradezu idiotisch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einzig und allein unter Kostengesichtspunkten kann ich es mir erklären, dass Sie überhaupt auf eine solche Idee kommen. Denn Berufsakademien werden größtenteils von Berufstätigen besucht, die neben ihrer Berufstätigkeit eine meist von ihrem Arbeitgeber finanzierte Ausbildung an einer Berufsakademie absolvieren. Die Ausbildung wird also über Gebühren finanziert, die entweder die Studierenden oder die Arbeitgeber ganz gezielt aus Eigeninteresse tragen.

Meine Damen und Herren, wir sehen daran, wo der Hase hinläuft. Sie wollen offensichtlich ganz billig zu mehr Studierenden kommen, und das unter Qualitätseinbußen und auf Kosten der staatlichen Fachhochschulen. Aber damit nicht genug. Sie erleichtern mit dem Gesetz auch noch die Strukturen für die Berufsakademien und verpassen dies in gleichem Atemzug für die Fachhochschulen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In dem von Ihnen vorgeschlagenen Wettbewerb soll noch mit ungleichen Waffen gekämpft werden. So müssen sich die Fachhochschulen jeden dualen Studiengang und Prüfungsordnungen vor der Akkreditierung von dem Ministerium genehmigen lassen. Die Berufsakademien sollen dagegen zukünftig das Privileg haben, dass mit dem Nachweis die Akkreditierung des Studienganges als erteilt gilt.

Bei der Einstellung eines Studienganges verhält es sich genauso. Fachhochschulen brauchen zur Einstellung eines Studienganges die Genehmigung des Ministeriums. Berufsakademien können jederzeit eigenständig Studiengänge wieder einstellen. Fachhochschulen sind zwar praxisorientierter als Universitäten. Aber auch hier besteht eindeutig und unbestritten ein Anspruch der Wissenschaftlichkeit und nicht der reinen Ausbildung. Dies ist natürlich kostenintensiver.

Auch die Tatsache, dass die Berufsakademien die von den Fachhochschulen in Festanstellung bezahlten Professoren in Nebentätigkeit anstellen können, verschafft ihnen per se einen Wettbewerbsvorteil. Das heißt, wir haben wirklich nichts gegen Wettbewerb, aber der muss sinnvoll, nicht ruinös und nicht tendenziös sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Man kann die Fachhochschulen nicht reglementieren, sie finanziell an der kurzen Leine halten und dann gegen eine von allen Zwängen befreite Einrichtung mit großen finanziellen Polstern in den Wettbewerb lassen. Das ist doch wirklich, als wenn Sie zwei Wettläufer gegeneinander antreten lassen und dem einen aufgeben, seitwärts zu gehen, und ihm dabei noch einen Klotz ans Bein hängen. So können Sie das nicht machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung will keinen Wettbewerb und dergleichen. Sie will die hessischen Berufsakademien und deren finanzielle Förderung in die Nähe von Hochschulen rücken, und das – ich habe es schon einmal gesagt – auf Kosten der Qualität und auf Kosten der staatlichen Fachhochschulen. Dieses Gesetz ist nicht wissenschaftspolitisch motiviert, sondern es widerspricht allem, was zurzeit in der Wissenschaftswelt diskutiert wird.

(Zuruf des Ministers Udo Corts – Gegenruf der Abg. Nicola Beer (FDP): Das steht im Gesetzentwurf drin!)

Dieses Gesetz sorgt nicht für mehr Qualität. Es sorgt nicht für Flexibilität und Vielfalt, sondern es dient ausschließlich dazu, billig an mehr Studierende heranzukommen, und das unter Qualitätseinbußen. Daher ist ganz klar, was das Gesetz will. Es ist ideologisch motiviert und ganz eindeutig eine Kriegserklärung an die Fachhochschulen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Nicola Beer (FDP))

Das ist sehr bedauerlich, denn die Fachhochschulen haben sich in den letzten Jahren außerordentlich erfolgreich entwickelt. Wir teilen die Empfehlung des Wissenschaftsrates zur Notwendigkeit des Ausbaus der Fachhochschulen. Wenn die Landesregierung von diesem Konzept abweichen will, dann soll sie sich bitte hierhin stellen und das ganz deutlich sagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Gesetz stimmt mich einmal mehr sehr nachdenklich, weil es erneut zeigt, dass sich der Wissenschaftsminister nicht für die Wissenschaft interessiert und die Hochschulen lieber verramscht, statt sich vor seine Hochschulen zu stellen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn woher sollen die finanziellen Mittel für die Berufsakademien denn kommen? – Sie werden natürlich vom Wissenschaftshaushalt abgeknapst – egal, wie Sie es wieder hin- und herrechnen werden, und das, obwohl die staatlichen Hochschulen unterfinanziert sind und Sie mehrfach den Hochschulpakt gebrochen haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Nicola Beer (FDP))

Die Aufgabe des Wissenschaftsministers ist es doch, sich für seine Hochschulen und für eine Qualitätsverbesserung einzusetzen. Genau das tun Sie nicht. Im Gegenteil, Sie haben wieder einmal Ihre Hausaufgabe nicht gemacht. Das bisherige Berufsakademiengesetz hatte eine Berichtspflicht nach vier Jahren vorgesehen. Aber dieser Bericht liegt uns bis heute nicht vor. Vielleicht sollten wir uns deshalb zu diesem Thema noch einmal zusammensetzen und diesen Bericht auswerten.

(Eva Kühne-Hörmann (CDU), ein Papier hochhaltend: Hier ist der Bericht!)

– Das ist schön. Dann stellen Sie ihn mir zu, und dann können wir gern darüber reden. Frau Kühne-Hörmann, ich hoffe wirklich, dass Sie hier noch zur Vernunft kommen.

Den Konsens der letzten Gesetzesberatung werden Sie mit dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht erreichen – ganz im Gegenteil, denn eine Kriegserklärung an die Fachhochschulen ist gleichzeitig eine Kriegserklärung an eine vernünftige Wissenschaftspolitik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Michael Siebel (SPD))

Ich habe allerdings die Hoffnung, dass wir uns auf unseren Konsens der letzten Gesetzesberatung zurückbesinnen, noch nicht verloren und hoffe in diesem Sinn und natürlich auch im Interesse der Fachhochschulen auf einen Austausch vernünftiger Argumente statt der bei Ihnen leider oft üblichen Gleichsetzungen von Mehrheit und Wahrheit. Meine Damen und Herren, hier werden Sie mit dieser Gleichsetzung leider nicht weiterkommen.

Ich hoffe, dass Sie Vernunft annehmen. Frau Kühne-Hörmann, ich freue mich, wenn Sie sagen, dass der Evaluationsbericht vorliegt. Es wäre nett, wenn wir ihn auch zugestellt bekämen. Dann können wir uns vielleicht erst darüber verständigen. Ich hoffe auf die Gesetzesberatung und darauf, dass wir hier doch noch dazu kommen, von diesem Gesetzentwurf in der bisherigen Form Abstand zu nehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat der Kollege Siebel für die Fraktion der SPD.

**Michael Siebel (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es scheint eine etwas verwirrende Verhandlungslage zu sein. Herr Minister Corts hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Handschrift – so sagt die FDP – einer Sozialdemokratisierung der CDU-Hochschulpolitik darstellt. Eines der wesentlichen Probleme, die Frau Kollegin Beer messerscharf herausgearbeitet hat, ist die Frage, was mit den Visitenkarten von Professoren, nachdem sie befristet angestellt worden sind, später passiert.

(Nicola Beer (FDP): Ich habe noch ein paar mehr Probleme aufgearbeitet!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte gerne herausarbeiten, dass nach unserem Verständnis dieses zum jetzigen Zeitpunkt vorgelegte Berufsakademien-gesetz eine politische Willensbildung ist, aber kein Beitrag zur Verbesserung der Hochschulsituation im Lande Hessen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Staatsminister Corts, Sie haben dies in Ihren allerersten Sätzen sehr deutlich herausgearbeitet. Sie haben nämlich dieses Gesetz mit dem Regierungsprogramm oder dem Programm der CDU begründet –

(Nicola Beer (FDP): Das war noch das Beste!)

wie auch immer. Sie haben sozusagen dieses als Begründung für das Gesetz herangezogen und wenig über die Substanz herausgearbeitet, was das Gesetz eigentlich soll.

(Norbert Schmitt (SPD): Das macht uns nachdenklich!)

Zur Substanz möchte ich so viel sagen: Sie wissen, in der Stellungnahme der KHF wird gesagt:

Nur um eine in Hessen bisher randständige Einrichtung mit fragwürdiger bildungs- und wettbewerbspolitischer Argumentation fördern zu können, wird in Kauf genommen, dass bestehende staatliche Hochschulen in ihrer Leistungsfähigkeit geschwächt werden.

Das ist ein Zitat aus der Stellungnahme der Konferenz der hessischen Fachhochschulpräsidenten zu dem vorliegenden Gesetz. Ich will dazu sagen: Was heißt in diesem Zusammenhang „randständig“? – Nach dem uns heute – das ist schon kritisiert worden – zugegangenen Bericht an den Hessischen Landtag über die Entwicklung der Berufsakademien in Hessen geht es um eine Größenordnung von 0,36 % der Studierenden oder Auszubildenden, über die Bezeichnung wollen wir uns nicht streiten. Das kennzeichnet die Frage der Randständigkeit. Herr Staatsminister Corts, das wollen Sie ändern. Das scheint mir auch in Ordnung zu sein, zumindest vor dem Hintergrund, dass ich es unheimlich Klasse finde, dass es jetzt gelungen ist, die CDU-Hochschulpolitik zu sozialdemokratisieren.

Aber würde es uns gleichwohl gelingen, alle Studierenden oder Auszubildenden – wir wollen uns nicht über Begriffe streiten –, die momentan in Mannheim studieren, auch in Hessen an den Berufsakademien studieren zu lassen, dann würde es sich insgesamt, bezogen auf alle Studieren-

den in Hessen, um ein Volumen von 1,09 % der Studierenden im Lande Hessen handeln. Das heißt, wir reden über eine randständige Erscheinung.

Die Präsidenten der Fachhochschulen haben durchaus Recht. Von daher ist die entscheidende Frage: Was wollen Sie – wenn es eine randständige Entscheidung ist – mit diesem Gesetz als Signal in die Hochschullandschaft senden? – Das ist das Entscheidende, was Sie damit tun wollen. Ich muss allerdings sagen: Ich interpretiere das so, dass das Signal, das Sie senden wollen, das ist, dass Sie von den massiven Problemen, die Sie momentan in Bezug auf die Finanzierung der staatlichen Hochschulen haben, mit diesem Gesetzentwurf ablenken wollen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Nicola Beer (FDP))

Herr Staatsminister Corts, deshalb muss ich Ihnen einige der Zahlen vor Augen halten, die sich in dem Bericht „Hessische Hochschulen im Ressourcenvergleich: Sonderauswertung aus Finanzstatistik und Personalstatistik“ wieder finden. Beispielsweise wird dort ausgeführt, dass der Anteil der Grundmittel für Universitäten an den Staatsausgaben in Hessen zwischen 1996 und 1998 – diejenigen, die schon etwas länger dabei sind, wissen, wer zu dieser Zeit regiert hat – von 3,8 auf 4,1 % gestiegen ist. Allerdings ist dieser Anteil bis zum Jahre 2002 auf 3,7 % gefallen. Das heißt, er ist unter das Niveau von 1996 gefallen.

Kritisch ist, dass die Ausstattung der Studierenden insbesondere an den Fachhochschulen über die Jahre hinweg kontinuierlich schlechter geworden ist. Vor diesem Hintergrund ist es ein Problem, wenn Sie von den Fachhochschulen real Geld abziehen wollen, um es einer anderen Einrichtung, in diesem Fall den Berufsakademien, zur Verfügung zu stellen. Genau das ist mit der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag nicht zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Sie wollen den Aufbau einer neuen öffentlich geförderten Struktur, und diese Struktur soll verhältnismäßig kleinteilig ausfallen. Überall im Land wird darüber diskutiert – übrigens im Rahmen der Autonomie der Einrichtungen –, dass Fachhochschulen fusionieren und kooperieren wollen. Diese Diskussion wird durchaus auch von Ihnen getragen. Das heißt, dass größere Verwaltungseinheiten gebildet werden sollen, die zu effizienteren und – im Sinne einer guten wissenschaftlichen Entwicklung – auch besseren Ergebnissen führen.

Jetzt aber wollen Sie, auch noch mit staatlichem Geld, sehr kleinräumig orientierte Einheiten gefördert wissen. Herr Corts, ich muss Sie ernsthaft fragen, worin, fachlich gesehen, die innere Logik besteht. Oder ist mein Vorwurf richtig, dass Sie von dem eigentlichen Problem der Unterfinanzierung der Hochschulen ablenken wollen?

(Norbert Schmitt (SPD): Das will er auch!)

Drittens. Wir haben ein Problem damit, wenn die Haushaltsmittel für die Hochschulen reduziert werden. Sie haben von diesem Rednerpult aus gesagt, das sei nicht Ihre Absicht. Dagegen spricht, dass Sie in dem Gesetzentwurf darauf verweisen, dass Sie die Berufsakademien in den Hochschulpakt einbeziehen wollen, nachdem der jetzige ausgelaufen ist.

(Zuruf von der CDU)

– Sorry, das steht in dem Gesetzentwurf. Das ist einer der Vorschläge. Aber das alles können wir in den Ausschussberatungen noch ändern. Das ist kein Problem. Auf die Anhörung komme ich auch noch einmal zu sprechen.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Die SPD-Fraktion kann sich sehr wohl vorstellen, das zu machen, aber nur, wenn es der Landesregierung gelingt, mit neuem Geld bei den Berufsakademien einzusteigen.

(Beifall bei der SPD)

Im Sinne der Wirtschaftsförderung halte ich es für durchaus richtig, das zu machen. Diesen Weg könnten wir sehr gut mitgehen. Insofern liege ich gar nicht so falsch, wenn ich davon spreche, dass sich eine Sozialdemokratisierung der CDU-Hochschulpolitik vollzogen hat.

Als ein weiteres Argument werden immer wieder die Standards der Berufsakademien genannt. Diese Standards haben Sie nun auch geändert. Auch wir haben mit den Vertretern der Berufsakademien gesprochen. Aus unserer Sicht muss ich sagen: Wenn es der Wunsch ist, an dieser Schraube zu drehen – was den 40-prozentigen Anteil an fest angestelltem Personal angeht –, gehört das nicht zum Zentrum dessen, worum wir kämpfen.

(Nicola Beer (FDP): Im Zweifelsfall wird die Qualität abgesenkt!)

Zumindest in modernen Systemen wird aber die Qualität an den Hochschulen, im Übrigen auch an den Berufsakademien, über die Akkreditierung geregelt. Ich habe den Bericht zwar heute erst bekommen, habe ihn aber zumindest einigermaßen quer gelesen. Bei allen fünf Berufsakademien wird großer Wert darauf gelegt, dass sie einen hohen Anteil an fest angestelltem wissenschaftlichem Personal haben. Das ist sogar eine Akkreditierungsvoraussetzung. Von daher ist auch dieser Punkt vor dem Hintergrund einer fachlichen Analyse sehr kritisch zu beurteilen,

(Beifall bei der SPD)

oder ich habe Recht, wenn ich sage, Sie machen das nur, um von der Unterfinanzierung der Hochschulen abzulenken.

Ein weiterer Punkt. Herr Staatsminister Corts, Sie haben in dem Bericht, den wir jetzt bekommen haben, auch ausgeführt, dass der Gesetzentwurf unter anderem auf einer Erörterung mit Firmenvertretern vom 11.05.2005 basiert. Ich finde es gut, das mit Firmenvertretern zu erörtern. Auch wir haben das gemacht. Ich muss allerdings sagen – das meine ich gar nicht vorwurfsvoll –, dass es ein durchaus zäher Prozess war, die Firmenvertreter an den Punkten, wo die Berufsakademien sozusagen politisch in Rede standen, zu einer Darlegung zu bewegen

(Norbert Schmitt (SPD): Das kann man wohl sagen!)

– auch Herr Kollege Schmitt weiß, wovon ich spreche –, was sie sich unter einer wissenschaftsnahen Ausbildung vorstellen und wie sie das organisieren wollen.

Von daher bin ich sehr gespannt. Ich muss sagen, der gestrige Abend, an dem wir uns mit Vertretern der privaten Hochschulen getroffen haben, war für mich sehr aufschlussreich. Ich habe diejenigen, die bei uns am Tisch saßen, gefragt: Wie steht ihr zu dem Berufsakademiengesetz? Sie haben das wahrscheinlich auch gemacht. Die Vertreter der privaten Hochschulen wiederum haben gesagt, dass sie es, zumindest in der ganz besonderen Situa-

tion, in der sich Hessen befindet – das tauchte vorgestern im Zusammenhang mit der Diskussion über die Entwicklung des Bankenstandorts Hessen auf –, für ein schwieriges Unterfangen halten, ein solches Berufsakademiemodell in einem Land umzusetzen, in dem die Berufsakademien keine so lange Tradition haben wie in den Ländern, wo sich die großen Vorbilder befinden, die uns hier immer wieder vorgeführt werden.

Ich würde es für sehr klug halten, wenn wir uns im Rahmen der Anhörung – das finde ich ganz spannend vor dem Hintergrund, dass dieses Gesetz angeblich eine sozialdemokratische Handschrift trägt – an diesem Punkt des Fachverständs der Vertreter der privaten Hochschulen bedienten und sie fragten, was sie von diesem Gesetz halten. Gestern Abend hat es sich so angehört, als ob sie den Berufsakademien, was diesen Punkt betrifft, außerordentlich kritisch gegenüberstehen würden.

Ich komme zum Schluss meiner Rede. Ich glaube, es ist dringend geboten, diesen Gesetzentwurf, der politisch motiviert ist, in ein ordentliches Anhörungsverfahren zu geben; denn ich bin fest davon überzeugt, dass Berufsakademien in Hessen durchaus eine bedeutende Rolle spielen sollen. Darin sind wir uns alle einig. Soweit ich weiß, ist das letzte Berufsakademiengesetz im Hessischen Landtag einstimmig verabschiedet worden. Wir wissen, dass Gesetze aus dem Hochschulbereich, die im Hessischen Landtag einstimmig verabschiedet werden, relativ tragfähig und weitreichend sind.

Ich glaube, dass wir in einer ordentlichen Anhörung die Chance haben – durchaus mit Verbesserungen seitens der Opposition im Hessischen Landtag –, zu einer Lösung zu kommen, die wir gemeinsam tragen können. Der vorliegende Gesetzentwurf ist ausschließlich politisch motiviert. Er muss inhaltlich begründet werden. Daran wollen wir gemeinsam arbeiten. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat der Abg. Klein (Freigericht) für die Fraktion der CDU.

#### **Hugo Klein (Freigericht) (CDU):**

Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der heute in erster Lesung zu beratende Gesetzentwurf für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die staatliche Anerkennung von Berufsakademien ist ein weiterer konsequenter Schritt hin zu einer qualifizierten Fort- und Weiterentwicklung der Berufsakademien in Hessen. Die CDU-Fraktion begrüßt diese Entwicklung ausdrücklich.

Ich bin ein wenig überrascht, dass von den Vertretern dreier Fraktionen jetzt so vehement dagegen argumentiert wurde.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt gar nicht!)

Frau Beer hat von einer Gleichmacherei gesprochen, die ganz übel sei und der die FDP einen entsprechenden Widerstand entgegensetzen werde. Frau Sorge hat gar von einer Kriegserklärung an die Fachhochschulen gesprochen, und Herr Kollege Siebel hat in dieses Lied eingestimmt. Er hat von „kleinräumigen Einheiten“ gesprochen.

(Zuruf des Abg. Michael Siebel (SPD))

Dann muss an dieser Stelle aber die Frage erlaubt sein: Welche Ängste haben Sie im Zusammenhang mit der Tatsache, dass durch die Novellierung des Berufsakademiengesetzes mehr Wettbewerb zwischen Fachhochschulen und Berufsakademien entsteht? Der Wettbewerb kann nur förderlich sein.

(Beifall bei der CDU)

Ich will das durchaus unterstützen. Ich möchte aber auch gleich sagen, dass ich ein großer Freund der Berufsakademien bin; denn ich schätze ihre Arbeit sehr. Aber ich schätze auch die Arbeit der Fachhochschulen außergewöhnlich hoch ein. Frau Kollegin Beer, ich bin überzeugt, dass keine Fachhochschule den Wettbewerb zu scheuen braucht.

(Michael Siebel (SPD): Kennen Sie deren Stellungnahme? – Zuruf der Abg. Nicola Beer (FDP))

Sie sind alle leistungsfähig, auch weil sie staatlich zum Teil sehr stark gefördert werden, im Gegensatz zu den Berufsakademien, die zwar keinerlei Förderung erfahren, aber sich in ihren Bereichen außergewöhnlich gut positioniert haben, hervorragende Arbeit leisten und ihrerseits den Wettbewerb mit den Fachhochschulen sicher nicht scheuen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Die Berufsakademien gehören ganz klar zu den zukunftsweisenden besonderen Bildungseinrichtungen im tertiären Sektor. Ihr besonderes Merkmal ist die Verzahnung der wissenschaftlichen Lehre mit anwendungsbezogenem Lernen in der Arbeitswelt. Bereits heute ist eine steigende Nachfrage nach stärker berufsbezogenen Studienangeboten festzustellen. Wir sehen, dass immer mehr Betriebe ein steigendes Interesse an den Angeboten der Berufsakademien zeigen, die mit ihren Studiengängen im dualen System die Berufsausbildung des dualen Systems auf höherem Niveau fortsetzen.

Die heute zur Beratung anstehende Teilnovellierung des bisherigen Gesetzes über die staatliche Anerkennung von Berufsakademien beinhaltet einige weniger spektakuläre, zum Teil nur redaktionelle und gesetzssystematische Änderungen.

(Axel Wintermeyer (CDU): So ist es!)

Die gewählte englischsprachige Bezeichnung „University of Cooperative Education“ – auch darin, sehr geschätzte Frau Kollegin Beer, kann ich Ihnen nicht folgen – ist in allen anderen Bundesländern ebenfalls üblich. Darin sind wir keine besondere Ausnahme.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich möchte mich daher in meinen weiteren Ausführungen auf die wesentlichen und richtungweisenden Änderungen beziehen, die in dem vorliegenden Gesetzentwurf enthalten sind.

(Michael Siebel (SPD): Sprechen Sie in diesem Parlament nur Deutsch!)

Da die Berufsakademien auch zunehmend Weiterbildung für Berufstätige anbieten, die sich nicht in das strenge Schema des ausbildungsbegleitenden Unterrichts einordnen lässt, ist der neu aufzunehmende Verweis auf berufsbegleitende Angebote gerade in der heutigen Zeit schlüssig. Folgerichtig soll daher auch die bisher geltende Bezeichnung „Ausbildungsgang“ durch die Bezeichnung „Studiengang“ ersetzt werden.

Die Einführung neuer und die Änderung bestehender Studiengänge soll von dem Verfahren der staatlichen Anerkennung abgetrennt werden und als gesonderter Genehmigungstatbestand im Zusammenhang mit der Prüfungsordnung behandelt werden. Die Genehmigung zur Einführung eines Studiengangs und die entsprechende Studien- und Prüfungsordnung gelten mit dem Nachweis der Akkreditierung als erteilt. Damit wird der Regelungsaufwand, den der Staat hat, deutlich reduziert werden. Das soll durch ein nicht staatliches Verfahren zur Qualitätssicherung ersetzt werden. Das begrüßen wir außerordentlich.

Das bedeutet, dass es zugunsten der Berufsakademien zu einer deutlichen Erleichterung des Verfahrens kommt. Denn auf die bisher bestehende Zweigleisigkeit soll verzichtet werden. Dementsprechend wird das Genehmigungsverfahren erleichtert werden.

Auf das jetzt schon bestehende 40-%-Quorum, mit dem der Anteil festgelegt wird, den die hauptamtlichen Lehrkräfte am Lehrangebot haben müssen, sollen nach der Novellierung auch Lehrdeputate der Professorinnen und Professoren angerechnet werden, die längerfristig eine Nebentätigkeit an der Berufsakademie ausüben. Herr Kollege Siebel, da haben Sie aber etwas unterschlagen. Voraussetzung soll nämlich sein, dass durch sie die Kontinuität im Lehrangebot und die Betreuung und Beratung der Studierenden gewährleistet ist. Frau Kollegin Beer, wenn dies in ausreichendem Maß erfüllt werden kann, bin ich der Auffassung, dass dann durchaus jemand, der als Lehrender an einer Berufsakademie unterrichtet bzw. lehrt, den Titel Professor tragen kann.

(Nicola Beer (FDP): Den hat er doch schon! Herr Kollege, es geht um die anderen! Fachhochschulprofessoren haben diesen Titel schon!)

Meiner Auffassung nach wird diese Öffnungsklausel die Qualität der Ausbildung an den Berufsakademien nicht mindern. Wahrscheinlich wissen auch Sie, dass das auch einem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom Oktober 2004 entspricht. Das ist also nichts Hessenspezifisches. Es handelt sich dabei um die Umsetzung eines Beschlusses der Kultusministerkonferenz.

Als flankierende Maßnahme zur vorgesehenen Einführung der Bachelor-Studiengänge soll dann der an der Berufsakademie hauptamtlich Unterrichtende den Titel Professor tragen können. Im bisher geltenden Gesetz fehlen klare und eindeutige Aussagen über die Wertigkeit der Abschlüsse der Berufsakademien.

(Nicola Beer (FDP): Es handelt sich eben nicht um Hochschulabschlüsse!)

Anders ist das in Baden-Württemberg. Dort hat ein anderes Vorgehen zu großem Erfolg geführt.

Unserer Auffassung nach ist es daher sehr zu begrüßen, dass der vorliegende Gesetzentwurf sowohl die berufsrechtliche Gleichstellung des Diploms der Berufsakademie mit dem Diplom der Fachhochschule vorsieht als auch die Gleichstellung der Bachelor-Abschlüsse entsprechend dem Hochschulrecht erfolgen soll. Frau Kollegin Beer, das ist keine sinnlose Gleichmacherei.

(Nicola Beer (FDP): Doch!)

– Nein, das sehen wir ganz anders. Das entspricht genau dem Leistungsniveau, das an den Berufsakademien herrscht. Dort gibt es ein duales System. Zum einen hat

man dort die wissenschaftliche Lehre, zum anderen gibt es dort die anwendungsbezogene berufliche Ausbildung.

(Nicola Beer (FDP): Dann könnten sich die Berufsakademien doch als Fachhochschulen akkreditieren lassen!)

Das geschieht dort in einer idealen Kombination, deswegen sollen die an diesen Einrichtungen Studierenden auch das Recht erhalten, dieselben Titel tragen zu können wie Personen, die an Fachhochschulen abschließen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dies soll zum einen für die Studierenden an den Berufsakademien Rechtssicherheit herstellen. Das wurde bereits gesagt. Zugleich wird damit auch die Durchlässigkeit im Bildungssystem erhöht. Logischerweise wird damit auch der Zugang zu Master-Studiengängen ermöglicht.

Lassen Sie mich einen weiteren, ganz wesentlichen Punkt der Gesetzesnovellierung ansprechen. Der neu gefasste § 9 „Zuwendungen“ sieht erstmals vor, dass anstelle des bisher geltenden ausdrücklichen Ausschlusses von staatlichen Zuschüssen zum Betrieb der Berufsakademien oder für Investitionen in die Berufsakademien staatliche Förderung ermöglicht wird. Die staatliche Förderung wird an besondere Voraussetzungen geknüpft sein. Frau Kollegin Beer, da treffen wir uns doch wieder. Das orientiert sich im Wesentlichen an der Formulierung des § 105 Hessisches Hochschulgesetz. Dort geht es um staatliche Finanzhilfe für private Hochschulen.

Das muss man gerade auch in Verbindung mit den höheren Kosten sehen, die den Berufsakademien durch die Einführung der Bachelor-Studiengänge entstehen werden. Das hat bisher von Ihnen keiner wahrgenommen. Sie werden durch die Einführung der Bachelor-Studiengänge höhere Kosten haben. Gerade auch wegen der Einführung der Studiengänge mit Abschluss Bachelor wird das novellierte Gesetz die Möglichkeit schaffen, eine Anschubfinanzierung zu gewähren, was den Berufsakademien ein klein wenig helfen wird. Deswegen begrüßen wir das.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Frau Kollegin Beer, nach Auslaufen des Hochschulpaktes soll den Berufsakademien die Möglichkeit eröffnet werden, mit den staatlichen Fachhochschulen in einen Wettbewerb um eine weitere Förderung der dualen Studiengänge eintreten zu können.

(Nicola Beer (FDP): Das erfolgt, indem man das Niveau absenkt! Was ist das für ein Wettbewerb?)

Diese Fördermöglichkeit, die über die in dem neu gefassten § 9 eröffnete Grundförderung hinausgeht, soll sich dann an den Exzellenzkriterien orientieren. Wir begrüßen gerade, dass nur dann weitergehend – –

(Nicola Beer (FDP): Wo sind die denn?)

– Frau Kollegin Beer, Sie erregen sich zu später Stunde.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Heute ist Weiberfastnacht, das ist heute erlaubt!)

Ich will keinen Hehl daraus machen. Ich will betonen: Es schadet Ihrem Aussehen nicht, wenn Sie sich erregen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Zurufe: Oh! – Norbert Schmitt (SPD): Herr Klein, das war große Klasse!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese weitergehende Förderung wird die hessischen Berufsakademien auch deutlich wettbewerbs- und konkurrenzfähiger gegenüber den Berufsakademien der benachbarten Bundesländer machen. Es wurde bereits angesprochen, welche großen Chancen die Berufsakademien im Nachbarland Baden-Württemberg haben und welche große Wertigkeit sie dort besitzen. Wenn das dort so gut funktioniert, warum sollen wir uns in Hessen scheuen, den Wettbewerb mit den Fachhochschulen zu suchen?

Ich will es noch einmal betonen: Wir wollen den Wettbewerb. Ich bin überzeugt, dass der Wettbewerb, mittelfristig und längerfristig gesehen, zu einer deutlichen Verbesserung der Unterrichtsqualität sowohl an den Berufsakademien als auch an den Fachhochschulen führen kann. Das wird also positive Auswirkungen mit sich bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Hugo Klein (Freigericht) (CDU):**

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Abschluss meiner Rede zusammenfassen. Die CDU begrüßt den vorgelegten Gesetzentwurf, mit dem das Gesetz über die staatliche Anerkennung von Berufsakademien novelliert werden soll.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das überrascht uns jetzt sehr!)

Wir sind der Meinung, dass sich die Berufsakademien in Hessen nach Rechtskraft der vorgesehenen Änderungen – ich meine damit insbesondere die Gleichstellung der Abschlüsse und den Einstieg in die staatliche Förderung – auf einem guten und vor allen Dingen richtungweisenden und erfolgreichen Weg befinden werden.

Herr Kollege Siebel, ich bin davon überzeugt, dass wir den Gesetzentwurf sehr intensiv im Ausschuss diskutieren werden.

(Gerhard Bökel (SPD): Schon wieder gibt es hier eine große Koalition!)

Wir werden dazu eine ordentliche Anhörung durchführen. Ich bin sehr gespannt, ob die Anhörung nicht zum Ergebnis haben wird, dass sehr viele mit uns gemeinsam den Weg, den wir beschreiten wollen, als positiv ansehen werden. Wir werden in den weiteren Lesungen dafür sorgen, dass dieser sinnvolle Weg – –

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, bitte kommen Sie zum Schluss Ihrer Rede.

**Hugo Klein (Freigericht) (CDU):**

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU – Nicola Beer (FDP): Die große Koalition deutet sich schon an! – Gerhard Bökel (SPD): Jetzt möchte ich einmal wissen, ob die Frau Beer den Inhalt der Zwischenrufe teilt!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, bitte neiden Sie dem Redner nicht den Erfolg.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt vor. Damit ist die erste Lesung erfolgt.

Der Gesetzentwurf soll zur Vorbereitung der zweiten Lesung dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst überwiesen werden. Wird dem widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

(Zuruf)

– Es ist schon reizvoll, jetzt der die Sitzung leitende Präsident zu sein. Das stimmt.

Als letzten Punkt für heute rufe ich **Tagesordnungspunkt 7** auf:

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Forstgesetzes – Drucks. 16/5289 –**

Die vereinbarte Redezeit beträgt zehn Minuten je Fraktion. – Zur Einbringung des Gesetzentwurfs erhält als Erster Herr Kollege Häusling für die Fraktion der GRÜNEN das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Gerhard Bökel (SPD): Der Präsident umgibt sich immer mit Frauen! Rechts und links von ihm sind Frauen!)

– Ja, das macht Spaß. – Herr Häusling, Sie haben das Wort.

**Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben einen Gesetzentwurf zur Änderung des Hessischen Forstgesetzes vorgelegt, der sich mit Energieholz beschäftigt.

Zurzeit besteht die Situation, dass aufgrund der hohen Öl- und Gaspreise die Nachfrage nach Energieholz stetig steigt. Unserer Meinung nach gibt es da das Problem, dass der Landesbetrieb Hessen-Forst darauf nicht angemessen reagiert.

(Heinrich Heidel (FDP): Ei, ei, ei!)

Unserer Meinung nach sollte der Landesbetrieb Hessen-Forst als größter Betrieb, der Wald in Hessen bewirtschaftet, in Zukunft die Koordination für eine zielgerichtete Vermarktung des Energieholzes übernehmen und die dazugehörigen Dienstleistungsstrukturen aufbauen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Danke. – Der Herr Minister hat vor etwa einem halben Jahr die Biomassepotenzialstudie für Hessen vorgestellt. Nun warten wir aber immer noch darauf, dass die Umsetzungsstrategien bekannt gegeben werden. Die Biomassepotenzialstudie hat nämlich eindeutig ergeben, dass Holz bei uns der am meisten verfügbare nachwachsende Rohstoff ist. Herr Minister, dieser Schatz muss aber noch gehoben werden.

Man sollte sich einmal überlegen, welches Potenzial dort drinsteckt. Das ist sehr beeindruckend. Im Endeffekt könnten wir in Hessen 1,7 Millionen Festmeter Holz nutzen. Das ist die Zahl, die Hessen-Forst dazu mitteilt. Auf-

grund der Bundeswaldinventur wurden aber auch Zahlen vorgelegt, die davon ausgehen, dass die Spielräume noch größer sind.

Wenn wir das nutzen würden, könnten wir ca. 500.000 Menschen in Hessen mit Wärme durch Nutzung des Holzes versorgen. Ich denke, das ist eine sehr beachtliche Zahl.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir stellen uns das so vor, dass in Zukunft noch modernere Technik und mehr Wärmedämmung eingesetzt werden. Dann, denke ich, könnte man noch wesentlich mehr Menschen mit Wärme aus Holz versorgen. Damit wird deutlich, welches Potenzial dort vorhanden ist.

Viele Bürgerinnen und Bürger haben den Brennstoff Holz wieder entdeckt. Die Nachfrage steigt. Sie steigt sogar in sehr beachtlichem Umfang. Das gilt nicht nur für Hausbesitzer, sondern auch für Kommunen. Allerdings sind wir der Auffassung, dass gerade Hessen-Forst der für die Zukunft anstehenden Aufgabe nicht gerecht wird, Energieholz ausreichend zu vermarkten. Das war auch der Ausgangspunkt für unsere Gesetzesinitiative.

Zwei am Geschehen sehr zentral Beteiligte, nämlich das Ministerium und Hessen-Forst, reagieren unserer Meinung nach nicht angemessen auf die Chance, die sich da bietet. Andere nehmen die Chance, die sich dort bietet, wesentlich effizienter wahr. Ein Blick in den Süden Deutschlands reicht da aus. Dann kann man sich anschauen, welche Möglichkeiten es da gibt. Das kann man z. B. in Bayern sehen. Dort ist die Zahl der geförderten Holzheizkraftwerke zehnmal so hoch wie in Hessen. Da gibt es also noch ein erhebliches Potenzial. Das muss in Hessen noch genutzt werden.

(Norbert Schmitt (SPD): Das stimmt! – Weiterer Zuruf)

– Frau Kollegin, womit haben sich denn Hessen-Forst und das Ministerium während des letzten halben Jahres beschäftigt?

50 % der Forstarbeiter werden in die Wüste geschickt, ein Drittel der Förster wird in die Wüste geschickt.

(Zuruf)

Ein Jahr lang hat man mit der Umsetzung einer Forststrukturreform den ganzen Verwaltungsapparat beschäftigt, und den Zukunftsmarkt Energieholz hat man schlichtweg aus den Augen verloren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Minister, ich war auch sehr erstaunt, als ich am 6. Februar in der „FNP“ in einem Interview mit Herrn Gerst, dem Leiter des Landesbetriebs Hessen-Forst, zwei Aussagen gelesen habe. Erste Aussage: Holz ist zum Verbrennen eigentlich viel zu schade. – Es heißt ja auch nicht, dass man alles Holz verbrennen soll; das ist ganz klar. Aber dann sagt er: Energieholz ist für uns ein Bereich, der ungefähr so viel ausmacht wie die Vermietung von Steinbrüchen oder Flächen für Mobilfunk.

(Gerhard Bökel (SPD): Das ist nicht angemessen! Das ist wirklich nicht angemessen! Das geht nicht!)

Es kann doch wohl wirklich nicht wahr sein, dass der Leiter von Hessen-Forst einen solchen Zukunftsmarkt schlichtweg ignoriert.

(Gerhard Bökel (SPD): Es ist auch wirtschaftlich falsch! – Reinhard Kahl (SPD): Das ist eine Rücksprache wert, Herr Minister!)

Dann erkennt Herr Gerst eine Chance von Hessen-Forst aber an – das ist ganz zielgerichtet und sehr spannend –: Wir bilden 5.000 Hessen an der Motorsäge aus, und das hat immerhin 350.000 € in die Kasse gebracht. – Das ist die Antwort von Hessen-Forst auf einen Zukunftsmarkt. Herr Minister, wenn Sie ehrlich wären, würden Sie sagen: Das ist wirklich nicht die Antwort auf die Frage, wie wir diesen Markt in Zukunft intensiv bedienen wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber die Kettensäge hat er gern!)

Es kann doch nicht wahr sein, dass wir sagen: Wir entlassen 50 % der Forstarbeiter; wir wissen zwar nicht, wie wir jetzt das Holz aus dem Wald bekommen, aber wir bieten allen Hessen einen Kurs an der Kettensäge an. – Das kann es wirklich nicht sein.

(Gerhard Bökel (SPD): Auch für Brennholz braucht man eine Kettensäge!)

Ich habe das letzte Mal schon gesagt: Man stelle sich vor, die Frankfurter und die Offenbacher rennen jetzt mit der Motorsäge auf dem Buckel in den Taunus und holen sich dort ihr Holz selber.

(Norbert Schmitt (SPD): Aber ich traue dem Minister zu, dass er einen solchen Kurs geben würde!)

Das ist doch keine Antwort, Herr Minister. Von daher erwarten wir, dass Sie Antworten zu diesem Bereich geben. Ich weiß schon, Herr Minister – wir haben diese Debatten schon öfter geführt, auch im Leitungsgremium von Hessen-Forst –, welche Antwort Sie geben werden. Sie werden jetzt sagen, Hessen hat eine Antwort, und dann werden Sie auf die Bioregio Knüll verweisen.

(Minister Wilhelm Dietzel: Jawohl!)

– Herr Minister, wir kennen uns jetzt schon ein paar Tage.

Genau an diesem Punkt sage ich: Diese Antwort reicht uns nicht mehr. Wenn die Bioregio Knüll so erfolgreich ist, wann werden dann Sie dieses Modell endlich auf ganz Hessen übertragen?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wäre doch eine spannende Antwort, zumal Sie sich an diesem Punkt – Herr Kollege Rudolph ist jetzt nicht hier – auch ein bisschen mit fremden Federn schmücken. Hauptträger der Initiative sind die Landkreise Schwalm-Eder und Hersfeld-Rotenburg. Sie beheizen mittlerweile schon ein gutes Drittel ihrer Schulen mit Holz. Da sehen Sie einmal, was möglich ist, wenn man wirklich zielgerichtet agiert. Deshalb fragen wir: Herr Minister, wann werden Sie das endlich landesweit umsetzen?

Ich bin der Meinung: Hessen-Forst ist nicht nur dazu da, im Endeffekt schwarze Zahlen zu schreiben, sondern Hessen-Forst hat auch eine Aufgabe in Richtung Daseinsvorsorge für die hessischen Bürger. Das wird im Gesetz auch an anderen Punkten klargemacht. Hessen-Forst leistet z. B. – hoffentlich noch langfristig mit dem entsprechenden personellen Angebot – wertvolle Arbeit in der Waldpädagogik. Ähnliche Maßstäbe würde ich auch beim Energieholz anlegen.

Zu beanstanden ist, dass sich Hessen-Forst weigert, verlässliche Lieferstrukturen aufzubauen. Denn Hessen-

Forst sagt: Wir sind nicht verpflichtet, hessische Bürger oder Kommunen mit Energieholz zu versorgen, sondern wir müssen schwarze Zahlen schreiben; für uns als Hessen-Forst ist es vielleicht wesentlich effektiver, das Holz an die Papierindustrie zu liefern.

Viele kommunale Projekte mit Energieholz scheitern genau daran, dass es für sie keine Liefersicherheit gibt. Ich denke, so kann es in der Zukunft nicht gehen. Da müssen Sie initiativ werden und etwas tun. Die Kommunen wollen das ja. Es gibt eine große Bereitschaft der Kommunen für solche Projekte. Da müssen Sie initiativ werden, und da muss Hessen-Forst über seinen Schatten springen und sagen: Diese Punkte sind für uns ganz wichtig. – Sie eröffnen in Zukunft auch einen neuen Markt; das ist ganz klar. Das bringt auch Arbeitsplätze in diesem Bereich. Gerade in ländlichen Bereichen werden durch den massiven Einsatz nachwachsender Rohstoffe Arbeitsplätze geschaffen, und in der Region wird eine Wertschöpfung gehalten. Ich weiß nicht, warum Sie diesen Bereich so gnadenlos ignorieren.

(Clemens Reif (CDU): Die Redezeit ist doch um!)

Wir sind der Meinung, dass alle Beteiligten an einen Tisch müssen,

(Clemens Reif (CDU): Dann dürfen Sie nicht dabei sein!)

Hessen-Forst, die Kommunen und die privaten Waldbesitzer. Alle zusammen müssen an einem Konzept dafür arbeiten, wie man die doch sehr starke Nachfrage nach Energieholz in Zukunft in geordnete Bahnen lenkt.

(Clemens Reif (CDU): Deshalb brauchen wir noch ein Atomkraftwerk! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Um eines ganz klar zu sagen: Wir sind nicht der Meinung, dass wir den letzten Holzknüppel aus dem Wald räumen sollen. Unserer Meinung nach geht es sehr wohl um eine ökologische und nachhaltig ausgerichtete Forstpolitik. An diesem Punkt ist auch Hessen-Forst gefordert.

Was ist dafür nötig? Damit komme ich zum Schluss. Wir fordern zunächst einmal ganz klar, dass die personelle Ausblutung von Hessen-Forst gestoppt wird. Hessen-Forst muss sich langfristig um den Markt für Energieholz kümmern. Hessen-Forst kann damit einen Beitrag dazu leisten, dass wir vom Öl wegkommen. Ich denke, das ist ein Ziel, das wir alle gemeinsam haben, und ich finde, wir sollten diesen Weg konsequent gehen. Dazu soll unser Gesetzentwurf dienen. Ich hoffe auf intensive Beratungen im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Heidel für die Fraktion der FDP.

#### **Heinrich Heidel (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich will gleich mit dem Resümee aus der Rede von Herrn Häusling beginnen. Was uns hier vorgelegt worden ist, ist der Gipfel an Staatsgläubigkeit. Der Staat soll per Gesetz regeln, wer wann wo Holz bekommt.

(Gerhard Bökel (SPD): Das ist eine Sozialliberalisierung!)

– Werter Herr Kollege Bökel, ich glaube, aus Ihrer Zeit als Minister wissen Sie noch, dass vieles in diesem Bereich der Markt regelt und regeln kann.

(Gerhard Bökel (SPD): Das stimmt!)

Deshalb werden wir bei aller Wertschätzung für die Fraktion der GRÜNEN den Gesetzentwurf ablehnen, und zwar vor dem Hintergrund, dass die Brennholzbereitstellung und der Brennholzmarkt bereits heute zu den Aufgaben von Hessen-Forst zählen.

(Beifall bei der FDP)

Wir können gerne darüber diskutieren – deshalb freue ich mich auch auf die Beratung im Ausschuss –, ob Hessen-Forst in Zukunft als Rohstofflieferant oder aber als Energielieferant zur Verfügung steht. Ich stehe auf dem Standpunkt – wir haben das in der Betriebskommission schon das eine oder andere Mal andiskutiert, Herr Minister –, dass nicht nur Holz abgeliefert werden soll, sondern dass Hessen-Forst auch als Energielieferant zur Verfügung stehen soll, um eine höhere Wertschöpfung zu erreichen.

Das aber muss gut durchdacht sein. Da kann man nicht gerade nur ein bisschen Unternehmer spielen wollen, sondern das muss mit wirtschaftlichem Sachverstand gemacht werden.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Häusling, Sie müssen sich schon einmal mit Ihrer werten Kollegin Hammann zusammensetzen und sich mit ihr einigen, was man denn nun will. Der eine sagt: „Wir müssen mehr Bäume fällen“, und der andere will mehr Bäume erhalten.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bewirtschaftung des Staatswaldes!)

Da müssen Sie schon einmal zu einer einheitlichen Sprachregelung kommen.

(Beifall bei der FDP)

Der Fingerzeig nach Bayern, den Sie immer an diesem Pult vornehmen, greift überhaupt nicht. Ich will es Ihnen noch einmal sagen: Als wir 1999 damit begonnen haben, diesen Bereich systematisch aufzuarbeiten, haben wir von Rot-Grün nichts vorgefunden. Wir waren in Bayern und haben uns Modellprojekte angesehen, weil es in Hessen nichts gab.

Ansonsten meine ich, dass die Diskussion, die hier im Detail begonnen wurde, eigentlich in die Betriebskommission gehört. Dafür haben wir sie. Wir sollten die Diskussion innerhalb der Betriebskommission führen. Dann bin ich guter Hoffnung, dass wir zu Ergebnissen kommen, die allen gerecht werden, einem nachhaltigen Waldbau, den Naturschutzaufgaben

(Elisabeth Apel (CDU): Wir wollen aber keine Bezugsscheine für Holz!)

und auch der Versorgung der Bevölkerung mit dem Brennstoff Holz. – Herr Staatssekretär Dr. Arnold nicht so schön. Da komme ich auf Hünfeld zu sprechen. Ich hätte mich sehr gefreut, wenn wir die Vollzugsanstalt Hünfeld seinerzeit mit einer Holzhackschnitzelanlage hätten ausrüsten können.

(Staatssekretär Dr. Walter Arnold: Wenn der Bund mitgemacht hätte!)

Das wäre ein gutes Vorzeigeprojekt gewesen. Vielleicht können wir so etwas an anderer Stelle auf den Weg bringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von den GRÜNEN, meiner Auffassung nach gehört die Diskussion in die Betriebskommission und nicht in den Hessischen Landtag.

(Norbert Schmitt (SPD): Wieso? Machen die in der Betriebskommission schon Gesetzentwürfe?)

Aber wir werden den Gesetzentwurf natürlich in dem entsprechenden Ausschuss ausführlich beraten. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Herr Kollege Heinrich Heidel. – Jetzt kommt Herr Otto für die Fraktion der CDU.

#### **Reinhard Otto (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit der vorgelegten Gesetzesinitiative will BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erreichen, dass Holz in Hessen stärker als in den letzten Jahren zur Energiegewinnung eingesetzt wird.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat es erkannt!)

Sie fordern, dass der Landesbetrieb Hessen-Forst ein Konzept entwickelt, um dies auch umzusetzen. Das freut mich schon sehr, und ich muss mich ein bisschen wundern, dass die GRÜNEN zwischenzeitlich die Erkenntnis gewonnen haben, dass eine wünschenswerte verstärkte Nutzung der Wälder auch ohne eine Gefährdung des Nachhaltigkeitsgrundsatzes möglich ist. In der Vergangenheit wurde doch gerade von den GRÜNEN immer wieder von einer Übernutzung der Wälder gesprochen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben es nicht verstanden!)

Der Landesbetrieb wurde immer als reiner Holzhackbetrieb hingestellt.

(Reinhard Kahl (SPD): Das ist richtig, das stimmt! Das sagen die Förster auch!)

Jetzt müssen sie ein Konzept entwickeln. Man muss sich da also schon ein bisschen wundern.

Meine Damen und Herren, es bleibt abzuwarten, ob das Bekenntnis zu einer verstärkten Nutzung bei den GRÜNEN von einer echten Nachhaltigkeit geprägt ist. Ich habe mir die Frage gestellt, warum gerade jetzt die Gesetzesinitiative eingebracht worden ist. Die GRÜNEN haben wohl auch mitbekommen, dass sich die Märkte verändern. Aber neue Märkte brauchen Zeit, sich zu entfalten, zu entwickeln und zu etablieren. Ob man auf diese Veränderungen mit einer Gesetzesänderung reagieren muss, ist eine Frage, die jeder für sich entscheiden muss.

Die bereits heute im Gesetz festgelegten Aufgaben des Landesbetriebs Hessen-Forst decken auch diesen Bereich mit ab. Denn Hessen-Forst unterstützt durch Beratung die Waldbesitzer bei der Bewirtschaftung ihrer Wälder und bei der Vermarktung des Holzes. Herr Häusling, das gilt auch für die Ernte und die Bereitstellung von Energieholz. Die Bewirtschaftung des Staatswaldes muss nach be-

triebswirtschaftlichen Grundsätzen durchgeführt werden. Das haben Sie vorhin wieder ganz und gar infrage gestellt.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Über die Zuschüsse haben wir schon gesprochen. – Die Bewirtschaftung des Staatswaldes nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen muss auch sein. Darin steht die Gemeinwohlverpflichtung – das haben Sie richtig gesagt –, aber auch die forsttechnische Leitung des Körperschafts-, Gemeinschafts- und sonstigen Privatwaldes.

Meine Damen und Herren, bereits in diesen Aufgaben ist die Produktion von Holz aufgeführt. Wie dieses Holz letztendlich verwertet wird, liegt nicht unbedingt mehr in dem Zuständigkeitsbereich von Hessen-Forst. Das ist richtig. Denn das muss der Markt regeln. Hessen-Forst stellt den Rohstoff für verschiedene Nutzungsmöglichkeiten bereit. Wenn die stoffliche Nutzung mehr Geld einbringt, dann sieht es für den energetischen Bereich nicht so gut aus.

Sie kennen aber auch die Situation, die sich in den letzten Jahren entwickelt hat. Wer hätte vor drei Jahren gedacht, dass wir so hohe Energiepreise für Öl und Gas hätten? Das heißt, Hessen-Forst stellt im Energiebereich ebenso wie jeder private Forstler Energieholz zu marktwirtschaftlichen Preisen bereit. Wenn die marktwirtschaftlichen Preise bei Energieholz etwas günstiger sind – wie es zurzeit ist – als in anderen Bereichen, dann wird verstärkt nachgefragt.

Es gibt mittlerweile viele private Unternehmer, die sich darauf spezialisiert haben, Energieholz anzubieten. Das hat auch einiges an Arbeitsplätzen im ländlichen Raum geschaffen. Wir haben heute Contractingunternehmen. Sie haben vorhin die Bioregio Holz angesprochen. Da gibt es mittlerweile bei Ausschreibungen fünf oder mehr Firmen, die auf ein Angebot reagieren. Das war vor einigen Jahren noch ganz anders. Das heißt, sie sind im Grunde der Energielieferant. Ich denke, der Markt wird sich noch sehr entwickeln.

Meine Damen und Herren, ein größerer Absatz von Energieholz kann durch die Förderung der energetischen Holznutzung – das hat mein Kollege Heidel vorhin schon angesprochen – wesentlich effektiver erreicht werden als mit einer Gesetzesänderung, die Sie hier fordern.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

In einigen Regionen geschieht das mittlerweile schon sehr gut. Nehmen Sie den Schwalm-Eder-Kreis oder Hersfeld-Rotenburg. Das ist eine Erfolgsgeschichte. Ich hoffe, dass das im Odenwald und in anderen Regionen Hessens genauso werden wird, weil sich das nämlich mittlerweile auch rechnet. Wir haben über staatliche Förderung einen Anstoß gegeben, dass man umstellt. Mittlerweile sehen die Kreise, dass das der richtige Weg ist. Gerade der Schwalm-Eder-Kreis spart 25 % gegenüber den alten Heizungsanlagen ein. Ich schätze, dass andere Regionen nachfolgen werden.

Meine Damen und Herren, sehen wir uns die letzten Jahre an. Im Energieholzbericht von Hessen-Forst 2005 ist zu sehen, dass wir im Jahre 2003 210.000 Festmeter an Energieholz verkauft haben, im Jahre 2004 300.000 Festmeter und im letzten Jahr schon fast eine halbe Million Festmeter Rohholz. Das sind Steigerungsraten. Bis 1,7 Millionen Festmeter ist es noch weit. Aber dann müssten Sie auch in andere Bereiche eingreifen. Das heißt, dann würde die Papier- oder Zellstoffindustrie einiges an Holz, was sie heute bekommt, nicht mehr bekommen. Aber das wird

der Markt regeln. Wo mehr zu verdienen ist oder wo die besseren Absatzkanäle sind, wird das Holz hinwandern.

Meine Damen und Herren, dennoch muss sich die Lieferung von Waldholz zu bioenergetischen Zwecken im wirtschaftlichen Interesse aller Waldeigentümer an den entsprechenden Marktpreisen orientieren. Welche Sortimente und Mengen tatsächlich für die energetische Nutzung zur Verfügung stehen, ist jährlichen Schwankungen unterworfen und hängt insbesondere von folgenden Faktoren ab: den Kosten für die Aufarbeitung für Energieholz, dem am Markt erzielbaren Preis. Wie ist das wettbewerbsmäßig, wie groß ist die Nachfrage? Wie sind die Marktpreise für fossile Energieträger?

Herr Häusling, von Ihnen ist vorhin angesprochen worden, die Landesregierung würde nichts tun. Sie tut schon sehr viel. Sie haben vorhin die Biomassepotenzialstudie angesprochen. Da ist einmal etwas zusammengeschrieben worden, um eine Grundlage zu haben, auf welchen Plattformen man sich bewegen kann.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich denke, man kann gut darauf aufbauen. Man wird sehen, dass es auch in die richtige Richtung geht.

(Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann kommt das Umsetzungskonzept?)

Zahlreiche Kommunen verhandeln zurzeit in Kooperation mit Hessen-Forst, mit Investoren für Heizungen und Heizkraftwerke auf Holzbasis. Ich denke, das, was uns damals in Hünfeld passiert ist, wird es heute nicht mehr geben.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Hessen-Forst engagiert sich maßgeblich in Pilotprojekten, wie z. B. dem regionalen Energieverbund Bad Schwalbach.

(Beifall des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

Hessen-Forst ist in der Lage, als Bewirtschafter des Staatswaldes sowie als Dienstleister im Kommunal- und Privatwald für alle Waldbesitzer die Brennstofflogistik auch in anderen hessischen Regionen aufzubauen und sicherzustellen.

Meine Damen und Herren, viele Holzhackschnitzelheizungen wurden gebaut und werden von den Forstämtern mittelbar oder unmittelbar mit Energieholz versorgt. Hessen-Forst hat das Angebot an Brennholzselbstwerbelehrgängen für Scheitholz landesweit ausgebaut. Das steigert auch die Brennholzvermarktung.

Herr Häusling, ich bin da ganz anderer Meinung als Sie. Hier geht es um erhöhte Sicherheit. Die Leute, die Selbstwerbung machen, müssen auch ordentlich ausgebildet sein. Es ist richtig, dass die Leute diese Lehrgänge besuchen. Fragen Sie die Leute. Sie sagen nachher: Einen so guten Lehrgang habe ich noch nie gemacht. Ich kann jetzt ganz anders mit meiner Motorsäge umgehen. – Das ist auch wichtig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, im Bereich Energieholz führen unsere Forstämter in Hessen vor Ort eine intensive Öffentlichkeitsarbeit durch, die insbesondere auf kleinere Anlagen im privaten und kommunalen Bereich abzielt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kettensägen-Wilhelm – der Helfer in jeder Lebenslage!)

Aktionen zu Holzfeuerungsanlagen auf der Ebene der Forstämter – Sie alle kennen die Aktionen: Heizen mit Holz, Feuer und Flamme für Holz – und gemeinsame Aktionen mit kommunalen und privaten Waldbesitzern, Verbänden und anderen werden regelmäßig durchgeführt. Herr Häusling, was Sie fordern, wird schon gemacht.

Es ist das Ziel der Landesregierung, im Jahre 2015 15 % der Energie aus regenerativen Energiequellen zu gewinnen. Der Schwerpunkt ist Biomasse.

(Zuruf des Abg. Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Einiges wird aus dem Holzbereich kommen. Ich denke, wir sind auf einem erfolgreichen Weg. Zusätzliche Gesetze mit noch mehr Bürokratie sind nicht erforderlich, Herr Häusling.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat der Kollege Bender für die Fraktion der SPD.

(Beifall bei der SPD)

#### **Bernhard Bender (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Applaus im Voraus ist für mich Auftrag, mich kurz zu fassen.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich habe mir angesichts dieses Themas das Ziel gesetzt, heute Abend keine Einzelheiten mehr zu besprechen, weil wir dazu meines Erachtens in der zweiten Lesung genügend Zeit haben.

Lassen Sie mich auf einige wenige Kernpunkte kommen. Die erste Frage, die sich mir gestellt hat: Warum muss das Hessische Forstgesetz geändert werden? Ich habe mir das einmal angeschaut. Das Hessische Forstgesetz ist in den letzten dreieinhalb Jahren viermal geändert oder ergänzt worden. Dass das nicht unbedingt dazu beiträgt, die Deregulierung, die in aller Munde geführt wird, nach außen zu tragen, ist einleuchtend. Für eine fünfte Änderung müssten wirklich gravierende Gründe vorliegen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Aller guten Gründe sind fünf!)

Das allerdings habe ich nicht festgestellt. Der Anlass zu diesem Gesetzentwurf kann entweder strategischer Art sein, dass man ins Plenum will und keine Zeit verliert, oder aber – wenn man das nicht glaubt –, dass Mängel im Verwaltungshandeln vorliegen.

An dieser Stelle gäbe es viel zu sagen. Ich verweise auf die zweite Lesung.

Eines aber ist sicherlich richtig – dabei stimme ich meinen Vorrednern zu –: § 4 Hessisches Forstgesetz enthält einen umfassenden Aufgabenkatalog. Dieser umfassende Aufgabenkatalog verpflichtet uns alle, auch Hessen-Forst, auch die Landesregierung, Energieholz als Sortiment bereitzustellen. Wenn allerdings Hessen-Forst untätig bleibt

oder nicht ausreichend tätig wird, ist es die Aufgabe der Landesregierung, Hessen-Forst anzuweisen, tätig zu werden und entsprechende Konzepte vorzulegen. Wenn allerdings nur – das ist das ausschließliche Ziel – die Verbesserung des Verwaltungshandelns notwendig ist, ist es doch sehr, sehr fraglich, ob wir ein Gesetz ergänzen müssen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist wahr!)

Zurück zur Energieholzgewinnung. Historisch gesehen haben wir einmal 100 % Energie aus Holz gewonnen, aber mit der Folge der Devastation. Es war schon eine großartige kulturelle Leistung, dass wir das Nachhaltigkeitsprinzip eingeführt haben und dass wir heute erkennen, dass im Wald CO<sub>2</sub>-Bindung erfolgt und wir mit gutem Gewissen auch den Rohstoff Holz nutzen können und müssen – natürlich unter Berücksichtigung aller anderen Schutz- und Nutzfunktionen, die der Wald hat.

Was ich allerdings nicht für notwendig halte, ist, dass der Gesetzgeber sich einmischt, welche Sortimente im Wald vermarktet werden. Ich bin der Meinung, die Wertigkeit der Sortimente untereinander regelt der Markt ebenso wie die Nachfrage dazu. Hier allerdings ist vollkommen klar, dass wir die höchste Wertschöpfung haben wollen und dass keiner von uns verlangen kann, dass wir eine Werteiche zerspanen, um sie nachher als Energieholz zu nutzen.

Ich denke, es gibt viel darüber zu sagen, ob die strukturelle Aufstellung der hessischen Forstverwaltung in der Form des Landesbetriebes mit seinem chronischen Personalmangel überhaupt in der Lage ist, das zu regeln. Aber ich denke, da sollten wir uns auf die zweite Lesung zurückziehen.

Im Übrigen sehen wir dem Verfahren gelassen entgegen. Wir werden in der Anhörung Fachleute hören. Vielleicht kommen wir dann auch zu einem gemeinsamen Ergebnis. Vielleicht sind nachher alle der Meinung, dass wir Gesetze nicht verkomplizieren, sondern in diesem Falle einmal entschlacken sollten.

(Beifall bei der SPD)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir kommen nun zum letzten Programmpunkt unserer heutigen Sitzung vor dem Finale. Da ist normalerweise das Männerballett dran. Aber diesmal ist es Staatsminister Dietzel. Bitte schön.

(Allgemeine Heiterkeit)

#### **Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde schon gut, was Herr Bender hier gesagt hat.

(Zustimmung bei der SPD)

Nachdem ich auch gehört habe, was Heinrich Heidel gesagt hat, hoffe ich darauf, dass wir zu einem guten Ende kommen

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP))

und dass wir auch anmerken, dass eine Gesetzesänderung, wie die GRÜNEN sie hier vorgeschlagen haben, völlig überflüssig ist.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Was?)

Vor allem meine ich, dass wir uns inhaltlich mit dem Thema beschäftigen sollten. Für mich ist es etwas irritierend gewesen, dass z. B. Herr Häusling meint, wir könnten mehr aus dem Wald herausholen, und Frau Hammann uns immer wieder vorwirft, wir würden den Wald umsägen. Herr Bender weiß mindestens genauso gut wie ich, dass wir seit mehr als 200 Jahren nachhaltige Forstwirtschaft haben. Ein Förster aus Hessen – ich glaube, er war aus Dillenburg – hat dies vor 200 Jahren festgestellt.

Aber wir müssen uns logischerweise Gedanken darüber machen, wie der Markt für Energieholz befriedigt werden kann. Wir haben auch in Hessen sicher eine Reihe von Maßnahmen in den letzten Jahren angestoßen. Die Biomassepotenzialstudie ist angesprochen worden, die wir im vergangenen Jahr bei den Regierungspräsidenten vorgestellt haben und die wir in diesem Jahr bei den Kreisen vorstellen wollen. Sie hilft uns dabei, unser Ziel zu erreichen, wie wir es im Regierungsprogramm niedergelegt haben, bis zum Jahr 2015 15 % des Energieverbrauchs aus erneuerbaren Energien zu beziehen. Dort ist festgelegt, dass 12 bis 14 % zu schaffen sind.

Logischerweise stellt sich auch Hessen-Forst wie jeder private oder kommunale Forstbetrieb die Frage nach dem ökonomischen Sinn von Maßnahmen. Da ist es logisch, dass Stammholz in der Regel besser zu vermarkten ist, und es stellt sich die Frage, was mit dem Schwachholz zu machen ist. Hier stellt sich die Frage, ob es einen Markt gibt. Wir wollen einen Markt für Schwachholz haben, in dem wir auch den Bereich Holzhackschnitzel und Pellets unterstützen.

Vorhin hat jemand von Papierholz gesprochen. Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass ich vor wenigen Tagen einen Brief von Spanplattenherstellern bekommen habe, die sich darüber beschwert haben, dass wir jetzt plötzlich Pellets herstellen, weil dadurch das Holz für Spanplatten teurer geworden ist. Das ist der Markt. Deswegen lassen wir den Markt sich entwickeln, Herr Bender.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP))

In diesen Bereichen sind wir einer Meinung. Deswegen glaube ich, dass wir diese Dinge sich weiterentwickeln lassen können. Wir müssen vor allem nicht nur auf den Wald, sondern auch auf landwirtschaftliche Flächen schauen. Dort ist dieser Kurzumtrieb auch schon getestet worden, z. B. im Georgenhof, in Massenhausen oder in Hann. Münden seit 1976. Das ist damals gescheitert, weil ein Gebrauch der Wärme nicht sicherzustellen war. Weil Herr Häusling das wieder angesprochen hat, will ich uns loben: Die Bioregio Knüll ist wesentlich besser als das, was sie in Niedersachsen mit ihrem Dorf Jünde gemacht haben. Auch die Landräte unterstützen uns in hervorragender Weise in den beiden Kreisen, wo jetzt 25 % der Wärmeversorgung in den kreiseigenen Gebäuden aus Holzpellets und Holzschnitzeln kommen und wir dies bis zum Jahr 2008 auf 40 % erhöhen wollen.

Als wir die erste Pelletanlage eingeweiht haben, kamen die Pellets noch aus Österreich. Jetzt kommen die Pellets aus Hessen, z. B. von dem Hersteller Ante aus Waldeck-Frankenberg. Das möchte ich nur einmal anmerken. Das sind inzwischen 50.000 t. Ich glaube, dass das gut ist.

Dann wird immer wieder die Frage gestellt, ob der Staat in diesen Bereichen eingreifen muss.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Der Landrat des Schwalm-Eder-Kreises hat mir gesagt, dass bei der letzten Ausschreibung für Holzhackschnitzel für eine Schule sechs regionale Anbieter dort auf dem Markt waren und angeboten haben. Dann sollten wir das die sechs privaten Anbieter machen lassen, ohne dass wir uns als Staat dort einmischen, sondern als Rohstofflieferant zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, dass wir in diesem Zusammenhang diese ökonomischen Aspekte nicht außen vor lassen sollten. Das ist in der letzten Zeit so auch nicht gelaufen. Deswegen meine ich auch, dass es eine Gesetzesinitiative, wie hier von den GRÜNEN vorgegeben, nicht braucht. Die vorhandenen Instrumentarien sind umfassend und ausreichend. Deswegen macht es keinen Sinn, das Gesetz zu verändern.

(Beifall bei der CDU)

#### Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir haben gesagt, dass wir den Gesetzentwurf zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz überweisen. – Dem wird nicht widersprochen. Dann ist das so.

Jetzt kommen wir also zum Finale. Was wir heute nicht erledigt haben, wird von uns jetzt abgeräumt. Insofern muss das jetzt weg. Wir haben sehr viel wegzuräumen. Ich bitte um Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

Wir verweisen **Tagesordnungspunkt 8** in das nächste Plenum, **Tagesordnungspunkt 9** mit **Tagesordnungspunkt 22** zur abschließenden Beratung an den Sozialpolitischen Ausschuss.

**Tagesordnungspunkt 10** mit **Tagesordnungspunkt 16** verweisen wir ins nächste Plenum. **Tagesordnungspunkt 11** mit **Tagesordnungspunkt 19** und **73** verweisen wir ins nächste Plenum. Die **Tagesordnungspunkte 12, 15, 13, 14, 17, 18, 21, 68** sowie **23** mit dem entsprechenden Änderungsantrag der FDP-Fraktion verweisen wir ins nächste Plenum. Desgleichen verweisen wir die **Tagesordnungspunkte 24, 26, 29** und **75** wie auch den **Tagesordnungspunkt 31** ins nächste Plenum.

**Tagesordnungspunkt 33** überweisen wir zur abschließenden Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr.

Die **Tagesordnungspunkte 34, 74, 36** und **49** verweisen wir ins nächste Plenum.

Den **Tagesordnungspunkt 37** überweisen wir zur abschließenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz.

**Tagesordnungspunkt 38**, Entschließungsantrag, verweisen wir ins nächste Plenum.

**Tagesordnungspunkt 39** überweisen wir ohne Aussprache an den Innenausschuss. Das gilt für alle.

Den **Tagesordnungspunkt 40**, Antrag der Fraktion der SPD, überweisen wir zur abschließenden Beratung an den Innenausschuss.

Ins nächste Plenum überweisen wir die **Tagesordnungspunkte 42, 43** und **44**.

Zur abschließenden Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, federführend, und den Umweltausschuss, beteiligt, überweisen wir die **Tagesordnungspunkte 45 und 77**.

An den Innenausschuss überweisen wir den **Tagesordnungspunkt 51**.

(Zuruf von der CDU: Immer abschließend!)

– Immer abschließend, richtig.

In das nächste Plenum überweisen wir die **Tagesordnungspunkte 52, 78, 55, 57 und 79**.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das, was wir jetzt beschlossen haben – weil es keinen Widerspruch gibt, ist das beschlossen –, lässt mich Ihnen den Hinweis geben, dass wir uns Ende März wieder treffen, nach den Kommunalwahlen, und dass der Donnerstag dieser Sitzung ein langer Donnerstag wird. Richten Sie sich darauf ein. Das gibt einen schönen Abend hier. Ich hoffe, dass der heutige Abend für Sie auch schön ist. Ein närrisches Wochenende wünsche ich Ihnen. Lassen Sie es sich bis Aschermittwoch gut gehen. Dann geht es weiter. Tschüs.

(Beifall – Schluss: 18.20 Uhr)



